

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

01 | 2019 28. Jg.

Her mit der Zukunft?! Feministische und queere Utopien und die Suche nach alternativen Gesellschaftsformen

DANIEL. KLAPEER WIDER DEM UTOPIEVERDRUSS. QUEER*FEMINISTISCHE ÜBERLEGUNGEN. FINK WELCHE GESCHICHTEN ZUKUNFT SCHAFFEN. DORNICK AUF DEM WEG ZUR UTOPISCHEN GESELLSCHAFT. SCHMITZ COMMONS ALS KONKRETE FEMINISTISCHE UTOPIE? ZUR DISKUSSION DES BEGEHRENS NACH UTOPIEN IN NEOLIBERALEN STRUKTUREN. MEISTERHANS WIDER DEM TOD DER FEMINISTISCHEN UTOPIE - ZUM UTOPISCHEN POTENTIAL FEMINISTISCHER ANSÄTZE.



Verlag Barbara Budrich

Her mit der Zukunft?!

**Feministische und queere Utopien und die
Suche nach alternativen Gesellschaftsformen**

INHALT

EDITORIAL	7
HER MIT DER ZUKUNFT?! FEMINISTISCHE UND QUEERE UTOPIEN UND DIE SUCHE NACH ALTERNATIVEN GESELLSCHAFTSFORMEN	9
ANTJE DANIEL, CHRISTINE M. KLAPEER Wider dem Utopieverdruss. Queer_ feministische Überlegungen zum Stand der Debatte	9
DAGMAR FINK Welche Geschichten Zukunft schaffen. Zwei (afrofuturistische und) feministische Spekulative Fiktionen	32
SAHRA DORNICK Auf dem Weg zur utopischen Gesellschaft – Relationalität bei Judith Butler, Sara Ahmed und Édouard Glissant	46
LUKI SARAH SCHMITZ Commons als konkrete feministische Utopie? Zur Diskussion des Begehrens nach Utopien in neoliberalen Strukturen	59
NADJA MEISTERHANS Wider dem Tod der feministischen Utopie - Zum utopischen Potential feministischer Ansätze in Zeiten des autoritären Backlash im Kontext des Neoliberalismus	72
FORUM	85
GESINE FUCHS, PATRICIA GRAF Soziale Ungleichheit 4.0 – Geschlechterverhältnisse und Digitalisierung	85
LENA SCHÜRMAN, JEANNETTE TRENKMANN Erste Verbesserungen in der sozialen Absicherung selbständig Erwerbstätiger – eine Chance für Frauen in der digitalen Arbeitswelt?	94

ALEXANDRA SCHEELE
Wider die Automatismen: Arbeit im digitalen Wandel 104

ALIA WIELENS
„Wo bleibt euer Aufschrei?“ Rassistische Umdeutungen von #aufschrei und #metoo durch Identitäre Frauen 111

TAGESPOLITIK 121

FRIEDERIKE BEIER
Feministisch Streiken. Ein Bericht über den Frauen*streik 2019 121

EVA KUSCHINSKI
Profitable Wohnungspolitik und die Reproduktionskrise der ‚Anderen‘ – das Hamburger Bündnis für das Wohnen 125

KATHARINA KOCH
Doing Art & Feminisms: Künstlerische Interventionen in Felder des Sozialen und Politischen 129

NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG 134

Kurznachrichten 134

ANNETTE HENNINGER
Antifeminismus in Deutschland: Entwicklungen in verschiedenen Praxisfeldern 138

CHRISTIANE LEIDINGER. HEIKE RADVAN
Rechtsextremismus und völkischer Autoritarismus an Hochschulen 142

REZENSIONEN 148

JUTTA HERGENHAN
Brigitte Bargetz, Eva Kreisky, Gundula Ludwig (Hg.): Dauerkämpfe. Feministische Zeitdiagnosen und Strategien 148

HENRIKE KNAPPE
Myra Marx Ferree: Feminismen. Die deutsche Frauenbewegung in globaler Perspektive 150

STEFANIE VISEL
Sammelrezension: Aktuelle Forschungen zu Mutterschaft und Elternschaft 153

SABINE BERGHAHN

Ulrike Schultz, Anja Böning, Ilka Peppmeier, Silke Schröder: De jure und de facto: Professorinnen in der Rechtswissenschaft. Geschlecht und Wissenschaftskarriere im Recht 156

NATHALIE AMSTUTZ

Gesine Fuchs: Gleichstellungspolitik in der Schweiz. Einführung in ein umstrittenes Politikfeld 159

NORA PISTOR

Gabriele Wilde, Annette Zimmer, Katharina Obuch, Isabelle-Christine Panreck (Hg.): Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybrid Regimes. New Theoretical Approaches and Empirical Case Studies 161

ANNA STEENBLOCK

Katharina Volk: Von der Gesellschaftsanalyse zur Utopie. Ein historischer Rückblick auf materialistisch-feministische Theorien 164

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS 167

Call for Papers: Heft 1/2020 der Femina Politica: Feministische Perspektiven auf Militärorganisation und Sicherheitspolitik in Zeiten transnationaler Kriegsführung (Arbeitstitel) 167

Neuerscheinungen 170

AUTOR_INNEN DIESES HEFTES 176

EDITORIAL

Liebe Leser*innen,

ein geeintes, friedliches Europa? Ein Europa ohne Grenzen, auch nach außen, mit einem umfassenden Verständnis von sozialer Gerechtigkeit und Bürger*innenrechten unabhängig von all den immer noch so wirkmächtigen Kategorien wie Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung, Ethnie, Beeinträchtigungen, Geschlechtsidentität oder soziale Herkunft?

Auch wenn dies angesichts der aktuellen Prognosen für die Wahlen zum Europäischen Parlament unwahrscheinlicher denn je erscheint, lassen sich doch zahlreiche Hinweise auf neu erwachende, auf soziale Gerechtigkeit orientierte Mobilisierungen erkennen. Seien es Demonstrationen und Streiks zum Internationalen Frauentag, Schüler*innen, die sich bei den von Greta Thunberg initiierten Fridays for Future engagieren, die neu entfachte Diskussion um §219a oder ein Paritätsgesetz für Deutschland.

Auseinandersetzungen und widerstreitende Zukunftsvisionen haben in den letzten Jahren jedenfalls wieder zugenommen und die Akteur*innen und Forderungen sind vielfältiger denn je. Häufig werden diese Mobilisierungen mit utopischen Forderungen gleichgesetzt. „Feministische und queere Utopien und die Suche nach alternativen Gesellschaftsformen“ sind diesmal auch der Schwerpunkt dieses Heftes unserer beider Gastherausgeberinnen Antje Daniel und Christine Klapeer. In einer umfassenden Einführung ins Thema und vier Beiträgen wird die gesellschaftstheoretische und analytische Relevanz von Utopieforschung für eine kritische Hinterfragung gegenwärtiger Verhältnisse und die Analyse von Transformationsprozessen herausgearbeitet. Analytisch rekurren die Autor*innen dabei u.a. auf dystopische Romane, wissenschaftliche Werke, Praxen alternativer Wirtschafts- und Sozialformen oder psychoanalytische Denkfiguren, um die Inhärenz des Utopischen queer_feministischer und postkolonialer Ansätze aufzuzeigen. In den unterschiedlichen Dimensionen der Beiträge wird die Bedeutung von Utopien für kritische politikwissenschaftliche Theoriebildung und Gesellschaftsanalyse betont.

Auch die Rubrik Forum mit vier Beiträgen hat in dieser Ausgabe einen besonderen Fokus, nämlich den Zusammenhang von Digitalisierung und Geschlechterverhältnissen. Einleitend werden aktuelle Befunde der letzten Jahre für die Themen Bildung und Teilhabe, Arbeit sowie die vorgebliche Neutralität der Technologien zusammengestellt und ergänzt um Schlaglichter auf digitale Agenden aus der Politik. Die weiteren Beiträge befassen sich mit dem rechtlichen Rahmen des Grenzbereichs zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbstätigkeit, mit dem Mythos der Eigenlogik von technischen Entwicklungen sowie mit dem Versuch von Frauen

der Identitären Bewegung, ihre Weltsicht mittels sozialer Medien und umgedeuteter feministischer Diskurse zu etablieren.

Die Rubrik Tagespolitik beginnt mit einem Resümee zum Frauen*streik 2019 der diesjährigen Aktionen in Berlin und anderen deutschen Großstädten. Ein weiterer Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, wie aktuelle Hamburger Wohnungsbaustrategien ungleiche Reproduktionsbedingungen entlang gesellschaftlicher Machtverhältnisse vertiefen können. Im dritten Beitrag werden die Potenziale und Konfliktlinien künstlerischer Praxen als feministische Interventionen in herrschende gesellschaftliche Strukturen und Narrative diskutiert.

Die Rubrik Neues aus Lehre und Forschung bietet neben den Kurznachrichten einen Beitrag zur Genese von Antifeminismus in Deutschland anhand von zwei aktuellen Forschungsprojekten und einen Artikel zu Rechtsextremismus und völkischem Autoritarismus an deutschen Hochschulen.

In der Rubrik Rezensionen werden wie immer ausgewählte aktuelle Publikationen (u.a. zu feministischen Dauerkämpfen und materialistisch-feministischen Utopien) besprochen und in der Rubrik Ankündigungen und Infos wird abschließend ein breiterer Überblick über aktuelle Veröffentlichungen gewährt.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen und Euch die Redaktion.

Vorschau auf die nächsten Hefte (Arbeitstitel)

2/2019 Umkämpfte Solidaritäten

1/2020 Feministische Perspektiven auf Militärorganisation und Sicherheitspolitik in Zeiten transnationaler Kriegsführung

Her mit der Zukunft?! Feministische und queere Utopien und die Suche nach alternativen Gesellschaftsformen

Einleitung. Wider dem Utopieverdruss. Queer*feministische Überlegungen zum Stand der Debatte

ANTJE DANIEL. CHRISTINE M. KLAPEER

Einleitung: Von (angeblichem) Utopieverdruss und Ich-Utopien

Die Zeit scheint reif, wieder über Utopien nachzudenken. Globalisierte Welt, Krisen und Gerechtigkeit sind die Stichworte, die unser Denken und Handeln herausfordern. Viele Theorien und Handlungsweisen sind in Frage gestellt. Demokratie und Sozialstaat sehen sich mit der Agenda einer gerechten Zukunftsgestaltung konfrontiert. Ähnliches gilt für die Ordnung der Wirtschafts- und Finanzsysteme (Kufeld 2011, 7).

Trotz oder vielleicht auch wegen einer Allgegenwärtigkeit von Krisen – seien es die Finanz- und Wirtschaftskrise(n), politische Entdemokratisierungstendenzen, eine zunehmende Autoritarisierung von Gesellschaft, ökologische Katastrophen und Naturzerstörung oder eine anhaltende oder sogar verschärfte Prekarisierung von Lebensverhältnissen – scheint sich *das Utopische*, zumindest auf den ersten Blick, nicht mehr aus seinem proklamierten ‚Scheitern‘ mit dem Ende des ‚Real‘-Sozialismus erholt zu haben. Vielfach wird argumentiert, dass durch eine hegemoniale Durchsetzung des *Geistes des Kapitalismus* und das Wegfallen einer *Systemalternative* seit 1989 Visionen und Träume von einer (anderen) Zukunft in der Gegenwart unterbunden werden. Francis Fukuyamas (1992) Urteil von einem „Ende der Geschichte“ implizierte gewissermaßen auch das Ende von Utopien (Arnswald 2010). In den letzten Jahren wird daher und insbesondere vor dem Hintergrund einer zunehmenden neoliberalen Ökonomisierung des Sozialen ein steigender Utopieverdruss und die Durchsetzung einer TINA-Mentalität (There is no alternative) konstatiert. Die vermeintliche Alternativlosigkeit und Durchdringung der Lebensrealitäten durch neoliberale Logiken habe, so ein aktueller Argumentationsstrang, Auswirkungen auf die Imagination und Formierung von Utopien: Demnach führen neoliberale Werte und Normen und die Anrufung zur individuellen Selbstoptimierung zu einer Zurückweisung kollektiv gedachter Sozialutopien, da das ‚Wir‘ durch ein

‚Ich‘ ersetzt werde. Der Effektivitäts- und Effizienz-Logik entsprechend, richten sich Zukunftsvorstellungen als eine Art Ich-Utopie auf die Optimierung des Selbst, des eigenen Körpers und somit der jeweiligen Eigenleistung (Mümken 2009). Dabei wird aber die beständige Selbsttransformation, das Arbeiten am eigenen Ich als permanenter Baustelle, nicht notwendigerweise mit einer Sozialkritik oder dem Ziel einer *besseren* Zukunft oder Gesellschaft verbunden. Vielmehr wird der andauernde Prozess der Selbstoptimierung, der Menschen dazu nötigt, „im gegebenen Kontext ihre Leistungsmöglichkeiten auszureizen“ (Röcke 2017, 322), zum unmittelbaren Moment des Utopischen (Bröckling 2013). Technikfuturistische und transhumanistische Utopien setzen hier ebenfalls an, wenn Biotechnologien (wieder) als Chance und Möglichkeit für eine unmittelbare (Selbst)Optimierung und Schaffung eines neuen (besseren) Menschen gesehen werden (Dickel 2016; Steltemeier et al. 2009). Diese neoliberale Zeitkritik findet auch ihren Niederschlag in queer*feministischen Analysen. Neoliberale Regierungsweisen würden eine Pluralisierung von sexuellen und geschlechtlichen Lebensweisen, Subjektivitäten sowie individuellen Freiheitsräumen eröffnen, gleichzeitig blieben aber heteronormative Hegemonien, Diskriminierung und Gewalt nach wie vor weitgehend unangetastet (Bauhardt 2013; Engel 2008; Ludwig 2016). Die ‚erfolgreiche‘ Inszenierung von Geschlecht und Sexualität oder ihr Einsatz im Rahmen von neoliberalen Diversity-Konzepten werde darüber hinaus selbst zum Gegenstand neoliberaler Selbstoptimierung, während strukturelle Ungleichheiten als Effekte einer mangelnden ‚Leistung‘ individualisiert und der Feminismus selbst zum anachronistischen und zu überwindenden „Auslaufmodell der Geschichte“ erklärt wird (Haug 2008, 9).

An dieser Stelle kann kritisch gefragt werden, ob wir es wirklich mit einer Absage an Utopien zu tun haben und ob eine neoliberale Hinwendung zum ‚Ich‘ nicht auch als zunehmende Verwirklichung einer Hayek’schen Utopie der Marktwirtschaft als „Ende aller (anderen) Utopien“ (Ötsch 2016) zu deuten ist (vgl. Schönpflug 2008). Demnach kritisierte Friedrich Hayek, *der* (Vor-)Denker neoliberaler Paradigmen, bereits 1949 das Nichtvorhandensein eines „liberal Utopia (...) a truly liberal radicalism (...) which does not confine itself to what appears today as politically possible“ (Hayek 1949 zit.n. Ötsch 2016, 3). Und Hayek (ebd.) weiter:

The main lesson which the true liberal must learn from the success of the socialists is that it was their courage to be utopian which gained them the support of the intellectuals and therefore an influence on public opinion which is daily making possible what only recently seemed utterly remote.

Auch technikfuturistische Visionen, wie sie nicht zuletzt in aktuellen Science-Fiction-Filmen, Büchern und Computerspielen zu sehen sind, können trotz ihrer oftmals ambivalenten Bezüge auf transhumanistische Selbstoptimierungsfantasien als Lichtblicke des Utopischen innerhalb eines konstatierten Utopieverdrusses gesehen werden. Sie gelten gewissermaßen als *kleine Erzählungen des Utopischen* (Saage 2007, 605; Steltemeier et al. 2009, 16).

Bereits hier lässt sich die konzeptionelle wie politische Ambivalenz des Utopiebegriffs erkennen: Welche Utopien haben wir im Sinn, wenn wir von ihrem Verschwinden sprechen und welche bereiten Verdruss? Wird gerade jenen Utopien eine Absage erteilt, die eine spezifische Form von Sozialkritik üben?

Dieser pessimistischen Gegenwartsdiagnose folgend fristet die gegenwärtige Utopie-Forschung auch innerhalb der Wissenschaft, insbesondere der Politikwissenschaft, ein zunehmendes Nischendasein. Folglich ist es nicht erstaunlich, dass der Utopiebegriff innerhalb der Politikwissenschaft selbst nie systematisiert oder als analytisches Konzept ausformuliert wurde, sondern weitgehend ein „klassifizierender“ Genrebegriff in der politischen Theorie und Philosophie verblieb (Neusüss 1968, 18). Utopie wird als antiquarisches Element der Ideengeschichte betrachtet, als normativ aufgeladen und fiktional inspiriert; ihr wird eine mögliche gesellschaftsanalytische oder -theoretische Relevanz oder Einsatz abgesprochen, weil das einer nüchternen bzw. empirisch fundierten Befassung mit der Gegenwart oder Zukunft im Wege stünde (Kreisky 2000). In akademischen Debatten überdeckt die Frage nach der Wahrscheinlichkeit der *Realpolitik* somit Fragen nach dem (politisch) Möglichen oder Wünschbaren. Die Beschäftigung mit der Zukunft scheint daher eher in einer technokratisch oder empirisch-naturwissenschaftlich geprägten Zukunftsforschung zu verbleiben, welche mittels Prognosen ‚realistische‘ Szenarien einer Zukunft entwirft. Nicht zuletzt konstatiert Eva Kreisky (ebd., 10) eine mangelnde Utopieoffenheit der Politikwissenschaft:

Das Utopische – im Sinne von Voraus- und Anders-Denken sowie von Nach-Denken über Voraus und anders Gedachtes – hat in der Politikwissenschaft nicht selbstverständlich eine Heimat gefunden.

Das Thema Utopie wird folglich bis heute weitgehend dem literarischen und philosophischen Genre und entsprechenden wissenschaftlichen Debatten überlassen, wobei der fiktionale Roman als Fortführung der klassischen Staatsfiktion à la Thomas Morus zentraler Bezugspunkt der Imagination und Analyse des Utopischen bleibt. Gleichzeitig zeichnet sich gerade die feministisch inspirierte Utopieforschung durch besondere Fruchtbarmachung des Fiktionalen für wissenschaftliche Diskussion aus, wurden doch insbesondere die geschlechterpolitischen und -transformatorischen Implikationen vieler früher utopischer (Science-Fiction) Romane im Lichte ihrer Anschlussmöglichkeiten und Bedeutung für feministisch-politikwissenschaftliche Theoriebildung und politische Mobilisierung diskutiert (Holland-Cunz 1987a, 1988). Interessant ist aus einer zeitdiagnostischen Sicht, dass die literarische Utopie aktuell vor allem in seiner Anti-These, der Dystopie, hervortritt. In den letzten Jahren hat die Anzahl dystopischer Romane deutlich zugenommen und der Erfolg der Verfilmung von Margaret Atwoods Roman „The Handmaid’s Tale“ ist nur ein Beispiel dafür. Mit der Warnung vor einer dystopischen Zukunft erfolgt jedoch keine Schöpfung einer alternativen Sozialutopie oder Zukunftsvision, sondern die warnenden Implikationen stehen im Mittelpunkt der jeweiligen literarischen Entwürfe.

Mit diesem Schwerpunktheft wollen wir uns den aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen, konzeptuellen Widersprüchen und analytischen Fragen in Bezug auf Utopien stellen, queere und feministische Positionen dazu ausloten und anregen, erneut über Utopie nachzudenken. Kann ein häufig konstatiertes Utopie-Verdruss bestätigt werden? Eröffnen queer*feministische Herangehensweisen andere Perspektiven auf Utopien? Müssen wir unsere Utopiekonzepte überprüfen, um das Utopische zu erkennen?

Um ein besseres Verständnis aktueller Debatten zu ermöglichen und die in dieser Schwerpunktnummer versammelten Beiträge theoretisch zu verorten, stellen wir diesem Heft eine Skizzierung zentraler Diskurs- und Diskussionsstränge der Utopieforschung voran. Gerade weil die Vieldeutigkeit des Utopiebegriffes und seine konzeptionelle Unklarheit die Entstehung dieses Heftes mitgeprägt, mithin auch erschwert hat, haben wir uns für eine solche Einführung entschieden. Wir werfen *erstens* einen Blick auf die ideengeschichtliche Genese des *klassischen* Utopiebegriffes, um diesen zugleich auf seine geschlechtsspezifischen, heteronormativen und machtradierenden Implikationen zu überprüfen. *Zweitens* stellen wir diesem klassischen Utopiebegriff jene Konzepte und Deutungen des Utopischen gegenüber, welche wir als *(real-)utopische Momente im Gegenwärtigen* beschreiben. Diese werden in der Utopiedebatte häufig übersehen, sind jedoch tief in feministischen und queeren Praxen verankert. *Drittens* werden wir unterschiedliche Facetten queer*feministischer Utopien und die Pluralität von entworfenen (Geschlechter-)Alternativen aufzeigen sowie Interdependenzen zwischen bewegungspolitischen, theoretischen und utopischen Debatten skizzieren. Vor diesem Hintergrund weicht *viertens* der vielfach konstatierte Utopieverdruss einem konzeptionell differenzierten Verständnis von Utopie. Wir enden mit einem Plädoyer für die gesellschaftstheoretische und analytische Relevanz von Utopieforschung, indem ihre Bedeutung für eine kritische Hinterfragung gegenwärtiger Verhältnisse und der Analyse von Transformationsprozessen betont wird.

Von der Staatsfiktion zur Science-Fiction: Ambivalente Genealogien des klassischen Utopiekonzeptes

Utopie ist ein ebenso schillernder wie vage definierter Begriff. In seiner negativen Konnotation wird Utopie in der Alltagssprache mit träumerisch, weltfremd, unrealistisch oder fiktional gleichgesetzt. „Mit dem Wort ‚utopisch‘ wird ein Denken denunziert, das Projekte entwirft, die angeblich scheitern müssen, weil ihr realitätsblinder [sic!] Urheber die konkreten Voraussetzungen ihrer Verwirklichung nicht berücksichtigt“ (Saage 1991, 1). Im 19. Jahrhundert erhielt diese Facette des Begriffes Einzug in die Alltagssprache und Utopien wurden zu einem Vorhaben, oder eine Art zu denken oder handeln, das nicht zu verwirklichen ist; Utopien werden also gleichbedeutend mit Hirngespinnsten, Schwärmereien oder Phantasien (Schölderle 2017, 11f.). Umgekehrt wird das Utopische revolutionär konnotiert und zu einem

Platzhalter für Wunschbilder, Träume oder dem Ausloten des Möglichen. Gerade aufgrund dieser begrifflichen Unschärfe ist eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Utopien stets herausfordernd, da es sich vor dem Hintergrund zahlreicher Debatten und jeweils variierender Denkart des Utopischen sowohl um ein (literarisches) Genre, um ein normatives Konzept im Sinne einer Imagination einer sozial gerechten Gesellschaft, eine Form der Sozialkritik oder ein analytisches Konzept handelt, welches an der Vorstellungskraft zur Generierung von Theorien, an den Emotionen und Aspirationen wie auch an Formen der (menschlichen) Praxis ansetzt. Gerade aufgrund dieser Vielschichtigkeit und dem Disput darüber, was den Utopiebegriff eigentlich ausmacht, ist es wesentlich, sich in einem ersten Schritt seiner historisch-etymologischen Genese und ideengeschichtlichen Genealogie anzunähern.

Das im Jahre 1516 erschienene Werk „Von der besten Staatsverfassung und von der neuen Insel Utopia, ein wahrhaft goldenes Büchlein, genauso wohlthuend wie heiter“ oder kurz „Utopia“, verfasst vom späteren englischen Lordkanzler Thomas Morus, gilt nicht nur in der politischen Theorie als Archetypus politischer (Staats-)Fiktionen, sondern wurde sowohl zur Namensgeberin eines spezifischen literarischen Genre als auch zum zentralen Orientierungspunkt für eine bestimmte Form der (Sozial-)Kritik (Arnswald/Schütt 2010, viii). Mittels eines Entwurfs einer politischen Idealvorstellung, eines rational nachvollziehbaren fiktiven Gemein- bzw. Staatswesens, sollen durch die Utopie Missstände in der eigenen Gesellschaft aufgezeigt werden (Saage 1991). Diese spezifische „antithetische Konfrontation des utopischen Ideals mit dem was kritikwürdig erscheint“ (Saage 2004, 622) und eine präzise Beschreibung der idealen Gesellschaft, der Familie, der sozialen Interaktionen, der Arbeit und der politischen Praxis, gilt daher als Kernelement *klassischer* Sozial- bzw. Raumutopien (vgl. Holland-Cunz 1987b). Die klassische Utopie ist diesem Verständnis nach eine zeitgebundene Sozialkritik, welche mittels (literarischer) Fiktionalität politische, soziale und ökonomische Organisationsformen entwirft. Morus' „Utopia“ als fiktionaler Staatsroman gilt bis heute als „beispielhaft und stilbildend für die Gattung“ (Roß 1998, 15).¹

Gleichzeitig ist in Morus' Wortschöpfung schon jenes konzeptuelle Spannungsverhältnis angelegt, das Debatten um den vielschichtigen Bedeutungsgehalt und die wissenschaftlichen wie politischen Implikationen des Utopiebegriffes bis heute prägen: Der Neologismus Utopia verweist in seiner Englischen Aussprache sowohl auf die Bedeutung eines Nicht-Ortes (abgeleitet von dem griechischen *ou-tópos*), also auf die Idee eines niemals herzustellenden Ortes, als auch auf das griechische *eu-topos*, dem *guten Ort* als normatives Modell oder Ideal (Schölderle 2017, 10ff.). Demnach wird innerhalb der politischen Theorie und Philosophie von einigen Autor*innen betont, dass Morus' Utopie vor allem als eine satirisch gedachte Form der Kritik verstanden werden sollte und die Bedeutung der (klassischen) Utopie daher gerade in ihrer Literarizität, Idealität und Nicht-Verwirklichbarkeit bzw. der „pädagogischen (...) Dimension“ des (literarischen) Gedankenexperiments liege (Schölderle 2017, 14). Umgekehrt zeigt sich in dieser Debatte die innerhalb der politischen Theorie

vielfach diskutierte Problematik der Bedeutung von Normativität für politische Theoriebildung, denn die Utopie impliziert eine Beschreibung einer idealen Gesellschaft. Bereits Morus klassische Utopiekonzeption evoziert die Frage, welche Rolle das – vielleicht auch aus einer queer*feministischen Sicht – *Erstrebenswerte* im Rahmen eines sozial- und politikwissenschaftlichen Theorieverständnisses einnehmen und welche analytische Funktion dem Utopischen oder Fiktionalen in der Untersuchung des Politischen eigentlich zukommen kann oder soll (vgl. Holland-Cunz 1988; Kreisky 2000).

Gleichzeitig zeigt sich durch eine Beschäftigung mit der klassischen Utopietradition, dass der Utopiebegriff selbst keineswegs nur ‚progressive‘ Implikationen aufweist. Denn, aus queer*feministischer Sicht wenig überraschend, zeichnen sich die Mehrheit der Utopien nicht nur durch eine Fortschreibung, sondern oftmals sogar durch eine Ausweitung heteronormativ-patriarchaler Geschlechterverhältnisse aus (Kreisky 2000; Roß 1998; Schönpflug 2008). Richard Saage bezeichnet die klassischen politischen Utopien nicht zuletzt als „Phantasieprodukte von Männer“ (Saage 1997, 148). Bei Morus sollen die „monogame, patriarchale Ehe (...) als institutionalisierte Stützen des Staates“ die Stabilität der Gesellschaft sichern (Roß 1998, 65). Frauen* haben demnach keine unabhängige politische und wirtschaftliche Verfügungsgewalt, sind dem patriarchalen Hausherrn vollständig unterworfen, haben für die ‚Annehmlichkeiten‘ der Männer* zu sorgen und gelten gegenüber den ‚vernünftigen‘ Männern* als emotional und genussüchtig (ebd., 66f.).

Auch aus einer post- bzw. dekolonialen Perspektive sind die klassischen Utopien zu hinterfragen: Vor allem die Utopien der Neuzeit siedeln die ideale Gesellschaft auf einer Insel an, welche im Zeitalter des Imperialismus Assoziationen mit der Kolonialisierung hervorrufen. Die *neue*, vermeintlich *unberührte Welt* wird zur Projektionsfläche utopischer Imaginationen und Experimentierfeld für rassistische, sexuelle und androzentrische Herrschafts-, Fortschritts- und Aufbruchphantasien (McClintock 1995). Wenn Morus die Herrschaft von (‚weißen‘) Männern* und Frauen* zur ordnungspolitischen Grundlage für seine Utopia erklärt und ganz selbstverständlich eine Sklav*innengesellschaft zeichnet oder Francis Bacon in seinem techno-utopischen Roman „Nova Atlantis“ Frauen* ausschließlich für die Reproduktion und die Sphäre des Heims bestimmt und explizit von Wissenschaft und politischer Führung ausschließt, dann stellt sich bis heute die zentrale Utopie-theoretische Frage, *welche* Utopien für *welche* Gruppen überhaupt eine Sozialkritik implizieren bzw. einen *guten Ort* darzustellen vermögen. Die Ausblendung von Utopieentwürfen von Frauen*, Personen of Color bzw. Utopiekonzeptionen nicht-westlicher bzw. außereuropäischer Herkunft innerhalb der klassischen Utopieforschung sind daher Gegenstand intensiver Kritik und Auseinandersetzungen (Ashcroft 2001, 2009; Roß 1998).

Das Genre Science-Fiction setzt im 20. Jahrhundert die Idee der fiktionalen idealen Gesellschaft fort, wenngleich das Verhältnis von Science-Fiction und der klassischen (Staats-)Utopie bis in die Gegenwart umstritten bleibt.² Science-Fiction als mögliche

Ausdrucksform von (politischen) Utopien situiert sich im Kontext einer, seit dem 19. Jahrhundert einsetzenden, Verzeitlichung der Utopie, wird doch nun eine (mögliche oder fiktive) Zukunft oder Zukünftigkeit zum eigentlichen Ort des Utopischen.³ Bedeutsam ist, dass im Rahmen der Science-Fiction auch explizit feministische Positionen gerade an der Schnittstelle zur utopischen Staatsfiktion entstehen (Hauer 2000). Bedeutsam ist darüber hinaus die Herausbildung der Gattung der Dystopie, also der warnenden oder negativen Utopie, gegen Ende des 19. Jahrhunderts und dann vor allem als Reaktion auf die Weltkriege, Kolonialismus, Industrialisierung und Bürokratisierung sowie nuklearer und ökologischer Bedrohungen ab Mitte des 20. Jahrhunderts. Anstelle des hoffnungsvollen prägt das Schreckensszenario das utopische Denken. Das Ideal der sozialen Gerechtigkeit, so schien es, ließe sich nicht durchsetzen, soziale und politische Hoffnungen wurden entmutigt und konnte keine Nachhaltigkeit entfalten (Kreisky 2000, 15).

Das normative Wechselspiel zwischen Dystopie und Utopie gilt als besonders kennzeichnend für jene feministischen Utopien neuerer Zeit, die zumindest eine gewisse literarische Popularität⁴ erlangt haben (Cortiel 2015; Layh 2014). In diese Tradition fallen beispielsweise die bekannten utopischen Science-Fiction Romane von Marge Piercy „Woman on the Edge of Time“ (1976) und „He, She, It“ (1991), ebenso wie die, durch die Serienadaption nochmals an Popularität gewonnene, Dystopie „The Handmaids Tale“ (1985) von Margaret Atwood (siehe Beitrag von Dagmar Fink in diesem Schwerpunkt). Auch der bereits 1975 erschienene Roman „The Female Man“ von Joanna Russ sowie die Arbeiten von Octavia Butler, eine der wenigen kanonisierten Schwarzen Science-Fiction-Autor*innen, wie z.B. ihre „Xenogenesis“ (1987-1989) oder „Parable“ (1993/1998) Reihen, destabilisieren eine strikte Trennung zwischen Utopie und Dystopie.

Durch die Erschaffung einer fiktionalen Gleichzeitigkeit bzw. Potentialität einer geschlechteregalitäreren Utopie *und* patriarchalen Dystopie – beispielsweise im Sinn von ‚negativen‘ und ‚positiven‘ Paralleluniversen oder -zukünften – wird in diesen literarischen Werken eine spezifische Handlungsmacht und -möglichkeit aktiviert (Cortiel 2015). Die Zukunft und Zukünftigkeit erscheinen nicht mehr als vorgegeben, sondern als „eine von mehreren“ (Hauer 2000, 60). Durch die Destabilisierung einer linearen Zeitlichkeit tritt damit die Möglichkeit oder gar Notwendigkeit der Veränderung im Hier und Jetzt in den Vordergrund, oder wie es Luciente in Marge Piercys „Woman on the Edge of Time“ ausdrückt: „We are only one possible future. (...) At certain cruxes in history (...) forces are in conflict. Alternative universes are equally or almost equally possible“ (Piercy 1976, 177, 197). Diese feministisch-utopischen Romane, welche aus heteronormativen und patriarchalen Zeitlichkeiten, aus „straight times“ (Halberstam 2005), heraustreten, haben eine enge theoretisch-konzeptionelle und politische Verbindungen zu jenen Utopiekonzeptionen, die alltäglich gelebte (Gegen-)Praxen im Hier und Jetzt oder das Hoffnungsvolle zum Bezugsmoment des Utopischen erklären.

Utopische Momente im Gegenwärtigen: Gelebte Praxen und der Wunsch nach Transformation

Diesem klassischen, literarisch und fiktional geprägten Utopiebegriff, welcher die *ideale* und *gute* Gesellschaft in der Zukunft in den Mittelpunkt stellt, stehen jene Konzepte von Utopie gegenüber, die mit der Utopie gleichsam eine handlungsanweisende politische Transformationsstrategie, Bewusstseinswerdung oder Praxis der Gegenwart verbinden. Es geht weniger um die Darstellung einer erwünschten Gesellschaft, welche in der Zukunft verortet wird, sondern um utopische Momente in der Gegenwart, welche die Zukunft erahnen lassen. Utopische Momente im Gegenwärtigen setzen damit nicht nur am Imaginären an, sondern sind auch handlungsanleitend. Dies impliziert eine andere Relation zwischen Gesellschaftskritik und Zukunftsentwurf: Während klassische Utopien die Überwindung des Gegenwärtigen anstreben, setzt dieses Utopieverständnis an der Verwirklichung, Praktizierung oder Sichtbarmachung des Neuen und Utopischen im Rahmen bestehender Ordnungen, also im Hier und Jetzt, an (von Redecker 2017, 31).

Einen historisch-konzeptionellen Übergang zwischen den vorher beschriebenen fiktionalen Sozial- und Raumutopien bzw. literarischen Utopien und einem Utopiekonzept mit Fokus auf das Gegenwärtige, bilden die Utopien des Frühsozialismus. Obwohl bei Karl Marx und Friedrich Engels bildhafte und zum Teil konkrete Visionen einer gerechten Gesellschaft zu finden sind, fehlt in weiten Teilen eine detaillierte Ausgestaltung des Gesellschaftsgefüges, wie es im fiktionalen Genre der utopischen Literatur üblich ist (Schölderle 2017, 122f.). Das anzustrebende Ideal ist eine egalitäre Gesellschaft, welche laut Marx und Engels die Entfremdung der Moderne und der kapitalistischen Gesellschaft überwindet und im ‚Einklang mit der Natur‘ und menschlichen Bedürfnissen steht. In diesem Kontext entstehen vermehrt geschlechtersensible Perspektiven: Während das Frauen*bild bei den klassischen Sozial- bzw. Raumutopien auch in ihrer Weiterführung im Bereich der Mainstream Science-Fiction-Literatur mehrheitlich patriarchal geprägt blieb, finden sich hier erste Postulate für Geschlechterparität (Kreisky 2000, 21). Zugleich wird der Kommunismus nicht als Ziel, sondern als Mittel konzeptualisiert, um die Entfremdung und Ausbeutung zu überwinden (Heller 2016, 26, 53). Marx und Engels beschreiben den Kommunismus nicht in Form eines Entwurfs einer idealen Gesellschaft, sondern als eine Art Transformation, welche die gegenwärtigen Zustände der Entfremdung und Ausbeutung aufheben solle bzw. könne. Das utopische Moment liegt nicht in der Zukunft, sondern in der Transformation bzw. Revolution selbst. Die Transformation stellt einen Bruch mit dem Vergangenen dar und knüpft damit an die frühen Sozial- und Raumutopien an.

Eine ähnliche Funktion nahm die Utopie in den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahren, inklusive den Frauen*bewegungen ein. Die Utopie besteht in dem Wunsch und Ziel nach etwas Neuem, nahezu Unmöglichem, zu streben, was auch in den Leitmotiven der Sozialen Bewegungen als einem *Streben nach*

dem Unmöglichen, um das Mögliche zu erreichen zum Ausdruck kommt (vgl. Heller 2016, 41; Holland-Cunz 1988). Parallel zu den literarischen feministischen Fiktionen, welche ebenso diese Zeit prägten, griffen Frauen*bewegungen feministisch-utopische Positionen auf und praktizierten das Zukünftige oder Wünschenswerte im Gegenwärtigen. „Literarische Arbeit und politische Arbeit fließen zusammen, verbinden sich mit theoretischer Erkenntnis und Betroffenheit über den Zustand der patriarchalen Welt“ (Holland-Cunz 1988, 11). Vor diesem Hintergrund sind queer*feministische Utopiekonzeptionen selbst eine Form der politischen Praxis in der Gegenwart bzw. mit bestimmten Erfahrungen, Mobilisierungen, räumlichen und zeitlichen Kontextualitäten verbunden und speisen sie eine Transformation ein (von Redecker 2017).

Jenseits der transformativen Kraft in gegenwärtigen sozialen und revolutionären Bewegungen sieht Karl Mannheim (2015 [1985], 169) das utopische und zukünftige Moment in der Bewusstseinswerdung beheimatet: „Utopisch ist ein Bewußtsein, das sich mit dem es umgebenden ‚Sein‘ nicht in Deckung befindet“. Wenn dieser Prozess des Bewusstwerdens in ein Handeln übergeht, ist es nach Mannheim als utopisch zu verstehen. Auch Ernst Bloch ([1959] 1985) verdeutlicht mit dem Konzept der *konkreten* Utopie, dass Utopie nicht bloße Intention und Fiktion ist. Vielmehr wird sie durch einen kontinuierlichen Lernprozess, Bewusstseinswerdung und Hoffnung zu einer realen Zielsetzung (siehe Luki Sarah Schmitz und Sahra Dornick in diesem Schwerpunkt). Bloch geht davon aus, dass in einer Situation der Krise das Gefühl der Entbehrung oder des Mangels nicht ohne eine Imagination davon, wie es gelöst wird, artikuliert werden kann (zur Verschiebung von utopischen Sehnsüchten und Gefühlen des Mangels durch autoritäre Tendenzen siehe Nadja Meisterhans in diesem Schwerpunkt). In diesem Bewusstsein der Lösung liegt die Kraft zur Transformation und die Hoffnung auf eine (bessere), sozial gerechte(re) Welt (Levitas 2013, 5). Erik Olin Wright (2010) führt diesen Gedanken mit dem Konzept der *realen* Utopien weiter und zeigt variierende Praxen auf, welche sich jenseits einer kapitalistischen Norm etabliert haben. In diesen Konzeptionen von Utopien steht der Wunsch und die Imaginationskraft der*des Einzelnen im Vordergrund. Gemein ist diesen Utopiekonzeptionen, dass sie gewissermaßen autobiografisch sind, da sie bei den Wünschen der Einzelnen ansetzen und sich in der Gegenwart entfalten. Die Vorstellungen einer gerechte(re)n Zukunft sind folglich weniger universal und fiktional. Statt sich im Nirgendwo zu verorten, „sollten neue Utopien (...) unmittelbar ansprechen. Sie sollten Namen, Orte und Adressen mitliefern; und sie sollten denkbar und erreichbar, erfüllbar und wünschbar sein“ (Saage 2007, 18). Utopien werden zur realen Möglichkeit und können bei der entsprechenden gesellschaftlichen Konstellation Wirklichkeit werden. Solche Utopien streben damit nicht nach dem Unmöglichen, vielmehr sind es Visionen einer Wirklichkeit, deren Möglichkeiten in der Gegenwart vorhanden sind und deren Zukünftigkeit durch das Streben nach ihnen kenntlich wird. Das Utopische setzt an dem Glauben, an der Gewissheit über eine *bessere* Zukunft, an und bestimmt das Handeln in der Gegenwart (Heller 2016,

39). Dieses Verständnis von Utopie, welches gleichsam eine Pluralität an Visionen einer Zukunft zulässt, da es an den Wünschen der Einzelnen orientiert ist und eine bildhafte Ausgestaltung einer Zukunft bewusst offen lässt, ermöglicht eine Vielzahl an konzeptionellen Adaptionen und wurde vielfach auf queere und feministische Positionen bezogen (u.a. Holland-Cunz 1988; Muñoz 2009).

Das Konzept der Heterotopie von Michel Foucault ([1966] 2006) verweist in vergleichbarer Weise auf utopische Momente in der Gegenwart. Mit dem Konzept der Heterotopie stellt Foucault Orte des Andersseins, der Abweichung, der ‚Gegenplatzierung‘ jenseits gesellschaftlicher Normen und Normierungen dar.

Das heisst, die Orte, welche die Gesellschaft an ihren Rändern unterhält, an den leeren Stränden, die sie umgeben, sind eher für Menschen gedacht, die sich im Hinblick auf den Durchschnitt oder die forderte Norm abweichend verhalten. (...) In aller Regel bringen Heterotopien an ein und demselben Ort mehrere Räume zusammen, die eigentlich unvereinbar sind. (Foucault [1966], 2006, 12, 14)

Im Gegensatz zur Hoffnung und zum Wünschen steht hier die alltäglich gelebte Praxis ‚des Andersseins‘ im Mittelpunkt, wie etwa im Rahmen feministischer Frauen*räume oder queerer Orte und Praktiken. Die Heterotopie ist demnach eine *lokalisierte Utopie*, welche in der Wirklichkeit existiert, sich aber durch ihre Funktion als Gegenraum von anderen Orten abgrenzt und unterscheidet. D.h. in einem solchen Verständnis von Utopie geht es – auch auf einer epistemologischen Ebene – um eine Sichtbarmachung und Benennung von jenen Praktiken und Räumen, die als lokalisierte Utopien jeweils schon vorhanden sind, deren utopische Implikationen, oder „Spuren“, wie es José Esteban Muñoz (2009) nennt, vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Normen und heteronormativer Hegemonien aber verkannt bleiben. Dieses Utopiekonzept hat besondere Resonanz in einer queeren Rezeption erfahren, da beispielsweise queere Identitäten, Lebens- und Familienformen, alltägliche Praktiken und Erfahrungen des geschlechtlichen oder sexuellen ‚dazwischen-Seins‘, des ‚nicht-Passens‘, des ‚anders-Seins‘ ebenso wie performative Geschlechterinszenierungen und Ästhetiken jenseits heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit, etwa in Form von *Drag*, als Ausdrucksformen des Utopischen theoretisiert werden (Halberstam 2005; Jones 2013; Muñoz 2009; Schirmer 2010). Queer Utopia sei demnach, so Muñoz (2009, 91), „a modality of critique that speaks to quotidian gestures as laden with potentiality.“ Queer/ness wird in einer solchen Lesart selbst als eine performative Praxis konzeptionalisiert, dem stets ein utopisches Moment, etwas Zukünftiges inhärent sei, da die Möglichkeit einer anderen Zukunft und Temporalität jenseits von heteronormativer (und rassistischer) Gewalt im Gegenwärtigen sichtbar werde.

Queerness is not yet here. Queerness is an ideality. Put another way, we are not yet queer. We may never touch queerness, but we can feel it as the warm illumination of a horizon imbued with potentiality. We have never been queer, yet queerness exists for us as an ideality that can be distilled from the past and used to imagine a future. The future is queerness's

domain. Queerness is a structuring and educated mode of desiring that allows us to see and feel beyond the quagmire of the present. There here and now is a prison house [...] we must dream and enact new and better pleasures, other ways of being in the world, and ultimately new worlds [...]. Queerness is essentially about the rejection of a here and now and an insistence on potentiality for another world. (Muñoz 2009, 1)

In wissenschaftlichen Debatten als konkrete, reale oder heterotope Utopien konzeptualisiert, beobachten wir aktuell auch eine zunehmende Anzahl an gesellschaftlichen Gruppen, welche für solidarische(re) und nachhaltige(re) Wirtschaftsformen und *alternative* Formen des Zusammenlebens, des politischen Entscheidens und der Partizipation jenseits herkömmlicher wachstums- und effizienzorientierten Ökonomien und repräsentativer Demokratien eintreten. Solidarische Ökonomien, Ökodörfer, Transition Towns oder Commons stehen für utopisch gelebte Orte im Gegenwärtigen, die alternative Werte, Normen oder Praxen in der sozialen, ökologischen oder produzierenden Sphäre etablieren möchten (Daniel 2019, Exner/Kratzwald 2012; Litfin 2014; Rosa/Henning 2018).

Vor diesem Hintergrund lassen sich auch die, in Süd- und Mittelamerika bereits etablierten, alternativen Vorstellungen eines guten Lebens wie *buen vivir* oder *vida tranquila* (Acosta 2018; Villalba 2013) ebenso wie das gemeinschaftsbasierte südafrikanische Konzept *ubuntu* (Praeg 2013) als Visionen einer anderen Zukunft lesen. Während diese Konzepte teils zum Sehnsuchtsort ‚westlichen‘ Denkens werden, sind diese in Süd- und Mittelamerika längst zur Realität geworden, in politische Diskurse eingeflossen und werden an aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen überprüft. Dass diese jedoch nicht notwendigerweise mit einer Überwindung von Geschlechterhierarchien oder alternativen Positionen zu heteronormativen Geschlechterkonzeptionen einhergehen, zeigt Nobulelo Shange (2017) mit Referenz auf Ubuntu: Ubuntu, häufig mit Humanität und Reziprozität gleichgesetzt, wird demnach in politischen Prozessen und sozialen Bewegungen bewusst genutzt, um unter dem Deckmantel sogenannter kultureller Werte heteronormative Positionen durchzusetzen. Insgesamt stellt sich aus einer queer*feministischen Perspektive die Frage, welche Bedeutung einer Neuorganisation von Geschlechterverhältnissen und Sexualitäten in den jeweiligen gelebten oder praktischen Utopien zugemessen wird und inwiefern etablierte vergeschlechtlichte Formen der Arbeitsteilung, Hierarchien und Differenzkonstruktionen fortgeschrieben oder bewusst destabilisiert werden (Bauhardt 2013; zum Verhältnis von Commons und Reproduktionsarbeit siehe Luki Sarah Schmitz in diesem Schwerpunkt).

Ein weiterer utopischer Moment etabliert sich gleichsam in politischen Praxen, die als prefigurative Politiken bezeichnet werden. Das Konzept der prefigurativen Politiken verdeutlicht, dass Bedeutungen, Normen, Werte oder andere Aspekte des Zukünftigen in der Gegenwart erreicht werden (Kinna 2016). Prefigurative Politiken werden häufig in Zusammenhang mit sozialen Bewegungen diskutiert, welche nicht allein eine andere Zukunft anstreben, sondern in ihrer Aspiration *alternative Praktiken* etablieren. Alternative Praktiken wären beispielsweise die Auslotung basis-

demokratischer und partizipativer Entscheidungsmechanismen: Besonders deutlich wird dies in Protestcamps, welche einen limitierten sozialen Ort des Andersseins bieten (Daniel 2018). Protestcamps erinnern in der Beschränkung ihres sozialen Raumes nicht nur an die Insel-Vorstellung der frühen Sozial- und Raumutopien, sondern konstituieren sich als Experimentierfeld für alternative Praxis – gerade aufgrund ihres limitierten Raumes:

Protest camps enable all their participants to experience political processes and they recreate life by developing alternative ways of housing, feeding, actions as intervention and democratic processes. (...) They are laboratories of radical, tangible democracy that can help to imagine and build blueprints for alternative worlds. (Feigenbaum et al. 2013, 1-2, 220)

Der begrenzte Raum der Camps bietet also die Möglichkeit für prefigurative Politiken, bei der die Verortung im Raum zur Entortung des Möglichen wird (Mörtenböck/Mosshammer 2012, 51). Dass alternative Praktiken und Sehnsuchtsorte aus queer*feministischer Position zu hinterfragen sind, zeigen die Occupy Protestcamps, in denen sich gesellschaftliche Hierarchien reproduzieren (vgl. Potts 2016). All diese Variationen utopischer Momente im Gegenwärtigen teilen die Annahme, dass sich im Gegenwärtigen Enklaven des Utopischen bilden, welche das Zukünftige in der Gegenwart festigen und verbreiten (von Redecker 2017, 32). Diese Versatzstücke des Utopischen führen nicht zu einem radikalen Wandel, vielmehr leitet die Summe der utopischen Praxis eine Transformation ein (ebd., 34). Der Wandel vollzieht sich nicht unabhängig von den bestehenden Möglichkeiten, sondern im Rahmen dieser. Die kontextuellen Möglichkeiten bestimmen somit die Aspiration und Wünsche, wobei die Ausgestaltung des Zukünftigen oft vage oder offen bleibt. Auch dekoloniale und queer*feministische Utopien zeigen diese Varietät an Positionen und betonen, dass die Einforderung einer anderen Welt nicht unbedingt das Wesentliche ist, vielmehr geht es um die Betonung, dass die anzustrebende Welt bereits existiert. Gefordert wird die politische wie epistemologische Anerkennung dieser Welt, welche weder neu noch alternativ ist, sondern auf ein kontinuierliches Streben heterotoper Praxen verweist. Utopische Momente der Gegenwart sind damit prinzipiell offen gegenüber einer Vielfalt an soziokulturellen Ausprägungen, Wertesystemen und Normen (Dutton/Sargant 2013). Und dennoch setzen utopische Momente der Gegenwart an normativen Fragen an, an Formen solidarischer Produktion oder alternativen Ethiken. Zum Teil streben sie nach der Überwindung bisheriger Herrschaftsform und der Etablierung von Anarchien als politischem Ordnungsmodell. Auch sind aktuelle utopische Praktiken im Gegenwärtigen häufig von emanzipatorischen und links-politischen Ideen geprägt, wengleich auch rechten und rechtsextremen Projekten ebenfalls utopische Bezüge und die Schaffung von Gegenräumen inhärent sind, welche im Rahmen eines engen Utopiekonzeptes als solche aber oftmals nicht benannt werden. Gemein ist all diesen Beispielen, dass sich auf deren Basis der vielfach postulierte Utopieverdruss und die Aussage „there is no alternative“ relativiert. In alltäglichen Praxen und Orten ‚des Andersseins‘ ebenso wie in zahlreichen sozialen Bewegungs-

kontexten finden sich utopische Momente, welche die Imagination einer anderen Zukunft in der Gegenwart verdeutlichen. Es zeigt sich somit, dass neben den Vereinzelungs- und TINA-Tendenzen, ein utopisches Bewusstsein, ein Streben und eine gelebte alternative Praxis existiert, die aber häufig erst durch ein erweitertes – auch mikropolitische Praxen des Alltäglichen inkludierendes – Utopieverständnis sowie eine geschärfte queer*feministische Perspektive als utopische Momente im Gegenwärtigen sichtbar werden.

Welche (Geschlechter-)Alternativen? Queer*feministische Utopietraditionen revisited

Während in einer queer*feministischen (Alltags-)Sprache und entsprechenden Utopiebezügen bestehende Ungleichheiten in den Geschlechterverhältnissen als selbstverständliche Abgrenzungsfolien gegenüber einer wünschenswerte(re)n Zukunft gelten, stellt sich aus einer utopietheoretischen Perspektive die Frage, welche Alternativen zum kritisierten Hier und Jetzt imaginiert werden. Welche Zukünfte haben queer*feministische Autor*innen, Theoretiker*innen und Aktivist*innen im Sinn, wenn sie von Utopien sprechen, diese anstreben oder leben und wie werden Geschlecht und Geschlechterverhältnisse, Sexualitäten und menschliches Zusammenleben darin konzeptualisiert? Welche Ungleichheits- und Lebensverhältnisse rücken jeweils in den Blick, wenn alternative Zukünftigkeiten und (Gegen-)Orte entworfen und ausprobiert werden?

Bereits am Genre der queer*feministischen, utopischen Literatur und ihrer Schnittstelle mit Science-Fiction als auch in Praktiken der Frauen* und queeren Bewegungen zeigt sich, dass trotz gewisser struktureller Gemeinsamkeiten sehr unterschiedliche Vorstellungen von utopischen „postpatriarchalen Gesellschaften“ existieren (Holland-Cunz 1987a, 1988; Schönflug 2008). Während Ursula K. Le Guin in ihrem 1969 erschienenen utopischen Roman „The Left Hand of Darkness“ eine ambisexuell bzw. geschlechtslose Gesellschaft imaginiert, in der die Bewohner*innen des Winterplanets nur während des kurzen Akts der sexuellen Reproduktion entweder männliche* oder weibliche* Eigenschaften annehmen, setzte Marge Piercy in ihrem bekannten Werk „Woman on the Edge of Time“ (1976) auf eine Form der sozialen Androgynie, sexueller (Begehrens-)Pluralität und eine Auflösung heteronormativ-monogamer Familien- und Beziehungsformen in einer ökologisch nachhaltigen, bindungsorientierten, basis- bzw. radikaldemokratisch organisierten Gesellschaft. Octavia Butler thematisiert in ihren Werken neben der Frage von Zweigeschlechtlichkeit auch explizit das Verhältnis von Reproduktion, Rassismus, Essentialismus und Genetik, wenn sie – wie beispielsweise in der „Xenogenesis-Reihe“ (1989) – die Ambivalenzen einer Vermischung der drei-geschlechtlichen Spezies der Oankali mit den Menschen zur Basis ihrer Erzählung macht.

Was sowohl Octavia Butler als auch Marge Piercy ebenfalls aufgreifen, ist die Frage nach der Rolle von Technik und neuen Bio- und Reproduktionstechnologien für fe-

ministische Utopien. Piercy (1976) sieht beispielsweise – durchaus in unmittelbaren Rekurs auf Shulamith Firestones Thesen als auch Donna Haraways cyborgtheoretischen Überlegungen – im Technologischen auch eine Chance, heteronormative Formen der Reproduktion zu überwinden (künstliche Brüter) bzw. kapitalistische Hegemonien zu unterlaufen. Hier ergeben sich auch interessante Verbindungen zu aktuellen queer*feministischen Kämpfen über die Bedeutung von Bio- und Reproduktionstechnologien für erweiterte Familien- und Verwandtschaftsformen jenseits heterosexueller Fortpflanzung ebenso wie zum Widerstandspotential von neuen Kommunikationstechnologien und Social Media – z.B. hinsichtlich einer digitalen Geschlechtervervielfältigung – im Rahmen cyberfeministischer Mobilisierungen (Heston 2013; Stollenhoff/Raudonat 2018). Andere queer*feministische utopische Romane entwarfen demgegenüber Gesellschaften, welche – ähnlich wie in dem bereits 1915 erschienenen Roman „Herland“ von Charlotte Perkins Gilman – vor allem auf einer frauen*ausschließlichen oder gynozentrischen Grundstruktur basieren und oftmals von einer gewissen Technikskepsis geprägt sind (Hauer 2000).

In den genannten utopischen Romanen der 1970er und 1980er Jahre, die bis heute als stilbildend für queer*feministisch utopisches Denken gelten, wurden auch öko-feministische Perspektiven auf das Zusammenspiel eines instrumentell-ausbeuterischen Naturverhältnisses mit Geschlechterungleichheit, Rassismus und Anthropozentrismus aufgenommen, indem ein feministisches Utopia mehrheitlich als ökologisch-nachhaltige Gesellschaft, die sich „in Harmonie mit der Natur“ befindet, imaginiert wird (Holland Cunz 1987b, 9). Auch feministische Forderungen nach einer Destabilisierung und Aushebelung der liberalen Gegenüberstellung von Privatem und Politischem und der Slogan ‚Das Private ist Politisch‘ waren für die utopisch-literarische Tradition prägend, wurden doch beispielsweise Modelle entworfen, in denen Reproduktion und gesellschaftliche Sorgearbeit kollektiviert, aufgewertet oder teilweise vollständig ent-geschlechtlicht wurden (siehe Beitrag von Luki Sarah Schmitz in diesem Schwerpunkt). In diesem Kontext wird deutlich, dass queer*feministische Utopien nicht nur Geschlecht ‚anders‘ imaginieren, sondern auch ‚alternative‘ gesellschaftliche und politische Organisationsformen zeichnen. Holland-Cunz (1987c, 65) plädiert folglich dafür, den typologischen Fokus bei der Analyse von feministischen Utopien nicht primär auf die Geschlechterorganisation zu legen, sondern auch „Entscheidungsstruktur oder ökonomische Organisation zum Zentrum der Analyse“ zu machen.

Angesichts aktueller theoretischer und politischer Diskussionen um Verletzbarkeit und der Ungleichverteilung von Verletzungsoffenheit (vgl. Butler 2005, 2012; oder die Aktionen von Black Lives Matter), ist es auch spannend, dass queer*feministische Utopien als eine fundierte Auseinandersetzung mit modernen Entwürfen des politischen Subjekts als weiß, männlich*, heterosexuell, able*bodied, autonom, kohärent, rational und sich selbst besitzend, gelesen werden können. Demgegenüber werden Subjektivitäten entworfen – manchmal sind diese weiblich*, oftmals aber auch androgyn, queer oder eben außerirdisch markiert – welche durch Brüchigkeit

und Hybridität sowie sozialer und ökologischer Verbundenheit gekennzeichnet sind (Klapeer/Schönflug 2015).

Politik erscheint dann nicht mehr als abgetrennter Bereich, sondern als Lebensform und es werden politische Organisationsformen mit basis-, konsens- oder radikaldemokratischen Elementen entworfen, welche menschliche Beziehungen und Verletzbarkeit zum Kern und Ausgangspunkt der Utopie bestimmt (siehe mit Bezug auf Judith Butler, Sarah Ahmed und Édouard Glissant den Beitrag von Sahra Dornick in diesem Schwerpunkt). Insgesamt sind Destabilisierungen der für die politischen Moderne konstitutiven Dichotomien kennzeichnend für queer*feministische Utopieentwürfe, und es werden verschiedene Versionen und Ausprägungen von ‚Ganzheitlichkeit‘ entworfen – Ideen, die nicht zuletzt an aktuelle Debatten im New Materialismus und feministischen Posthumanismus anschließen (Holland-Cunz 1987c; Schönflug/Klapeer 2017).

Wenn die imaginierten Subjekte nicht mehr selbstverständlich als durch heteronormative Machttechniken vergeschlechtlichte Wesen erscheinen, dann tragen literarische Utopien auch zu einer im wahrsten Sinne des Wortes gemeinten *Realisierung* von jenen Existenzweisen bei, denen eine Zukunft entweder abgesprochen wird oder die in der Zukunft nicht vorgesehen sind. Gerade in Bezug auf queere Subjekte erscheint diese Ermöglichung von Zukünftigkeit, die Intelligibilität einer „queer time“ und die Praxis eines *queer wordings* als eine zentrale Funktion des Utopischen (Halberstam 2005; Jones 2013). Auch die Bedeutung von neueren Filmen, Comics und Literaturen im Bereich des Afrofuturism verweisen auf dieses bedeutsame Moment des ‚intelligibel machens‘ von Leben und Zukünften jenseits und in Kritik rassistischer „chrono-normativität“, Gewalt und Diskriminierung (vgl. Nelson 2002; Womack 2013; Yaszek 2006). Hier lassen sich enge Verbindungen zu Utopiekonzepten als Praxis ziehen bzw. zeigen sich hier auch die epistemologischen und performativen Implikationen von (literarischen) Utopien, weil hier gewissermaßen etwas ‚verallgemeinert‘ und materialisiert wird, was beispielsweise nur in heterotopen Gegenräumen, sozialen Bewegungskontexten oder gesellschaftlichen Nischen existiert.

In der unterschiedlichen Ausgestaltung literarischer Utopieentwürfe spiegeln sich damit die vielschichtigen Debatten, Konfliktlinien und Leerstellen innerhalb feministischer, queerer, ökologie- und wachstumskritischer Bewegungs- und Theoriekontexte über Form, Inhalt und Methode geschlechterpolitischer Transformationen und einer anzustrebenden besseren Zukunft wieder (Holland-Cunz 1987c, 1988). Umgekehrt finden auch queer*feministische Praktiken und Kämpfe – beispielsweise um Frauen*räume oder die Normalisierung von nicht-heteronormativen Begehrensformen und Geschlechtern in queeren Räumen – ihren Niederschlag in der Imagination des Utopischen. Das Utopische und die Ausgestaltung der Utopie sind daher sowohl Teil als auch Produkt queer*feministischer Kämpfe und Auseinandersetzungen. Umgekehrt fungiert utopisches Denken selbst als Rahmen, Inspiration und Handlungsmoment für politische Praxen, womit auch die aktuelle Hinwendung

zum Dystopischen oder die zunehmende Betonung von Verwirklichbarkeit und Realpolitik als Teil dieser Zeit- und Kontextbezogenheit von Utopien gesehen werden muss (Holland-Cunz 1987c, 61). Es gelte daher, so betont Holland-Cunz (ebd., 70) „die Wut und Hoffnung, die aus diesen Texten spricht“, jeweils mit zu bedenken.

Utopie-Forschung und was nun?

An der Utopiedebatte ist jedenfalls zweierlei von herausragender sozialwissenschaftlicher Relevanz: 1. das Interesse an den gesellschaftlichen Bedingungen der Entstehung und Produktion von Utopien und 2. die Bedeutung von Utopien für die Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen. In beiden Dimensionen steckt eine gute Portion wissenschaftliche Kritik an der sozialen und politischen Wirklichkeit. (Kreisky 2000, 11)

An dieses Zitat von Eva Kreisky anschließend, möchten wir mit diesem Heft ebenfalls für eine Re-Aktivierung des Utopischen innerhalb der feministischen Politikwissenschaften plädieren. Gerade angesichts bestehender Krisen darf die Imagination und Vision einer anderen Welt nicht der Literatur oder der Ideengeschichte überlassen werden, sondern – wie auch Richard Saage plädiert – muss die Utopie aus der Diaspora, in der sie überlebt hat, aus der Science-Fiction, der Zukunfts- und Trendforschung zurückgeholt werden (Saage 2007, 607). Nicht nur eröffnen literarische Utopien neue Wirklichkeitsräume und materialisieren queer*feministische Kritiken durch eine fiktionale Realisierung von Alternativen, sondern das Utopische kann und muss in seinen unterschiedlichen Dimensionen und Manifestationen selbst Bezugspunkt von kritischer politikwissenschaftlicher Theoriebildung und Gesellschaftsanalyse werden. Und zwar aus sieben Gründen:

Erstens haben wir es in der Politikwissenschaft immer noch mit einer analytisch-konzeptionellen Leerstelle in Bezug auf Utopien zu tun und auch innerhalb der feministischen Politikwissenschaft changiert der Utopiebegriff zwischen Ideengeschichte, seinen normativ-positiven Implikationen und möglicher analytisch-konzeptioneller Einsatzmöglichkeiten. Eine Benennung und Konzeptualisierung dieser Leerstelle würde unseres Erachtens die gesellschaftskritischen und -theoretischen Möglichkeiten des Faches jenseits dichotomisierender Zuschreibung zwischen empirischer Analyse und normativer Theoriebildung erweitern. Denn, wie wir gezeigt haben, situiert sich das Utopische und die Entwicklung von Utopien in diesen Dimensionen, die gleichsam füreinander fruchtbar gemacht werden können. Zugleich eröffnet sich durch die utopischen Momente des Gegenwärtigen eine zusätzliche analytische Perspektive auf Utopien, da vielleicht über reale, gelebte Utopien Orte der Transformation bestimmt werden können. Die bisherige dominierende normative Deutung des Utopiebegriffes hat gewissermaßen verunmöglicht, dass Utopie im Sinne einer gelebten Praxis und der Etablierung alternativer sozialer Strukturen untersucht wurde (Levitas 2013, 104). Nicht zuletzt zeigen realutopische und literarische Utopien die politische Bedeutung von queeren Praxen der Geschlechtertransgression oder die Imagination einer geschlechtslosen Gesellschaft sowie spezifische

Ausprägungen von heteronormativen Herrschaftsverhältnissen auf. Diese gilt es wahrzunehmen und als heterotope und realutopische Momente oder als Vision einer Zukunft zu analysieren. Gesellschaftstheoretisch steht die Utopie dann weniger für eine Fixierung eines besseren Ortes, sondern für ein „selbstreflexives Denk- und Handlungsprinzip“ (Kreisky 2000, 7), eine produktive Form der wissenschaftlichen Verunsicherung bestehender Epistemologien und methodologischer Herangehensweisen. Das Utopische wäre aus einer queer*feministischen Perspektive daher eher im Kontext von Widerspruch, Ambivalenz und Verhandlung des ‚Wünschbaren‘ im Gegenwärtigen und Zukünftigen zu sehen, ohne dass eine normative Perspektive per se eingenommen oder aufgegeben werden muss.

Zweitens haben wir entgegen aktueller Diskurse nur bedingt mit einem Ende oder Scheitern der Utopien zu tun. Vielmehr hat sich jenes, was als utopisch oder erstrebenswert erscheint, verändert. Das Utopische wird demnach selten in neoliberalen, autoritären, rechten und rechtsextremen Praxen gesehen – obwohl sie als solche konzeptualisiert werden könnten. Diese werden vor allem als Anti-Thesen zum Utopischen gesehen und damit verkannt, dass utopische Entwürfe und Praxen nicht per se emanzipatorische oder progressive Implikationen aufweisen. Utopische Sehnsüchte und Konzepte entfalten sich auch in Form von Ich-Utopien und neuen neoliberalen Praxen der Selbstoptimierung und Steigerung der Eigenleistung. Umgekehrt haben wir es auch mit einer Vielzahl an sozialen Bewegungen und Mobilisierungen zu tun, in welchen im Rahmen konkreter, realer bzw. heterotoper Utopien solidarische(re) und nachhaltige(re) Wirtschafts- und Lebensformen entworfen und erprobt werden. Eine fundierte Auseinandersetzung mit Utopien ermöglicht es demnach, differenziert mit gegenwärtigen Anrufungen des Utopischen bzw. historischen Veränderungen von Utopien umzugehen.

Daran anschließend muss, drittens, aus queer*feministischer Perspektive konstatiert werden, dass eine kritische Analyse der Gegenwart und die Imagination sowie Erprobung einer besseren Welt ein inhärentes Moment von Frauen*- und queeren Bewegungen ist. Daher kann der Utopie-Verdross allenfalls eine androzentrische oder hegemoniale Perspektive widerspiegeln, da derart die andauernden queer*feministischen Kämpfe und Praxen für eine andere Welt und gelebte Möglichkeiten des ‚Anders-seins‘ und ‚Anders-tuns‘ im Gegenwärtigen nicht gesehen werden. Zugleich gilt es aus einer queer*feministischen Perspektive erneut zu klären, welche Bedeutung Geschlecht und Geschlechterverhältnisse für aktuelle utopische Praxen und Projekte zukommt, wenn ‚alte‘ feministische Themen gerade im Kontext von Diskussionen um Commons oder solidarischer Ökonomien immer noch ein Spannungsfeld darstellen. Queer*feministische Utopieforschung und -kritik ist damit nicht neu, muss aber erneut belebt werden, um einen kritischen Beitrag zur derzeitigen Debatte über utopische Momente des Gegenwärtigen zu leisten.

Eine utopie-theoretische Herangehensweise stärkt daher, viertens, die transformativen, widerständigen und machtkritischen Implikationen queer*feministischer Theoriebildung, da es nicht um eine Prognose, sondern um gesellschaftliche Ver-

änderung geht. „Feministische Utopien haben immer auch praktische Relevanz und Anschluss an die gesellschaftliche Wirklichkeit“ (Kreisky 2000, 23). Diese Praxen gilt es auszuloten, denn eine Orientierung an Utopien und an dem Wünschbaren bedeutet, dass sich der Blick von Hegemonien und der Kritik dieser Hegemonien auf Möglichkeiten und Räume des Widerstands, der Subversion, des Anders-tuns richtet (Holland-Cunz 1988, 13).

Fünftens brauchen wir trotz realutopischer Ansätze die literarische Form der Utopie, denn diese verleitet uns zum Träumen, zum vermeintlich Unerreichbaren zu streben, Positionen auszuloten und alternative Identifikationsmöglichkeiten zu stärken (Holland-Cunz 1988, 13). Literarische (oder auch filmische und künstlerische) Entwürfe einer anderen Welt lassen auch marginalisierte Existenzweisen intelligibel werden und fungieren als Bestärkungsmomente für soziale Bewegungen und Aktivismen. Utopie-Forschung speist sich daher aus einer interdisziplinären Praxis zwischen Literatur und sozialwissenschaftlicher Analyse.

Gerade vor diesem Hintergrund bedarf es, sechstens, unbedingt einer Erweiterung der realen und fiktionalen Utopie um eine intersektionelle Perspektive, welche dem Ineinandergreifen und der Verwobenheit von Ungleichheitsverhältnissen in Bezug auf die formulierte Sozialkritik als auch in der Praxis und Konstruktion alternativer Gesellschaften Rechnung trägt. In diesem Zusammenhang muss es sowohl um eine ‚Provinzialisierung‘ etablierter (westlich zentrierter) Utopieforschung gehen, als auch um die Frage, welche utopischen Traditionen und Visionen durch eine verengte (rassistische, heteronormative) Verwendung des Utopiekonzeptes ausgeblendet blieben. Aktuelle Debatten um die Bedeutung von Afrofuturismus weisen bereits in diese Richtung.

Vor diesem Hintergrund schließt utopie-theoretisches Denken, siebtens, an andere Formen der Theoriebildung und Wissensgenerierung an und kann daher als genuin transdisziplinäres Projekt verstanden werden, insbesondere im Sinne der von Sabine Harks (2001) formulierten reflexiven bzw. machtkritischen Transdisziplinarität. Insbesondere durch die Notwendigkeit einer Anerkennung und Inklusion von Wissenskontingenten aus sozialen Bewegungen und gelebten utopischen Momenten des Gegenwärtigen wird eine ständige Überprüfung wissenschaftlicher Produktionsweisen und Fragestellungen evoziert. Darüber hinaus setzt queer*feministische Utopieforschung auch eine Destabilisierung etablierter Vernunftbegriffe und Epistemologien fort, wenn es bei der Erkenntnisgewinnung nicht nur um ein rationales Verständnis von Wissen im herkömmlichen Sinn geht, sondern um die Berücksichtigung der Bedeutung von Imagination und Einbildungskraft (Heller 2016)

Feministische und queere Beiträge zur Utopie

Die Beiträge dieses Schwerpunktes thematisieren in gewisser Hinsicht die Varietät der dargestellten utopischen Positionen und bewegen sich zwischen einer pessimistischen und hoffnungsvollen Gegenwartsdiagnostik:

In *Dagmar Finks* Beitrag wird die Kritik des Gegenwärtigen zum Ausgangspunkt für dystopische Zukunftsimaginationen. Unter Rückgriff auf Margaret Atwoods Roman „The Handmaid’s Tale“ und seiner aktuellen TV-Adaption sowie Octavia Butlers Kurzgeschichte „Bloodchild“ veranschaulicht die Autor*in, welche Rolle fiktionale dystopische Positionen derzeit haben, und welche Herrschaftsverhältnisse und Zukünfte hier jeweils verhandelt oder eben ausgeblendet werden. Damit diskutiert Fink die aktuelleren Sozial- und Raumutopien, welche in der Tradition der klassischen Utopien stehen und in Form des literarischen dystopischen Romans ihre Bedeutung entfalten. Fink kann zeigen, welche immens wertvolle Ressource Spekulative Fiktionen darstellen, um queer*feministische ebenso wie postkoloniale Positionen – insbesondere auch bezüglich der Verhandlung von Rassismus – innerhalb utopischer Traditionen auszuloten.

Für *Sahra Dornick* ist Utopie eine emanzipatorische gelebte Praxis, welche die bestehenden Herrschaftsverhältnisse überwindet und sich in der Relationalität bzw. Verwiesenheit des Subjektes widerspiegelt. Anhand der Werke von Judith Butler, Sara Ahmed und Édouard Glissant zeigt die Autor*in, dass das Utopische vielen queer*feministischen und postkolonialen Positionen inhärent ist. Die Werke werden somit auf ihre utopische Perspektive und das Konzept der Relationalität überprüft. Relationalität steht hier für eine Verwiesenheit des ‚Ichs‘ auf den Anderen im Hier und Jetzt, welche sich in den Analysen der Autor*innen zeigt und durch Elemente des Performativen und der gelebten utopischen Praxis auf das Zukünftige verweist. Butlers, Ahmeds und Glissants Arbeiten veranschaulichen damit, dass die Verwiesenheit konstitutiv ist, um alternative Werte, Ethiken und Praktiken und damit utopische Momente im Gegenwärtigen aufzuzeigen.

Auch *Luki Sarah Schmitz* argumentiert, dass eine gelebte utopische Praxis trotz widriger gesellschaftlicher und politischer Prozesse zu finden ist. Unter Rückgriff auf Blochs Konzept der konkreten Utopien wird die Praxis der Commons als alternative Wirtschafts- und Sozialform einer queer*feministischen Analyse unterzogen. Schmitz argumentiert, dass die gelebte Praxis von Commons einen experimentellen gegenwärtigen Charakter aufweisen, und das Zukünftige im Gegenwärtigen aufzeigen. Grenzen der gelebten Utopie finden sich jedoch in Bezug auf eine faire soziale Reproduktion, welche queer*feministische Positionen einschließt.

Nadja Meisterhans beobachtet gegenwärtig eine Konjunktur an Antifeminismen, welche sie in ihrem Beitrag sowohl auf einen autoritären Backlash, Rechtspopulismus als auch auf die Verbreitung neoliberaler Logik zurückführt. Aus einer psychoanalytischen Perspektive argumentiert die Autor*in, dass gegenwärtige gesellschaftliche und politische Strukturen ein Unbehagen erzeugen, jedoch eine Unmöglichkeit besteht, dieses auszudrücken und anzuerkennen. Meisterhans verdeutlicht damit die psychoanalytische Tiefe des antifeministischen Backlash und argumentiert, dass die Passivisierung der Subjektivität zu einer Krise des utopischen Denkens führt, wobei sie diesem Pessimismus abschließend einen Ausblick auf gelebte queer*feministische utopische Praxen im Sinne Blochs gegenüberstellt.

Allen Beiträgen des Schwerpunktes ist gemein, dass sie neoliberalen und gegenwärtigen politischen Prozessen mit Skepsis begegnen und diese Gegenwartsdiagnostik zum Anlass genommen wird, sich auf fiktionaler oder realutopischer Perspektive mit Imaginationen, Wünschen oder Transformationen auseinandersetzen. Die Beiträge diagnostizieren das Gegenwärtige und beleuchten das Zukünftige, nehmen eine analytische, handlungsorientierte oder normative Position des Utopischen ein und greifen damit die variierende Perspektiven des Utopiebegriffes auf. Zugleich verweisen die Beiträge, darauf, dass der Utopie-Verdruss allenfalls eine androzentrische Allmachtsphantasie sein kann, denn queer*feministischen Positionen und Praxen ist eine Kritik des Gegenwärtigen inhärent, denn diese sind so Ruth Levitas (2013, 95f.) „fundamentally informed by the view that the world should be otherwise, and that critical knowledge is important.“

Anmerkungen

- 1 Als Teil des klassischen Rezeptionskanons kommt für das Genre der neuzeitlichen Utopien neben Thomas Morus „Utopia“ und Francis Bacons „Nova Atlantis“ zudem Tommaso Campanellas „Sonnenstaat“ eine besondere Bedeutung zu. Als bekannte Utopien der Aufklärung gelten beispielsweise Gottfried Schnabels „Die Insel Felsenburg“, Denis Diderots „Nachtrag zu Bougainvilles Reise“ oder Restif de la Bretonnes Roman „Der fliegende Mensch“, Charles Fouriers „Theorien der vier Bewegungen“ und Edward Bellamys „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887“ zählen darüber hinaus zu den klassischen Utopien des 19. Jahrhunderts. Für einen Überblick über die Ideengeschichte der Utopie siehe Levitas 2011; Saage 1991, 2004 oder Schölderle 2017.
- 2 Zur Debatte über Science-Fiction und Utopie siehe Wegner 2005.
- 3 Bestimmte bis Ende des 18. Jahrhunderts die Sozial- und Raumutopie Form und Inhalt des literarisch-fiktionalen (Gegen-)Entwurfs einer besseren Gesellschaft, avanciert im Laufe des 19. Jahrhunderts – bedingt durch technologische Veränderungen sowie dem Aufstieg von Evolutionstheorien und einem Fortschritts- und Entwicklungsdenken – der Faktor Zeit/lichtkeit zum bestimmenden Moment utopischen Denkens.
- 4 Die im Kontext feministischer und geschlechtertheoretischer Utopieforschungen wiederentdeckten frühen politischen Utopien von Frauen* wie z.B. Christine de Pizans „Das Buch der Stadt der Frauen“, Sophie La Roches „Erscheinungen am See Oneida“, Margret Cavendishs „A New World Called the Blazing World“ oder Charlotte Perkins Gilman „Herland“ sind weit weniger bekannt (vgl. Roß 1998). Als das berühmteste utopische Werk jenseits des 20. Jahrhunderts gilt Mary Shellys „Frankenstein or The Modern Prometheus“.

Literatur

Acosta, Alberto, 2018: Buen Vivir: A Porposal with Global Potential. In: Henning, Christoph/Rosa, Hartmut (Hg.): *The Good Life Beyond Growth. New Perspectives*. Oxon, 29-39.

Arnswald, Ulrich, 2010: Einführung. Zum Utopie-Begriff und seiner Bedeutung in der Politischen Philosophie. In: Arnswald Ulrich/Schütt, Hans-Peter: *Thomas Morus' Utopia und das Genre der Utopie in der Politischen Philosophie*. Karlsruhe, 1-36.

Arnswald, Ulrich/Schütt, Hans-Peter, 2010: Vorwort. In: Arnswald, Ulrich/Schütt, Hans-Peter (Hg.): *Thomas Morus' Utopia und das Genre der Utopie in der Politischen Philosophie*. Karlsruhe, VII-IX.

Ashcroft, Bill, 2001: *Post-Colonial Transformation*. London.

- Ashcroft**, Bill, 2009: Remembering the Future. Utopianism in African Literature. In: *Textual Practice*. 23 (5), 703-722.
- Bauhardt**, Christine, 2013: Wege aus der Krise? Green New Deal - Postwachstumsgesellschaft - Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht. In: *Gender: Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*. 5 (2), 9-26.
- Bloch**, Ernst, 1985 [1959]: *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt/M.
- Bröckling**, Ulrich, 2013: In der Optimierungsfalle. Zur Soziologie der Wettbewerbsgesellschaft. In: *Supervision: Mensch, Arbeit, Organisation*. 31 (4), 4-11.
- Butler**, Judith, 2005: *Gefährdetes Leben. Politische Essays*. Frankfurt/M.
- Butler**, Judith, 2012: *Gefährdetes Leben, Verletzbarkeit und die Ethik der Kohabitation*. *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*. 60 (5), 691-704.
- Cortiel**, Jeanne, 2015: Feminist Utopia/Dystopia. Joanna Russ, *The Female Man* (1975) and Marge Piercy, *Woman on the Edge of Time* (1976). In: Voigts-Virchow, Eckart/Boller, Alessandra (Hg.): *Dystopia, Science Fiction, Post-Apocalypse. Classics, New Tendencies, Model Interpretations*. Trier, 155-169.
- Daniel**, Antje, 2018: Occupy: Städtische Besetzung als utopisches Experimentierfeld. In: Schoch, Aline/Bürgin, Reto (Hg.): *Städtische Widerstände*. Bern et al., 97-117.
- Daniel**, Antje, (im Erscheinen) 2019: DIY Urbanism as Utopia: The Case of the Green Camp Gallery in Durban, South Africa. In: Marr, Steve/Mususa, Patience (Hg.): *The Practice and Politics of DIY Urbanism in African Cities*. London.
- Dickel**, Sascha, 2016: Utopische Technologien in technologisierten Gesellschaften. In: Liessmann, Konrad Paul (Hg.): *Neue Menschen! Bilden, optimieren, perfektionieren*. Wien, 101-115.
- Dierkes**, Mirjam, 2013: Plädoyer für eine utopietheoretische Erweiterung feministischer Gesellschaftskritik. In: *Femina Politica*. 22 (1), 68-80.
- Dutton**, Jacqueline/**Sargent**, Lyman Tower, 2013: Introduction. Utopias from Other Cultural Traditions. In: *Utopian Studies*. 24 (1), 2-5.
- Engel**, Antke, 2008: Gefeierte Vielfalt, Umstrittene Heterogenität, Befriedete Provokation. Sexuelle Lebensformen in spätmodernen Gesellschaften. In: Bartel, Rainer/Horwath, Ilona/Kannoni-Finster, Waltraud/Mesner, Maria/Pfefferkorn, Erik/Ziegler, Meinrad (Hg.): *Heteronormativität und Homosexualitäten*. Innsbruck, Wien, et al., 43-63.
- Exner**, Andreas/**Kratzwald**, Brigitte, 2012: *Solidarische Ökonomie & Commons*. Wien.
- Feigenbaum**, Anna/**Frenzel**, Fabian/**McCurdy**, Patrick, 2013: *Protest Camps*. London, New York.
- Foucault**, Michel, 2006 [1966]: *Die Heterotopien. Der utopische Körper*. Berlin.
- Fukuyama**, Francis, 1992: *Das Ende der Geschichte*. München.
- Halberstam**, J. Jack, 2005: *In a Queer Time and Place. Transgender Bodies, Subcultural Lives*. New York, London.
- Hark**, Sabine, 2001: Disziplinäre Quergänge – (Un)Möglichkeiten transdisziplinärer Frauen- und Geschlechterforschung. In: *Potsdamer Studien zur Frauen- und Geschlechterforschung*. 2 (2), 7-2.
- Hauer**, Gudrun, 2000: Schöne neue Frauenwelten? Feministische Utopien in der Literatur des 20. Jahrhunderts. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*. 29 (1), 59-73.
- Haug**, Frigga, 2008: Attacken auf einen abwesenden Feminismus. Ein Lehrstück in Dialektik. In: *DAS ARGUMENT*. 50 (274), 9-20.
- Heller**, Agnes, 2016: *Von der Utopie zur Dystopie. Was können wir uns wünschen?* Wien, Hamburg.
- Heston**, Laura V., 2013: Utopian Kinship? The Possibilities of Queer Parenting. In: Jones, Angela (Hg.): *Critical Inquiry into Queer Utopias*. New York, 245-267.
- Holland-Cunz**, Barbara, 1987a: *Feministische Utopien. Aufbruch in eine postpatriarchale Gesellschaft*. Meitingen.

Holland-Cunz, Barbara, 1987b. Einleitung. In: Holland-Cunz, Barbara (Hg.): Feministische Utopien. Aufbruch in eine postpatriarchale Gesellschaft. Meitingen, 7-12.

Holland-Cunz, Barbara, 1987c. Politische Struktur und Machtverhältnisse in der feministischen Utopie. In: Holland-Cunz, Barbara (Hg.): Feministische Utopien. Aufbruch in eine postpatriarchale Gesellschaft. Meitingen, 61-106.

Holland-Cunz, Barbara, 1988: Utopien der Neuen Frauenbewegung. Gesellschaftsentwürfe im Kontext feministischer Theorie und Praxis. Meitingen.

Jones, Angela, 2013: Introduction. Queer Utopias, Queer Futurity, and Potentiality in Quotidian Practice. In: Jones, Angela (Hg.): Critical Inquiry into Queer Utopias. New York, 1-17.

Kinna, Ruth, 2016: Utopia and Prefiguration. In: Chrostowska, Sylwia Dominika/Ingram, James D. (Hg.): Political Uses of Utopia: New Marxist, Anarchist, and Radical Democratic Perspectives. New York, 198-216.

Klapeer, Christine M./**Schönpflug**, Karin 2015: Queer needs Commons! Transgressing the Fiction of Self-Ownership, Challenging Westocentric Proprietism. In: Dhawan, Nikita/ Engel, Antke/ Holzhey, Christoph H.E./Woltersdorff, Volker (Hg.): Global Justice and Desire: Queering Economy. London, 163-179.

Kreisky, Eva, 2000: Die Phantasie ist nicht an der Macht ... Vom Verschleiß des Utopischen im 20. Jahrhundert. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. 29 (1), 7-28.

Kufeld, Klaus, 2011: Zeit für Utopie. In: Kufeld, Klaus/Nida-Rümelin, Julian (Hg.): Die Gegenwart der Utopie. Zeitkritik und Denkwende. Freiburg, 9-25.

Layh, Susanna, 2014: Finstere neue Welten. Gattungsparadigmatische Transformationen der literarischen Utopie und Dystopie. Würzburg.

Levitas, Ruth, 2011: The Concept of Utopia. Oxfordshire.

Levitas, Ruth, 2013: Utopia as Method. The Imaginary Reconstitution of Society. London.

Litfin, Karen, 2014: Ecovillages. Lessons for Sustainable Community. Cambridge.

Ludwig, Gundula, 2016: Desiring Neoliberalism. In: Sexuality Research and Social Policy. 13 (4), 417-427.

Mannheim, Karl, 2015 [1985]: Ideologie und Utopie. Frankfurt/M.

McClintock, Anne, 1995: Imperial Leather. Race, Gender and Sexuality in the Colonial Contest. New York.

Mörtenböck, Peter/**Mooshammer**, Helge, 2012: Occupy. Räume des Protests. Bielefeld.

Mümken, Jürgen, 2009: In Verteidigung der Freiheit. Die Utopie der Anarchie in Zeiten des Neoliberalismus. In: Steltemeier, Rolf/Dickel, Sascha/Gaycken Sandro/Knobloch, Tobias (Hg.): Neue Utopien. Zum Wandel eines Genres. Heidelberg, 281-299.

Muñoz, José Esteban, 2009: Cruising Utopia. The Then and There of Queer Futurity. New York.

Nelson, Alondra, 2002: Introduction: Future Texts. In: Social Text: Special Issue on Afrofuturism. 20 (2): 1-15.

Neusüss, Arnhelm, 1968: Schwierigkeiten einer Soziologie des utopischen Denkens. In: Neusüss, Arnhelm (Hg.): Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen. Neuwied, Berlin. 13-112.

Ötsch, Walter, 2016: Die neoliberale Utopie als Ende aller Utopien. Working Paper Series Ök-15. Internet: https://www.cusanus-hochschule.de/wp-content/uploads/2019/01/0%CC%88k-15_NLUtopie.pdf [01.03.19].

Piercy, Marge, 1997 [1976]: Woman on the Edge of Time. New York.

Potts, Charlotte, 2016: Protest im Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Tea Party und Occupy im Vergleich. Baden-Baden.

Praeg, Leonhard, 2014: A Report on Ubuntu. Grahamstown.

- Redecker**, Eva von, 2012: Feministische Strategie und Revolution. In: Landwehr, Hilge/Newmark, Catherine/Kley, Christine/Miller, Simone (Hg.): Philosophie und die Potenziale der Gender Studies. Peripherie und Zentrum im Feld der Theorie. Bielefeld, 17-36.
- Röcke**, Anja, 2017: (Selbst)Optimierung. Eine soziologische Bestandsaufnahme. In: Berliner Journal für Soziologie. 27 (2), 319-335.
- Rosa**, Hartmut/**Henning**, Christoph (Hg.), 2018: The Good Life Beyond Growth. New Perspectives. Oxon.
- Roß**, Bettina, 1998: Politische Utopien von Frauen. Von Christine de Pizan bis Karin Boye. Dortmund.
- Saage**, Richard, 1991: Politische Utopien der Neuzeit. Darmstadt.
- Saage**, Richard, 2004: Wie zukunftsfähig ist der klassische Utopiebegriff? In: UTOPIE kreativ. 165/166, 617-636.
- Saage**, Richard, 2007: Renaissance der Utopie? In: UTOPIE kreativ. 201/202, 605-617.
- Schölderle**, Thomas, 2017: Geschichte der Utopie. Böhlau.
- Schirmer**, Utan, 2010: Geschlecht anders gestalten. Drag Kinging, geschlechtliche Selbstverhältnisse und Wirklichkeiten. Bielefeld.
- Schönpflug**, Karin, 2008: Feminism, Economics and Utopia. Time Travelling Through Paradigms. New York.
- Schönpflug**, Karin/**Klapeer**, Christine M., 2017: Towards a posthumanist economics. The end of self-possession and the disappearance of Homo oeconomicus. In: Westra, Richard/Albritton, Robert/Jeong, Seongjin (Hg.): Varieties of Alternative Economic Systems. Practical Utopias for an Age of Global Crisis and Austerity. New York, 204-220.
- Shange**, Nobulelo, 2017: Mappings of Feminist/Womanist Resistance within Student Movements Across the African Continent. In: Agenda. 31 (3-4), 60-67.
- Steltemeier**, Rolf/**Dickel**, Sascha/**Gaycken** Sandro/**Knobloch**, Tobias, 2009: Einleitung. In: Steltemeier, Rolf/Dickel, Sascha/Gaycken, Sandro/Knobloch, Tobias (Hg.): Neue Utopien. Zum Wandel eines Genres. Heidelberg, 8-19.
- Stoltenhoff**, Ann-Kathrin/**Raudonat**, Kerstin, 2018: Digitalisierung (mit)gestalten – was wir vom Cyberfeminismus lernen können. Strategien und Ansätze einer aktivierenden Perspektive auf Informations- und Kommunikationstechnologien im 21. Jahrhundert. In: GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft. 10 (2), 128-142.
- Villalba**, Unai, 2013: Buen Vivir vs Development: A Paradigm Shift in the Andes? In: Third World Quarterly: Journal of Emerging Areas. 34 (8), 1427-1442.
- Wegner**, Phillip E., 2012: Imaginary Communities. Berkley et al.
- Womack**, Ytasha, 2013: Afrofuturism: The World of Black Sci-Fi and Fantasy Culture. Chicago.
- Wright**, Erik Olin, 2010: Envisioning Real Utopias. London, New York.
- Yaszek**, Lisa, 2006: Afrofuturism, Science Fiction, and the History of the Future. In: Socialism and Democracy. 20 (3), 41-60.

Welche Geschichten Zukunft schaffen. Zwei (afrofuturistische und) feministische Spekulative Fiktionen

DAGMAR FINK

Einleitung

Seit es Spekulative Fiktion¹ (SF) gibt, wird in dieser literarischen (und filmischen) Form über Wege in eine *bessere* Zukunft nachgedacht, wie auch vor düsteren Aussichten gewarnt. Insbesondere Science Fiction wird häufig als „literature of change“ charakterisiert (Landon 1997, xi). Gegenstand sind (zumindest potenziell) nicht nur Veränderungen in Zusammenhang mit Technologien oder (Natur-) Wissenschaften, sondern auch gesellschaftlicher Wandel (Vint 2014, 135-157). So nimmt es nicht Wunder, dass in gesellschaftspolitisch bewegten Zeiten das Interesse an fiktiven Zukunftsentwürfen zunimmt. Aktuell scheinen insbesondere die Warnungen fiktiver Dystopien vor einer totalitären Zukunft ein breiteres Publikum zu erreichen. Und erstaunlicherweise sind es gerade *feministische* Dystopien, allen voran Margaret Atwoods 1985 erschienener Roman *The Handmaid's Tale* (dt. 1989 von Helga Pfetsch, *Der Report der Magd*) oder Christina Dalchers *Vox* (2018; dt. von Marion Balkenhol und Susanne Aeckerle)², die große Beachtung finden. Auf amazon.com wurde *The Handmaid's Tale* 2017 – also 32 Jahre nach dessen Erscheinen – als meistgelesener (respektive verkaufter) Roman gelistet. Auch die relativ getreue und vielfach preisgekrönte TV-Adaption des Romans hat eine sehr große Zuseher*innenschaft. Mit der zweiten Staffel der Serie, die nach dem Ende der Romanvorlage fortfährt, konnte der Streamingdienst Hulu eigenen Angaben zufolge die Zuseher*innenzahlen verdoppeln, so dass auch eine dritte Staffel bereits im Dreh ist.

In diesem Beitrag beschäftige ich mich mit *The Handmaid's Tale* – dem Roman und dessen Adaption in der ersten Staffel der TV-Serie – nicht allein, weil mich deren großer Erfolg so erstaunt, sondern weil der Roman wie die TV-Serie derzeit vielerorts in feministischen Kämpfen aufgegriffen werden. Welche und wessen Zukunft haben feministische Bewegungen vor Augen? Welche Geschichten weisen ihnen den Weg? Und welche Geschichten werden zum Symbol feministischer Politiken? Aus repräsentationskritischer Perspektive, wie sie in semiotischen und diskurskritischen Theorien, in der feministischen Filmtheorie sowie den (feministischen) Cultural Studies entwickelt wurde, das heißt aus einer Perspektive, die Repräsentationen als Prozesse begreift, in denen Realitäten ebenso wie Bedeutungen zuallererst produziert werden, frage ich danach, *wessen* Zukunft in *The Handmaid's Tale* *wie* erzählt wird und *wer wie, mit welchen Mitteln* und *in welchem Kontext* dargestellt wird (vgl. beispielsweise de Lauretis 1987; Lummerding 1994; Hall 1997). Über wessen Zukunft wird spekuliert, und wer fällt aus dem Bild? Dabei zeigen sich bemerkenswerte Unterschiede zwischen Roman und Serie hinsichtlich der Zukunft

von Schwarzen und People of Color, auch wenn die Darstellung – so viel sei vorab verraten – in beiden Fällen problematisch ist.

Spekulative Literatur wird von politischen Bewegungen jedoch nicht nur genutzt, um vor einer bedrohlichen Zukunft zu warnen, sie dient gerade auch der Suche nach einem erwünschten gesellschaftlichen Wandel, nach einem Weg in eine egalitäre, gerechtere Gesellschaft, nach Vorstellungen von Gesellschaften, die frei von Misygnie, (Hetero-)Sexismus, Kapitalismus und auch frei von Rassismus sind. Insofern wird sich der zweite Teil dieses Beitrags mit der Pionierin*³ feministischer afro-futuristischer Literatur, Octavia Butler, beschäftigen, deren Geschichten, seien sie eher utopisch oder dystopisch, prominent andere Verhältnisse zwischen Selbst und Anderem zum Gegenstand haben. In der Kurzgeschichte Bloodchild (1996 [1984]) deutet sie an, wie aus dem notgedrungenem Zusammenleben unterschiedlicher Spezies möglicherweise ein, wenn auch konfliktreiches, gemeinsames Werden entstehen kann.

Wessen Zukunft erzählt wird: *The Handmaid's Tale*

Roman wie auch Serie behandeln Themen, die häufig Gegenstand feministischer Dystopien sind: Der Verlust von Rechten, die im Zuge der Zweiten Frauenbewegung erkämpft wurden, wie einer Erwerbsarbeit nachzugehen, Eigentum zu besitzen, oder ein eigenes Konto zu haben, vor allem jedoch der Verlust reproduktiver Rechte, sexueller Selbstbestimmung und der Kontrolle über den eigenen Körper. In *The Handmaid's Tale* ermorden christliche Fundamentalist*innen in einem Staatsstreich den Präsidenten sowie die Mitglieder des Kongresses und setzen die Verfassung außer Kraft. Anstelle der USA errichten sie die theokratische Diktatur Gilead, in der ausschließlich Männer regieren. Nicht nur ein essentialistisches Frauenbild, eine christlich-fundamentalistische Familienideologie, die Abschaffung der Ehescheidung, Abtreibungsverbot und Zwangsheterosexualität unter Androhung von Folter und Todesstrafe machen Gilead zu einer feministischen Apokalypse. Umweltkatastrophen sowie atomare Verseuchung haben zu Sterilität unter weiten Teilen der weiblichen wie männlichen Bevölkerung geführt. Gebärfähige Frauen* – sterile Männer gibt es offiziell nicht – werden an systemtragende Ehepaare als „handmaid“, als Magd, vergeben. Das bedeutet, dass sie in einer religiös verbrämten ‚Zeremonie‘ einmal monatlich vom Hausherrn unter Aufsicht der Hausherrin vergewaltigt werden, auf dass sie dem Staat (den richtigen) Nachwuchs gebären. Als Vorlage für dieses Ritual, wie auch für die Geschlechterordnung insgesamt, diente Atwood das Alte Testament. Die betreffende Stelle wird den ‚Mägden‘ während ihrer Schulungen täglich zu Ohr gebracht und vor jeder rituellen Vergewaltigung liest der Hausherr dem versammelten Haushalt die Stelle vor. Laut der patriarchalen Schrift ist es eine Frau*, die sich dieses System ausdachte: nämlich die unfruchtbare Rahel, die ihren Mann Jakob aufforderte, Kinder mit der Magd Bilha zu zeugen, die diese in ihrem – Rahels – Schoß gebären soll (Die Bibel, Gen 30,1-4 und 30,18).⁴

In der Reagan-Ära geschrieben warnt der Roman eindrücklich davor, dass die gesellschaftspolitischen Errungenschaften der Zweiten Frauenbewegung sowie der Linken fragil sind und wieder zurückgenommen werden können. Die TV-Serie wurde zwar vor dem Amtsantritt Donald Trumps gedreht, ausgestrahlt wurde sie in den USA jedoch erst nach dessen Inauguration. Dieser hatte sich im Wahlkampf damit gebrüstet, Frauen sexuell zu belästigen, wenn er das möchte, angekündigt, Abtreibung zu bestrafen und mit Mike Pence einen fundamentalistischen Christen zum Vizepräsidenten gemacht.⁵ So mag es nicht weiter verwundern, dass *The Handmaid's Tale* zu einem Symbol im politischen Protest für Frauen*rechte wurde: Auf Demonstrationen in den USA waren Plakate mit der Aufschrift *Make Margaret Atwood Fiction Again* zu sehen. Und auch über die USA hinaus wurde *The Handmaid's Tale* im Kampf um Frauen*- und reproduktive Rechte zitiert: In Kroatien trugen Aktivist*innen die stark ästhetisierten weißen Hauben und roten Mäntel, die die ‚Mägde‘ in der TV-Adaption tragen, um für die Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt zu demonstrieren. Auch in Irland und in Argentinien traten Aktivist*innen bei Demonstrationen für ein neues Abtreibungsrecht als Mägde verkleidet auf. Es ist die Kombination aus: 1) politischer Situation, in der sicher geglaubte Frauen*rechte bedroht, andere hingegen noch immer nicht erreicht sind, 2) einer Erzählung, die nicht nur buchstäblich vor Augen führt, wie ein System, in dem Frauen* unterdrückt und gegeneinander ausgespielt werden, etabliert wird, sondern dies im Prozess des Lesens oder Zusehens erlebbar, empfindbar macht und aus der abstrakten Bedrohung erst eine konkrete Realität macht. Und 3) bescheren stark ästhetisierte Bilder und überzeugende Schauspieler*innen der opulenten TV-Produktion nicht nur kommerziellen Erfolg, sondern verleihen *The Handmaid's Tale* gerade politische Symbol- und Mobilisierungskraft.

Atwoods Werk beeindruckt darüber hinaus, weil ihr zufolge alles, was in der Handlung geschildert wird, bereits irgendwann vorgekommen sei: Sklaverei, das Lese- und Schreibverbot für Frauen*, kollektive Steinigungen oder Lynchjustiz. Anleihen nahm sie vor allen beim amerikanischen Puritanismus, den Hexenverfolgungen von Salem, der Lebensborn-Ideologie des Dritten Reichs, der Geschichte der Sklaverei in den USA sowie den Überwachungsstaaten in Mittel- und Osteuropa.⁶ In der aktuellen politischen Situation in den USA findet darüber hinaus die Kompliz*innenschaft vieler privilegierter Frauen* mit der Diktatur im Roman Widerhall, nicht zuletzt, da in der letzten US-Wahl mehr weiße⁷ Frauen* für Trump stimmten als für Clinton. Gerade an dieser Stelle setzte eine wesentliche Kritik von *The Handmaid's Tale* an, die im Zuge der TV-Adaption erneut eine Debatte auslöste. In Atwoods Romanvorlage werden in einem Absatz alle Schwarzen und *People of Color* aus der Zukunft Gileads eliminiert. In den kurzen TV-Nachrichten, die die Protagonistin mit dem Rest des Haushalts vor der Vergewaltigungszeremonie⁸ sieht, wird berichtet, dass alle Schwarzen und *People of Color* in ein eigens eingerichtetes Homeland deportiert wurden (Atwood 1985, 93f.).

Die von christlichem Fundamentalismus getragene Diktatur baut folglich nicht nur auf misogynen und homophoben, sondern auch auf rassistischen Prinzipien auf. Atwood hat in mehreren Interviews erklärt, dass sie damit auf das Apartheid-System Südafrikas verweisen wollte (Dodson 1997b, 102). Andere, wie beispielsweise Danita Dodson (1997a), argumentieren, dass Atwood mit Gilead die Legende der City upon a Hill, den puritanischen Gründungsmythos der USA entlarve, welcher besagt, dass im feudalen Europa verfolgte Puritaner*innen auszogen, um in Amerika ihre religiös fundierte Utopie der Freiheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen. Wie die Geschichte lehrt, ging es dabei nur um Freiheit und Gleichheit für jene, die zur Gruppe der ‚Auserwählten‘ gehörten. Alle, die nicht dazu gehörten, wurden als Hindernisse bei der Verwirklichung einer überlegenen Zivilisation und Religion gesehen (ebd., 69), die wie Atwood festhält, von allen weiblichen Elemente des römischen Katholizismus ‚bereinigt‘, eine männlich-zentrierte Religion ist (ebd., 97). Darüber hinaus war dieser Protestantismus, der zwischen Auserwählten und den ‚Anderen‘, zwischen ‚zivilisiert‘ und ‚primitiv‘ unterschied, eine treibende Kraft des Kolonialismus, der unter anderem in Landraub und Genoziden mündete. Die Utopie der Puritaner*innen erwies sich historisch als Dystopie für all jene, die sich von deren Idealsubjekt unterschieden oder deren Verwirklichung im Wege zu stehen schienen. Zahlreiche Autor*innen argumentieren, dass Atwoods Dystopie auch auf dem System der Sklaverei in den USA, insbesondere der Geschichte versklavter Frauen*, beruht (Bastián 2017; Dodson 1997a; Nair 2017). Das Verbot, zu lesen, zu schreiben oder sich zu versammeln, öffentliche Lynchjustiz, Personen nach ihren ‚Besitzern‘ zu benennen, Frauen* als Besitz zu erachten, dessen Wert sich an der Fähigkeit, Nachwuchs zu produzieren bemisst, sie von ihren Kindern und Familien zu trennen – all dies waren Methoden, Schwarze Amerikaner*innen während (und nach) der Sklaverei zu beherrschen. Auch die narrative Form, die Atwood wählt, ist dem Slave Narrative, also den Erzählungen geflohener beziehungsweise ehemaliger Versklavter nachempfunden. Wie Dodson eindrücklich zeigt, orientiert sich *The Handmaid's Tale* vor allem an Harriet Ann Jacobs *Incidents in the Life of a Slave Girl* von 1861, in dem diese nach ihrer Flucht ihr Leben in der Sklaverei schildert, insbesondere die körperliche Ausbeutung von Schwarzen Frauen* auf den Plantagen, die sexualisierte Gewalt, der diese ausgesetzt waren wie auch die Gewalt, die sie und ihre Kinder durch die Ehefrauen* der Sklavhalter erlitten (Jacobs 2000). Atwood greift also auf die Geschichte der Unterdrückung Schwarzer Frauen* in den USA zurück und überträgt diese auf weiße Frauen*. Nicht unterschiedslos: Die ‚Mägde‘ sollen schließlich für den Nachwuchs Gileads sorgen und nicht allein den ‚Besitz‘ mehren, insofern ‚erfreuen‘ sie sich guter Ernährung, bester medizinischer Versorgung und ihnen bleibt jegliche körperliche Arbeit (darüber hinaus) erspart. Dennoch basiert Atwoods Vision zentral auf der Geschichte der Sklaverei, während sie gleichzeitig alle nicht-weißen Personen mit einem Absatz aus ihrer Zukunftsvision verbannt und nie wieder erwähnt. Sicher, *The Handmaid's Tale* verdeutlicht, dass das Fundament der USA Kolonialismus, Ideen eines ‚auserwählten Volkes‘ und christlicher Funda-

mentalismus sind. Doch wenn Schwarze US-Amerikaner*innen und People of Color keinerlei Erwähnung mehr finden bedeutet dies, dass deren Zukunft nicht weiter beleuchtet wird. Die Leser*innen erfahren nicht, was den Deportierten im Homeland widerfährt, ob sie dort eine, wenn auch miserable, Zukunft haben? Das bedeutet, in Atwoods Entwurf *haben* Schwarze und People of Color keine Zukunft, weil die Autorin* diese nicht entwirft. Und dies bedeutet auch, dass es in *The Handmaid's Tale* nicht prinzipiell um Frauen*rechte geht, sondern um die Rechte *mancher* Frauen*. Die Serie weicht hier signifikant von der Vorlage ab: Es gibt ‚Mägde‘ und auch ‚Kommandeure‘ unterschiedlicher Rassifizierungen, auch der Ehemann der Protagonistin aus der Zeit vor Gilead ist nicht weiß.⁸ Doch erscheinen Schwarze und asiatisch-amerikanische Kommandeure lediglich im Vorbeigehen. Einzig eine queere Schwarze Magd⁹, die nach einem Fluchtversuch in ein Bordell der Kommandeure zur Sexarbeit ‚abkommandiert‘ wird, nimmt (neben dem abwesenden Ehemann) als ehemals beste Freundin der Protagonistin eine bedeutende Nebenrolle in der Serie ein. Welche historischen Bilder erzwungener Geschlechtsverkehr zwischen einer Schwarzen Frau* und einem weißen Mann* aufruft, erkundet die Serie jedoch nicht. Vor allem jedoch untersucht die Serie nicht, wie Rassifizierung, christlicher Fundamentalismus und Misogynie miteinander verschränkt sind. So als würde es keinen Unterschied machen, ob ein Kommandeur weiß oder of Color ist, als wäre es für weiße Kommandeure und deren Ehefrauen einerlei, ob die ihnen zugewiesene ‚Magd‘ ebenfalls weiß ist oder eben Schwarz – und somit auch keinen weißen Nachwuchs für die ‚neue‘ Gesellschaft gebiert. Die Serie betrachtet also gerade nicht den Rassismus christlichen Fundamentalismus oder die Frage, wie die wechselseitige Konstitution von Rassismus, Misogynie, Homophobie und religiösen Fundamentalismus sich auf je spezifische Positionen in der theokratischen Diktatur auswirken. Um es deutlich festzuhalten: *The Handmaid's Tale* ist ein Meilenstein feministischer SF. Gleichzeitig ist der Roman angesichts der seit Jahren geführten Diskussionen um die wechselseitige Konstituierung verschiedener sozialer Kategorisierungen wie Geschlecht, Sexualität, Rassifizierung und Klasse sowie der Kritik an feministischen Universalismen meines Erachtens neu zu betrachten. Die Dystopie ist erschreckend gut historisch informiert und zugleich weitsichtig, präzise durchdacht und dabei ein ästhetisches Pläsier. Mit der Schilderung der historischen Verschränkung von Staat und Religion im puritanischen Amerika und deren Verlagerung in die Zukunft kann der Roman offensichtlich bereits seit mehr als dreißig Jahren aufrütteln, wenn nicht politisch mobilisieren. Bei der Schilderung der Verfolgung und Herrschaft hat Atwood sich für die Perspektive einer weißen, heterosexuellen, bürgerlichen Frau* der Mittelschicht entschieden. Problematisch wird dies, wenn behauptet wird, dass *The Handmaid's Tale* sich mit der Herrschaft über Frauen* befasst, ohne zu spezifizieren, *welche* Frauen* das sind. Und der Roman basiert auf der Geschichte der Sklaverei sowie der literarischen Form des Slave Narrative, während die Zukunft von Schwarzen Amerikaner*innen und People of Color nicht Gegenstand der Erzählung ist.¹⁰ Dodson bringt diese Auslassung in Verbindung mit der Leugnung der fortgesetzten

Gewalt, auf der die USA basieren (Dodson 1997a). Wenn die ehemals privilegierte Protagonistin sich an diese verleugnete – und von ihr ignorierte – Gewalt erinnere, zeige der Roman, dass es die Lücken dominanter nationaler Mythen aufzudecken und sich den Gräueltaten der Geschichte zu stellen gelte, um sich in der Gegenwart für die Freiheit *aller* einzusetzen. Dennoch: Der Roman erledigt die Zukunft von People of Color mit nur zwei Sätzen.

Welche Geschichten Welten schaffen

Mir geht es hier nicht darum, ob Atwood eine ‚verfälschende‘ Erzählung verfasst hat, oder wie aus *The Handmaid’s Tale* eine ‚vollständigere‘ Geschichte geworden wäre. Mich interessiert, welche Geschichten in feministischen Debatten zirkulieren und zu Symbolen eines Kampfes oder zu Denkfiguren werden. Denn die Erzählungen, die von Feminist*innen aufgegriffen, über die nachgedacht, die besprochen, die zu Symbolen werden, ermöglichen und gestalten das Nachdenken, Diskutieren und Weiterdenken in einem bestimmten Feld. Die Geschichten, die erzählt werden, ermöglichen oder verunmöglichen andere Geschichten. Wenn *The Handmaid’s Tale* ein Symbol für feministischen Aktivismus hinsichtlich reproduktiver Rechte und sexueller Selbstbestimmung ist, der Roman sich jedoch nur mit den reproduktiven Rechten weißer heterosexueller und ökonomisch abgesicherter Frauen* beschäftigt, dann läuft dieser Aktivismus Gefahr, diesen Fokus zu reproduzieren. Und der Fokus entscheidet mit über Fragen, die gestellt und Realitäten, die wahrgenommen werden (können). So beschreibt die jüdische US-amerikanische Schriftstellerin* Marge Piercy, selbst Verfasserin* zweier Romane, die für die feministische SF wie auch für feministische Bewegungen von großer Bedeutung sind¹¹ dass die Geschichte, die sie als Kind im Unterricht gelernt hatte und die Geschichten, die ihr erzählt wurden, nicht zu ihr hinführten. Seither sei sie in ihren Romanen und Gedichten mit dem politischen Projekt beschäftigt, dies zu korrigieren. Denn welche Vorstellungen Feminist*innen von ihren Zielen entwerfen, bestimme in hohem Maße, wie Feminist*innen entscheiden, was gangbare Politiken sind, um die erstrebte Zukunft hervorzubringen und die befürchtete Zukunft zu verhindern (Piercy 1994, 1f.). Vorstellungen oder Geschichten von der Zukunft lenken also auch politische Kämpfe.¹² Entsprechend wird die US-amerikanische Wissenschaftstheoretikerin* und Biologin* Donna Haraway nicht müde zu beharren (Haraway 2016, 12): Wir brauchen andere Geschichten! Für diese anderen Geschichten ist es von zentraler Bedeutung, worauf sie basieren, welche Geschichten diese zur Grundlage haben, welche Geschichten Welten schaffen und welche Welten Geschichten produzieren. Denn Geschichten setzten sich für *bestimmte* Welten ein – und für andere nicht. Dies wird nicht zuletzt an Atwoods Roman deutlich. Haraway erklärte das Schreiben und Erzählen ‚neuer‘ Geschichten sowie neuer Versionen tradierter Geschichten bereits in ihrem berühmten Manifest für Cyborgs zu bedeutenden Cyborgtechnologien (Haraway 1995). D*¹³ Cyborg schuf sie als weder utopische noch dystopische Figuration, die Mitte der 1980er Jahre eine Antwort auf

folgende Fragen liefern sollte: Wer sind wir? Wann sind wir? Wo stehen wir? Und: Was ist zu tun? (Gane 2006, 156). Wie die Figuration d* Cyborg bereits deutlich macht, spielt die Kybernetik hierfür eine bedeutende Rolle. Gerade für die Fragen, wo wir stehen und was zu tun ist, setzt sich Haraway jedoch nicht allein mit den Entwicklungen in den Technowissenschaften auseinander, sondern darüber hinaus mit okzidentalischen Denktraditionen, in denen das Selbst zur eigenen Konstituierung der Abgrenzung vom ‚Anderen‘ bedarf. Im Anschluss an feministische, poststrukturalistische und postkoloniale Theorien sieht auch Haraway im Dualismus Selbst/Andere*r bzw. Identität/Differenz den Ausgangspunkt für die abendländischen Traditionen immanenten Dualismen, wie unter anderem: Geist/Körper, Kultur/Natur, männlich/weiblich, Realität/Erscheinung Ganzes/Teil und Schöpfer*in/Geschöpf. Unterschiede können in dieser Struktur nur als Opposition, als Entgegensetzung oder als Unvereinbarkeit verstanden werden. Egal, ob wir über Geschlecht, Rassifizierung, oder beispielsweise körperliche Verfasstheit sprechen, Differenz bedeutet immer Unvereinbarkeit. Im Cyborg-Manifest hält Haraway fest, dass bestimmte Dualismen „systematischer Bestandteil der Logiken und Praktiken der Herrschaft über Frauen, People of Color, Natur, ArbeiterInnen, Tiere – kurz der Herrschaft über all jene, die als *Andere* konstituiert werden und deren Funktion es ist, Spiegel des Selbst zu sein“ waren (Haraway 1995, 67; Übersetzung von People of Color verändert; Hervorh. im Original). Die Kritik an dieser Subjektivierungsweise – das Selbst in Abgrenzung vom ‚Anderen‘, die das ‚Andere‘ zuallererst hervorbringt – als Logik und Funktionsweise von Macht- und Herrschaftsverhältnissen ist bei Haraway verknüpft mit der Kritik an der Logik des Kolonialismus, vornehmlich der Konstituierung des *Westens* in Abgrenzung zum *Osten* bzw. dem Orient. Edward Said und – weniger explizit – Gayatri Spivak folgend, die beide maßgeblich für das Konzept des Othering sind, beinhaltet dies eine Kritik an Repräsentationsverhältnissen. Wenn Haraway formuliert, dass es die Funktion der ‚Anderen‘ ist, ‚Spiegel des Selbst zu sein‘, dann heißt dies auch, dass die ‚Anderen‘ sich nicht selbst repräsentieren, sondern (als *Andere*) repräsentiert werden. Der*die*das ‚Andere‘ wird stets zur Herstellung des*der Einen repräsentiert und angeeignet. Schreiben als Cyborg-Technologie heißt für Haraway daher, Geschichten wieder und neu zu erzählen und in den neuen Versionen Dualismen zu verkehren und verrücken. Im Wieder- und Neu Erzählen zentraler Ursprungsmythen könnten die zentralen Mythen der abendländischen Kultur, die unsere Vorstellungen kolonisieren, untergraben werden. Neu erzählen ist also auch ein Projekt der Dekolonialisierung und Erweiterung unserer Vorstellungswelten in Bezug auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Neu erzählen ermöglicht gerade auch Zukünfte, die zuvor nicht denkbar waren. Darüber hinaus ist dieses Schreiben für Haraway eine „sym-poietische Praktik – ein Machen (poiesis) mit anderen (sym-)“ (Haraway/Kenney 2015, 256, 261). Gerade wenn es um das Neu Erzählen von Mythen geht, leistet dies nicht ein*e Autor*in allein, sondern viele Autor*innen gemeinsam in verschiedenen Genres, oder – wie in der SF – innerhalb eines Modus des Schreibens. Diese intertextuelle Praktik nennt Haraway treffenderweise „string-figuring“, das Abnehmen von Fäden, bei der Mu-

ster (unaufgefordert) aufgenommen, verändert und weitergereicht werden (Haraway 2016, 12). Um Unterschiede also nicht mehr nur als Entgegensetzung zu begreifen, müssen Haraway zufolge einerseits Dualismen ins Wanken gebracht werden und andererseits, so schreibt sie seit der Veröffentlichung des *Companion Species Manifesto*, Vorstellungen eines *becoming-with*, eines Gemeinsamen Werdens, entwickelt werden (Haraway 2003).

SF und Afrofuturismus

Wie Atwood auch, ignorierte der Großteil der SF bis in die 1990er Jahre Fragen von Rassifizierung und Rassismus (Leonard 2003, 254; Langford/Nicholls/Stableford 2018). Der Frage, wie eine Gesellschaft, die frei von Rassismus ist, zu verwirklichen wäre, stellten sich die meisten Autor*innen nicht. Schwarze und Autor*innen of Color waren lange kaum zu lesen (Delany 2000; Yaszek 2006). Samuel Delany, ein Pionier queerer SF in den 1960er Jahren, galt als einziger Schwarzer SF-Autor*, bis Mitte der 1970er Jahre Octavia Butler Bekanntheit erlangte.¹⁴ Trotz all der Unterschiede in deren Schreiben und deren unterschiedlichen Interessen wurden die beiden als Vertreter*innen *der* afrikanisch-amerikanischen SF¹⁵ gehandelt. Eine systematischere Suche nach Schwarzer SF und deren Vorläufern in der Vergangenheit begann erst mit der theoretischen Bearbeitung von Afrofuturismus als literarischer und kultureller Form ab den 1990er und verstärkt seit den 2000er Jahren. Ein Meilenstein dieser Suche ist Sheree Thomas erste *Dark-Matter*-Anthologie, die SF von afrikanisch-amerikanischen Autor*innen ab der vorletzten Jahrhundertwende versammelte (Thomas 2000). Der Begriff ‚Afrofuturismus‘ selbst wurde von Mark Dery eingeführt, der – in einer Reihe von Interviews mit Samuel Delany, Tricia Rose und Greg Tate – danach fragte, warum es so wenig bekannte Schwarze SF-Autor*innen gibt, obwohl gängige Motive der SF, wie Entführung, Verschleppung auf einen anderen Planeten (bzw. Kontinent) und Entfremdung eine treffende Metapher für die Erfahrungen afrikanischer Amerikaner*innen sei (Dery 1993). Die Soziologin Alondra Nelson griff den Begriff auf, um die Vorstellung einer Zukunft ohne Rassifizierungen zu hinterfragen (Nelson 2000). Für Nelson bezeichnet der Begriff Afrofuturismus die Analyse, Kritik und Kulturproduktion, die sich der Schnittstelle von Rassifizierung und Technologie widmet. Als kritische Perspektive ermögliche Afrofuturismus, die zahlreichen Überschneidungen von Technokultur und Schwarzer diasporischer Geschichte zu untersuchen (ebd., 35). Und schließlich betrachte Afrofuturismus die Subjektpositionen Schwarzer hinsichtlich der Themen Entfremdung und dem Streben nach einer *besseren* Zukunft. Entsprechend widmen sich afrofuturistische Erzählungen häufig dem Thema des ‚Fremdartigen‘ oder ‚Anderen‘. Dieses wird nicht nur in afrofuturistischer SF häufig buchstäblich von Aliens verkörpert, die den Schrecken des Zentrums vor dem ‚Anderen‘ auf sehr deutliche Weise darstellen. Allerdings verleihen sie diesem andere Konnotationen, als wir dies aus der weißen Mehrheitskultur gewohnt sind.

Verhandlungen über eine gemeinsame Zukunft in der afrofuturistischen feministischen SF am Beispiel von Octavia Butler

Eine Vorreiterin* feministischer afrofuturistischer SF ist Octavia Butler. Auch sie hat die Form des Slave Narrative in die SF übertragen. Mit dem Roman *Kindred* (1976; dt. 2016 von Mirjam Nuening, *Kindred – Verbunden*) setzt sie sich mit dem System der Sklaverei in den USA auseinander. Mittels der Konvention der Zeitreise erleben die Schwarze Protagonistin aus der Gegenwart und ihr weißer Ehemann das System der Sklaverei am eigenen Leib, und, wenn auch in abgeschwächter, ‚verdaulicher‘ Form, die Leser*innen mit ihnen. Butler zeigt, wie die Sklaverei die Gegenwart heimsucht, in ihr fortwirkt und dabei keine*n unverletzt lässt. Wenn es um Geschichten über Kolonialismus, Fremdartiges und das Zusammenleben und das gemeinsame Werden von Verschiedenen geht, ist sicherlich ihre *Xenogenesis-Trilogie* zentral. Zur gleichen Zeit wie das erste Buch der Trilogie schrieb Butler auch die mit den drei wichtigsten Preisen in der SF gekrönte Erzählung *Bloodchild*. Diese handelt von den komplexen Beziehungen zwischen den menschlichen Flüchtlingen auf einem fremden Planeten mit der Spezies T’lic. Letztere halten die Menschen in einem Reservat, um sie zu schützen, nutzen diese jedoch auch als Wirtskörper für ihren Nachwuchs. Die T’lic und die Menschen nutzen sich also wechselseitig, zugleich sind die Menschen den T’lic jedoch untergeordnet. *Bloodchild* schildert das Verhältnis des heranwachsenden Gan, zu T’Gatoi, einer einflussreichen Politikerin* der T’lic, die ein Arrangement mit Gans Familie hinsichtlich ihrer Nachkommenschaft hat. Als Politikerin* hat T’Gatoi viel zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Menschen und T’lic beigetragen, indem sie dafür sorgte, dass die Männer*, die den Nachwuchs der T’lic austragen bei ihren menschlichen Familien bleiben können und gleichzeitig T’lic und Menschen dazu ermutigt, gemeinsame neue Multispezies-Familien zu bilden. In dieser Geschichte tragen also auch Männer* Nachwuchs aus. Und nicht nur das: sie tragen den Nachwuchs von Aliens aus. Patricia Melzer (2006) weist in ihrer richtungsweisenden Studie darauf hin, dass in *Bloodchild* die Entgegensetzung von Selbst und Anderem aufgehoben, die Anderen vielmehr Teil des Selbst werden – und das Selbst so zu einem Träger von Differenz wird. Dieses Verschwimmen der Grenzen sei der bedrohlichste und zugleich der faszinierendste Aspekt Butlers „alien constructions“ (Melzer 2006, 73). Die Schwierigkeit, klare Unterscheidungen zwischen Selbst und Anderem zu treffen ist nicht zuletzt deshalb so bedrohlich, weil die T’lic zwar nicht menschlich und doch ähnlich, vor allem jedoch insektenartig dargestellt sind. Insektenartige oder tentakelbewehrte Ungeheuer entsprechen nun gerade der stereotypen Darstellung von Aliens in der SF. Nicht nur auf den Covern der Pulp-Magazine der 1930er bis 1950er Jahre bedrohten sie häufig eine leicht bekleidete Frau*, die von einem männlichen Helden gerettet werden muss. Butler gelingt es jedoch, T’Gatoi als völlig fremd, tierisch, monströs und zugleich als anmutig, attraktiv und liebenswert darzustellen (Butler 1996, 9). Gan betrachtet es als Privileg, als ‚Wirt‘ ausgewählt zu werden und so die einflussreiche T’Gatoi in der Familie zu haben. Die Kommu-

nikation zwischen Menschen und T'lic, die nicht zuletzt durch die verschiedenen, teilweise wechselseitig unbekanntem kulturellen Konventionen erschwert wird, ist jedoch völlig unzureichend, so dass Gan wie alle Männer* sehr schlecht auf die äußerst gefährliche Geburt vorbereitet ist. Als Gan T'Gatoi bei einem Not-Kaiserschnitt zur Seite steht, kommen bei ihm die unter den Menschen weit verbreiteten Ängste und Ressentiments gegenüber den T'lic hoch, so dass er – aller Attraktion zum Trotz – droht, sich selbst oder T'Gatoi zu töten.

In *Bloodchild* wie in den meisten SF-Geschichten bestimmen die Menschen, was das Menschliche ausmacht oder bedroht. Die Reaktion der Menschen auf Differenz offenbart eine grundlegende Angst vor ‚dem Anderen‘ – eine Angst, wie Melzer herausgestellt hat – zu dem zu werden, was von gesellschaftlich akzeptierten Erfahrungen oder Normen ausgeschlossen oder zumindest an die Ränder verwiesen ist (Melzer 2006, 74). Es ist also nicht so sehr eine Angst vor dem Anderen, als vielmehr die Angst, selbst anders zu werden, oder die Angst vor dem Anderen als Teil des Selbst. *Bloodchild* verkehrt das Machtverhältnis zwischen Menschen und Aliens. Das Andere wird zur Norm, welches die Kontrolle über das Andere – Menschen – ausübt. Indem Butler Menschen in die Position des Anderen bringt, unterläuft sie also nicht nur die Ideologie einer menschlichen Einzigartigkeit, sondern vor allem die Vorstellung der Trennbarkeit zwischen Selbst und Anderem. Denn die Trennbarkeit setzt der postkolonialen Filmemacherin und Kulturtheoretikern Trinh Minh-ha zufolge Unterschiede voraus, die zwischen Entitäten getroffen werden, die als absolute und abgeschlossene verstanden werden (Trinh 1989, 90). Nur unter dieser Voraussetzung sei es möglich, eine Vorstellung des ‚reinen Ursprungs‘ und des ‚wahren Selbst‘ zu hegen. In der Geschichte tötet Gan letztlich niemanden, er fordert von T'Gatoi jedoch, offenzulegen, in welchem Verhältnis Menschen und T'lic stehen. Wir erfahren, dass nicht nur die Menschen ihr Überleben den T'lic verdanken, die T'lic sind ihrerseits nur dank der Menschen wieder eine gesunde, wohl gedeihende Spezies. Butler schildert in *Bloodchild* die wechselseitige (furchterregende) Attraktion und Zuneigung zwischen Gan und T'Gatoi wie auch deren große Unterschiede. Diese erfordern komplexe Aushandlungen, wollen beide eine Beziehung führen, die nicht nur den Fortbestand beider Spezies ermöglicht, sondern in der auch beide Partner*innen sind. So endet die Geschichte schließlich nicht mit einem Happy End, wohl aber damit, dass Gan und T'Gatoi sich in den Armen liegen und Gan den Nachwuchs empfängt, der auf die Möglichkeit eines Gemeinsamen Werdens von Menschen und T'lic hindeutet. Nicht allein in Bezug auf Spezies beziehungsweise Rassifizierung sind Butlers Darstellungen von Eigenem und Fremden interessant. Das Bild des ‚schwangeren‘ Mannes und des ‚schwängernden‘ Weibchen fordern ebenso unsere Vorstellungen von Geschlecht und Geschlechtskörpern heraus. Und wenn Gan und T'Gatois Beziehung eine heteronormative Logik zu bestätigen scheint, zeigt ein genauerer Blick, dass Gan und T'Gatoi in der Kombination von Mensch und Alien eher ein queeres Paar bilden, das in viele verschiedene Verwandtschaften eingebunden ist. Sexuelle Beziehungen in ungleichen Machtverhältnissen sind öfter Gegenstand Butlers Er-

zählungen – oftmals aber nicht ausschließlich in kolonialen Settings. Lust und Begehren in Verhältnissen der Unterdrückung verlangen hier nach einer Untersuchung der Verbindungen von patriarchalen, heteronormativen, kolonialen und rassistischen Effekten auf Begehren.

Die Spannungen zwischen Selbst und Anderem stehen meist im Zentrum von Butlers Geschichten und die Aushandlungen, die ein anderes Denken von Differenz verlangt, sind nicht nur in *Bloodchild* schmerzhaft und mitunter auch verstörend (Wolmark 1994, 39). Butler zeichnet jedoch nie das Bild eines toleranten Pluralismus, der die Anerkennung von Differenz predigt, vielmehr untersuchen ihre Geschichten gerade die Schwierigkeiten dieser Verhandlungen, in denen es letztlich auch um Macht geht (Melzer 2006, 80). Die Figuren ihrer Geschichten erlangen Handlungsfähigkeit gerade durch ein Verständnis von Differenz als Teil des Selbst, oder, in Trinh Minhas Worten, als „difference within“ (Trinh 1986/87). Eine Zukunft gibt es in ihren Geschichten für all jene, die sich mit Verschiedenen auf durchaus herausfordernde Aushandlungsprozesse einlassen, um gemeinsam zu werden.

Butlers Zukunftsentwürfe stellen sich also gerade der Herausforderung, andere Subjektivierungsweisen wie auch Verschiedenheit jenseits hierarchisierter Dualismen vorzustellen. Das Selbst ist in ihren Geschichten kein kohärentes, abgeschlossenes, mit sich selbst identisches, und zwischen Selbst und Anderem verläuft keine klare Trennlinie, sondern sie überschneiden sich stellenweise oder liegen – in Trinh Minhas Worten – nahe beieinander (Trinh 1989, 94). Damit beschreibt Butler Zukunftsentwürfe, die meines Erachtens für queer*feministische und Rassismus und (Neo)Kolonialismus kritische Politiken richtungsweisend sein können.

Um es zusammenzufassen: Nur mit möglichst klaren und lebendigen Vorstellungen der vielen – guten ebenso wie schlechten – Möglichkeiten, die die Zukunft bringen kann, so Samuel Delany, können wir mehr oder weniger steuern, welchen Weg wir in eine Zukunft einschlagen, die nur allzu schnell eintreten wird (Delany 2012, 14). SF stellen hierfür eine immens wertvolle Ressource dar: Sie können deutliche Vorstellungen davon schaffen – und im Lesen sogar miterleben lassen –, wohin aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und politische Tendenzen führen können. Allerdings gilt es, genau hinzusehen, nicht nur *welche*, sondern auch *wessen* Zukunft in diesen Szenarien *aus welcher Perspektive* erzählt wird, welche Geschichten Welten schaffen und welche Welten Geschichten erzählen – gerade wenn diese Vorstellungen queer*feministische, antirassistische und antikoloniale Kämpfe informieren. SF können aber noch mehr: Sie können Geschichten von einer Zukunft schaffen, in der wir in all unseren unterschiedlichen Verschiedenheiten tatsächlich leben können und möchten. Mit neuen Erzählungen und Neuerzählungen können SF unsere Vorstellungen einer möglichen Zukunft erweitern, die wir bislang noch gar nicht erträumt hatten. Und aktuell kann die SF darüber hinaus zeigen, dass es der politischen Reaktion zum Trotz Hoffnung gibt: Die *Broken-Earth-Trilogie* (*The Fifth Season*, 2015, dt. 2018 von Susanne Gerold, *Zerrissene Erde*; *The Obelisk Gate*; 2016; *The Stone Sky*, 2017) der Schwarzen SF-Autorin N.K. Jemisin beschreibt unter anderem, wie sich

strukturelle Gewalt minorisierte Gruppen – individuell wie kollektiv – einverleibt, diese aber dennoch, selbst in einer scheinbar untergehenden Welt weiter leben und dass deren Leben dennoch nicht allein aus Kampf besteht. 2018 gewann Jemisin für diese Trilogie als erste Autor*in überhaupt zum dritten Mal in Folge einen der wichtigsten SF-Preise, den von den Leser*innen (und nicht einer Jury) verliehenen Hugo Award. Und dies obwohl in den vergangenen Jahren wiederholt Versuche unternommen wurden, Werke von Frauen*, Queers und People of Color zu verhindern.¹⁶ In ihrer Dankesrede hält Jemisin fest, dass in der SF „endlich, wenn auch widerwillig, eingestanden wird, dass die Träume Marginalisierter von Bedeutung sind und dass alle eine Zukunft haben“ (Jemisin 2018). Die Welt, so Jemisin, wird der SF folgen.

Anmerkungen

- 1 Da es nicht um die spezifischen Erzählweisen geht, verwende ich in diesem Beitrag der Einfachheit halber den Begriff Spekulative Fiktion als Überbegriff für die literarischen Traditionen der Utopie, Dystopie, Science-Fiction (und Fantasy). Auf Science-Fiction im Speziellen beziehe ich mich dann, wenn die Sekundärliteratur dies auch tut.
- 2 Die US-amerikanische Sprachwissenschaftler*in Christina Dalcher rühmt sich damit, den Roman in nur zwei Monaten verfasst zu haben. In den meisten Kritiken als schlechter Abklatsch von *The Handmaid's Tale* bemängelt, ist *The Vox* dennoch ein großer Erfolg und wurde innerhalb kürzester Zeit in zahlreiche Sprachen übersetzt. Interessanterweise ist die herausragende *Native Tongue* Trilogie (1984, 1987, 1994) der Linguistin Suzette Haden Elgin weniger populär, doch hat Heyne 2016 auch diese Übersetzung neu aufgelegt. Für weitere feministische dystopische Romane, die in letzter Zeit erschienen sind vgl. Ditum (2018).
- 3 Das Sternchen markiert die Vielfältigkeit geschlechtlicher Existenzweisen sowie die Unmöglichkeit, diese (nicht nur) in der deutschen Sprache adäquat zu repräsentieren. Ich bezeichne Octavia Butler also als Pionierin*, um sie auch sprachlich nicht in eines von zwei Geschlechtern einzuordnen.
- 4 Aus Platzgründen verzichte ich in diesem Text vollständig auf direkte Zitate.
- 5 Pence hat 2015 beispielsweise in Indiana ein Gesetz zur Religion,freiheit' unterstützt, das die Diskriminierung von LGBTIQs in dem Bundesstaat ermöglichen würde, sich 2000 für die sogenannte Konversions- oder Reparativtherapie, also die ‚Heilung‘ homosexueller ‚Neigungen‘ in fünf Staaten ausgesprochen und versäumt auch sonst keine Gelegenheit, sich für die traditionelle Ehe zwischen Mann und Frau und die Unantastbarkeit des (ungeborenen) menschlichen Lebens einzusetzen – etwa als er sich als Kongressabgeordneter für die Streichung der Mittel für die Planned Parenthood Federation of America einsetzte.
- 6 Atwood verweist (auch in Interviews) immer wieder darauf, dass sie im abgeschlossenen Westberlin begann, an *The Handmaid's Tale* zu arbeiten, wo die Luftwaffe der DDR jeden Sonntag lautstark auf sich aufmerksam gemacht habe. Darüber hinaus erwähnt sie Reisen in Länder „hinter dem Eisernen Vorhang“, wie die DDR und Tschechoslowakei, in denen sie die von Überwachung und Bespitzelung gekennzeichnete Atmosphäre erlebt habe, wie auch die vielen indirekten Wege, über die Informationen ausgetauscht werden können (vgl. beispielsweise Atwood 2017).
- 7 In Anlehnung an Übersetzungen von Pasquale Virginia Rotter und Mirjam Nuening, die bei w-orten & meer erschienen sind, schreibe ich weiß klein und mit kursiviertem w, um auf dessen soziokulturelle Konstruktion wie auch Privilegierung zu verweisen. Schwarz hingegen schreibe ich, wie in vielen Rassismus reflektierenden Texten Praxis, groß.
- 8 Begründet wird dies von Showrunner der Serie, Bruce Miller, damit, dass es einen Unterschied mache, zu lesen, dass es in einer Gesellschaft keine People of Color gibt und eine exklusiv weiße Welt auf dem Fernsehschirm zu sehen (Jones 2017).

- 9 Besetzt mit der offen lesbischen Schauspielerin* Samira Wiley, die durch die Rolle der lesbischen Poussey Washington in der Netflix-Serie *Orange Is the New Black* bekannt wurde.
- 10 Wie auch die Zukunft von LGBTIQs nicht. Dass die (ehemals) beste Freundin der Protagonistin lesbisch ist, wird in *The Handmaid's Tale* erwähnt, aber nicht weiter beleuchtet, obwohl LGBTIQs in Gilead als 'Gender Traitors', als 'Verräter*innen ihres Geschlechts' verfolgt werden.
- 11 Den vorwiegend utopischen Roman *Woman on the Edge of Time* (1976) und den eher dystopischen Roman *He, She and It* (1991).
- 12 So argumentiert auch Clare Hemmings in *Why Stories Matter* (2011) für die feministische Theoriebildung, dass es notwendig sei, deren Praktiken des Geschichten Erzählens und deren Narrative zu untersuchen, weil diese feministischen Theorien formen, ermöglichen und disziplinieren.
- 13 Cyborg steht als performative Figur gerade für uneindeutige und zu veruneindigende Grenzziehungen. Insofern wäre es kontraproduktiv, der Figur sprachlich ein eindeutiges Geschlecht zuzuweisen. Ich verwende hier daher d* anstelle von der, die oder das.
- 14 Ebenso wenig war die SF von Chican@s (das @ nimmt im Spanischen und im Spanglish eine ähnliche Funktion ein, wie der Unterstrich), asiatischen Amerikaner*innen, Native Americans und anderen mehr zu lesen, oder SF, die nicht in den USA, England, in Ost- oder Westeuropa verfasst wurde. Mit dem Afrofuturismus begann auch eine Suche nach und Auseinandersetzung mit diesen Werken.
- 15 Der Genauigkeit halber sei angemerkt, dass beide vor allem im Feld der Science-Fiction publizier(t)en und rezipiert werden – ein Feld, in dem Schwarze und Autor*innen of Color noch weniger wahrgenommen wurden, als beispielsweise in der Fantasy.
- 16 Zuletzt in den Sad-Puppies- und Rabid Puppies-Kampagnen 2013, 2014, 2015 und 2016.

Literatur

Atwood, Margaret, 1985: *The Handmaid's Tale*. London.

Atwood, Margaret, 2017: What 'The Handmaid's Tale' Means in the Age of Trump. In: *New York Times*, 10.3. 2017. Internet: <https://www.nytimes.com/2017/03/10/books/review/margaret-atwood-handmaids-tale-age-of-trump.html> (26.02.2019)

Bastián, Angelica Jade, 2017: In Its First Season, *The Handmaid's Tale's* Greatest Failing Is How It Handles Race. In: *Vulture*. Internet: <http://www.vulture.com/2017/06/the-handmaids-tale-greatest-failing-is-how-it-handles-race.html> (11.9.2018).

Butler, Octavia, 1996: *Bloodchild*. In: Butler, Octavia (Hg.): *Bloodchild and Other Stories*. New York, 1-32.

Dalcher, Christina, 2018: *Vox*. New York.

Die Bibel: nach der Übersetzung Martin Luthers. Hg. von der Evangelischen Kirche in Deutschland. Stuttgart 1964.

Delany, Samuel R., 2000: *Racism and Science Fiction*. In: Thomas, Sheree R. (Hg.): *Dark Matter. A Century of Speculative Fiction from the African Diaspora*. New York, 383-397.

Delany, Samuel R., 2012: *Starboard Wine. More Notes on the Language of Science Fiction*. Revised Edition. Middletown.

de Lauretis, Teresa, 1987: *Technologies of Gender*. Bloomington.

Dery, Mark, 1993: *Black to the Future. Interviews with Samuel R. Delany, Greg Tate, and Tricia Rose*. In: *South Atlantic Quarterly*. 92 (4), 735-78.

Ditum, Sarah, 2018: *Never-Ending Nightmare. Why Feminist Dystopias Must Stop Torturing Women*. In: *The Guardian*, 12.5.2018. Internet: <https://www.theguardian.com/books/2018/may/12/why-the-handmaids-tale-marks-a-new-chapter-in-feminist-dystopias> (12.9.2018).

- Dodson**, Danita J., 1997a: „We lived in the blank white spaces“. Rewriting the Paradigm of Denial in Atwood's "The Handmaid's Tale". In: *Utopian Studies*. 8 (2), 66-86.
- Dodson**, Danita J., 1997b: An Interview with Margaret Atwood. In: *Critique: Studies in Contemporary Fiction*. 38 (2), 96-104.
- Gane**, Nicholas 2006: When We Never Have Been Human, What Is to Be Done? Interview With Donna Haraway. In: *Theory, Culture and Society*. 23 (7-8), 135-158.
- Hall**, Stuart, 1997: Representation. Cultural Representations and Signifying Practices. London.
- Haraway**, Donna J., 1995: Ein Manifest für Cyborgs. Feminismus im Streit mit den Technowissenschaften. In: Haraway, Donna J./Hammer, Carmen/Stieß, Immanuel (Hg.): *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt/M., New York, 33-72.
- Haraway**, Donna J., 2003: *The Companion Species Manifesto. Dogs, People and Significant Otherness*. Chicago.
- Haraway**, Donna J., 2016: *Staying with the Trouble. Making Kin in the Chthulucene*. Durham.
- Haraway**, Donna J./**Kenney**, Martha, 2015: Anthropocene, Capitalocene, Chthulhocene. Donna Haraway in Conversation with Martha Kenney. In: Davis, Heather/Turpin, Etienne (Hg.): *Art in the Anthropocene. Encounters Among Aesthetics, Politics, Environments and Epistemologies*. London, 229-244.
- Jacobs**, Harriet Ann, 2000: *Incidents in the Life of a Slave Girl*. Hg. und eingeleitet von Nell Irvin Painter. London.
- Jemisin**, N.K., 2018: Hugo Award Best Novel acceptance speech. Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=8lFybhRxoVM> [26.02.2019]
- Jones**, Ellen E., 2017: The Handmaid's Tale's Race Problem. In: *The Guardian*, 31.7.2017. Internet: <https://www.theguardian.com/tv-and-radio/2017/jul/31/the-handmaids-tales-race-problem> [11.9.2018].
- Langford**, David/**Nicholls**, Peter/**Stableford** Brian M., 2018: Race in SF. In: Clute, John/Langford, David/Nicholls, Peter (Hg.): *The Encyclopedia of Science Fiction*. London. Internet: http://www.sf-encyclopedia.com/entry/race_in_sf [17.01.2019].
- Leonard**, Elisabeth Anne, 2003: Race and Ethnicity in Science Fiction. In: James, Edward/Mendle-sonn, Farah (Hg.): *The Cambridge Companion to Science Fiction*. Cambridge, 253-263.
- Melzer**, Patricia, 2006: *Alien Constructions. Science Fiction and Feminist Thought*. Austin.
- Nelson**, Alondra, 2000: Afrofuturism: Past-Future Visions. In: *Color Lines*. 34-37.
- Nair**, Priya, 2017: Get Out of Gilead. Anti-Blackness in "The Handmaid's Tale". Internet: <https://www.bitchmedia.org/article/anti-blackness-handmaids-tale> [11.09.2018].
- Piercy**, Marge, 1994: Telling Stories About Stories. In: *Utopian Studies*. 5 (2), 1-3.
- Thomas**, Sheree, 2000: *Dark Matter. A Century of Speculative Fiction from the African Diaspora*. New York.
- Trinh T.**, Minh-ha 1986/87: Difference: A Special Third World Women Issue. In: *Discourse*. 8, 11-38.
- Trinh T.**, Minh-ha, 1989: *Woman, Native, Other. Writing Postcoloniality and Feminism*. Bloomington.
- Vint**, Sheryl, 2014: *Science Fiction. A Guide for the Perplexed*. London, New York.
- Wolmark**, Jenny, 1994: *Aliens and Others. Science Fiction, Feminism and Postmodernism*. Iowa City.
- Yaszek**, Lisa, 2006: Afrofuturism, Science Fiction, and the History of the Future. In: *Socialism and Democracy*. 20 (3), 41-60.

Auf dem Weg zur utopischen Gesellschaft – Relationalität bei Judith Butler, Sara Ahmed und Édouard Glissant¹

SARAH DORNICK

Einleitung

Laut Eva von Redecker birgt die Idee der Revolution ein unlösbares Dilemma. Zum einen muss die Revolution „den Übergang zum neuen, utopischen Zustand“ (von Redecker 2012, 22) schaffen. Zum anderen laufen die „(klassischen) revolutionären Mittel ihren utopischen Werten, Praktiken und Beziehungen gerade zuwider“ (ebd.). Insofern sei es eine Art „Wunderprämisse“ anzunehmen, „dass die Akteure ‚nach dem Sieg‘ kollektiv und kurzfristig in der Lage seien, ihre eingeübten Werte, Praktiken und Beziehungen vollkommen zu ändern“ (ebd., Hervorh. i.O.). Vielmehr bedürfe es Konzepte, mit denen der Übergang in die kommende Gesellschaft theoretisiert werden könne (Allen 2015). Diese prozessorientierte Sicht auf Utopie wird häufig auch in literarischen feministischen Utopien vertreten (Johns 2010). Sie beinhaltet die Vorstellung, dass die Realisierung² einer utopischen Gesellschaft – und damit ist vor allem in den Utopien seit dem 18. Jahrhundert eine Gesellschaft gemeint, die möglichst frei von asymmetrischen Herrschaftsbeziehungen ist³ – durch eine schrittweise Umgestaltung der gesellschaftlichen Ethiken und Praxen herbeigeführt werden kann. Wie auch queer*feministische Arbeiten zeigen, kommt es darauf an, Einlassungen utopischer Praxis in Gegenwart und Vergangenheit zu realisieren und für die Imagination und Verhandlung von alternativen Ethiken, Praktiken und Werten verfügbar zu machen (Halberstam 2011; Muñoz 2009). So verstanden, beinhaltet Utopie wesentlich die Qualität des *Neuen*, nicht aber zwingend die Qualität des *Guten* im Sinne einer Gesellschaft, die weitgehend ohne asymmetrische Herrschaftsstrukturen auskommt. Utopien sind nicht immer emanzipativ. Mit ihnen können ebenso Vorstellungen einer Welt verbunden sein, die nur für wenige *besser* ist und auf Unterdrückung und Ausbeutung gründet, wie marxistische, queer*feministische und postkoloniale Analysen verdeutlichen (Bloch 2016; Johns 2010; Berlant 2011; Sargent 2010).

An diese Studien anschließend, begreife ich Utopie im Folgenden nicht statisch im Sinne eines fixierten Bildes einer erwünschten Gesellschaft, wie sie zuerst von Thomas Morus in *Utopia* (1516) entworfen wurde (Vieira 2010). Utopie fasse ich stattdessen in Anlehnung an Ernst Bloch, der selbst in der Marxschen Tradition zu verorten ist, als das offene Streben nach einem für alle *besseren* gesellschaftlichen Zustand, als einen die Gegenwart bezüglich in ihr geltender Werte, implementierter Ethiken und Praxen überschreitenden „Traum nach vorwärts“ (Bloch 2016, 11). Diesem Verständnis nach bezeichnet Utopie einen hoffnungsvollen Prozess des Anfangens und nicht das Ankommen an einem Endzustand im Sinne des Erfüllens einer Eschatologie.

Das Denken in Relationen hat in den letzten Jahren Disziplinen übergreifend enorme Bedeutung gewonnen. Auf seiner Grundlage werden so unterschiedliche Phänomene wie selbstorganisierte Prozesse, die Veränderungen des menschlichen Organismus durch technische Artefakte oder biochemische Prozesse oder die Verflochtenheit von Mensch und Maschine untersucht. Im folgenden Beitrag konzentriere ich mich auf ein weniger weites Verständnis von Relationalität. Ich fokussiere mit ihm auf die Verwiesenheit des *Ich* auf den Anderen unter der Fragestellung, welchen Beitrag die Anerkennung dieser Verwiesenheit für die Entwicklung von alternativen Werten, Ethiken und Praktiken für den schrittweisen Übergang zu einer Gesellschaft, die möglichst frei von asymmetrischen Herrschaftsformen ist, leisten kann. Zur Beantwortung dieser Frage ziehe ich die Arbeiten von Judith Butler, Sara Ahmed und Édouard Glissant heran, in denen auf der epistemologischen Ebene eine Auseinandersetzung mit Relationalität erfolgt, durch welche spezifisch das menschliche Zusammenleben hinsichtlich des Intelligibel-Werden von marginalisierten und unterdrückten Subjekten in den Mittelpunkt gestellt wird. Dieser Ansatz erscheint mir im Lichte der Ergebnisse feministischer Wissenschaftskritik produktiv, um die Inklusivität des angestrebten Gesellschaftszustands zu gewährleisten.

Im Folgenden nehme ich zunächst eine Bestimmung des Verhältnisses von Relationalität und Utopie bei Butler, Ahmed, und Glissant vor (Abschnitt 1). Daran anschließend gehe ich auf zentrale Verhandlungen von Relationalität bei den Autor*innen ein (Abschnitt 2). Im letzten Teil des Beitrages diskutiere ich die Ergebnisse vor dem Hintergrund der Fragestellung (Abschnitt 3).

Zum Verhältnis von Relationalität und Utopie

Nach Ernst Bloch ist das

Jetzt und Hier, dies immer wieder Anfangende in der Nähe, eine utopische Kategorie, ja die zentralste; ist sie doch, zum Unterschied vom vernichtenden Umgang eines Nichts, vom aufleuchtenden eines Alles, noch nicht einmal in Zeit und Raum eingetreten. (Bloch 2016, 11)

Die Utopie wird von ihm – weil sie (noch) nicht intelligibel werden konnte – als ein nicht realisiertes Potenzial der unmittelbaren Gegenwart konzipiert. Bloch spricht davon, dass „die Inhalte dieser unmittelbarsten Nähe noch gänzlich im Dunkel des gelebten Augenblicks als des wirklichen Weltknotens, Welträtsels [...] gären“ (ebd.). Butlers, Ahmeds und Glissants Arbeiten können als eine kritische Reaktion auf jenen Zustand verstanden werden. Die Komplexität der Relationalität menschlicher Existenz stellt einen bedeutsamen und doch zu großen Teilen noch im „Dunkel des gelebten Augenblicks“ liegenden „Inhalt dieser unmittelbarsten Nähe“ (ebd., 11) dar. Ihre utopische Vision besteht darin, erkenntnistheoretische Perspektiven zur Realisierung von Relationalität zu gewinnen. Relationalität wird von ihnen als eine

Disposition menschlichen Seins mit je spezifischer (lokaler und globaler) Historizität gefasst.

In den zugleich gesellschaftstheoretisch wie auch epistemologisch relevanten Analysen wird Relationalität im Sinne von menschlicher Bezogenheit, Abhängigkeit, Nicht-Souveränität und partikularer Perspektive über ihre theoretische Einholung als konstitutiv für das Subjekt charakterisiert. Es findet gleichsam eine Intervention in den Bereich der Ontologie statt, weil das – zumindest für den *globalen Norden* – hegemoniale Verständnis eines autonomen Subjekts unterlaufen wird. Indem die gesellschaftstheoretisch verfügbaren Rahmungen menschlichen Miteinanders analysiert, semantisch *aufgebrochen*, verschoben und damit die Voraussetzungen für das Intelligibel-werden des mit seiner Umwelt in Verbindung stehenden Subjekts geschaffen werden, erfolgt zugleich eine Erweiterung des Bereichs der gesellschaftlichen Anerkennung für plurale Lebensformen. Butler, Ahmed und Glissant stellen bei alledem keine universellen Entwürfe kosmopolitischer Relationalität unter *westlichen* Vorzeichen vor (dazu kritisch: Pieterse 2006; Vaughan-Williams 2007). Vielmehr geht es darum, alternative Sichtweisen auf das Menschliche zu ermöglichen, indem sie Epistemologien entwickeln, welche die hegemonialen Machtverhältnisse queren.

Epistemologien der Relationalität bei Butler, Ahmed und Glissant

Im Folgenden arbeite ich heraus, welche Epistemologien Butler, Ahmed und Glissant entwickeln, um die Relationalität im Sinne der Verwiesenheit des *Ich* auf den *Anderen* intelligibel werden zu lassen. Zunächst gehe ich auf die queer*feministischen Arbeiten Butlers ein, zweitens arbeite ich Ahmeds phänomenologischen Ansatz heraus. Drittens verdeutliche ich Glissants Ansatz der Relationalität der Welt.

Zur Ethik und alternativen Grammatik des postsouveränen Subjekts bei Judith Butler

Als einen zentralen Fluchtpunkt der Arbeiten Butlers lässt sich das Hinarbeiten auf die Anerkennung einer relationalen Konstituierung des Subjekts fassen. Damit ist der Entwurf einer Ethik des postsouveränen Subjekts verbunden, deren grundlegende Momente auf der abhängigen Existenz des Menschen beruhen (Dornick 2019). Butler realisiert die Verflechtung des Subjekts mit dem Anderen⁴ theoretisch über eine Kritik des autonomen Subjekts, die sie um das Sichtbarmachen verschiedener Abhängigkeiten und Undurchsichtigkeiten, in denen das *Ich* existiert, ergänzt (Butler 2001a). Sie geht von der Annahme aus, dass das *Ich* zu einem gewissen Grad immer schon an den Anderen preisgegeben ist. Seine Existenz ist notwendigerweise enteignet, denn zu Beginn unseres Lebens ist jeder Mensch vollkommen auf den Anderen, seine Fürsorge und Zuwendung angewiesen (Butler 2001b). Auf Grund dieser Abhängigkeit ist unsere Existenz unwiderruflich mit der des Anderen verflochten.

Neben der Abhängigkeit vom Anderen legt Butler die Abhängigkeit des Subjekts von Normen frei. Sie denkt das Individuum von der Macht aus, die es als gesellschaftliches Subjekt erzeugt. Das Subjekt umfasst für Butler keine ontologische Individualität, deren Wesen ergründet werden kann, sondern wird als ein Effekt von Diskursen und Normen verstanden. Insofern steht das Subjekt für die Preisgabe des Individuums durch den Prozess der gesellschaftlichen Subjektivation⁵:

Verlust (aufgrund von Preisgabe des *Ich* an die Normen, SD) und Verletzbarkeit ergeben sich offenbar daraus, daß wir sozial verfaßte Körper sind: an andere gebunden und gefährdet, diese Bindungen zu verlieren, ungeschützt gegenüber anderen und durch Gewalt gefährdet aufgrund dieser Ungeschütztheit. (Butler 2005, 37)

Subjekte werden im Prozess der Subjektivation über Normen konstituiert. Weil sich diese Normen grundlegend auf Annahmen über die Konstitution des Menschlichen stützen – also auf Antworten auf die Frage danach, was der Mensch ist –, ist es für Butler unerlässlich, einer Ontologie der Relationalität an der Oberfläche des gesellschaftlichen Verhandeln über Normen des Zusammenlebens zur Sichtbarkeit zu verhelfen, um auf diesem Wege ihre gegenwärtige und zukünftige Anerkennung sicher zu stellen. Dies erscheint umso dringlicher, als dass mit der Abhängigkeit des Subjekts von den gesellschaftlichen Normen zugleich eine grundlegende Verletzbarkeit des *Ich* verbunden ist.

Butler zeigt, dass die Verletzbarkeit respektive Gefährdung des Einzelnen und die daraus folgenden Konsequenzen für ein ethisches Miteinander bislang nicht in ausreichendem Maße gesellschaftlich anerkannt werden (Butler 2001a). Einer Vielzahl von Subjekten, wie etwa LGBTIQ-Personen, Personen of Color oder Inhaftierte wird der Anspruch auf Unversehrtheit und Schutz verwehrt, weil sie nicht (oder nur zum Teil) als *menschlich* intelligibel werden (Butler 1991, 1997, 2005). Zugleich existieren sie als verletzbare Körper, welche sie an die Welt aussetzen (Butler 2010). Ihre Verletzlichkeit folgt unmittelbar aus der Verflochtenheit des *Ich* mit dem Anderen, woraus Butler ableitet, dass Verantwortung innerhalb der Relation von *Ich* und Anderem situiert werden muss. Denn die körperliche und psychische Verwiesenheit des Subjekts auf den Anderen, seine Abhängigkeit von gesellschaftlichen Normen und die damit einhergehende Verletzbarkeit und Gefährdung des Einzelnen bilden für Butler den Ausgangspunkt der Frage, wie eine Gesellschaft beschaffen sein muss, damit sie die

Möglichkeit anderer Lebensweisen (...) (eröffnet), um für ein Leben, das sich den Modellen der Anpassung widersetzt, integrativere Bedingungen zu schaffen, die es schützen und erhalten. (Butler 2009, 13)

In dieser Formulierung wird Butlers utopische Stoßrichtung – die Schaffung integrativer Bedingungen für alternative Lebensentwürfe – deutlich. Der Weg dahin führt über eine Theoretisierung der Relationalität, hier der Verwiesenheit des *Ich* an den Anderen, die sie mit der Trope des souveränen Subjekts als „independent, who

knows himself, who has no other unconscious and is moved by no other histories other than the single one that he makes for himself” kritisiert (Dornick/Hark 2018, 378). Es bedarf einer Sprache der Relationalität, die sich außerhalb der Grammatik des souveränen Subjekts bewegt (ebd.)

Die Grammatik des postsouveränen Subjekts zielt auf die Erfassung menschlicher Existenz im Register von Relationalität. Es soll möglich werden, dass Subjekt ausgehend vom Phänomen der Verflochtenheit mit dem Anderen denken zu können:

One wants to look for those forms of relationality, interdependency, reciprocity that give us another way of thinking human life where people are indeed given over to one another or interlinked with each other’s lives. (Dornick/Hark, 379)

Körperhaltungen, Affekte, Beziehungen sollen als die Komponenten, durch welche sich Existenz konstituiert, sichtbar werden. Literatur stellt für Butler eine bedeutende Quelle für die Erkundung dieser Grammatik dar, weil sie es vermag, die Stelle des linguistischen Erscheinens des Subjekts – das *Ich* – zu verdunkeln. Wie vielleicht keine andere Form des künstlerischen Ausdrucks bietet Literatur – durch ihre, der Rationalität des Funktionierens im Modus der Zurechenbarkeit in gewissem Maße enthobene, Form – einen Möglichkeitsraum, den Anderen in den Text zu integrieren (ebd., 381). Stimmen können sich vermischen, einander ersetzen, durchbrechen und entkräften (Genette 2010). Zeit und Raum existieren in der Welt der Literatur als Tropen und bieten sich als Experimentierfeld für utopische Neuordnungen an (Vieira 2010).

Butlers Werk kreist um den Punkt der normativen Gewalt, für welche die Derealisierung von Relationalität konstitutiv ist. Utopie erscheint in Butlers Arbeiten daher erstens als Stoßrichtung eines politischen Kampfes um die epistemologische Ausweitung des Bereichs des Menschlichen, zweitens – und damit verbunden – in der Realisierung von Relationalität als eine performative Praxis, die auf eine utopische Gesellschaft zielt. Ebenso wie für das Nachdenken über eine Grammatik der Relationalität stellt die Verbundenheit des Menschen mit den Anderen hier die Grundlage für die Initiierung des Bruchs mit der Gegenwart dar.

Orientierung und die hegemoniale Ordnung der *Welt* bei Sara Ahmed

Die Suche nach alternativen Epistemologien und Ausdrucksmöglichkeiten für die Relationalität menschlicher Existenz stellt ein zentrales Kennzeichen von Ahmeds Arbeiten dar. Ihr Werk unterhält gewissermaßen eine *lebendige* Verbindung zum Utopischen. Ahmed verfolgt den Anspruch, die durch Rassismus und Heteronormativität marginalisierten Subjekte hörbar zu machen. Unermüdlich kreist sie in ihren Analysen um das, was sich an der Oberfläche des Diskurses zeigt, um zu den Strukturen vorzudringen, die Sprechen nicht nur verunmöglichen, sondern das, was von den marginalisierten Subjekten gesagt wird, in den hegemonialen Diskurs einhegen. Sie verhilft dem Utopischen zum Ausdruck, indem sie die nicht realisierten – aber

ebenso möglichen – Bedeutungen in die Sprache (und in die Analyse) bringt und damit aus der Ferne des „Dann und Dort“ (Muñoz 2009, 29) in unmittelbare epistemische Nähe rückt. Ahmed sucht nach anliegenden Bedeutungen des hegemonialen Sprechens, die ihre Wirkmacht eingebüßt haben oder – und hier überschneiden sich Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – noch gar nicht entfalten konnten.

Ihre Arbeiten können als ein Insistieren auf die Komplexität der Alltagswelt und der Relationalität der menschlichen Existenz verstanden werden. Ahmeds Analysen lassen die vielfältigen Verflechtungen, die zwischen dem Subjekt, seiner physischen und psychischen Orientierung und der Ordnung der *Welt* bestehen, intelligibel werden. Sie realisieren die gestaltende Kraft der Orientierung ebenso wie die Partikularität der Erfahrung. Damit verbunden ist die politische Implikation, die Modi zu untersuchen, mit denen bestimmte Welten überhaupt als möglich, machbar und wünschenswert für das Subjekt in den Blick kommen (Ahmed 2006, 15).

Ahmed legt einen methodologischen Pfad frei, der zu einer anerkennenden Realisierung von Relationalität in der „unmittelbarsten Nähe noch gänzlich im Dunkel des gelebten Augenblicks“ führt (Bloch 2016, 11). Ob sie über Emotionen und Affekte, über die Begegnung mit dem Fremden, über die Umsetzung von Diversity in Hochschulen oder über die Konstruktion von Glück schreibt, stets nimmt sie eine relationale Sichtweise auf ihren Gegenstand ein und fragt nach dem Nicht-Realisierten, dem Weg-Rationalisierten, dem Unsagbaren, mit dem der von ihr betrachtete Gegenstand korrespondiert (Ahmed 2000, 2004, 2010, 2012). Es gelingt Ahmed, die ungehörten Echos zum Klingen zu bringen und damit die Hinweise auf verwischte Spuren zu verdichten. Von Alltagspraxen ausgehend, verfolgt Ahmed in Anlehnung an feministische und Schwarze Standpunkttheorien eine phänomenologisch inspirierte „politics of location“ (Ahmed 2006, 5). Diese erlaubt nicht nur, den epistemischen, sozialen, körperlichen Verflechtungen der betrachteten Phänomene – Philosophie, Feministische Theorie, Emotionen, Gleichstellung-/Diversitätsprogramme – nachzugehen, sondern von einer lokalen Position aus zu durchqueren. Zugrunde liegt die Prämisse, dass die Konstruktion des Erscheinenden ausgelotet werden kann, indem die gesellschaftlich eingerichteten Beziehungen von Nähe und Distanz in den Blick genommen werden. Was erscheint „ready to hand“ und was taucht im Sichtfeld des Möglichen gar nicht erst auf (Ahmed 2006, 2)? Sorgfältig dokumentiert Ahmed das sich jeweils entfaltende semantische Feld. Bedeutungen, die sich verstetigt haben und solche, die beiseitegelassen wurden, werden sichtbar, und auch, welche Effekte bestimmte Deutungsschemata auf die soziale Ordnung der Subjekte haben. Ihr Vorgehen fokussiert damit die rhizomatische Komplexität einer Welt aus der Perspektive marginalisierter Subjekte.

Ein Schlüsselkonzept ihres Denkens stellt die Orientierung dar. Diese ergibt sich für die Einzelnen aus dem Zusammenhang von durch die sprachlichen Bedeutungen gespeisten Denkschemata und der Ausrichtung des Subjekts auf bestimmte Objekte. Ahmeds Fokus liegt auf der Dekonstruktion des, die Dinge (unmarkiert) begleitenden, Attributs des *Gegebenen*. Hier schließt sie an Henri Lefebvre an, der davon

ausgeht, dass Raum immer bereits *vermachtet* ist und leitet daraus ab, dass der Raum das Subjekt orientiert, insofern er eine Rolle dafür spielt, was für dieses (überhaupt) in den Blick kommen kann (Ahmed 2006).

Auf diese Weise dekonstruiert Ahmed etwa das Ideal der Zweigeschlechtlichkeit, die heteronormative Fantasie der *natürlichen* Orientierung und die kulturell-symbolischen Räume, Ausrichtungen, Horizonte, durch die das Subjekt als heterosexuell imaginiert und aktualisiert wird (ebd.). Nach dieser Vorstellung ergibt sich die Orientierung auf eine bestimmte vergeschlechtlichte Identität, Sexualität und Begehren für das Subjekt aus seiner Position im sozialen Raum und den Weisen seiner Verflechtung mit dem es umgebenden Personen und Dingen. Ahmed bringt die Hegemonie der Heterosexualität in einen Zusammenhang mit ihrer Dominanz im sozialen (Imaginations-)Raum, welche es so erscheinen lässt, als sei es diese Form der Sexualität, „from (...) that the worlds unfolds“ (ebd., 85). Sie leitet daraus ab, dass sich für das Subjekt aus der Semantik des Raumes eine epistemische Ordnung quasi natürlich *ergibt*. Im reflexiven Nachvollzug der hegemonialen Ordnungen – und Verortungen – lassen sich zum einen die Prozesse der Konstruktion, die sich *hinter* den *Gegebenheiten* der Alltagswelt verbergen, verdeutlichen und zum anderen die Auslassungen bzw. die Exklusionen, welche in die vorstrukturierten Räumlichkeiten eingeschrieben sind, markieren.

Ein Beispiel soll zeigen, wie Ahmed demarkierte Relationen realisiert und solchermaßen konkret einem Projekt queerer und postkolonialer Utopie, im Sinne einer Tätigkeit, die sich gegen die die Alltagspraxen strukturierenden Herrschaftsformen wendet, zuarbeitet. Sie untersucht die machtvollen Dimensionen der institutionalisierten Strukturen an Hochschulen und zeigt anhand ethnografischer Beschreibungen und Interviewmaterial, inwieweit in das *Gegebene* rassistische und sexistische Ordnungen semantisch eingelassen sind (Ahmed 2012). Sie macht sichtbar, inwiefern es praktischer Arbeit an den sedimentierten Strukturen bedarf, der eine *Gegen-Haltung* zur Institution zugrunde liegt, um die exkludierenden und diskriminierenden Effekte in der Diversitätspolitik der Hochschule einzudämmen. In der Studie wird deutlich, dass Exklusion und Diskriminierung hauptsächlich von jenen wahrgenommen werden, die von ihnen betroffen sind:

Only the practical labour of *coming up against* the institution allows this wall (metaphorisch: für sedimentierte Strukturen, SD) to become apparent. To those who do not come up against it, the wall does not appear – the institution is lived and experienced as being open, committed, and diverse. (Ahmed 2012, 174)

Ahmed veranschaulicht den (verdeckten) *Preis*, den eine solche *Gegen-Haltung* erfordert. Denn diese ist mit einer Praxis der Des-Identifizierung gegenüber der Institution verbunden, welche das Aufbringen, das Reklamieren der Marginalisierung erschwert. Nicht nur muss von einem Ereignis/Prozess gesprochen werden, der für den Anderen nicht stattgefunden hat. Es bedarf zudem eines besonderen Relevanzsystems einerseits und einer alternativen Grammatik andererseits,

um das Geschehene in den Bereich des Sagbaren zu transferieren. Zudem gehen die Verflechtungen, die zwischen Subjekt und Institution bestehen, fast immer über den zu thematisierenden Bereich (weit) hinaus. Beispielsweise ist mit dem neoliberalen Diskurs eine Sprache des Glücks verbunden, welche durch das Äußern von Kritik gestört werden kann (ebd., 146). Es besteht daher die Gefahr, die Gesprächspartner*innen, bzw. auf einer symbolischen Ebene die gesamte Institution, zu verletzen, da mit Kritik häufig negative Gefühle verbunden sind bzw. der Eindruck, ein Fehler sei begangen worden.

Ahmed nimmt wie Butler die relationalen Verbindungen, durch welche sich die menschliche Existenz auszeichnet zum Ausgangspunkt ihrer Forschungen. Sie setzt eine queere Phänomenologie ein, um die Relationalität als einen utopischen Inhalt – das, was die hegemoniale Erfassung der Gegenwart überschreitet – intelligibel werden zu lassen. Wie Butler problematisiert Ahmed die Modi der epistemischen Erfassung des Anderen aus einer machtkritischen Perspektive heraus. Im Unterschied zu Butler gehen ihre Analysen auf einer epistemologischen Ebene von den marginalisierten Subjekten aus und nicht von den hegemonialen Diskursen seiner gesellschaftlichen Konstitution.

Relationale Welt und Positionalität des Seins bei Édouard Glissant

Angesichts einer, wie Glissant schreibt, neuen Art der Gemeinschaft aus der realisierten Totalität aller Gemeinschaften der Welt (...), (die sich) realisiert in Konflikt, Ausschluss, Massaker, Intoleranz“, stellt sich für ihn die Frage: „Wie bleiben wir wir selbst, ohne uns dem Anderen zu verschließen und wie stimmen wir den Anderen zu, allen anderen, ohne auf uns selbst zu verzichten?“ (Glissant 2005, 28). Auf diese aktuelle Frage formuliert Glissant scheinbar eine, die Utopie eines friedlichen Zusammenlebens kategorisch negierende, Antwort. Der Dichter, den er in Verbindung zu seiner Gemeinschaft stehend denkt, sollte diese

nicht mehr mit dem Traum von einem Welt-Ganzen verteidigen, das sich universell erreichen ließe (...), sondern er muss seine Gemeinschaft in der Realität einer Chaos-Welt verteidigen, die keine Universalgültigkeit mehr einräumt. (Glissant 2005, 28)

Es ist also die Aufhebung des Konzepts der Universalgültigkeit, das Glissant als Einsatz für ein friedliches, anerkennendes Zusammenleben ausmacht. Er ist davon überzeugt, dass die Konflikte und Kriege erst dann enden, wenn es gelingt, dem als bedrohlich erscheinenden *Chaos*, „der weltweiten Begegnung der Kulturen“ wertschätzend – und nicht mit dem Willen, es zu beherrschen oder zu dominieren – gegenüber zu treten (ebd., 58). Die Welt könne nicht „an einer souveränen Ordnung (...) gemessen“ werden, so wie auch „das Welt-Ganze (nicht) zu einer beschränkenden Einheit“ gebracht werden könne (ebd., 54). Nach Glissant müssen alle Menschen mit ihrer „imaginären und utopischen Kraft einsehen, daß dieses Chaos nicht das apokalyptische Chaos des Weltendes ist“ (ebd.).

Glissant greift dem gegenwärtigen kollektiv geteilten Verständnis von Zwischenmenschlichkeit weit voraus. Denn er fokussiert das kollektive Imaginäre nicht im Zusammenhang mit der Verbindung, in der wir miteinander stehen, sondern als eine Verbindung, die den Zusammenhang strukturiert, in dem wir uns miteinander verstehen. Konsequenterweise denkt Glissant den Menschen postsouverän; als einen Umherirrenden, dessen Wurzeln in der Welt verstreut liegen (Glissant 2010). Es geht ihm, ähnlich wie Ahmed, darum, die Positionalität des Seins – die Verortung der Existenz in konkreten Machtverhältnissen – in einem utopischen Kontext der Relationalität der Gegenwart intelligibel werden zu lassen. Auch Glissant arbeitet daran, Relationalität als ein nicht-realisiertes Potenzial der unmittelbaren Gegenwart für die Neuordnung der Gesellschaft bewusst zu machen. Dieses Ziel bildet das Grundthema seines Schaffens.

Glissants letzter veröffentlichter wissenschaftlicher – nicht fiktionaler – Essay „Das magnetische Land. Die Irrfahrt der Osterinsel Rapa Nui“ (2007) beruht auf einer Schreib-Expedition, die 2004 unter der Schirmherrschaft der UNESCO durchgeführt wurde. Während Glissant aufgrund gesundheitlicher Probleme nicht an der Expedition teilnahm, stützte er sich für den ethnographisch-fiktionalen Reisebericht auf die Beobachtungen seiner Frau Sylvie Séma. Der Reisebericht kann exemplarisch als ein sich dem Anderen⁶ annäherndes Schreiben gelesen werden, das dem von ihm skizzierten archipelischen Denken entspringt. Glissant verdeutlicht hier seine Utopie von einer Dichtung, welche die Vielfältigkeit der Welt anerkennend realisiert. Diese folgt dem „Unmaß der vollständigen Öffnung“, wobei sie dem Opaken, der Undurchsichtigkeit des Menschen, Raum gibt (Glissant 2005, 68).

Die Relationalität, welcher die Menschen unterliegen, wird durch eine dichte Beschreibung ihrer marginalisierten Positionierung und eine spezifische Darstellungsweise realisiert. Leitend ist der Gedanke, dass dem mündlichen Erzählen aufgrund der lokalen Präsenz des Erzählenden eine grundlegende Rolle für eine Dichtung innewohnt, welcher es gelingen kann, die Verwiesenheit des *Ich* auf den Anderen bewusst zu machen. Mündlichkeit hat das Potenzial, das „Denken der Transparenz“ zu unterlaufen, weil sie „einher(geht) mit der Bewegung des Körpers, mit der Wiederholung, der Redundanz, der Wirkung des Rhythmus, mit neuen Assonanzen“ (ebd., 28).

Glissant zielt in dem Reisebericht auf eine alternative Ausdrucksweise, auf eine Form des Narrativs, das es aushält, in der Form eines kreolischen Märchens, durchzogen von Abschweifungen, Anhäufungen, Ausbuchtungen, zu erscheinen, gepaart mit einer „kreisende(n) Erzählweise und (...) (einer) unermüdliche(n) Wiederholung des Motivs“ (ebd., 33). Werde diese Ausdrucksweise in allen Sprachen praktiziert, so Glissants in die Zukunft reichender Gedanke, dann ergebe sich die Möglichkeit, dass sie sich an „einem geheimnisvollen magischen Ort (sammeln), an dem sie sich in der Begegnung endlich (verstünden)“ (ebd., 34).

Wie Butler und Ahmed sucht Glissant neben einer alternativen Epistemologie nach Ausdrucksformen, welche die menschlichen Verbindungen, die konstitutiv für die

menschliche Existenz sind, erfassen können. Dafür visiert er ein „archipelisch(es)“ Denken an, das „nicht-systematisch, sondern induktiv“ vorgeht, „das Unvorhergesehene des Welt-Ganzen“ erforscht und auf diese Weise die Verflechtung mit der *Chaos-Welt* hypotypotisch realisiert (ebd.). In dem Reisebericht findet sich ein solch archipelisches Schreiben, mit dem eine Absage an (vermeintlich) empirisch-rationale, messbare *Fakten* verbunden ist. In den Fokus des Dargestellten rücken die Seltenheiten des Da-Seins der Bewohner*innen der Osterinsel, nicht wie sonst üblich die Häufungen. Der Wahrheit – eine Darstellung des So-Seins und der Kohärenz – wird seitens Glissants Zerbrechlichkeit eingeschrieben. Den Reisebericht dominiert ein semantisches Feld der Relativierung. Neben den bereits erwähnten Darstellungen des Seltenen wird es durch Einschübe: „Aber wir sind so frei zu vermuten“, Ellipsen wie: „wer kann das sagen“ oder relativierende Adverbien, wie *vielleicht*, *fast* oder *manchmal* zusammen mit Adjektiven wie *scheinbar* gebildet (Glissant 2007, 71ff.). Auf diese Weise werden in dem Reisebericht die Unmöglichkeit seines Erscheinens und zugleich die fragile Bedingtheit der durch ihn gewonnenen Erkenntnis thematisiert.

Glissant realisiert eine Grammatik des postsouveränen Subjekts, wie es auch Butler vorschlägt, innerhalb eines verflochtenen Narrativs, das von einem Stimmengewirr hervorgebracht wird. Oft bleibt ungeklärt, wer gerade spricht. Verschiedene Perspektiven werden aufgenommen, fallengelassen, übertragen. Nähe (das Bekannte, Überlieferte, Erfundene), Ferne (Weite, Kontakt mit der Welt) und Tiefe (Zeit, mündliche Überlieferung der Geschichten) werden in einem Verhältnis der Vermischung bzw. Kreolisierung (Überlagerung, Überstürzung, Überkreuzung von Leibern, Orten, Geschichten, Naturphänomenen) ausgelotet. Die Geschichten sind nicht an einem langen Faden aufgerollt und werden zu einem dokumentarischen Text versponnen, vielmehr liegen ihre Enden und Anfänge zuweilen übereinander, diskontinuierlich in Zeit und Raum verteilt. Dieses, solchermaßen das Gewirr der *All-Welt* veranschaulichende, Schreiben wird jedoch nicht unverständlich, sondern lässt ein genaues Bild des Lebens auf der Osterinsel entstehen, dass sich der konsequenten Verwiesenheit des *Ich* auf den Ort als einem, an dem sich die Spuren der vielfältigen Erscheinungen des Zwischenmenschlichen überschneiden, verdankt.

Die Darstellung des Lebens auf der Osterinsel wird in einem utopischen Narrativ hervorgebracht. Die Insel stellt für Glissant aber nicht den *anderen* Ort, die *bessere* Welt dar, sondern soll exemplarisch die Komplexität und Pluralität der gesellschaftlichen Verflechtungen, in welchen die Subjekte existieren, verdeutlichen. Erkenntnistheoretisch betrachtet, durchkreuzt der Bericht auf diese Weise das ethnografische Anliegen, die Erkundung des *Fremden*, mit den Mitteln der Imagination und der erzählerischen Form. Glissant erschafft eine alternative Form der Erkundung des *Anderen*, die diesen als menschlich – d.h. verletzlich und postsouverän – anerkennt. Der Fokus richtet sich nicht auf die Dokumentation einer vorliegenden *Ursprünglichkeit* der Inselbewohner*innen, sondern auf die gesellschaftspolitischen Bedingungen ihrer Existenz, wenn er die imperialistischen und kolonialistischen Interventionen, denen

die Osterinsel ausgeliefert war, in den Bericht integriert. Authentizität wird vor diesem Hintergrund reformuliert als die Anpassung der Inselbewohner*innen an ihre Geschichte, die sich zwischen einer bescheidenen Teilhabe am Profit durch Tourismus – verbunden mit der folkloristischen Ausstellung ihrer Traditionen – und dem Bewahren und Verbergen der Geheimnisse der Insel bewegt.

Wie Butler und Ahmed geht auch Glissant von der ontologischen Gegebenheit der Verwiesenheit des Ich auf den Anderen aus und sucht auf epistemologischer Ebene nach Möglichkeiten, die Verflochtenheit menschlicher Existenz intelligibel werden zu lassen. Analog zu Ahmed nimmt er das marginalisierte Subjekt als Ausgangspunkt seiner epistemologischen Suchbewegungen. Glissant fragt jedoch nicht danach, wie sich Subjekt und der Sinn, den es seiner Welt gibt, wechselseitig konstituieren und wie sich diese Modi durchkreuzen und die Möglichkeitsräume, die sie eröffnen, im Sinne der Anerkennung der Pluralität der Lebensformen erweitern lassen. Für ihn steht im Vordergrund, die Vielheit der Bezüge – und diese denkt er im Kontext von Macht und kolonialrassistischer Herrschaft – in denen die Individuen existieren, sichtbar zu machen. Er fokussiert die Frage nach einer Epistemologie, welche es ermöglicht, die geschichtliche und gesellschaftliche Relationalität der menschlichen Existenz in der Gegenwart zu erfassen. In Glissants utopischer Perspektive trägt das Bewusst-Machen und -Werden der Verwiesenheit der menschlichen Existenz auf den *Anderen* zur Schaffung einer friedlichen Welt bei, die weitgehend frei von ungleichen Herrschaftsformen ist.

Werte, Ethiken und Praxen für eine utopische Gesellschaft

Wie in den Analysen der Arbeiten von Butler, Ahmed und Glissant deutlich geworden ist, zielen ihre Epistemologien auf das Intelligibel-Werden der Verwiesenheit des *Ich* auf den Anderen. Mit ihnen verbunden ist die Kritik an den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und die Hoffnung auf eine kommende Gesellschaft, in welcher die Vielfältigkeit menschlicher Lebensformen anerkannt wird. Alle Autor*innen gehen von einem postsouveränen Subjekt aus, das in Abhängigkeit von Anderen, an einem bestimmten Ort (territorial, alltägliche Räume, wie Wohnungen, Hotels sowie Gemeinschaften), eingebunden in eine konkrete Geschichtlichkeit und spezifische Geschichten, mit einem Sinnhorizont zusammengesetzt aus lokalen und globalen Bezugnahmen existiert. Sie arbeiten aus unterschiedlichen Richtungen an einer Erweiterung der epistemologischen und sprachlichen Werkzeuge zur Erfassung menschlicher Relationalität. Diese ermöglicht deterministische Zuschreibungen und diskriminierende Machtverhältnisse entlang von Geschlechter- und damit verschränkten ungleichheitsgenerierenden Kategorien zu problematisieren.

Butlers, Ahmeds und Glissants Arbeiten führen auf Grundlage der Prämisse, dass das Ich auf den Anderen konstitutiv verwiesen ist, alternative Werte, Ethiken und Praktiken ein, die in ihren Augen grundlegend für den Prozess des Übergangs zu einer utopischen Gesellschaft sind. So besteht Glissant neben dem unübersehbaren

Wert der relationalen Existenz des Menschen auf der Vielfältigkeit der gegenwärtigen Gesellschaft – der von ihm sogenannten *Chaos-Welt* als einem Wert und ruft zu ihrer uneingeschränkten Affirmation auf. Ihre Anerkennung ist eine konstitutive Bedingung für ein friedliches und symmetrisches Zusammenleben der pluralen Subjekte. Butlers Kritik an der Vorstellung des souveränen Subjekts markiert die ontologische Gegebenheit der relationalen Existenz des Menschen. Nicht Autonomie und uneingeschränkte Freiheit resultieren aus seiner abhängigen Konstitution, sondern Verwiesenheit auf den Anderen und Verletzlichkeit. Auf dieser Grundlage entwickelt sie eine alternative Ethik des postsouveränen Subjekts, durch die sichergestellt werden soll, dass Verletzlichkeit nicht länger asymmetrisch in der Gesellschaft verteilt ist. Ahmed schließlich nähert sich Relationalität mittels einer queerphänomenologischen Methodologie, mit der sie zugleich soziale Imaginationsräume und marginalisierte Perspektiven realisiert. Sie legt demarkierte Verbindungen zwischen gesellschaftlichen Deutungsschemata frei und befragt diese kritisch auf ihre orientierende Wirkmacht. Ihre Arbeit richtet sich auf die utopische Erweiterung der alltäglichen Praxis des Zusammenlebens und -handelns um die Perspektive marginalisierter Subjekte.

Es lässt sich schließen, dass die utopische Kraft von Relationalität mithin in ihrem Potenzial liegt, aus ihrer Realisierung in der Gegenwart grundlegende Impulse für alternative Werte, Ethiken und Praxen zu gewinnen, die zu einem schrittweisen Übergang zu einer zukünftigen Gesellschaft beitragen, die weitgehend frei von asymmetrischen Herrschaftsformen ist (auch Freeman 2010; Halberstam 2011; Mbembe 2017; Sousa Santos 2016). Gleichzeitig wird deutlich, dass das Hoffen auf eine utopische Gesellschaft nicht erloschen ist, sondern aktuelle wissenschaftliche Arbeiten zu Relationalität inspiriert.

Anmerkungen

- 1 Für die wertvollen Hinweise zur Überarbeitung des Beitrags danke ich den anonymen Gutachter*innen sowie Dr. Daniela Heitzmann herzlich.
- 2 Unter Realisierung fasse ich hier und im Folgenden den Prozess der Bewusstmachung, der durch das sprachliche Benennen und das Intelligibel-werden-lassen von Phänomenen induziert wird.
- 3 Anschließend an Michel Foucaults Machtkritik kann eine Gesellschaft nicht machtfrei gedacht werden. Im Hinblick auf die Schaffung einer utopischen Gesellschaft müssen daher Fragen zu einer symmetrischen Verteilung von Macht im Vordergrund stehen.
- 4 Vor dem Hintergrund der Debatten zu Posthumanismus und Neuem Materialismus ist zu bemerken, dass sich Butler mit der Figur des Anderen vornehmlich auf menschliche Andere bezieht.
- 5 Diese bezeichnet einerseits den Vorgang der Subjektwerdung und andererseits die Form, in welcher sich diese vollzieht. Zum einen hängt das Subjekt von der Macht ab und kann diese Abhängigkeit individuell als „Beherrscht werden durch eine Macht außerhalb seiner selbst“ erleben, zum anderen bringt die Macht das Subjekt aber auch hervor, „bildet oder formt“ es und verschafft ihm „seine schiere Daseinsbedingung“ (Butler 2001b, 7, Herv. i. O.).
- 6 Die Kategorie des Anderen als Alterität wird von Glissant sowohl anthropologisch als auch darüberhinausgehend auf konkrete Gegenstände und Lebenswelten bezogen.

Literatur

- Ahmed, Sara**, 2000: *Strange Encounter. Embodied Others in Post-Coloniality*. London, New York.
- Ahmed, Sara**, 2004: *The Cultural Politics of Emotion*. Edinburgh.
- Ahmed, Sara**, 2006: *Queer Phenomenology*. Durham, London.
- Ahmed, Sara**, 2010: *The Promise of Happiness*. Durham, London.
- Ahmed, Sara**, 2012: *On Being Included. Racism and Diversity in Institutional Life*. Durham, London.
- Allen, Amy**, 2015: *Emancipation without Utopia: Subjection, Modernity, and the Normative Claims of Feminist Critical Theory*. In: *Hypatia*. 30 (3), 513-529.
- Berlant, Lauren**, 2011: *Cruel Optimism*. Durham, London.
- Bloch, Ernst**, (1959) 2016: *Das Prinzip Hoffnung* Bd. 1-3, Frankfurt/M.
- Butler, Judith**, 1991: *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt/M.
- Butler, Judith**, 1997: *Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts*. Frankfurt/M.
- Butler, Judith**, 2001a: *Kritik der ethischen Gewalt*. Frankfurt/M.
- Butler, Judith**, 2001b: *Psyche der Macht*. Frankfurt/M.
- Butler, Judith**, 2005: *Gefährdetes Leben. Politische Essays*. Frankfurt/M.
- Butler, Judith**, 2009: *Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen*. Frankfurt/M.
- Dornick, Sahra**, 2019: *Poetologie des postsouveränen Subjekts. Die Romane Gila Lustigers im Kontext der Ethik Judith Butlers*. Bielefeld.
- Dornick, Sahra/Hark, Sabine**, 2018: *Welt (anders) imaginieren. Gila Lustiger und Judith Butler im Gespräch mit Sahra Dornick und Sabine Hark*. In: *Feministische Studien*. 36 (2), 373-391.
- Genette, Gérard**, 2010: *Die Erzählung*. Stuttgart.
- Glissant, Édouard**, 2005: *Kultur und Identität. Ansätze zu einer Poetik der Vielheit*. Heidelberg.
- Glissant, Édouard**, 2007: *Das magnetische Land. Die Irrfahrt der Osterinsel Rapa Nui*. Heidelberg.
- Glissant, Édouard**, 2010: *Poetics of Relation*. Michigan.
- Halberstam, Judith**, 2011: *The Queer Art of Failure*. Durham, London.
- Johns, Alessa**, 2010: *Feminism and utopianism*. In: *Claeys, Gregory (Hg.): Utopian Literature*. Cambridge, 174-199.
- Mbembe, Achille**, 2017: *Politik der Feindschaft*. Frankfurt/M.
- Muñoz, José Esteban**, 2009: *Cruising Utopia. The Then and There of Queer Futurity*. New York, London.
- Pieterse, Jan**, 2006: *Emancipatory Cosmopolitanism: Towards an Agenda*. In: *Development and Change*. 37 (6), 1247-1257.
- Redecker, Eva von**, 2012: *Feministische Strategie und Revolution*. In: *Landwehr, Hilge/Newmark, Catherine/Kley, Christine/Miller, Simone (Hg.): Peripherie und Zentrum. Geschlechterforschung und die Potenziale der Philosophie*. Bielefeld, 17-36.
- Sargent, Lyman Tower**, 2010: *Colonial and postcolonial utopias*. In: *Claeys, Gregory (Hg.): Utopian Literature*. Cambridge, 200-222.
- Sousa Santos, Boaventura de**, 2016: *Epistemologies of the South. Justice against Epistemicide*. London, New York.
- Vaughan-Williams, Nick**, 2007: *Beyond a Cosmopolitan Ideal: The Politics of Singularity*. In: *International Politics*. 44 (1), 102-124.
- Vieira, Fátima**, 2010: *The concept of utopia*. In: *Claeys, Gregory (Hg.): Utopian Literature*. Cambridge, 3-27.

Commons als konkrete feministische Utopie? Zur Diskussion des Begehrens nach Utopien in neoliberalen Strukturen

LUKI SARAH SCHMITZ

Einleitung

Utopien wurden in neoliberalen¹ Verhältnissen aus dem Realitätsprinzip² herausgelöst. Das imaginierte *Jenseits*, die andere Zukunft scheint durch den Ausruf des „Endes der Geschichte“ (Fukuyama 1992) bedeutungslos. Eine Zeitlichkeit setzte ein, die aus der immer gleichen zukünftigen und vergangenen Gegenwart besteht (Adamczak/Kirsten 2013). Jenes Realitätsprinzip, was keine Utopien mehr zulässt, sondern die Erfüllung der Einzelnen in Konsum, Selbstoptimierung und Konkurrenz verlagert, ist jedoch nicht in sich abgeschlossen. Vielmehr bleibt das reale Scheitern möglich: Umweltzerstörung, ‚psychische Erkrankungen‘ und Ungleichheitserfahrungen sind Zeugnisse dessen. Diese Erfahrungen bergen das Potential für die Wahrnehmung von „etwas fehlt“ (Bloch/Adorno 1985, 350ff.). Die Hoffnung nach *etwas Anderem* trägt eine „Ontologie des Noch-Nicht-Seins“ (Bloch 1980, 59) in sich, die Ernst Bloch mit konkreter Utopie benennt. Die konkrete Utopie findet ihr Utopisches in einer gescheiterten, gebrochenen Gegenwart, die nicht fortgeführt werden kann. Konfrontiert mit einer „Skepsis gegenüber den Metaerzählungen“ (Lyotard 1986, 14), den Niederlagen der Revolutionen als große, laute Umwürfe, sowie der Absorptionsfähigkeit kapitalistischer Strukturen, die die Idee der Transformationen neoliberal einhegten, muss ein feministisch inspirierter Utopie-Entwurf anders angelegt werden. Hierzu schlage ich eine zweifache Konzeption ‚des Inneren‘ vor: erstens als das Innere der Subjekte. Die unterdrückten Hoffnungen, Wünsche, Zweifel und Eingeständnisse des Scheiterns werden zu individuell erfahrenen und durchlebten Ereignissen. Zweitens möchte ich den Begriff des Inneren nutzen, um auf die Ausgestaltung der sozialen Reproduktion zu fokussieren. Diese ist in kapitalistischen Gesellschaften ins *Private*, Unsichtbare, ins *Innere* verlagert und implizit ist die Annahme gegenwärtig, dass *weibliche Subjekte* besser Pflegen, Kümmern, Kochen etc. können, weil das im *Inneren ihrer Selbst* läge (Bock/Duden 1977). Ich verstehe in Referenz auf Bloch feministische Utopie als Prozess, der darauf fokussiert, wie die begehrten Sozialstrukturen geschaffen werden können.

Daran anschließend möchte ich die Überlegungen mit dem Ansatz der Commons in Diskussion bringen. Sie bilden eine Sozial- und Wirtschaftsform, die sich gegenwärtig in vielfältiger Weise als Ausgangspunkt für andere nicht-kapitalistische Lebensformen zeigt. Ziel ist es, mittels der Kollektivierung von Eigentum allen Subjekten Zugang zu Ressourcen zu gewähren und letztlich die Bedürfnisse Aller befriedigen zu können. Commons lassen sich als Ansatz charakterisieren, der aus der krisenhaften Gegenwart unmittelbar, durch Hoffnungen und konkrete Handlungen, eine andere Gesellschaftsstruktur aufbauen möchte. Feministische Perspektiven auf

Commons haben kritisch darauf hingewiesen, dass es nebst den materiellen Ressourcen auch um die immateriellen (Emotionen, Wissen, Ideen) geht, sowie die Verteilung der notwendigen Arbeit (Care-, Reproduktions- und Produktionsarbeit etc.) (Federici 2012; Gottschlich 2013). Diskussionswürdig erscheint mir, ob Commons aus feministisch informierter Perspektive konkrete Utopie bedeuten kann? Inwiefern wird bei den Commons, nebst einem Bruch mit kapitalistischen Eigentumslogiken, auch eine fundamental andere Form sozialer Reproduktion und Vergesellschaftung ermöglicht, die dem Selbstanspruch der Bedürfnisbefriedigung Aller folgt?

Im Folgenden wird zunächst der Zustand von Utopie in neoliberalen Strukturen vorgestellt. Daran anschließend wird das Konzept der konkreten Utopie von Ernst Bloch sowie feministische Auseinandersetzungen mit Utopien herangezogen, um eine eigene konzeptionelle Erweiterung hin zu einer konkreten-feministischen Utopie aufzufächern. Sodann soll eine Annäherung an zentrale Charakteristik der Commons erfolgen. Abschließend setzt eine Diskussion ein, die Commons auf ihren feministisch-utopischen Gehalt und mögliche Auslassungen hin analysiert.

Utopie als (dis-)kontinuierliche Notwendigkeit

Wir wollen eine Gesellschaft (...) zu deren Bau und Umbau die Menschen ihren Fähigkeiten und Vorlieben entsprechend beitragen; in der sie Dinge für einander herstellen und Dinge für einander tun, wo sie die Bedürfnisse der anderen kennen, sie verstehen und Abhilfe schaffen können. Wir wollen neue Produktions- und Beziehungsweisen; wir wollen den Exodus aus dem heterosexistischen Kapitalismus und den Einstieg ins Leben der commons based queer production. (Adamczak/Kirsten 2013, 29)

In dieser Aussage wird die Kritik an Bestehendem durch die Artikulation des Gewollten deutlich. Es ist die grobe Skizzierung utopischer ökonomischer, sozialer, queer*feministischer Beziehungsweisen. Utopie ist nicht verschwunden, vielmehr kann eine geschichtliche Kontinuität utopischen Denkens, Theoretisierens und Handelns aufgezeigt werden (Neupert-Doppler 2018; Werder 2009). Eine einheitliche Definition des Utopiebegriffs ist jedoch schwierig, vielmehr finden sich darin unterschiedliche Denktraditionen, Epochen und Perspektiven, teils ergänzend, teils im Widerspruch zueinander (Neupert-Doppler 2015, 7f.). Die Hauptachsen der Bestimmungsversuche von Utopie zeichnen sich in Aspekten der zeitlichen und geografischen Bestimmung, der inhaltlichen Deutung, der theoretischen Bestimmung und des Verhältnisses zwischen Gegenwart und Zukunft ab. Utopien stehen zudem immer in je spezifischer und kritischer Relation zu gegenwärtigen Verhältnissen. Dadurch ist ihnen ein ambivalenter Charakter immanent, denn

(...)von jeher haftet der Utopie etwas Zweifelhaftes an; bestenfalls gilt sie als das gutgemeinte Traumbild eines humanistischen Idealisten, der an der eigenen persönlichen/gesellschaftlichen Realität ver/zweifelt/e. (...) Die Konnotation des Nicht-Realisierbaren blieb/bleibt dem Begriff erhalten. (Holland-Cunz 1988, 13)

Utopien sind der Ort des Bruchs mit den Verhältnissen, denen sie entsprungen sind. Nebst der alltagssprachlichen negativen Konnotation als *utopisch* und damit unerfüllbar (Neupert-Doppler 2015, 13), verdichtet sich vor dem Hintergrund neoliberaler Strukturen der ambivalente Charakter von Utopie: Der Neoliberalismus erhielt Einzug mit und durch das Versprechen, ein Mehr an Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Damit sollten die Forderungen, die zuvor insbesondere in der Zukunftsvorstellung einer befreiten Gesellschaft der 1968er Bewegung artikuliert wurden, innerhalb der kapitalistischen und heteronormativen Strukturen Erfüllung finden. Der Geist des Kapitalismus vollzog die Metamorphose nicht gegen, sondern mit den Utopien. Die Idee der bürgerlichen Freiheit wurde gepaart mit kapitalistischem Akkumulationsdrang, das Subjekt verkommt zum Konsumenten und „das Subjekt wurde, überspitzt formuliert, den internationalen Märkten ausgeliefert und damit anonymen Mechanismen, auf die es kaum Einfluss hat“ (Beer 2016, 71f.). Utopien erleben vor diesem Hintergrund zugleich Abwertung und ideologische Aneignung zur Legitimation neoliberaler Strukturen. Dennoch kann utopisches Begehren nicht als erschöpft verstanden werden (Habermas 1992, 52), da „die liberale Erzählung in den Verdacht (gerät), die Verhältnisse kontrafaktisch zu beschönigen“ (Beer 2016, 316). Das Scheitern ist allgegenwärtig: unter der Kruste der Freiheitsversprechen klaffen Einsamkeit, Verlustängste, Überforderung, Konkurrenz hervor.

Utopie als Modus der Kritik und des Noch-Nicht

Ein Versprechen des Neoliberalismus, durch unmittelbare Erfüllung ohne Utopie auszukommen, wird durch das Scheitern gebrochen (Armanski 2001, 11). Eine Welt ohne Utopie würde in jene Hoffnungslosigkeit münden, die nicht die Verkehrung der Utopie in ihr Gegenteil, sondern der Nihilismus wäre. Bloch schreibt dazu: „Die Hoffnungslosigkeit ist selbst, im zeitlichen wie sachlichen Sinn, das Unaushaltbarste, das ganz und gar den menschlichen Bedürfnissen Unerträglich“ (Bloch 1977, 3). Er argumentiert gegen jenen Zustand an, indem er Utopie als intentional und konkret fasst: Ziel ist ein besseres Leben Aller.³ Die Funktion der Utopie liegt in der „Veränderung des Ganzen“ (Bloch/Adorno 1985, 353) und wird zu einer Form, „die die bestehende Gesellschaft unterminiert und sprengen oder eine Sprengung vorbereitet“ (Bloch 1980, 70). Konkrete Utopie geht über eine bestimmte Negation und ein konkretes Leiden hinaus und lässt ein *Wozu* erkennen (ebd., 32). Bloch vertritt die These, dass die Auseinandersetzung mit Gesellschaftsverhältnissen über die nüchterne Kritik dieser hinausreichen müsse, und Möglichkeiten des Anderen aufzeigen. Zudem leitet er Kritik nicht alleinig aus ökonomischen Verhältnissen ab, vielmehr sei diese in allen Bereichen anzusetzen möglich. Wichtig sei die spezifische Kritik, die einem Beliebig-Werden vorbeugt (Bloch 1980, 31). Es gilt die luzide Unterscheidung und Bloch sieht die Gefahr, dass Etwas als utopisch gilt, jedoch nicht über die Verhältnisse hinausgeht und keinen Überschuss produziert. Für

Letzteres nutzt er den Begriff der abstrakten Utopie, die eher eine kompensatorische Funktion hat, als Rausch, als Davontragen gefasst werden kann und grenzt diese ab von konkreter Utopie, die Transformation und Prozess möchte (Bloch 1980, 44). Für Bloch ist das Utopische in den Subjekten zu suchen:

Der kritische Maßstab bleibt dabei immer die Idee einer mit sich selbst versöhnten Subjektivität bzw. die Idee der Emanzipation von nicht legitimierten Herrschaftsansprüchen. (Beer 2016, 316)

In der Auseinandersetzung mit den objektiven und gegebenen Verhältnissen, in dem Darin-Sein, besteht fortwährend die Potentialität, dass das Noch-Nicht hervorschimert, hervorscheint, aufblitzt. Utopien sind als „Vorgemälde von Tendenzen und Latenzen in der gegenwärtigen Gesellschaft“ (Bloch 1980, 70) zu verstehen. Dies kann in Form einer Selbsterkenntnis, aber auch in der Interaktion, in der Wahrnehmung sein. So sieht Bloch nebst Träumen auch in Gesprächen und künstlerischen Ausdrücken diese Potentialitäten verortet.⁴ Es gilt, jenes rationale Subjekt der Aufklärung zu verabschieden, denn die gänzliche Beherrschung der Inneren Natur, die zentral für die Stabilität kapitalistischer Strukturen scheint, ist nicht absolut (Beer 2016, 78). Während Bloch präzise aufzeigt, wie Utopien entstehen, welche Funktion der Kritik und des Darüber-Hinaus sie einnehmen können, bleibt die Frage des Prozesses der konkreten Umsetzung unbestimmt. Dies ist nach Bloch eine absichtliche Auslassung, die vor einer voreiligen Bestimmung der konkreten Utopie, vor dem „Auspinseln“ (Bloch/Adorno 1985, 361), schützen soll.

Perspektiven feministischer Utopien: Fiktion, Prozess und das Innere

Unter dem Credo: „Fragen nach einem besseren Morgen werden heute FEMINISTISCH gestellt“ (Holland-Cunz 1988, 12) bildeten sich geschichtlich immer wieder feministische Utopieentwürfe heraus. Insbesondere in den 1970er Jahren wurden bestehende Utopien vor dem Hintergrund feministischer Politiken und Praktiken betrachtet, zugleich wurden die jüngeren feministischen Theorien zum Brennglas für neue utopische Entwürfe (Maurer 2012, 76).⁵ Zentral ist die perspektivische Erweiterung androzentristischer Utopieentwürfe, denn „selbst die libertäre(re)n Utopisten (...) scheitern zumindest in Teilaspekten bei ihrem Versuch, die utopische citoyenne dem citoyen gleichzustellen“ (Holland-Cunz 1988, 10). Moniert wurde, dass Utopien zwar Fragen nicht-kapitalistischer sozialer Reproduktion erkennen lassen, jedoch keine Transformation der Geschlechterverhältnisse hin zu mehr Gleichheit thematisieren (Holland-Cunz 2017, 47f.). Zudem sei die „augenfällige Selbstentlarvung des patriarchalen Systems“ (Holland-Cunz 1988, 9), welches zu kapitalistischer Ausbeutung und Naturzerstörung führe, eine Ursache des Begehrens nach Utopie. Feministische Utopie fand als fiktionale Utopien ein Medium insbesondere in der Science-Fiction-Literatur: nicht-patriarchale Welten, androgyne Subjekte, kollektive Kindererziehung, Aufbrechen von heteronormativer Sexualität und Ge-

schlecht (Hauer 2000, 60). Diese setzen nicht an der ökonomischen Überwindung an, sondern stellen queer*feministische Aspekte von sozialer und biologischer Reproduktion ins Zentrum.

Während der politische Anspruch dieser klassischen Utopien durch den Modus der Identifikation der Leser*innen mit den Romanprotagonist*innen vermittelt wird, zeichnen sich feministische Utopien zudem in sozialen Bewegungen ab, die weniger an Fiktion, als an Transformation des Gegenwärtigen orientiert sind und somit als Realutopien gelten können.⁶ Begehren nach „Care-Revolution“ oder queere-Kämpfe sind Antworten auf Tendenzen des Scheiterns heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit und Abwertungsversuche von gesellschaftlich notwendiger (meist feminisierter, migratisierter) Arbeit. Zur Lösung werden konkrete Vorschläge angeführt, die durch ein Kollektiv *Wir* umgesetzt werden sollen (Dierkes 2016, 69). Obgleich der inhaltlichen Bestimmung des Utopischen, verbleiben die Ansätze häufig fragmentiert: Die Care-Revolution kämpft für die Aufwertung von Care-Arbeit, die Queer-Bewegung für die Auflösung oder Anerkennung der Pluralität von Geschlecht.⁷ Kritisch anzumerken ist, dass „vernachlässigt wird, wie das Utopische mehr oder weniger abstrakt als gesellschaftliche Artikulationsweise begriffen werden kann“ (Dierkes 2016, 71). Die Pluralität der Begehren wird in jeweils eigene soziale Bewegungen gegossen, die jedoch bisher keine „Veränderung des Ganzen“ (Bloch/Adorno 1985, 353) erwirken konnten. In Auseinandersetzung mit den bisher beschriebenen Ansätzen zu Utopien, möchte ich argumentieren, dass das Noch-Nicht und die konkreten Hoffnungen den Ausgangspunkt in Emotionen, in Erfahrungen, in einem Nicht-Einverstanden-Sein, in Enttäuschungen, in Träumen und Fantasien finden. Um dies weiterentwickeln zu können, argumentiere ich, dass feministische Utopien ihren Ausgangspunkt in Etwas finden, das ich in zweifacher Weise als „das Innere“ theoretisieren möchte. Erstens verstehe ich das Innere in einer subjektbezogenen Bestimmung. Demnach muss in den gegenwärtigen Verhältnissen eine *innere Natur*, genau wie die äußere Natur beherrscht werden.⁸ Verzicht auf Utopie und Steigerung der Produktivität sind zwei dieser Mechanismen. Das Innere ist dabei der Ort, an dem gesellschaftliche Erwartungen auf impulsive (Begehren) sowie rationale Auseinandersetzungen treffen und Momente des Scheiterns der Versprechungsversuche und der Krisen erkennen lassen. Möglich werden Prozess des „Immer-Wieder-Neu-Aufbrechens“ (Maurer 2012, 82). Die Jetztzeit ist als Ausgangspunkt für ein Durcharbeiten des Gescheiterten und Startpunkt für das Kommende zu verstehen (ebd., 78).⁹ Im Inneren wird das „Erinnern und Gegenerinnern“ möglich, welches „nach ‚offenen Stellen‘ im Prozess der Geschichte“ sucht (ebd.). Jenen Stellen, an denen Scheitern in das Noch-Nicht und in konkrete Utopien überführt wurde. Das Subjekt wird dann zur tragenden Figur und Figuration der Geschichte. Der Bruch mit dem Gegenwärtigen ist nicht die einmalige große Revolution, es sind die kleinen Brüche, als „konkret geschehende Prozesse“ (ebd., 77). Utopien müssen somit gefunden, entwickelt werden.

Zweitens lässt sich, in eher materialistischem Verständnis, das Innere als Übersetzung des von feministischer Seite theoretisierten Begriff des Privaten verstehen, als

Ort des Wohnens, der Gemütlichkeit, aber ebenso der harten Reproduktions- und Fürsorgearbeit. Das Tätig-Sein im Innern ist die gesellschaftlich notwendige Arbeit, die nicht jenseits kapitalistischer Strukturen verstanden werden kann.¹⁰ Sie ist der Ausgangspunkt für jegliche soziale, kulturelle, ökonomische, politische Struktur. Eine feministische Utopie muss somit einen Modus sozialer Reproduktion in Anschlag bringen, der befriedigend für Alle ist.

Das Innere ist weniger als abgeschlossenen und umhüllten Körperinnenraum zu verstehen, vielmehr ist es etwas, auf das nicht in dem Maße zugegriffen werden kann. Letztlich ist das Innen ein – nicht nur geografischer – Ort, der sich entzieht, in einer negativen und vielleicht auch in einer hoffnungsvollen: negativ, weil unsichtbar, weil häufig ungleich, weil diskriminierend, weil gewaltvoll, und positiv, weil Ort der Nicht-Identifikation, der Imaginationen, der Diskussionen etc. ein Ort für *Kitchen Politics*. Deutlich wird, dass das Innere als Beziehungsweisen der Menschen untereinander und der gesellschaftlichen Verhältnisse gefasst werden kann. Utopie möchte sich nicht aus der Realität zurückziehen, vielmehr „mit ihren Mitteln“ in diese eingreifen (Holland-Cunz 1988, 10). Zudem werden feministische Utopien bestimmt durch „organisierte Offenheit und Konfliktfähigkeit“ (ebd., 17), sodass nicht davon auszugehen ist, dass die Entstehung von Utopie ein einmaliger Prozess ist. Der Anspruch ist die Potentialität der Kontinuität von Missständen und Ungleichheiten mitzudenken. Dies bietet die Möglichkeit der stetigen Reflexion, der Justierung der Ziele und der Mittel, jedoch auch die Möglichkeit des Scheiterns einzugedenken (ebd., 246). Die Fokussierung auf diese unerfüllten, unsichtbaren und abgewerteten Begehren birgt das Potential, utopische Momente aufblitzen zu lassen. Stellen, an denen gesellschaftlicher Anspruch und eigenes Hoffen auseinanderklaffen und nicht mehr überbrückt werden können, dies sind die Momente, an denen Scheitern zu verorten ist. Die materiellen Lebensumstände und die Folgen prekärer sozialer Reproduktion sind wesentlich Verbunden mit dem Erdenken des Noch-Nicht. Aspekte der sozialen Reproduktion werden dabei nicht zu etwas Abstrakten, sondern Konkreten, welches sich aus der gegenwärtigen Prekarität ableitet. Es ist die Abwertung, die Feminisierung, die Belastung, die fehlende Anerkennung, die das Hoffen speist. Letztlich bietet das Innere eine mögliche nähere Ausbuchstabierung des Noch-Nicht bei Bloch, ohne dabei jedoch szenische Bilder, abgeschlossene Utopien und unhinterfragbare Vorstellungen zu produzieren.

Commons als Versuch einer konkreten Utopie

Ausgehend von den Darlegungen der Bedeutung des Inneren für feministische Utopien, möchte ich diese nun mit dem Ansatz der Commons in Dialog bringen. Dieser wird gegenwärtig intensiv diskutiert, letztlich aufgrund des angebotenen Analysewerkzeugs zur Überwindung der gegenwärtigen Gesellschaftsstrukturen des Scheiterns und der Krisen (Euler 2018, 10; Helfrich 2012; Helfrich et al. 2015; Varvarousis/Kallis 2017). Sowohl die Commonsprojekte, als auch die darüber verfassten

Texte, können als Ausdruck von Blochs Aussage „Das Morgen im Heute lebt, es wird immer nach ihm gefragt“ (Bloch 1977, 1627) verstanden werden.

Konzeptionelle Annäherung an Commons

Grundgedanke der Commons ist die Ermöglichung sozialer Reproduktion in einer Form, die für alle zufriedenstellend ist. Leitende Hoffnung ist, durch die Vergemeinschaftung von Privateigentum zu Kollektiveigentum, einen zentralen Mechanismus kapitalistischer Strukturen aufzuheben, Allen den Zugang zu Ressourcen zu gewährleisten und die Güter kollektiv zu verwalten. Das utopische Moment setzt hier zunächst an ökonomischen und juristischen Aspekten an, indem eine Besitzform jenseits von Privat- oder Staatseigentum geschaffen wird, die den Ausgangspunkt für grundlegend andere Gesellschaftsstrukturen schafft.¹¹ Zwei Strategien zur sozialen Reproduktion zeichnen sich ab: Die erste – als passive Strategie benannt – umfasst die Transformation bestehender Güter in Commons (Brand 2009). Die offensive Strategie impliziert die Herstellung neuer Commons aus den bereits bestehenden. Diese Form der Herstellung wird als Commons-based Peer Production benannt (Siefkes 2012). Nebst dieser ökonomischen Bestimmung werden Commons als Sozialform theoretisiert, die Grundlage für nicht individualisierte und konkurrenzbasierte Sozialbeziehungen sein kann (Helfrich 2015; Linebaugh 2008). Beschrieben werden Commons daher als Trias aus „einer Ressource (die stofflich oder immateriell sein kann), den Menschen, die diese Ressource nutzen (Commons) und dem Aushandlungsprozess darüber, wie diese Ressourcen genutzt werden sollen, also den Aneignungsregeln“ (Exner/Kratzwald 2012, 23). Letzteres wird als Commoning bezeichnet und umfasst den gesamten Prozess der Transformation, basisdemokratischen Regelverhandlung und Verwaltung. Die reziproke Bezugnahme der Commons aufeinander bietet die Möglichkeit zur „Herstellung von Beziehungen und damit von sozialem Zusammenhalt“ (Exner/Kratzwald 2012, 30).

Feministische Positionen innerhalb der Commonsdebatte haben unterschiedliche skeptische Einwände entgegengebracht (Federici 2012; Gottschlich 2013, 2014; Nuss 2010). Sie kritisieren, dass einseitig auf die Transformation von Waren oder Gütern, die bisher auf dem Markt getauscht wurden, fokussiert wird. Arbeiten, wie die Reproduktionsarbeit, Care-Arbeit, Freiwilligenarbeit und die Lebensumstände der Subjekte, die jene Arbeit leisten, würden analytisch unzureichend in den Blick genommen. Ein beispielsweise sich abzeichnender schwerwiegender Aspekt ist die Beobachtung, dass Tätigkeiten wie Reproduktionsarbeit in der Commons-Debatte in den letzten Jahren mehr aufgegriffen werden, jedoch zugleich in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung weiterhin verkannt bleiben. Vielmehr dominiert der Modus der Überwindung sozialer Reproduktion durch Technisierung, jedoch nicht die Umverteilung (Euler 2018; Kritik daran: Federici 2012; Gottschlich 2013, 2014; Laufenberg 2012). Ebenso wenig wird sie vor dem Hintergrund patriarchaler, rassistischer und heteronormativer Strukturen verhandelt. Die Machtförmigkeit sozialer Bezie-

hungen unter kapitalistischen Vorzeichen wird nicht stringent, weitreichend und systematisch berücksichtigt.

Die Debatte um Commons ist nicht abgeschlossen und der zukünftige Ausgang noch unbestimmt. Per se treten Commons nicht mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus an. Der Ansatz ist zudem nicht widerspruchsfrei. Zwar finden sich zahlreiche Kritiken an gegenwärtigen globalen Verhältnissen, jedoch liegt der Fokus eher nicht nur auf dem *Dagegen*, sondern deutlich auf dem *Dafür*. Der normative Maßstab der Commons leitet sich aus der gleichberechtigten, fairen, nachhaltigen sozialen Reproduktion Aller ab. Analytisch werden somit das Scheitern der globalen Verhältnisse, in Form von Krisen und die unzulängliche Bedürfnisbefriedigung zum Ausgangspunkt der Commons-Utopien.

Commons als feministische Utopie des Inneren?

In der Auseinandersetzung mit feministischen Utopien wurde deutlich, dass Reflexion, Selbstkritik und permanentes Justieren entscheidende Kriterien sind, um konkrete Utopien zu entwickeln. Nachdem das Konzept der Commons vorgestellt wurde, geht es nun darum, das utopische Versprechen der Commons selbst in Diskussion zu bringen, nicht um es zu negieren, sondern um es reflexiv zu betrachten und gegebenenfalls Momente der kritischen Erweiterung aufzuzeigen.

Commons haben einen direkten Bezug zu gegenwärtigen neoliberalen Strukturen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen. Die Commons als Trias treten aus den gegenwärtigen Verhältnissen hervor, um ihnen eine andere Wirtschafts- und Sozialform entgegenzustellen. Sowohl die Debatte, als auch die Praxis der Commons formulieren als normativen Gradmesser für das Utopische die Befriedigung der Bedürfnisse¹² Aller. Zudem zeigen sich mit der Überwindung des Privateigentums durch das Commoning als Kollektivierungsprozess, sowohl Narrative der Kritik an dem Bestehenden, als auch prozesshafte Schritte des Übergangs. Das Narrativ bleibt dabei nicht auf ökonomische Veränderungen beschränkt, vielmehr wird Commoning als Ausgangspunkt anderer Sozialbeziehungen gedeutet, die Möglichkeiten des Austausches jenseits von Warentausch ermöglichen. Aus feministischer Perspektive irritiert jedoch, wenn die Potentialität anderer sozialen Beziehungsformen primär aus der Veränderung des Ökonomischen abgeleitet wird. Vor dem Hintergrund der vorgestellten feministischen Utopiekonzepte und ebenso mit Blochs Gedanken ist in Zweifel zu ziehen, dass die Überwindung kapitalistischer Ökonomien jede andere strukturelle Unterdrückungsform gleichzeitig abschafft.¹³ Zentral ist hervorzuheben, dass die Veränderung der Besitzform zunächst das Verhältnis zwischen Ware und Person verändert. Dies impliziert jedoch nicht die zwingende Aufhebung jeder Form der Hegemonie. Obgleich patriarchale, heterosexistische, nationalistische und rassistische Verhältnisse mit kapitalistischen verwoben sind, muss eine umfassende kritische Perspektive zugleich mitdenken, dass diese nicht alleinig aus diesen hervorgehen. Der Ansatz täte gut daran, nebst der Zentralität von Eigentumsverhältnis-

sen, weitere – teils schwerer zu greifende – Ausbeutungsformen zu fokussieren, um Ausmaß und Ursachen für die wahrgenommenen Krisen zu erweitern.

Wenn das Innere in der doppelten Bestimmung für die Herausbildung feministischer Utopien zentral ist, so gilt es die Bedürfnisse der Einzelnen, ihr Scheitern, als auch ihre Lebensumstände zu berücksichtigen. Im ersten Verständnis des Innern als Ort der Wahrnehmung unerfüllter Begehren und Träume, eines Noch-Nicht steht das Subjekt an prominenter Stelle. Jedoch wird das Noch-Nicht in der Commons-Debatte nur einseitig berücksichtigt. Das Subjekt bekommt die Funktion des Vehikels, welches äußere Krisen wahrnehmen kann, jedoch verblasst die Last und Bedeutung ihres Geworden-Seins unter kapitalistischen Verhältnissen. Die letztliche Nicht-Bestimmung der Subjekte führt dazu, dass die Bedeutung des Inneren verkannt bleibt. Wenn allerdings feministische Utopien im Innern ihren Ausgangspunkt finden, so führt eine Missachtung des Subjekts dazu, dass die Pluralität der Bedürfnisse und Begehren nicht systematisch einbezogen wird. Die Pluralität des Begehrens ist nicht nur in unterschiedlichen Vorlieben zu sehen, sondern – und dies ist zentral – in unterschiedlichen Artikulationsmöglichkeiten der konkreten Hoffnungen. Anders ausgedrückt: In der Debatte um Commons dominiert die Idee, dass die Subjekte gleiche Bedürfnisse und gleiche Möglichkeiten der Artikulation und Partizipation haben. Eine feministische Commons-Utopie muss dahin erweitert werden, dass sie Möglichkeiten für Alle bietet, Bedürfnisse zu artikulieren und die Pluralität der Begehren und Hoffnungen anerkennt. Dieses Mehr an Komplexität muss jedoch nicht dazu führen, dass alles in Individualität und abgeschlossener Identität zerfällt. Denn „auch die Lust an der als Reichtum entdeckten Vielfalt und die Anerkennung von Verschiedenheit bringt den Wunsch nach möglicher ‚Gemeinsamkeit‘ nicht einfach zum Verschwinden“ (Maurer 2012, 82). Vielmehr muss es darum gehen, dass die Hoffnung, die im Inneren entsteht, die Grundlage für andere Beziehungsweisen darstellt. Beziehungsweisen, in denen das Innere in gegenseitige und kollektive Bezug- und Rücksichtnahme eingeflochten wird (Adamczak 2017, 253).

Zudem muss die Commons-Utopie die Möglichkeiten bieten, die ins Innere verbannte Reproduktions- und Care-Arbeit zu kollektivieren. Die Vision der Ermöglichung sozialer Reproduktion Aller durch die Commons-based Peer Production, greift dabei nicht nur rein sprachlich zu kurz. Für eine solidarische Gesellschaft bedarf es „eines Zusammenspiels heterogener Bedingungen“ (Adamczak/Kirsten 2013, 19). Diese Bedingungen umfassen den Einbezug aller für soziale Reproduktion notwendige Tätigkeiten. Der Teil des Inneren, der die feminisierte und abgewertete Arbeit umschreibt als Tätigkeiten des Sorgens, des Kümmerns, des Austausches ist Teil von Beziehungsweisen als soziale, interaktive und entstehende Praktiken. Der Commons-based Peer Production gilt es eine Commons-based Peer queer Reproduction zur Seite zu stellen.

Letztlich birgt das Einbeziehen der heterogenen Bedingungen die Möglichkeit, nicht nur das Verhältnis zwischen Ware und Subjekt zu verändern, sondern auch jene Trennungen von Produktion und Reproduktion, von Zweigeschlechtlichkeit,

von Privat und Öffentlich und bürgerlich holistischer Subjektverständnisse aufzulösen. Es bietet die Möglichkeit der Transformation von einem Sein, welches auf dem Haben basiert, hin zu seinem Sein, welches sich mehr durch Austausch, durch Unterstützung, einem In-Beziehungen-Sein konstituiert (Klapeer/Schönplflug 2015, 163). Das Innere löst sich dabei nicht zwangsläufig in einem homogenen Kollektiv auf, vielmehr dient es als Lot für die Bedürfnisbefriedigung Aller. Im Anschluss an feministische Utopieansätze ist das In-Beziehung-Sein nicht als in sich gänzlich harmonisch zu begreifen, denn fortwährend besteht die Möglichkeit, trotz oder wegen der Überwindung kapitalistischer Ökonomiestrukturen, dass negative Momente und erneutes Scheitern auftreten.

Können nun Commons als Utopie verstanden werden? Commons bieten Narrative und Räume der Kritik, die an den gegenwärtigen multiplen Krisen ansetzen. Zudem können sie als konkrete Utopie gefasst werden, da sie Hoffnungen auf die „Veränderung des Ganzen“ (Bloch/Adorno 1985, 353) geben. Sie werden dann konkret, weil sie ein Einfall, ein Probieren aus dem Inneren vieler Personen sind. Ein genauerer Blick und die Kontrastierung des Konzepts mit dem immanenten Anspruch, die Verhältnisse grundlegend in Frage zu stellen, lassen jedoch einige Schließungen erkennen. Diese konnte durch eine erneute feministisch inspirierte Diskussion verdeutlicht werden.

Ein Ausweg daraus kann sein, die Irritation, die fortwährende Möglichkeit des Noch-Nicht einzugedenken, zu verhandeln und zu verarbeiten. Es gilt vielleicht weiter die Nicht-Identifikation, die Skepsis zu praktizieren und somit queere Momente in Form von Reflexion beizubehalten und nicht in einen Idealismus abzuschweifen (Adorno 1977, 120). Wenn Commons hier im Sinne einer feministischen Utopie verstanden werden möchten, so gilt es, das Konzept als nicht abgeschlossen zu verstehen. Dies ist die Herausforderung, das Aushalten der weiteren Enttäuschung, das Neu-Denken, das Zuhören und das Reflektieren. Jedoch erachte ich genau dies als zentral, um tatsächlich eine konkrete Utopie daraus ableiten zu können, die plurale *Wozu* beinhalten. Es gilt gegenwertig bei einem Erarbeiten des *Dafür* die innere Verarbeitung zu berücksichtigen. Was bewegt die Person, was bereitet ihr Sorge? Konkrete feministische Utopien zeichnen sich somit dadurch aus, dass sie das Subjekt nicht in ein anonymes Kollektiv überführen, sondern vielmehr die Unterschiede und die Pluralität der Realitäten des Scheiterns nutzen, um die Skizzen der Utopie reflexiv auszuloten.

Zusammenführung

Die These des utopischen Vakuums (Beer 2016, 72) ist zurückzuweisen, vielmehr zeichnet sich eine Kontinuität utopischen Denken vor dem Hintergrund und in Auseinandersetzungen mit Gesellschaftsverhältnissen ab. In Weiterentwicklung von Bloch, verstehe ich das Innere als Ausgangspunkt für feministische Utopien. Dieses Konzept habe ich angewandt, um damit die Frage nach Commons als konkrete Utopie auszuloten. Das Konzept diene dazu, eine zentrale Gefahr zu umgehen, die darin be-

steht, „dass das Studium solcher Beispiele in propagandistisches Beifallsklatschen abgleitet. Wenn radikale Kritiker des Kapitalismus verzweifelt nach empirischen Modellen zu suchen beginnen, die ihre Bestrebungen verkörpern, kann Wunschdenken über nüchterne Abschätzung triumphieren“ (Wright 2017, 222). Jedoch den Versuch nicht zu unternehmen, solidarische Lebensformen für Alle zu ermöglichen, führt dazu, die Kritik anderen zu überlassen und den Zustand der Ausgrenzung, Ausbeutung und Diskriminierung zu bestätigen oder zu verstärken. Eine dezidierte Auseinandersetzung und Reflexion des Commonskonzepts offeriert einen kritischen Umgang. Deutlich wurde, dass die Bedürfnisbefriedigung Aller nicht allein in der Kollektivierung von Eigentum zu suchen ist. Die Commons fordern andere Sozialbeziehungen, jedoch wird bisher unzureichend auf die pluralen Begehren und Hoffnung geschaut. Das Innere hier einzugedenken als der Ort des Noch-Nicht ermöglicht den Prozess und die Inhalte einer hoffnungsvollen Utopie. Dabei wird eine Ontologie des Noch-Nicht-Seins sichtbar, die in ein Sein jenseits sowohl des Habens von Privateigentum, sowie von singuläre Identitäten oder aber nationalistischen Tendenzen der Heimat, wie sie gerade immer beliebter zu werden scheinen, führen kann. Eine feministische Commons-Utopie bietet das Potential die Lücke zwischen strukturellen Veränderungen einerseits und individuellen Verhaltensänderungen andererseits zu überwinden. „Ein Denken der Beziehungen“ (Adamczak 2017, 232) ermöglicht die Artikulationen des Inneren, die Bedürfnisse und Hoffnungen werden erkannt. In den vergangenen und gegenwärtigen unerfüllten Intimitäten und den Hoffnungen auf soziale Beziehungen, die in gegenseitiger Verantwortung, Fürsorge und Fairness aufgehen, liegt die Möglichkeit der Überwindung kapitalistischer Verhältnisse hin zu pluralen Beziehungsweisen.

Anmerkungen

- 1 Neoliberalismus wird hier als hegemoniale Ideologie der Gegenwart und der jüngeren Vergangenheit gefasst. Zentrale Merkmale sind die Verkopplung von ökonomischen und sozialen Freiheitsversprechen und ökonomischer Produktivitätssteigerung, beispielsweise durch die Kommodifizierung weiterer Lebensbereiche (Herkommer 2004). Nebst dieser Beschreibung gibt es eine breite Debatte darum, was der Begriff genau umreißt (Boas/Gans-Morse 2009).
- 2 Der Begriff des Realitätsprinzips meint, dass sich Etwas als eine scheinbar natürliche Logik oder Ordnung gibt und der Prozess der machtförmigen Durchsetzung abgewehrt bzw. ausgelassen wird. Das Realitätsprinzip ist somit als Ideologie zu fassen, die das Reale abwehrt (Fisher 2009, 17f.).
- 3 Für Bloch galt lange der Sozialismus der Referenzpunkt, die Enttäuschung über den Realsozialismus, veranlasste ihn dazu, sich von diesem zu distanzieren.
- 4 Obgleich Blochs Ziel mit der konkreten Utopie war, diese näher bestimmen zu können, wurde ihm vorgeworfen, dass er den Utopiebegriff verwässere und beliebt mache (Heyer 2006, 106; Saage 2010, 128).
- 5 Nebst den 1970er Jahren entstanden feministische Utopieentwürfe an vielen Stellen gesellschaftlicher Umbrüche wie etwa im späten Mittelalter oder während der ersten Frauenbewegung.
- 6 Die klassischen Utopien scheinen mit den Realutopien, denn sie streben unterschiedliche Ziele an. Letztlich sind die klassischen Utopien verwandt mit den abstrakten Utopien Blochs, da sie eher der bloßen Imagination als der realen Transformation nachgehen.

- 7 Dennoch sind diese Bewegungen in ihrer Bedeutung anzuerkennen. Sie tragen einen wesentlichen Beitrag bei der Bestimmung von umfassender Gesellschaftskritik.
- 8 Hierbei lehne ich meine Gedanken an jene von Max Horkheimer (1991) zur Naturbeherrschung an.
- 9 Der Begriff der Jetztzeit wurde von Walter Benjamin (1980, 703) entwickelt. Er plädiert für die Aufhebung eines linearen Zeitverständnisses, da dies im Fortschrittsdenken ein Herrschaftsinstrument sei.
- 10 Zu reflektieren gilt es hier, dass das Private, Häusliche oder Innere nicht per se immer die gleiche Bedeutung hat. Vielmehr kann dies immer nur vor dem Hintergrund der jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen verstanden werden.
- 11 Auch bei anderen Utopieentwürfen, beispielsweise bei Morus, werden Aspekte der Abschaffung von Privateigentum und Kollektivierungsformen zentral. Die Spezifik der Commons-Ansätze liegt in der Konkretisierung dieser Transformationsprozesse. Kollektivierung ist hier nicht das Ziel, sondern der Prozess hin zur konkreten Utopie.
- 12 Innerhalb der Commons-Debatte werden ganz unterschiedliche Formen von Bedürfnissen genannt. Signifikant ist dabei, dass sie über klassische Grundbedürfnisse wie Nahrung hinausweisen.
- 13 Dies erinnert an die Haupt- und Nebenswiderspruchsdebatten der 1970er Jahre. In diesen machten feministische Materialist*innen darauf aufmerksam, dass mit der Überwindung kapitalistischer Strukturen nicht zwingend auch koloniale und patriarchale abgeschafft würden (Haug 2010; Hall 1994).

Literaturverweise

- Adamczak**, Bini, 2017: *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Frankfurt/M.
- Adamczak**, Bini/**Kirsten**, Guido, 2013: *If...then...else*. In: *Jour Fixe Initiative Berlin* (Hg.): "etwas fehlt". Utopie, Kritik und Glücksversprechen. Münster, 13-30.
- Armanski**, Gerhard, 2001: *Wo liegen die Inseln der Seligen? Utopie und Geschichte*. In: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*. 21(3), 9-17.
- Adorno**, Theodor W., 1977: *Aldous Huxley und die Utopie*. In: *Tiedemann, Rolf* (Hg.): *Gesammelte Schriften*, Frankfurt/M., 97-122.
- Beer**, Raphael, 2016: *Erkenntnis und Gesellschaft. Zur Rekonstruktion des Subjekts in emanzipatorischer Absicht*. Wiesbaden.
- Benjamin**, Walter, 1980: *Gesammelte Schriften*. Bd. I-2. Frankfurt/M., 691-704.
- Bloch**, Ernst, 1977: *Das Prinzip Hoffnung*. Frankfurt/M.
- Bloch**, Ernst, 1980: *Abschied von der Utopie? Vorträge*. Frankfurt/M.
- Bloch**, Ernst/**Adorno**, Theodor W., 1985: *Etwas fehlt...Über die Widersprüche der utopischen Sehnsucht. Ernst Bloch im Gespräch mit Theodor W. Adorno*. In: *Bloch, Ernst* (Hg.): *Tendenz, Latenz, Utopie*. Frankfurt/M., 350-367.
- Boas**, Taylor C./**Gans-Morse**, Jordan, 2009: *Neoliberalism: From New Liberal Philosophy to Anti-Liberal Slogan*. In: *Studies in Comparative International Development*. 44(2), 137-161.
- Bock**, Gisela/**Duden**, Barbara, 1977: *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*. In: *Gruppe Berliner Dozentinnen* (Hg.): *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Frauen*. Berlin, 118-199.
- Brand**, Ulrich, 2009: *Das Zusammenwirken von Bewegungen. Commons als kritisch-emanzipatorische Weltsicht und strategische Perspektive*. In: *Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung* (Hg.): *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*. München, 237-244.
- Dierkes**, Mirjam, 2016: *Plädoyer für eine utopietheoretische Erweiterung feministischer Gesellschaftskritik*. In: *Femina Politica*. 22(1), 68-80.

- Euler**, Johannes, 2018: Conceptualizing the Commons: Moving Beyond the Goods-based Definition by Introducing the Social Practices of Commoning as Vital Determinant. In: *Ecological Economics*. 29(1), 10-16.
- Exner**, Andreas/**Kratzwald** Brigitte, 2012: Die Produktion der Commons. In: Exner, Andreas/Kratzwald Brigitte (Hg.): *Solidarische Ökonomie und Commons*. Wien, 23-43.
- Federici**, Silvia, 2012: Der Feminismus und die Politik der Commons. In: *Kitchen Politics* (Hg.): *Aufstand aus der Küche*. Münster, 87-105.
- Fisher**, Mark, 2009: *Capitalist Realism: Is there no Alternative?* Winchester.
- Fukuyama**, Francis, 1992: *Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?* München.
- Gottschlich**, Daniela, 2013: Doing Away with „Labour“: Working and Caring in a World of Commons. In: Heinrich Böll-Foundation: *Economics and the Common(s): From Seed Form to Core Paradigm*, 29-40.
- Gottschlich**, Daniela, 2014: Commons und Care. Anmerkungen zu Commons-Debatten aus feministischer Perspektive. In: *Prager Frühling*. 19(3), 34-40.
- Habermas**, Jürgen, 1992: *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt*. Frankfurt/M.
- Hall**, Stuart, 1994: *Rassismus und kulturelle Identität*. Hamburg.
- Hauer**, Gudrun, 2000: Schöne neue Frauenwelt? Feministische Utopien in der Literatur des 20. Jahrhunderts. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*. 29(1), 59-73.
- Haug**, Frigga, 2010: Sozialistischer Feminismus. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden, 52-58.
- Helfrich**, Silke, 2012: *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld.
- Helfrich**, Silke/**Bollier**, David/**Heinrich-Böll-Stiftung**, 2015: *Die Welt der Commons. Muster gemeinsamen Handelns*. Bielefeld.
- Herkommer**, Sebastian, 2004: *Metamorphosen der Ideologie: Zur Analyse des Neoliberalismus durch Pierre Bourdieu und aus marxistischer Perspektive*. Bielefeld.
- Heyer**, Andreas, 2006: Ernst Bloch und seine Kritiker. Hans Jonas, Jürgen Habermas, Theodor W. Adorno und Joachim Fest. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Die Utopie steht links! Ein Essay*. Berlin, 104-115.
- Holland-Cunz**, Barbara, 1988: *Utopien der neuen Frauenbewegung*. Mehrlingen.
- Holland-Cunz**, Barbara, 2017: Vergesellschaftete Reproduktion, vermischte Sphären. Ein halbes Jahrhundert in Utopias Speisehäusern. In: Amberger, Alexander/Möbius, Thomas (Hg.): *Auf Utopias Spuren, Technikzukünfte, Wissenschaft und Gesellschaft*. Wiesbaden, 45-53.
- Horkheimer**, Max, 1991: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft. In: *Zur Kritik der instrumentellen Vernunft*. Frankfurt/M., 19-186.
- Klapeer**, Christine M./**Schönpflug**, Karin, 2015: Queer Needs Commons! Transgressing the Fiction of Self-Ownership, Challenging Westocentric Proprietism. In: Dhawan, Nikita/Engel, Antke/Holzhe, Christoph F.E./Woltersdorff, Volker (Hg.): *Global Justice and Desire. Queering Economy*. New York, 163-179.
- Laufenberg**, Mike, 2012: Communities of Care. Queere Politiken der Reproduktion. In: *Luxemburg*. (4), 96-101.
- Linebaugh**, Peter, 2008: *The Magna Carta Manifesto: Liberties and Commons for All*. Berkeley.
- Liotard**, Jean-Francois, 1986: *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*. Graz, Wien.
- Maurer**, Susanne, 2012: Utopisches Denken statt Utopie? Gedankenexperiment und (unbestimmte) Grenzüberschreitung als feministische Politik. In: Birkle, Carmen/Kahl, Ramona/Ludwig, Gundula/Maurer, Susanne (Hg.): *Emanzipation und feministische Politiken. Verwicklungen, Verwerfungen, Verwandlungen*. Sulzbach, 75-93.
- Neupert-Doppler**, Alexander, 2015: *Utopie. Vom Roman zur Denkfigur*. Stuttgart.

Neupert-Doppler, Alexander, 2018: Konkrete Utopien. Unsere Alternative zum Nationalismus. Stuttgart.

Nuss, Sabine, 2010: Die Tragödie der Nutzenmaximierer. In: Luxemburg - Gesellschaftsanalyse und Linke Praxis. (4), 84-89.

Saage, Richard, 2010: Utopische Horizonte. Zwischen historischer Entwicklung und aktuellem Geltungsanspruch. Münster.

Siefkes, Christian, 2012: Peer-Produktion – der unerwartete Aufstieg einer commonsbasierten Produktionsweise. In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld, 348-353.

Varvarousis, Angelor/**Kallis**, Giorgos, 2017: Commoning Against the Crisis. In: Castells, Manuel (Hg.): Another Economy is Possible. Culture and Economy in Times of Crisis. Hoboken, New Jersey, 128-159.

Werder, Peter R., 2009: Utopien der Gegenwart. Zwischen Tradition, Fokussierung und Virtualität. Zürich.

Wright, Erik Olin, 2017: Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Frankfurt/M.

Wider dem Tod der feministischen Utopie – Zum utopischen Potential feministischer Ansätze in Zeiten des autoritären Backlash im Kontext des Neoliberalismus

NADJA MEISTERHANS

Einleitung

Der Antifeminismus hat Konjunktur.¹ Dabei sind sexistische Männerbünde und die damit verbundene Abwehr von feministischen und somit von emanzipatorisch ausgerichteten Anerkennungsforderungen wahrlich kein neues Phänomen (Pohl 2010). Und doch erlebt der Antifeminismus etwa im Zuge der postulierten Krise der Männlichkeit in den öffentlichen Debatten innerhalb von Europa eine neuartige anti-egalitäre bzw. autoritäre Blüte (ebd.). Neu ist vor allem, dass rechtspopulistische Parteien und Bewegungen sich in bigotter Manier auf die frauenpolitische Agenda beziehen, um Muslim*innen auf rassistische Weise abzuwerten und im selben Atemzug – wie etwa die deutsche Alternative für Deutschland (AFD) oder österreichische Freiheitliche Partei (FPÖ) – antifeministische Ressentiments zu bedienen (Grigat 2017). Doch warum sind Rechtspopulist*innen – blickt man etwa auf die aktuellen Wahlerfolge der AFD in Deutschland und FPÖ in Österreich – mit dieser Strategie so erfolgreich?

Ich werde im Folgenden argumentieren, dass rechtspopulistische Anrufungen deshalb fruchten, weil sie auf ein utopisches Vakuum im gesellschaftlichen Mainstream treffen. Damit möchte ich eine Krise utopischen Denkens ansprechen, deren Ursprung ich im Anschluss an die strukturelle Psychoanalyse und Kritische Theorie der

ersten Generation auf die kulturelle Hegemonie neoliberaler Ideologien zurückführen werde. Meine These lautet, dass wir derzeit mit einem spezifischen Unbehagen im Neoliberalismus konfrontiert sind, welches sich aus einer ideologisch bedingten Unmöglichkeit ergibt, grundlegende Anerkennungskonflikte auf progressive Weise zu thematisieren. Von einer Krise utopischen Denkens soll auf der phänomenologischen Ebene insofern gesprochen werden, als autoritäre Heilsphantasien und Sündenbockkonstruktionen und damit einhergehende repressive Skandalisierungen (wie etwa PE-GIDA) in (neo)liberalen Demokratien zunehmend zum Substitut utopisch orientierter Emanzipationspraxen zu werden drohen (Heitmeyer 2018). Im Folgenden sollen daher Überlegungen zum Verhältnis von Krise, Kritik und utopischem Denken angestellt werden und diese mit Fragen der (Un-)Bewusstheit verbunden werden.

Ziel des Beitrags ist vor dem Hintergrund dieser Ausgangsüberlegungen, die strukturelle Psychoanalyse und Kritische Theorie der ersten Generation (die ihrerseits zahlreiche psychoanalytische Denkfiguren aufgegriffen hat) als Methode der ideologiekritischen Dekonstruktion zu entfalten und sie für utopietheoretische Überlegungen fruchtbar zu machen. Mein Argument lautet, dass beide Ansätze zur feministischen Kritik von ideologisch legitimierten Macht- und Herrschaftsverhältnissen auf besondere Weise geeignet sind, weil sie durch den Rekurs auf das Unbewusste neue Analyseperspektiven eröffnen, die m.E. für utopietheoretische Überlegungen von großer Relevanz sind. Das Unbewusste wird dementsprechend als eine Analysekatgorie des Politischen in den Fokus der politischen Theoriebildung gestellt, insbesondere, um den derzeitigen feministischen Backlash in seiner strukturellen Tiefendimension erfassen zu können. Damit schließe ich zugleich feministische Ansätze an, die sich mit Bezug auf die Kritische Theorie und Psychoanalyse mit Fragen der Unbewusstheit im Kontext politischer Subjektivierung befassen (Butler 1990, 2001a; Spivak 1994). Für eine derartige Vorgehensweise sprechen folgende Gründe: Zunächst ermöglicht diese Perspektive zu zeigen, dass autoritäre Sehnsüchte nicht vom Himmel fallen, sondern Folge einer ideologisch bedingten Verschleierung der machtstrukturellen und herrschaftsbedingten Ursachen des Unbehagens im Neoliberalismus sind. Das Argument lautet hier, dass der Neoliberalismus mit bestimmten ideologischen Anrufungen einhergeht, die gesellschaftliche Konfliktlagen mythologisieren und in der Folge utopische Begehren in der Mehrheitsbevölkerung tendenziell aushöhlen (Adorno 1970, 96). Dies zeigt sich daran, dass feministische Protest- und Selbstorganisationsformen, die das Unbehagen im Neoliberalismus politisieren, nicht selten marginalisiert werden (Bargetz/Kreisky/Ludwig 2017). In diesem Zusammenhang werde ich verdeutlichen, dass autoritäre Heilsphantasien von emanzipatorischen Begehren unterschieden und feministische Widerstandspraxen im Kontext sozialer Bewegungen unter bestimmten Voraussetzungen als Utopie-generierende, ja sogar Demokratie-erneuernde Kritiken² verstanden werden können. Dabei wäre es sicherlich verkürzt, von dem einen Neoliberalismus zu sprechen, dennoch möchte ich ihn als ideologisches (und weniger als utopisches) Projekt beschreiben, in welchem bestimmte libertäre Kernelemente, wie Vorstellungen zum Verhältnis von Individuum

und Gesellschaft, aber auch zum Verhältnis von Staat und Markt die politischen Debatten, wenn auch phasen- und länderspezifisch unterschiedlich, maßgeblich beeinflusst haben (für einen Überblick vgl. Ötsch/Thomasberger 2009). An dieser Stelle soll zunächst an einen Gedanken von Walter Ötsch angeschlossen werden, wonach die neoliberale Utopie ein Ende aller Utopien herbeigeführt habe (Ötsch 2016, 3f.). Zugleich möchte ich jedoch hervorheben, dass es sich hier um ein ideologisches Projekt handelt, welches von dem hier zu konzipierenden Verständnis der Utopie insofern unterschieden werden kann, als Utopien in diesem Beitrag als solidarische und emanzipatorisch ausgerichtete Denkbewegungen und Praxen qualifiziert werden, die sich von neoliberalen Vorstellungen zum Individuum als *sozial ungebundenes Subjekt* maßgeblich unterscheiden. Indem neoliberale Ideologien das Soziale als Sphäre politischen Handelns negieren und sich selbst als postideologisch deklarieren, versperren sie sich zudem auf kategoriale Weise gegenüber gegenhegemonial und gesellschaftskritisch ausgerichteten Interventionen und damit der konzeptionellen Selbstreflexion (ebd.; vgl. auch Žižek 2009, 2010).

Utopisches Denken soll im Anschluss an Holland-Cunz (1988a) stattdessen als politisches Korrektiv beschrieben werden, welches gerade deshalb unabgeschlossen bleibt, weil es im engen Schulterschluss mit sozialen Bewegungen, normative Horizonte auf dynamische sowie selbstreflexive Weise angesichts aktueller Krisen eröffnet. Aus dieser Perspektive betrachtet, handelt es sich bei der neoliberalen Ideologie um eine *schließende* und damit *antiutopische* Denkbewegung. Mehr noch: Meines Erachtens haben diese Denkbewegungen zu einer Krise des Politischen geführt, als sie die politische Imagination gesellschaftlicher Alternativen (im Sinne anderer, besserer Welten) in der Mehrheitsbevölkerung tendenziell unterminieren (Demirovic 2011; Žižek 2009). In diesem Sinne möchte ich anregen, dass autoritäres Denken (bzw. der autoritäre Populismus) nicht vom Himmel fällt, sondern überhaupt erst auf einem postpolitischen bzw. (im Sinne Rancières) postdemokratischen Boden gedeihen kann (Rancière 2006; aus dezidiert feministischer Perspektive vgl. Ludwig 2013; zum autoritären Populismus vgl. Demirovic 2018, 28f.). Als postdemokratisch soll hier nicht zuletzt auch die vermeintlich anti-ideologische Ausrichtung neoliberaler Anrufungen qualifiziert werden. Diese sind m. E. insofern problematisch, als sie ideologisch bedingte Konflikte um Anerkennung verschleiern und damit erschweren, dass die Ursachen für das Unbehagen (wie etwa die Folgewirkungen der Prekarisierung der Arbeit) im Neoliberalismus angemessen, d.h. auf emanzipatorische Weise, adressiert werden können (Demirovic et al. 2011, 26; Žižek 2010, 272ff.).

Die Unmöglichkeit, das Unbehagen³ zu thematisieren, bleibt jedoch nicht folgenlos. Wie im Anschluss an die Kritische Theorie und psychoanalytische Ansätze gezeigt werden kann, verstärkt dies politische Ohnmachtsgefühle und bildet das Fundament dessen, was Theodor Adorno einst als mitleidlose Wut gegenüber strukturell marginalisierten Gruppen beschrieben hat (Adorno 1970, 94); und diese Wut der real und imaginär Prekarisierten⁴ richtet sich zunehmend gegen Gruppen wie Geflüchtete und Migrant*innen (Küpper/Krause/Zick 2016).

Damit nicht genug: Der Erfolg des autoritären Populismus ist m.E. auch eine Folge des strukturellen Versagens der (neo-)liberalen Demokratie, emanzipatorisch ausgerichtete Skandalisierungen, die gerade auch im Zentrum feministischer Kämpfe stehen, in ihren utopischen Potentialen anzuerkennen (Bargetz et al. 2015). Diese Tendenz wird von rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien bewusst verstärkt, nicht zuletzt auch, um emanzipatorische Gegenbewegungen und Entwürfe wie feministische als ideologisch zu disqualifizieren (Hark/Villa 2015). Dieser eher pessimistisch anmutenden Deutung soll jedoch die These gegenübergestellt werden, dass gerade queer- und ökofeministische sowie postkolonial-feministische Kritiken – trotz ihrer Vielfalt – im Horizont ihrer macht- und herrschaftskritischen Ausrichtung, eine konkret-utopische Dimension inhärent ist, die sich gerade aus der Praxis der widerständigen Negation ergibt (Bloch 1969, 1985). Im folgenden Abschnitt werde ich im Anschluss an die Kritische Theorie erster Generation die Utopie zunächst als die bestimmte Negation erläutern.

Die Utopie als Negation

Es ist gerade ein Verdienst von Theodor Adornos und Max Horkheimers Kritischer Theorie, gesellschaftliche Praxis und Kritik nicht als zwei getrennte Sphären zu betrachten, sondern widerständige soziale Praxen im Sinne der Negation als elementare Bestandteile der gesellschaftlichen Selbstaufklärung und Transformation zu fassen (Adorno 1966; Adorno/Horkheimer 2008). Kritische Theorie richtet den Fokus insbesondere auf das Nichtidentische und eröffnet damit neue Denkhorizonte und Handlungsperspektiven, die für utopisches Denken zentrale Voraussetzungen sind (Adorno/Horkheimer 2008; Horkheimer 1968). Adorno und Horkheimer wenden sich nämlich dezidiert gegen eine Herrschaft des Faktischen und betonen im Anschluss an die Psychoanalyse Sigmund Freuds die Notwendigkeit einer Grenzüberschreitung des Status Quo durch die Kunst. In anderen Worten: Durch die Hinwendung zur (subversiven, nicht-kommodifizierten) Kunst, wird der Gesellschaftskritik und utopischen Imagination anderer, besserer Welten im Sinne einer negativen Dialektik Raum gegeben (Adorno 1966). Zugleich wird die Notwendigkeit einer kritischen Selbstreflexion hervorgehoben, um zu verhindern, dass die Utopie (im Sinne der Dialektik der Aufklärung) in den Mythos zurückfällt (Adorno/Horkheimer 2008) und damit bestehende Herrschaftsverhältnisse affirmiert (Abensour 2010). Dies ist insofern von Relevanz, als gerade klassische Utopien, wie die von Thomas Morus (1973) und Francis Bacon (2003), patriarchale Strukturen festschreiben und daher der feministischen Aneignung bedürften, um sie als Räume der phantasievollen Imagination für die kritisch ausgerichtete Gesellschaftspraxis fruchtbar zu machen (zur aktuellen Aneignung von Morus vgl. Holland-Cunz 2017). Damit ist m.E. zugleich ein entscheidendes Kriterium genannt, um emanzipatorisch ausgerichtete Utopien von autoritären Heilsvorstellungen unterscheiden zu können.

Der Rekurs auf psychoanalytische Überlegungen kann außerdem dazu beitragen, gesellschaftliche Skandalisierungspraxen in ihren utopischen Gehalten zu bewerten: Dienen sie als Abwehrformationen nur dazu, *kollektive narzisstische Kränkungen* festzuschreiben und Konfliktlagen zu mythologisieren (wie etwa in Form des Antifeminismus), verhalten sie sich zur ideologischen Selbstkritik und gesellschaftlichen Selbstaufklärung grundsätzlich antithetisch (Pohl 2009). Und auch feministische Aktionsformen, die sich auf fiktionale bzw. utopische Positionen (ganz gleich ob als dystopische oder utopische Szenarien) beziehen, können auf dieser Grundlage danach befragt werden, ob sie Ausdruck einer *selbstreflexiven Praxis* sind, die zur konstruktiven Konfliktlösung beitragen.

Dabei ist hervorzuheben, dass Frauenbewegungen es nicht nur in den 1970er Jahren verstanden haben, sich das utopische Denken – etwa im Rahmen des Science-Fiction-Genres – kreativ anzueignen und auf vielfältige Weise – wie etwa im Kontext des Ökofeminismus – in die politische Aktion umzusetzen (Haraway 1985; Holland-Cunz 1986, 1988a). Umgekehrt sind beispielsweise queer*feministische Ansätze und vielfältige Skandalisierungspraxen, die auf ein *undoing gender* ausgerichtet sind, in besonderer Weise dazu geeignet, neue Räume des konkret-utopischen (nicht nivellierenden) Denkens zu eröffnen (Baer 2016, 22f., 30; Butler 2001b). So beziehen sich beispielweise Frauenbewegungen in Argentinien, Peru aber auch den USA auf Margaret Atwoods dystopischem Roman „Der Report der Magd“ (Originaltitel: *The Handmaid's Tale*), um die von christlichen Fundamentalist*innen und autoritär-populistischen Parteien vorangetriebene Kriminalisierung der Abtreibung und damit einhergehende Desavouierung reproduktiver Rechte zu skandalisieren (vgl. den Beitrag von Dagmar Fink in diesem Band). Entscheidend ist, dass diese dystopischen Skandalisierungsformen sich der künstlerisch ausgerichteten Aktionsform verschreiben⁵ und damit ein performatives Gegenlernen ermöglichen, welches die eigene Vulnerabilität zum Thema macht und sie zugleich in einen solidarischen Kontext stellt, ohne hegemonial im Sinne starr auszulegender Utopien festzuschreiben (Butler 2001b, 22).

Feministische Utopien (und Dystopien) sind also gerade durch deren interpretatorische Offenheit in besonderer Weise geeignet, gegenhegemonial ausgerichtete Sozialkritiken zu inspirieren, und umgekehrt haben sie sich von konkreten feministischen Skandalisierungspraxen inspirieren lassen. Mehr noch, aufgrund ihrer mit der interpretatorischen Offenheit einhergehenden Sperrigkeit bilden sie ein Bollwerk gegen positivistische, auf die unmittelbare Operationalisierung und Anwendung ausgerichteten, Forschungspraxen ebenso wie gegen allzu plumpe Versuche, sie politisch zu vereinnahmen. Sie sind also deshalb in besonderer Weise geeignet, (inter-)subjektive Erfahrungsräume zu stiften, die wiederum die kritisch ausgerichtete Theoriebildung inspirieren und es ist kein Zufall, dass feministische Ansätze, die sich als radikale Kritik und Utopie verstehen, nicht nur von autoritären Populist*innen hartnäckig bekämpft werden (Fraser 2005).

Das Besondere an dieser Form der feministischen Kritik ist, dass sie den antagonistischen Spannungsbogen zwischen dem Gegebenen und Nicht-Gegebenen, zwischen

Fiktion und Realität, aber auch zwischen dem Individuum und Gesellschaft gerade nicht nivelliert, sondern als produktiven Widerspruch begreift, der die Imagination anderer (besserer) Welten und damit ein utopisches Begehren überhaupt erst ermöglicht (Casale 2013). Das Utopische kann so betrachtet nicht nur „ganz praktisch als gesellschaftliche Artikulationsweise“ kategorial erfasst, sondern m. E. auch für die Ideologiekritik fruchtbar gemacht werden (Dierkes 2013, 69ff.). An dieser Stelle soll jedoch zunächst die Bedeutung des Unbewussten für utopietheoretische Überlegungen reflektiert werden. Damit schließe ich an psychoanalytische Einsichten an, die auch in die feministische Debatte Eingang gefunden haben (paradigmatisch sind hier Butler 1990, 2001a; Spivak 1994).

Psychoanalytisch-feministische Subjekttheorie im Lichte des (Un)Bewussten

Ähnlich wie Martin Heidegger geht insbesondere der französische Psychoanalytiker Jacques Lacan davon aus, dass wir ungefragt in die Welt geworfen werden, welche bereits durch bestehende Sprachspiele, Narrative und Diskurse geprägt ist (Heidegger 2001, 52ff., 59f.; Lacan 2005, 10, 35, 41, 62). Angesprochen ist damit zunächst die narrativ vermittelte symbolische Ordnung, die Subjekte sozialisiert und sie auf diese Weise zum Subjekt werden lässt. In dieser Ordnung enthalten sind formelle aber auch informelle und vor allem *unbewusst* internalisierte Regeln (Lacan 2005, 46). Die entscheidende Pointe dieser Weichenstellung ist, dass Subjekte immer schon ideologisch markiert und Diskurse immer auch Ausdruck und Verankerung von Autonomie ermöglichenden oder auch verhindernden Anrufungen sind (Althusser 1977, 140; Rancière 2006). Lacan spricht in diesem Zusammenhang von der *symbolischen Kastration*, also dem Umstand, dass wir uns als Subjekte ideologischen Normierungen nicht entziehen können, denn die Subjektposition wird durch sie hervorgebracht (Lacan 2005, 46). Gesellschaftliche Machtverhältnisse können somit als Anerkennungsordnungen gefasst werden, denen immer auch eine latente, eine unbewusste Dimension inhärent ist (ebd. 95f.; vgl. auch Adorno/Horkheimer 2008, 177, 196ff., 201, 205; Marcuse 2008, 87, 91f.). Das Unbewusste in machtkritischer bzw. ideologiekritischer Perspektive stärker zu berücksichtigen, d.h. es als Analysekatégorie des Politischen in den Fokus der politischen Theoriebildung zu stellen, scheint mir angemessen, um den derzeitigen feministischen *Backlash* in seiner strukturellen Tiefendimension erfassen zu können. Diesen konzeptionellen Weichenstellungen entsprechend beginnt eine Emanzipation ermöglichende Subjektivität damit, dass Menschen die *symbolische Kastration* akzeptieren, d.h. dass sie erkennen, als Subjekt immer schon bestimmten Sprachregeln und (zum Teil unbewussten) ideologischen Settings unterworfen zu sein (Lacan 2005, 51). Auf den Punkt gebracht: Um sich das Gesetz (die Anerkennungsordnung) anzueignen, muss sich die (teilweise unbewusste) Wirkung des Gesetzes als grundlegender Anerkennungskonflikt eingestanden werden. Dies ist m. E. eine zentrale Voraussetzung, um sich die Anerkennungsordnung in gegenhegemonialer Absicht

subversiv aneignen zu können und ein utopisches Begehren zu entwickeln (Lacan 2005, 95ff.). Wird diese Notwendigkeit im Kontext konfliktverschleiender Anrufungen hingegen verworfen, sind wahnhaftige Reaktionsmuster sowohl auf der individuellen wie auch gesellschaftlichen Ebene denkbar (Simmel 1993).

Diese Überlegungen sind für die folgende Argumentation insofern von Interesse, als hegemonial ausgerichtete und in diesem Sinne asymmetrische Machtkonstellationen stabilisierende Anrufungen häufig auf *Strategien der Unbewusstmachung* von tiefgreifenden gesellschaftlichen und ideologischen Anerkennungskonflikten beruhen (Erdheim 1984, 332ff.). Der Effekt dieser Unbewusstmachung ist, so meine These, dass Autonomiepotentiale im Sinne von zu stiftenden Erfahrungsräumen und das utopische Begehren auf subtile Weise ausgehöhlt werden und emanzipatorische Praxen des Widerstands entweder als nicht notwendig oder als aussichtslos erscheinen. Feministisch-psychoanalytische Überlegungen zur Subjekttheorie scheinen an dieser Stelle instruktiv, als sie Fragen der politischen Subjektivierungen und Subjektivierung, also der Unterwerfung mit Blick auf die unbewusste Dimension der Vergesellschaftung in machtkritischer Absicht herausarbeiten und zugleich Perspektiven widerständiger Subjektivierung in Aussicht stellen (Butler 2001a, 8f., 32f.). Insbesondere Judith Butler hat im Anschluss an Lacan verdeutlicht, dass symbolische Ordnungen immer auch Lücken, Verzerrungen, Verschiebungen und Paradoxien aufweisen (Butler 1991, 20f.). Sprache ist nicht-linear und eindimensional, sondern durch fundamentale Brüche, Verfehlungen und Verwerfungen gekennzeichnet und in diesem Sinne ist sie immer schon dynamisch sowie vieldeutig (Lacan 2005, 36). Gerade deshalb können Diskurse und Erzählungen in subversiver, aber auch hegemonialer Absicht angeeignet werden. Diese sprachlichen Verwerfungen, Verfehlungen und Brüche werden in ideologischen Anrufungen jedoch – so mein Gedanke – über eine phantasmatische Struktur verschleiert.

Repressiv wirkende ideologische Anrufungen, ganz gleich, ob in Form neoliberaler Selbstoptimierungsmythen oder in Form des antifeministisch ausgerichteten autoritären Populismus fruchten m. E. also dann, wenn sie mit hegemonialen Settings einhergehen, in denen durch eine *phantasmatische* (d.h. Macht- und Herrschaftskonflikte verschleiende) Suggestion der Anerkennung, utopische Begehren unbewusst gemacht werden (Meisterhans 2015). Damit möchte ich im folgenden Abschnitt auf die Unbewusstmachung des Leidens an den Auswirkungen neoliberaler Vielfachkrisen⁶ zu sprechen kommen. Diese sind insofern bedenklich, als die Reflexion auf die Ursachen des Leidens in dieser Lesart eine entscheidende Voraussetzung dafür ist, sich vom Leiden emanzipieren zu können (Adorno/Horkheimer 2008).

Die phantasmatische Suggestion der Anerkennung als Unbewusstmachung des Unbehagens im Neoliberalismus

Paradigmatisch für die phantasmatische Suggestion der Anerkennung in der neoliberalen Konstellation ist die These in Francis Fukuyamas Buch *The End of History and*

the Last Man, der zufolge die großen Ideologiedebatten überwunden seien (Fukuyama 1992). Die Botschaft dieser Anrufung ist, dass wir uns angesichts dieser neuen *post-ideologischen Aufgeklärtheit* auf pragmatische Weise den funktionalen Notwendigkeiten und individualistischen Selbstverwirklichungsbedürfnissen und -erfordernissen (post-)moderner Vergesellschaftung zuwenden können. Die Debatte zu Anerkennungsfragen wird jedoch, so meine These, auf diese Weise in der Mehrheitsbevölkerung *entpolitisiert* und widerständige gesellschaftliche Praxen wie beispielweise feministisch-postkoloniale und ökofeministische Globalisierungskritiken in öffentlichen Debatten tendenziell *invisibilisiert*; denn im neoliberalen Mainstream dominiert das Mantra der Alternativlosigkeit in Bezug auf politische Grundfragen wie etwa der (Geschlechter)Gerechtigkeit im Kapitalismus (Wichterich 2015; Žižek 2009, 232). Paradoxaerweise suggeriert die neoliberale Anrufung mannigfaltige Selbstverwirklichungschancen, die nicht nur – etwa mit Blick auf Prekarisierungsphänomene in der Arbeitswelt – regelmäßig und notwendig enttäuscht werden, sondern als neoliberale Selbstoptimierungszwänge selbst- und fremddestruktiv auf die Subjekte zurückwirken (Ehrenberg 2008). Die neoliberale Anrufung wird hier also als phantasmatische *Suggestion* der Anerkennung verstanden. Das postdemokratische Versprechen ideologisch (vermeintlich) neutralisierter Politik ist so betrachtet zuallererst eine Konflikte verleugnende und mythologisierende *Anerkennungsfiktion* im Horizont eindimensional ausgerichteten Denkens (Marcuse 2008, 45). Und genau diese Konflikte verschleiende Fiktion hat dazu beigetragen, dass konkret-utopische und radikalemanzipatorisch ausgerichtete feministische Ansätze in einem Klima repressiver Toleranz zunehmend sinnentleert und im Sinne neoliberaler Gouvernementalität legitimationsstrategisch missbraucht bzw. repressiv re-inszeniert werden (können) (McRobbie 2010, 29; vgl. Foucault 2004; Marcuse 1966, 95f.). Dies zeigt beispielweise der Umgang mit der Kölner Silvesternacht, die nicht nur von rechtspopulistischen Bewegungen, sondern auch im bürgerlichen Lager zunehmend im Sinne einer „*logic of masculinist protection*“ *gedeutet wird und damit feministische Debatten zur sexuellen Gewalt ad absurdum führen* (Young zitiert nach Dietze 2016, 98). Angesprochen sind hier Rationalisierungen in der Regierungstechnik im Rahmen eines neuen patriarchalen Gesellschaftsvertrags, die im Namen der als anti-ideologisch fetischisierten Aufklärung, auf die Verschleierung der subjektiven Disziplinierung und Normierung ausgerichtet sind (Foucault 2004, 436; McRobbie 2009). Aus diesem Blick betrachtet, können destruktive Anerkennungsbegehren in Form von abwertenden Überhöhungsphantasien also gerade deshalb Wirkung entfalten, weil m.E. große Teile des bürgerlichen Lagers in der Politik, aber möglicherweise auch Wissenschaft, verkannt haben, dass – mit Horkheimer und Adorno gesprochen – das Leiden der Mehrheitsbevölkerung in der neoliberalen Kultur angesichts der Doktrin des dritten Weges nicht auf progressiv-widerständige Weise artikuliert werden kann (McRobbie 2010, 76; vgl. Beck 1997; Giddens 1999; Mouffe 2007).

Hier zeigt sich zugleich eine entscheidende strukturelle Verwandtschaft zwischen neoliberalen und autoritären Denkfiguren, die gerade in Krisenzeiten destruktive

Wirkung entfalten kann. Beide stellen mit Lacan gesprochen in Aussicht, die *symbolische Kastration* – also die eigene (hegemonieproduktive) ideologische Verstrickung und notwendige Durcharbeitung des damit verbundenen Unbehagens – umgehen zu können (Lacan 2005, 51ff.). Die Folge ist, dass Subjekte nicht lernen können (bzw. dürfen), mit der *symbolischen Kastration produktiv* umzugehen und sich von den lähmenden, durch die ideologischen Anrufungen hervorgerufenen, realen *und* imaginierten Kränkungen zu lösen (zum psychoanalytischen Verständnis narzisstischer Kränkungen vgl. Altmeyer 2000). Es handelt sich somit in beiden Denkrichtungen um einen Akt der Verleugnung, der eine Solidarisierung mit anderen Unterdrückten, Exkludierten, Unsichtbargemachten und damit das utopische Hoffen auf eine bessere, eine solidarische Welt erschwert. Angesprochen sind somit spezifische Formen der *Konflikt-Verdrängung* im Kontext angeblicher Alternativlosigkeit, die – so das Diktum der Psychoanalyse – in der Gesellschaft aber nie dauerhaft auszuhalten sind, sondern sich an anderer Stelle auf eruptive, projektive, ergo (selbst- und fremd-) destruktive Weise entladen (Lacan 1991). In anderen Worten: Wird das Leiden im Horizont neoliberaler Herrschaftstechnologien über die Anerkennungsanrufung verschleiert und feministische Anerkennungskämpfe als ‚Genderwahnsinn‘ diffamiert, ist es naheliegend, dass eine Reflexion auf die (ideologischen) Ursachen des Leidens in der Mehrheitsgesellschaft gehemmt wird.

Populistisch zu Zwecken der Konfliktverschleierung konstruierte Sündenböcke ermöglichen dann eine Frustrationsabfuhr und gewinnen so eine gesellschaftliche Akzeptanz (Horkheimer/Adorno 2008, 196). Das Leiden wird aber nicht nur verschleiert, sondern – so meine Anschlussüberlegung – weitreichende gesellschaftliche Umwälzungen werden im gesellschaftlichen Mainstream zugleich mit einem utopischen Tabu versehen (Žižek 2010, 272). Die neoliberale Erzählung von dem Ende der Ideologie hat nämlich gerade im bürgerlichen Lager zu einem phantasmatisch aufgeladenen Glauben an den Tod der macht- und herrschaftskritisch ausgerichteten Utopie geführt (Castro Varela 2007, 18f.) und dieser Glaube an den Tod der Utopie kann der in einem generellen Klima der Hoffnungslosigkeit durch Ohnmacht gekennzeichnete Subjektpositionen hervorbringen. Beide Entwicklungen (Verschleierung der ideologischen Ursachen des Leidens und Tabuisierung des utopischen Denkens im Sinne des alternativlosen insbesondere schließenden Denkens) bieten dem autoritären Denken einen idealen Nährboden. Die Unbewusstmachung des Leidens an der neoliberalen Ideologie bildet also jenen Humus, auf dem postdemokratische Zustände (die im autoritären Populismus einen vorläufigen Höhepunkt finden) gedeihen können (Erdheim 1984, 332).

Postdemokratie als Metapher für die Krise utopischer Vorstellung

„Postdemokratisch ist eine Politikvorstellung dann, wenn sie sich in einer „restaurativen Konstellation einrichtet“ (Hirsch, 2014, 55) und der Selbstoptimierungsfetisch oder die Verschwörungstheorie (im Sinne von Sündenbockkonstruktionen und Selbst-

viktimisierungsstrategien) zur falschen Ersatzutopie wird. Es sind diese Anrufungen, die das utopische Begehren (im emanzipatorisch-solidarischen Sinne) naiv erscheinen lassen oder zumindest die Anerkennung jener, die ein utopisches Begehren artikulieren, erschweren. Und doch ist die Situation unter bestimmten Voraussetzungen nicht hoffnungslos. Dies setzt allerdings voraus, dass im Kontext bestehender Herrschaftsformationen nicht nur Mitbestimmung eingefordert, sondern auf die grundlegende Transformation demokratischer Spielregeln und Konzepte gepocht wird (McRobbie 2010, 40). Anschließen möchte ich damit an einem Begriff der Utopie, der radikal-feministische Überlegungen widerständiger Subjektivität (Butler 1991, 2001a, 2001b; Spivak 1994) im Sinn eines Blochschen „Noch-Nicht“ (Bloch 1985, 356ff., 368) und als realutopische Möglichkeit andeutet, welches die in die Krise geratene (neo-)liberale Demokratie auf entscheidende Weise erneuern könnte (ebd.).

Fazit

Utopisches Denken auf der Grundlage eines politisierenden Strebens nach dem Zukünftigen im Gegenwärtigen ist ein Drängen und ein Bewusstsein des Noch-Nicht (Bloch 1985, 356ff., 368). Die Unbewusstmachung des Leidens wieder rückgängig zu machen und das neoliberale Phantasma der Anerkennung zu dekonstruieren, bleibt damit weiterhin im Kontext feministischer Kämpfe eine zentrale Aufgabenstellung sowohl in der politischen Praxis wie auch in der Theoriebildung (Baer 2016). Dies bedeutet, an das kritische Erbe des Feminismus anzuschließen, welches weit über eine Interessenspolitik für die Gleichstellung von Frauen wie etwa im Gendermainstreaming hinausgeht (Hirsch 2014, 55; McRobbie 2010). Ich habe deshalb in diesem Beitrag dafür plädiert, die Utopie und das Unbewusste in systematischer Hinsicht und im Rekurs auf psychoanalytische Denkfiguren als Kategorien der Ideologiekritik zu fassen. In einer derartigen Ausrichtung kann „das Nichtgeschehene, das Verschwiegene“ (Casale 2013, 17) im Lichte des Noch-Nicht erfasst und zu Quelle politischer Phantasie avancieren. Mehr noch: Die Negation kann so als Ausdruck eines antizipierenden Bewusstseins und als ein Drängen in utopischer Einstellung gefasst werden, welches das Sein im philosophischen Sinne als ein Werden versteht (Bloch 1972, 103). Denn in der Negation des Bestehenden findet immer auch schon ein Vorgriff auf das Zukünftige statt. Dieses Einfordern realutopischer Möglichkeiten wird jedoch in neoliberalen und autoritären Anrufungen als ideologisches Unterfangen denunziert. Sollte es also richtig sein, dass das anti-utopische Denken nicht nur in die Krise der Demokratie, sondern der Genderpolitik geführt hat, ist es angemessen, diesen Zusammenhang im Sinne feministischer Selbstaufklärung weiterhin theoretisch und praktisch aufzudecken und gerade im psychoanalytischen Sinne durcharbeiten. Dies zu tun heißt, sich den Diskurs zur (Geschlechter-)Demokratie in subversiver Absicht in Theorie und Praxis in der hier vorgeschlagenen weiterhin anzueignen und im Sinne Blochs als realutopische Möglichkeit einzufordern.

Anmerkungen

- 1 Antifeminismus wird als grundlegende Abwehr frauenpolitischer Forderungen und Selbstermächtigungen definiert (Pohl 2010).
- 2 Zur Einordnung radikaldemokratisch ausgerichteter und in diesem Sinne demokratieerneuernder feministischer Macht- und Herrschaftskritiken vgl. Holland-Cunz 1988b, 105ff.
- 3 Im Anschluss an Alain Bieber (2012, 83) soll dieses Unbehagen hier als ein ‚diffuses Dagegen‘ in der Mehrheitsgesellschaft gedeutet werden.
- 4 Das zentrale Ergebnis der so genannten Bielefelder Studie, die rechtsextremen Einstellungen in der deutschen Gesellschaft erforscht, ist, dass gerade die Angst vor dem Statusverlust der Mittelschichten bzw. der ‚alt eingesessenen Mehrheitsbevölkerung‘ einem frauen- und ausländerfeindlichen Denken in Deutschland einen gewissen Vorschub leistet (Küper/Krause/Zick 2016, 109).
- 5 Im Anschluss an den Roman treten Aktivist*innen als Mägde auf, die in der Öffentlichkeit rote Roben mit weißen Hauben tragen und als eine Art Gebärmaschinen fungieren.
- 6 Zum Begriff der Vielfachkrise bzw. multiplen Krise vgl. Demirovic et al. 2011, 14.

Literatur

Abensour, Miguel, 2010: „Der Mensch, das utopische Tier“. Interview mit Miguel Abensour. In: Polar 9: Fortschritt. Ein besseres Morgen. Internet: http://www.polar-zeitschrift.de/polar_09.php?id=416#416 [2.2.2019].

Adorno, Theodor W., 1966: *Negative Dialektik*. Frankfurt/M.

Adorno, Theodor W., 1970: Erziehung nach Auschwitz. In: Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Helmuth Becker 1959-1969. Frankfurt/M, 92-109.

Adorno, Theodor W./**Horkheimer**, Max, 2008: *Dialektik der Aufklärung*. Frankfurt/M.

Althusser, Louis, 1977: *Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Staatstheorie*. Hamburg.

Altmeyer, Martin, 2000: *Narzissmus und Objekt. Ein intersubjektives Verständnis der Selbstbezogenheit*. Göttingen.

Bacon, Francis, 2003: *Neu-Atlantis*, Stuttgart.

Bargetz, Brigitte/**Fleschenberg**, Andrea/**Kerner**, Ina/**Kreide**, Regina/**Ludwig**, Gundula (Hg.), 2015: *Kritik und Widerstand. Feministische Praktiken in androzentrischen Zeiten*. Opladen.

Bargetz, Brigitte/**Kreisky**, Eva/**Ludwig**, Gundula (Hg.), 2015: *Dauerkämpfe. Feministische Zeitdiagnosen und Strategien*. Frankfurt/M.

Baer, Hester, 2016: Redoing Feminism. Digital Activism, Body Politics, and Neoliberalism. In: *Feminist Media Studies*. 16 (1), 17-34.

Beck, Ulrich, 1997: *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung*. Frankfurt/M.

Bieber, Alain, 2012: Gesellschaftliche Utopien. In: *Vorsicht Kunst! Schriftenreihe Kunst trifft Politik*. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 83-94.

Bloch, Ernst, 1969: *Freiheit und Ordnung. Abriss der Sozialutopien*. Frankfurt/M.

Bloch, Ernst, 1972: *Das antizipierende Bewusstsein*. Frankfurt/M.

Bloch, Ernst, 1985: *Das Prinzip Hoffnung*. Band 5. Frankfurt/M., 1-32.

Butler, Judith, 1990: *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity*. New York.

Butler, Judith, 2001a: *Psyche der Macht*. Frankfurt/M.

- Butler**, Judith, 2001b: The Question of Social Transformation. In: *Women and Social Transformation* 242, 1-29.
- Casale**, Rita, 2013: Feministische Theorie zwischen Kritik und Utopie. In: *Feministische Studien*. 31 (1), 16-20.
- Castro Varela**, Maria, 2007: Unzeitgemäße Utopien: Migrantinnen zwischen Selbsterfindung und Gelehrter Hoffnung. Bielefeld.
- Demirovic**, Alex, 2011: Ökonomische Krise – Krise der Politik? In: Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirovic, Alex/Dücker, Julia (Hg.), 2011: *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg, 63-78.
- Demirovic**, Alex, 2018: Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: *PROKLA. Zeitschrift Für Kritische Sozialwissenschaft*. 48 (190), 27-42.
- Demirovic**, Alex/**Dücker**, Julia/**Becker**, Florian/**Bader**, Pauline (Hg.), 2011: *Vielfach Krise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*. Hamburg.
- Dierkes**, Miriam, 2013: Plädoyer für eine utopietheoretische Erweiterung feministischer Gesellschaftskritik. *Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*. 22(1), 68-80.
- Dietze**, Gabriele, 2016: Das „Ereignis Köln“. In: *Femina Politica*. 25 (1), 93-102.
- Ehrenberg**, Alain, 2008: Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart. Frankfurt/M.
- Erdheim**, Mario, 1984: Die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit. Eine Einführung in den ethnoanalytischen Prozess. Frankfurt/M.
- Foucault**, Michel, 2004: *Geschichte der Gouvernementalität I, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Vorlesung am Collège de France 1977/1978, Frankfurt.
- Fraser**, Nancy, 2005: Feminism, Capitalism, and the Cunning of History. In: *New Left Review*. (57), 97-117.
- Fukuyama**, Francis, 1992: *The End of History and the Last Man*. New York.
- Giddens**, Anthony, 1999: *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*. Frankfurt/M.
- Grigat**, Stephan (Hg.), 2017: *AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder*. Baden-Baden.
- Haraway**, Donna, 1985: Manifesto for Cyborgs: Science, Technology, and Socialist Feminism in the 1980's. In: *Socialist Review*. (80), 65-108.
- Hark**, Sabine/**Villa**, Paula-Irene (Hg.), 2015: *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld.
- Heidegger**, Martin, 2001: *Sein und Zeit*. Tübingen.
- Heitmeyer**, Wilhelm, 2018: *Autoritäre Versuchungen – Signaturen der Bedrohung 1*. Frankfurt/M.
- Hirsch**, Michael, 2014: Repolitisierung des Feminismus. Jenseits von Postdemokratie und Entpolitisierung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft*. (1), 54-63.
- Holland-Cunz**, Barbara, 1986: *Feministische Utopien – Aufbruch in die postpatriarchale Gesellschaft*. Wimmer, Meitingen.
- Holland-Cunz**, Barbara, 1988a: *Utopien der Neuen Frauenbewegung. Gesellschaftsentwürfe im Kontext feministischer Theorie und Praxis*. Meitingen.
- Holland-Cunz**, Barbara, 1988b: *Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt*. Opladen.
- Holland-Cunz**, Barbara, 2017: Vergesellschaftete Reproduktion, vermischte Sphären. Ein halbes Jahrtausend in Utopias Speisehäusern. In: Amberger, Alexander/Möbius Thomas (Hg.): *Auf Utopias Spuren. Utopie und Utopieforschung*. Wiesbaden, 45-54.

- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.**, 2008: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt/M.
- Küpper, Beate/Krause, Daniela/Zick, Andreas**, (Hg.) 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn.
- Lacan, Jacques**, 1991: Die vier Grundbegriffe der Psychoanalyse. Das Seminar Buch XI. Weinheim, Berlin.
- Lacan, Jacques**, 2005: Meine Lehre. Wien, Berlin.
- Ludwig, Gundula**, 2013: Feministische Überlegungen zur Postdemokratie. In: Politische Vierteljahresschrift (PVS). 54 (3), 461-488.
- Marcuse, Herbert**, 1966: Repressive Toleranz. In: Kritik der reinen Toleranz. Frankfurt/M.
- Marcuse, Herbert**, 2008: Der eindimensionale Mensch. Frankfurt/M.
- McRobbie, Angela**, 2009: *The Aftermath of Feminism. Gender, Culture and Social Change*. Los Angeles.
- McRobbie, Angela**, 2010: Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Wiesbaden.
- Meisterhans, Nadja**, 2015: Die neoliberale Mär vom wohltätigen Unternehmertum: Der Philanthropkapitalismus als Herrendiskurs. In: Brunner, Markus/Ruck, Nora (Hg.): Psychologie und Gesellschaftskritik. Special Issue: „Sozialer Wandel und Subjektivität“. 38 (2-3), 22-35.
- Morus, Thomas**, 1973: Utopia. Stuttgart.
- Mouffe, Chantal**, 2007: Über das Politische - Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt/M.
- Ötsch, Walter Otto**, 2016: Die neoliberale Utopie als Ende aller Utopien. In: Working Paper Serie, Institut für Ökonomie und Institut für Philosophie. Internet: https://www.cusanus-hochschule.de/wp-content/uploads/2019/01/0%CC%88k-15_NLUtopie.pdf [2.2.2019].
- Ötsch, Walter Otto/Thomasberger, Claus** (Hg.), 2009: Der neoliberale Markt-Diskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen. Marburg.
- Pohl, Rolf**, 2009: Der antisemitische Wahn. Aktuelle Ansätze zur Psychoanalyse einer sozialen Pathologie. In: Stender, Wolfram/Follert, Guido/Oezdogan, Mihri (Hg.): Konstellationen des Antisemitismus. Theorie – Forschung – Praxis. Wiesbaden.
- Pohl, Rolf**, 2010: Männer das benachteiligte Geschlecht? Weiblichkeitsabwehr und der Antifeminismus im Diskurs der Krise der Männlichkeit. In: Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (Hg.): Männlichkeiten im 21. Jahrhundert. Münster.
- Rancière, Jacques**, 2006: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. München.
- Simmel, Ernst**, 1993: Antisemitismus und Massen-Psychopathologie. In: Simmel, Ernst (Hg.): Antisemitismus. Frankfurt /M.
- Spivak, Gayatri Chakravorty** 1994: Can the Subaltern Speak? In: Williams, Partick/Chrisman (Hg.): Marxism and the Interpretation of Culture, Urbana, University of Illinois Press, 66–111.
- Wichterich, Christa**, 2015: Sexuelle und reproduktive Rechte. Internet: <https://www.boell.de/sites/default/files/sexuelle-und-reproduktive-rechte.pdf> [5.1.2019].
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate/Krause, Daniela**, 2016: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Bonn.
- Žižek, Slavoj**, 2009: Auf verlorenem Posten. Frankfurt/M.
- Žižek, Slavoj**, 2010: Die Tücke des Subjekts. Frankfurt/M.

Soziale Ungleichheit 4.0 – Geschlechterverhältnisse und Digitalisierung

GESINE FUCHS, PATRICIA GRAF

Die aktuellen Debatten zur Digitalisierung der deutschen Wirtschaft zeigen es erneut: Technologische Neuerungen und Quantensprünge werden meist ambivalent aufgenommen. Einerseits befeuern sie Hoffnungen auf gesellschaftlichen Fortschritt, andererseits wird vor der Bedrohung gesellschaftlicher Gewissheiten und Ordnungen gewarnt. Hinter den Entwicklungsperspektiven stehen immer konkrete gesellschaftliche Machtverhältnisse und keine Naturgewalten. Um die Hoffnungen einerseits und die Warnungen sowie Bedrohungen andererseits genauer in den Blick zu nehmen, wollen wir in diesem Forum die feministische Analyse der Produktion oder Bekämpfung sozialer Ungleichheiten durch Digitalisierung aufgreifen (vgl. Freudenschuss 2014) und zur weiteren Auseinandersetzung einladen. Der Beitrag hat dabei nicht den Anspruch, die momentan sehr umfangreich entstehende Literatur zu Geschlechtereffekten der Digitalisierung komplett aufzuarbeiten. Vielmehr möchte er blinde Flecken in der Debatte aufzeigen. Dazu beleuchten wir die Themen Bildung und Teilhabe, Arbeit sowie die vorgebliche Neutralität der Technologien. Zudem konnten wir drei Beiträge gewinnen, die die ganze Breite der Ungleichheitsdimensionen aufzeigen, die sich durch die Digitalisierung ergeben (können): Lena Schürmann und Jeannette Trenkmann zeigen den rechtlichen Rahmen auf, in dem sich weibliche digitale Erwerbsarbeit, z.B. auf digitalen Plattformen im Grenzbereich zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbstätigkeit bewegt. Alexandra Scheele klärt in ihrem Beitrag, welche sozialwissenschaftliche geschlechterkritische Reflexion im Bereich der Arbeit nötig ist, um den Mythos automatischer Entwicklung von Technologie zu durchbrechen. Alia Wielens nimmt in den Blick, wie identitäre Frauen soziale Medien und umgedeutete feministische Diskurse nutzen, um ihre Weltsicht zu etablieren.

Nach wie vor trifft Magdalena Freudenschuss' Charakterisierung zu: die Analyse von Digitalisierungsprozessen ist eine „feministische Baustelle“ (Freudenschuss 2014, 19), in der gesellschaftliche Geschlechterbilder, Subjektivierungsweisen und Öffentlichkeiten sich rekonfigurieren. Eine feministische Untersuchung der Produktion oder Bekämpfung sozialer Ungleichheiten durch Digitalisierung ist für alle gesellschaftlichen Bereiche angezeigt. Für eine politikwissenschaftliche Analyse gilt es, verschiedene gesellschaftliche Ebenen in den Blick zu nehmen und von der Prämisse auszugehen, dass die Entwicklung prinzipiell offen und (mikro-)politisch gestaltbar ist: Im Bereich der Arbeitspolitik verändern Digitalisierungsprozesse

Karriereverläufe und individuelle Lebenschancen, die Gestaltung von Reproduktionsarbeit, sowie Formen der Arbeit inner- und außerhalb von Betrieben. Dabei werden auch neue Kontrollmöglichkeiten und erweiterte Formen der Selbstführung geschaffen. Digitalisierung der Arbeit kann neue Geschlechterbilder hervorbringen oder längst vergessene reproduzieren. Ähnliches gilt für andere Politikfelder wie etwa die Bildungspolitik, die eine wichtige Voraussetzung ist, um den digitalen Wandel gesellschaftlich zu bewältigen.

Wie werden politische Prozesse, politische Partizipation und Graswurzel-Aktivismus durch Digitalisierungsprozesse verändert? Welche neuen Teilhabechancen und Interaktionsmöglichkeiten ergeben sich durch verschiedenste Formen der Internetforen – oder überwiegen doch die Einschränkungen demokratischer Auseinandersetzung? Und welche Digitalisierungsprozesse und -agenden werden von der Politik als interventions- (oder auch: subventionsbedürftig) angesehen, was bleibt explizit dem Markt überlassen? Welche Kompetenzen werden im Wettbewerb um digitale Marktfähigkeit aufgewertet, welche abgewertet? Wie wandeln sich dadurch Bildungschancen? Und wie werden durch die Algorithmisierung aller Lebensbereiche¹ neue Ungleichheiten hergestellt? Was wäre nötig, um Chancen zu Emanzipation und zu mehr (Geschlechter-)Gleichstellung zu nutzen?

Zur Beantwortung dieser Fragen greifen wir scheinwerferartig Befunde aus der Forschung der letzten Jahre auf, nehmen aber auch digitale Agenden aus der Politik in den Blick. Wie werden in politischen Programmen und Diskursen Wirkungszusammenhänge zwischen Digitalisierung und Teilhabechancen oder zwischen Digitalisierung und sozialer Benachteiligung behauptet und hergestellt? Welche Rolle spielt in diesen Agenden die Kategorie Geschlecht?

Bildung und Teilhabe

In der Diskussion um Digitalisierung als Chancengeber für Frauen werden zwei zentrale Argumente hervorgehoben: 1. Mädchen haben meist die besseren Schulabschlüsse. 2. Digitalisierung und die damit verbundene Flexibilisierung der Arbeitswelt helfe Frauen, den Spagat zwischen Beruf und Familie besser zu managen. Öffentlichkeitswirksam wurde diese Argumentation mit einer breit angelegten Studie der Beratungsfirma Accenture, die 5.000 Personen in 31 Ländern zu ihren Nutzungsgewohnheiten digitaler Technologien befragte (Accenture 2016). Das Ergebnis: „If you are digitally fluent, it can provide a positive effect throughout your entire career lifecycle, and the effect benefits women more than men“ (Accenture 2016, 5). Wie die Studie zeigt, bestehen nach wie vor große Geschlechterunterschiede in der Handhabung digitaler Technologien – und dies nicht nur in Entwicklungs- und Schwellenländern. So rangierten die Niederlande, die Schweiz, Frankreich, Singapur und Japan als die fünf Länder mit der größten Diskrepanz zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der Beherrschung digitaler Technologien (Accenture 2016, 8). In den letzten Jahren sind zahlreiche Initiativen aus dem Boden geschossen, die Frauen

dabei unterstützen sollen, sich digitale Kompetenzen anzueignen. Geht es dabei aber um Chancen und Teilhabe oder eine ökonomische Perspektive der Produktivität? Das folgende Zitat aus dem britischen Regierungsplan zur Digitalisierung legt eher letzteres nahe: „Equip the next generation so we have a strong pipeline of specialist skills – from coding to cyber – to support the tech industry and drive productivity across the economy“ (Bradley, 2017, zit. n. Davies/Eynon 2018, 3962). Die Debatte um digitale Kompetenzen ist somit eine verschleierte Debatte um den Fachkräftemangel.

Solche Studien, so legen Davis und Eynon (2018) zudem nahe, blenden Wünsche und Lebensentwürfe von Jugendlichen aus und charakterisieren sie als homogene Gruppe, die sich ökonomisch rational jene Kompetenzen aneignet, welche ein hohes Gehalt versprechen. Alternative Kompetenzen und Praktiken der Selbstvermarktung – z. B. bezahltes Bloggen – werden gar nicht wahrgenommen (ebd.).

Der Fokus auf Programmierkenntnisse, so Davies und Eynon weiter, hat einen starken Geschlechter- und Klassen-Bias: tatsächlich seien es vor allem an renommierten Universitäten ausgebildete männliche Jugendliche, die sich gut in den digitalen Jobmarkt einbringen können. Anders Jugendliche mit eher niedrigem sozialem Status, denen es sehr wohl bewusst sei, dass sie diese Positionen nie erreichen könnten: Sie suchten deshalb mit ihrem Netzverhalten Alternativen zur öffentlichen Bildung, zur öffentlichen Jugendarbeit und zum Arbeitsmarkt (France/Threadgold 2016, 625).

Gerade Mädchen nutzen soziale Medien, um mangelnde politische und feministische öffentliche Bildung zu kompensieren. Sie nutzen Foren, um Gleichgesinnte für Themen zu finden, die auf dem Schulhof Tabu sind (Davies/Eynon 2018). Das Internet als feministischer Handlungsraum war schon in frühen feministischen Überlegungen zum Thema enthalten (vgl. Femina Politica 2014). Dabei lag der Fokus vor allem auf dem einfachen Zugang zu Informationen und den erleichterten globalen Austausch feministischer Politiken (vgl. Oliveira 2017 für einen Überblick). Wie die #MeToo Debatte, die Kritik an der Politik Donald Trumps (Jaffe 2018), aber auch Studien zum Arabischen Frühling (Ali/Macharia 2013) oder zur Orangen Revolution in der Ukraine (Lange 2015) zeigen, können soziale Medien geschlechtsdiskriminierende Politiken anprangern und Protest artikulieren. So zeigt Shade (2014), wie über soziale Medien ein wirkungsvoller Wahlboykott gegen den kanadischen Premierminister Stephen Harper organisiert wurde, weil er in der Geschlechter- und Familienpolitik massiv gekürzt hatte. Teilhabe am Breitband-Internet, so Shade, fördere die Kritikfähigkeit und führe zu einer partizipativen Entwicklung digitaler Kompetenzen. Sie sei deshalb „priority for feminist activism and scholarship, which can be at the vanguard of critiques and constructions of the digital economy“ (ebd., 894).

Welche Probleme erwachsen aber, wenn formale Bildung durch informale digitale Bildung abgelöst wird, formale Mädchenarbeit durch Blogs und Onlineplattformen? Selbsternannte „feministische“ Internetprojekte von rechts, z.B. Blitzmädchen (Sommavilla 2018) zeigen die Schattenseiten dieser Entwicklung. In diesem Forum

nimmt daher Alia Wielens die Online-Strategien identitärer Frauen unter die Lupe: mit Hashtags, Webseiten und YouTube-Filmen versuchen diese, rechte Diskurse zu normalisieren, und nutzen oder kapern dafür auch feministische Forderungen.

Arbeit

Aktuelle Erkenntnisse über die Geschlechtereffekte der Digitalisierung von Arbeit sind eher desillusionierend (Jürgens/Hoffmann/Schildmann 2017; Kutzner 2017; Kutzner/Schnier 2017; Oliveira 2017): Die horizontale und vertikale Geschlechtersegregation auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich momentan eher noch, und somit wäre für mehr Geschlechtergleichheit aktive Politik nötig. In den bisherigen Szenarien zu den Folgen der Digitalisierung auf die Erwerbsarbeit werden eine Zunahme qualifizierter und eine Abnahme einfacher Arbeit prognostiziert (Kutzner/Schnier 2017, 139 ff.). Vor allem wird zu Industrieproduktion geforscht, weniger zu Dienstleistungsarbeit oder „Frauenberufen“ (Oliveira 2017, 4). Das Substitutionspotential von Arbeitsplätzen ist erheblich, vermutlich liegt es allerdings in männerdominierten Berufen höher als bei weiblich geprägten (vgl. Arnold et al. 2016), da im Bereich der kaufmännischen Dienstleistungstätigkeiten bereits ein großer Wandel der Arbeitswelt stattfand (vgl. Seibold/Stieler 2016). Blicken wir auf weiblich dominierte Dienstleistungsberufe, etwa im medizinischen Bereich und der Pflege, so wird hier ein hohes Digitalisierungspotential gesehen. Gleichzeitig sind dies aber die Berufsbereiche, in denen (bisher) das Substituierungspotential nicht gestiegen ist (Dengler/Matthes 2018). Der Einsatz von Pflegerobotern, so die Hoffnung, soll den Pflegekräften stattdessen mehr Zeit für menschliche Zuwendung verschaffen und sie von körperlich anstrengenden Tätigkeiten entlasten (Evans/Hielscher/Voss 2018). Allerdings zeigte eine für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales durchgeführte Studie, dass in den Gesundheitsberufen nur drei von zehn Befragten den Eindruck hatten, der Einsatz neuer Technologien steigere ihre Arbeitsleistung (Arnold et al. 2016, 20).

Sich wandelnde Arbeitsanforderungen nähren Hoffnungen auch auf mehr Geschlechtergerechtigkeit. So wird auf wachsende dezentrale Handlungsspielräume, partizipative Problemlösungsprozesse und mehr Teamarbeit hingewiesen. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeit könnten sich durch eine (geschlechter-)egalitäre Kultur, weniger Hierarchien und größere Durchlässigkeit verbessern. Allerdings dürften differenztheoretische bzw. naturalisierende Positionen – dass etwa Frauen besonders von der Digitalisierung der Arbeitswelt profitieren würden, weil ihre Eigenschaften und Kompetenzen (Teamarbeit!) besonders gefragt seien, zu kurz greifen (vgl. dazu Scheele in diesem Forum).

Zudem zeigt ein Blick auf die Lage der Beschäftigung von Frauen in der Informations- und Kommunikationsbranche, dass Frauen nicht automatisch in gut bezahlte männliche Erwerbsmuster gelangen. Wie der Beitrag von Lena Schürmann und Jeannette Trenkmann in diesem Heft zeigt, ist die weibliche Erwerbsarbeit in

diesem Sektor heterogen und atypisch, d.h. meist in Teilzeit und durch Mischformen der Beschäftigung zwischen abhängiger Beschäftigung und Selbständigkeit geprägt, etwa in Form von Arbeitsvermittlung über Onlineplattformen. Wie Schürmann und Trenkmann zeigen, wird der derzeitige Regulierungsrahmen diesen hybriden Beschäftigungsformen bisher nicht gerecht.

Ein weiteres zentrales Thema ist die Neuformierung von Erwerbsarbeit und privater Lebensführung, konkret Chancen auf eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die wiederum zu mehr Chancengleichheit im Erwerbsleben führen könnte. Vorhandene Studien verweisen allerdings darauf, dass z.B. das oft gelobte home office de facto nur für wenige Erwerbstätige zugänglich ist (siehe dazu den Beitrag von Scheele).

Digitalisierung verursacht schließlich auch Entgrenzung, Verdichtung von Arbeitszeiten und Tendenzen der Allzeitverfügbarkeit von Beschäftigten. Digitalisierung von Kooperation und digitale soziale Netzwerke im Unternehmen führen dazu, dass für Karrieren im Job eine sehr starke Identifikation und hoher Einsatz für den Betrieb wichtiger denn je ist und dass mit Teilzeit ein Aufstieg nicht möglich ist. Die Vorstellung männlicher Normalarbeit und hoher (Eigen-)Verpflichtung lebt somit ungebrochen weiter (Scheele 2018).

Es gibt keine neutralen Technologien

Das bisher Gesagte verweist auf eine zentrale feministische Kritik an digitalen Technologien – deren angebliche Neutralität (Freudenschuss 2014). So wiesen frühe Untersuchungen auf die männlich geprägten Entstehungskontexte wie das Militär, die Wissenschaft und die Hacker-Szene hin und argumentierten, dass die Inhalte nur an männlichen Nutzern ausgerichtet seien; Autos, Computer, Sport und Pornografie machten in den 1990er Jahren das überwiegende Angebot im Internet aus (Dorer 1997).

Neuere Studien kritisieren vor allem, wie die IT-Entwicklung von Stereotypen und einem starken Androzentrismus geprägt ist. So wurde beispielsweise die auditive Erfassung von Spracherkennungssystemen ohne Rücksicht auf höhere Stimmlagen, also überwiegend Frauen, entwickelt – da diese Systeme somit nur für die Hälfte der Nutzer*innen funktionierten, mussten sie schließlich korrigiert werden (Doblhofer/Küng 2008).²

Technik, so eine ältere, aber immer noch wichtige Erkenntnis, entwickelt sich nicht von allein, sondern sie wird entwickelt, und soziale Prozesse haben darauf immer entscheidenden Einfluss. Judy Wajcman (2010, 148) spricht vom „mutual shaping“. Eine wichtige Frage für kritische und feministische Forschung ist daher, wer was warum und wie entwickelt (siehe Scheeles Beitrag). Das zeigen auch Untersuchungen zu stereotypen Geschlechtervorstellungen in E-Government-Maßnahmen (vgl. Oliveira 2017) und Studien über neue Technologien und Roboter im Haushalt. Der Einzug neuer Technologien, seien es Thermomix, Saugroboter oder zur Fern-

steuerung von Haustechnik „befreien“ Frauen nicht von der Hausarbeit, sondern die Technik ermöglicht die Re-Aktualisierung von Geschlechterrollen z. B. als Antwort auf veränderte Erwerbsmuster – genauso, wie Mikrowelle und Waschmaschine vor Jahrzehnten die Arbeitssegregation und die Arbeitsmenge nicht reduzierten (vgl. Ascione 2014; Bittman/Rice/Wajzman 2004; Fortunati 2018; Überblick bei Oliveira 2017, 9–23). Eine offene Frage ist auch, was eine solche Re-Aktualisierung von Geschlechterstereotypen bei den Nutzer*innen bewirkt.

Besonders deutlich wird die gesellschaftliche Gebundenheit von Technologie bei Algorithmen. Diese sind omnipräsent, von Suchmaschinen über die Bewertung wissenschaftlichen Outputs, Restaurants oder Mitarbeiter*innen bis hin zur Kreditwürdigkeit. Algorithmen sind mehr als Computercode, nämlich „sozio-technische Systeme und institutionelle Prozesse, in denen mehr oder weniger lange Abschnitte der Entscheidungsketten automatisiert sind“ (Stalder 2017). Hinter Algorithmen stehen immer menschliche Entscheidungen; sie sind Werkzeuge „komplexer institutioneller Anlagen, deren grundsätzliche Ausrichtung sie unterstützen.“ (ebd.) Und diese Ausrichtung, so Stalder weiter, entspreche fast immer einer neoliberalen, individualisierenden, ent-kollektivierenden Weltansicht. Wenig erstaunlich weisen Algorithmen erhebliches Diskriminierungspotential auf, auch im Erwerbsleben und in der Plattformökonomie: Erste empirische Erhebungen zu einer globalen Online-Plattform fand, dass Frauen dort nur zwei Drittel der Männerhonorare verdienen (Renan Barzilay/Ben-David 2017). Algorithmen auf Plattformen können absichtlich diskriminieren, aber häufiger dürfte das zugrundeliegende Datenmodell gegenüber bestimmten Gruppen voreingenommen sein. Algorithmische Klassifizierungen können Personen auch so bewerten, dass Ungleichheiten entlang von Herkunft, Klasse oder Geschlecht verstärkt werden. Wenn diese Klassifizierungen auf diskriminierenden Bewertungen in der Vergangenheit beruhen, um zukünftige Verhalten vorherzusagen, wird der Bias reproduziert (vgl. Kullmann 2018, 11).³

In Frankreich werden in der Sozialhilfe seit einigen Jahren bereits Ratingsysteme eingesetzt, die verschiedene Datenquellen miteinander verknüpfen und die Wahrscheinlichkeit für Sozialleistungsbetrug berechnen. Haushalte mit einem hohen Risikowert werden danach öfter als andere kontrolliert: Ein-Eltern Haushalte, also überwiegend Mütter mit ihren Kindern, haben z. B. eine Kontrollrate, die knapp 30% über ihrem Anteil an unterstützten Haushalten liegt (Dubois/Paris/Weill 2018, 57). Ohne Algorithmen geht es nicht, aber für eine gerechte, nicht-diskriminierende Gesellschaft sind wir gut beraten, Algorithmen in ihrer Programmatik zu verstehen und allenfalls zu verändern: Die Offenlegung eines Algorithmus kann dabei helfen, Zahlen nicht überzubewerten und falsche oder diskriminierende Operationalisierungen zu löschen. Algorithmen werden allerdings oft als Geschäftsgeheimnis definiert und nicht veröffentlicht (vgl. Stalder 2017).

Digitalisierung als Naturgewalt: das magische Denken im politischen Diskurs

Ungleiche Zugänge auf der Mikroebene und die Notwendigkeit alternativer Handlungsräume auf der Mesoebene sind vor allem auch einem politischen Diskurs geschuldet, der „Magisches Denken“ in den Vordergrund stellt und davon ausgeht, dass der Zugang zu digitalen Technologien automatisch allen mehr Möglichkeiten biete und ökonomisch nützlich sei (Eubanks 2011). Dass dazu nicht unerhebliche Ressourcen vonnöten sind, dass dazu menschliches (implizites) Alltags- und Routinewissen in kodifiziertes Wissen umgewandelt werden muss, dass Entscheidungen über ‚nützliche‘ und ‚unnütze‘ Praktiken, Wissensbestände und Prozesse getroffen werden, blendet dieses magische Denken aus. Somit steigen Ausgaben für Technologie ungleich stärker als für Soziales und Bildung, für die Förderung technologiebasierter Wirtschaftsbereiche, aber nicht für frauendominierte Branchen (Shade 2014; ähnlich Davies und Eynon 2018).

Das magische Denken wird u. E. zusätzlich durch drei Gleichsetzungen befördert:

1. Die Gleichsetzung von Bürger*in und Verbraucher*in, bei der argumentiert wird, Digitalisierung sei gut für die Verbraucher*in, förderte gute Versorgung und breite Auswahl – die Rolle von Bürger*innen mit Partizipationsrechten und dem Interesse, mitzubestimmen, was in welchen Bereichen entwickelt oder gefördert werden soll, verschwindet. Freiheit ist die Freiheit der Konsument*innen, auf dem Markt zu wählen (s.a. Shade 2014).
2. Die Digitalisierung der Industrie wird mit Digitalisierung der Arbeit insgesamt gleichgesetzt. An der deutschen Diskussion zur Industrie 4.0 lässt sich gut sehen, dass Dienstleistungen und die Beschäftigungsrealität vieler Frauen ausgeblendet blieb (s.a. Oliveira 2017).
3. Die Digitalisierung der Wirtschaft wird mit Erfolgen großer IT-Unternehmen gleichgesetzt. Expertise kommt hier häufig von Wirtschaftsverbänden und Consultings, die den Effizienzgedanken in den Vordergrund, aber die Qualität der Arbeitsbedingungen in den Hintergrund rücken. Sozialwissenschaftliche Analysen sind noch zu wenig empirisch fundiert und diskutieren eher den großen makropolitischen Rahmen, nicht aber die Arbeitspraktiken auf der Mikroebene (Oliveira 2017).

Ausblick

Insgesamt betonen Autor*innen zu den Geschlechterimplikationen der Digitalisierung, dass die Prozesse kontingent aber interessegeleitet sind. Es braucht Forschungserkenntnisse und die Entwicklung von Handlungswissen, um diese Prozesse gestalten zu können. Soziologische Ansätze sollten fragen, was konkret in den Unternehmen passiert und wie dort eine neue, digitale Arbeitsrealität konstruiert wird. Welche Ungleichbehandlungen zwischen Frauen und Männern gibt es tatsächlich?

Hier sind mikropolitische Handlungen und Strukturierungen von Interesse. Welche geschlechtsbasierten Wahrnehmungsmuster und Praktiken lassen sich finden und welches Veränderungspotential durch Digitalisierung gibt es? Wo sind Ansatzpunkte, Technologien geschlechtergerecht zu gestalten und einzubetten? Wie können wir Algorithmen (geschlechter-)demokratisch kontrollieren und entwickeln? Auf regulatorischer Ebene wäre politikwissenschaftlich zu fragen, welche rechtlichen Vorkehrungen aus Sicht gerechter Geschlechterverhältnisse wichtig und wünschenswert wären. Im Bereich der politischen Partizipation stehen an erster Stelle E-Government Prozesse, deren Zugang durch Technikgestaltung, aber auch durch Bildungsmaßnahmen offen sein sollte (Lee/Porumbescu 2018). Darüber hinaus bedarf es angesichts der Befunde der Studie von Wielens, aber auch der aufgeführten Studien im Bereich Bildung und Netzverhalten politischer Bildungsarbeit im Umgang mit Social Media.

Im Bereich der Arbeitspolitik wäre an Arbeitszeiten oder hybride Formen der Arbeit zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Beschäftigung. Und noch einmal: Es ist wichtig, sich die gesellschaftspolitische Gestaltbarkeit vor Augen zu führen und damit auch die Möglichkeit mitzubestimmen, wohin uns die Digitalisierung führt.

Anmerkungen

- 1 Algorithmen sind feste Abfolgen logischer Computer-Operationen, um Entscheidungen zu automatisieren, vgl. Kullmann [2018, 8].
- 2 Bereits früh wurde das ausschließende Potential erkannt, dass ICT für verschiedene Nutzergruppen darstellen kann. Die EU spielte eine maßgebliche Rolle darin, die soziale Inklusion von Älteren und Menschen mit Behinderung zu regulieren (Direktive 2016/2102, zit. n. Ferri/Favalli [2018, 10-12]). Nichtsdestotrotz bestehen nach wie vor zahlreiche, auch länderspezifische Barrieren, und dies nicht nur im Unternehmensbereich, sondern vor allem auch im Bereich des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen durch E-Government (ebd.). Dabei zeigen Dobransky und Hargittai [2016], welches Potential Menschen mit Behinderung und Ältere entfalten können, wenn der Zugang ermöglicht wird.
- 3 Dies stellt auch neue Herausforderungen für den rechtlichen Diskriminierungsschutz da, so Kullmann [2018].

Literatur

Accenture, 2016: Getting to Equal. DOI: 10.1596/27792 (31.1.2019).

Ali, Fatuma Ahmed/**Macharia**, Hannah Muthoni, 2013: Women, Youth, and the Egyptian Arab Spring. In: Peace Review. 25 (3), 359–366.

Arnold, Daniel/**Butschek**, Sebastian/**Steffes**, Susanne/**Müller**, Dana, 2016: Digitalisierung am Arbeitsplatz. Nürnberg.

Ascione, Elisa, 2014: Mamma and the Totemic Robot: Towards an Anthropology of Bimby Food-processors in Italy. In: McWilliams, Mark (Hg.): Food & material culture. Proceedings of the Oxford Symposium on Food and Cookery 2013. Totnes, 62–69.

Bittman, Michael/**Rice**, James Mahmud/**Wajcman**, Judy, 2004: Appliances and Their Impact: the Ownership of Domestic Technology and Time Spent on Household Work. In: The British Journal of Sociology. 55 (3), 401–423.

- Davies, Huw C./Eynon, Rebecca**, 2018: Is digital upskilling the next generation our 'pipeline to prosperity'? In: *New Media & Society*. 20 (11), 3961–3979.
- Dengler, Katharina/Matthes, Britta**, 2018: Substituierbarkeitspotenziale von Berufen. Wenige Berufsbilder halten mit der Digitalisierung Schritt. Nürnberg.
- Doblhofer, Doris/Küng, Zita**, 2008: Gender Mainstreaming. Gleichstellungsmanagement als Erfolgsfaktor - das Praxisbuch. Berlin.
- Dobransky, Kerry/Hargittai, Eszter**, 2016: Unrealized potential: Exploring the digital disability divide. In: *Poetics*. 58, 18–28.
- Dorer, Johanna**, 1997: Gendered Net. Ein Forschungsüberblick über den geschlechtsspezifischen Umgang mit neuen Kommunikationstechnologien. In: *Rundfunk und Fernsehen*. 45 (1), 19–29.
- Dubois, Vincent/Paris, Morgane/Weill, Pierre-Edouard**, 2018: Des chiffres et des droits : le data mining ou la statistique au service du contrôle des allocataires. In: *Revue des politiques sociales et familiales* (126), 35–46.
- Eubanks, Virginia**, 2011: Digital dead end. Fighting for social justice in the information age. Cambridge.
- Evans, Michaela/Hielscher, Volker/Voss, Dorothea**, 2018: Damit Arbeit 4.0 in der Pflege ankommt. Wie Technik die Pflege stärken kann. Internet: www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_pb_004_2018.pdf (17.2.2019).
- Femina Politica**, 2014: Digitalisierung zwischen Utopie und Kontrolle, Vol 23 (2), 9-95.
- Ferri, Delia/Favalli, Silvia**, 2018: Web Accessibility for People with Disabilities in the European Union: Paving the Road to Social Inclusion. In: *Societies*. 8 (2), 40.
- Fortunati, Leopoldina**, 2018: Robotization and the domestic sphere. In: *New Media & Society*. 20 (8), 2673–2690.
- France, Alan/Threadgold, Steven**, 2016: Youth and political economy: towards a Bourdieusian approach. In: *Journal of Youth Studies*. 19 (5), 612–628.
- Freudenschuss, Magdalena**, 2014: Digitalisierung. Eine feministische Baustelle. Einleitung. In: *Femina Politica*. 23 (2), 9–21.
- Jaffe, Sarah**, 2018: The Collective Power of #MeToo. In: *Dissent*. 65 (2), 80–87.
- Jürgens, Kerstin/Hoffmann, Reiner/Schildmann, Christina**, 2017: Arbeit transformieren! Denkansätze der Kommission „Arbeit der Zukunft“. Bielefeld.
- Kullmann, Miriam**, 2018: Platform Work, Algorithmic Decision-Making, and EU Gender Equality Law. In: *International Journal of Comparative Labour Law and Industrial Relations*. 34 (1), 1–22.
- Kutzner, Edelgard**, 2017: Arbeit und Geschlecht. Die Geschlechterperspektive in der Auseinandersetzung mit Arbeit – aktuelle Fragen und Herausforderungen. Internet: www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_030_2017.pdf (17.2.2019).
- Kutzner, Edelgard/Schnier, Victoria**, 2017: Geschlechterverhältnisse in Digitalisierungsprozessen von Arbeit. In: *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*. 26 (1), 137–157.
- Lange, Anja**, 2015: „Männer kämpfen, Frauen kochen?!“ Zu den Geschlechterverhältnissen in der Euromaidan-Revolution 2013/2014. In: *Femina Politica*. 24 (2), 67–81.
- Lee, Jae Bok/Porumbescu, Gregory A.**, 2018: Engendering inclusive e-government use through citizen IT training programs. In: *Government Information Quarterly*. DOI: 10.1016/j.giq.2018.11.007 (12.2.2019).
- Oliveira, Deborah**, 2017: Gender und Digitalisierung. Internet: www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_037_2017.pdf (17.2.2019).
- Renan Barzilay, Arianne/Ben-David, Anat**, 2017: Platform Inequality: Gender in the Gig-Economy. In: *Seton Hall Law Review*. 47 (393). DOI: [dx.doi.org/10.2139/ssrn.2995906](https://doi.org/10.2139/ssrn.2995906) (12.2.2019).

Scheele, Alexandra, 2018: „Digital First - Gleichstellung Second?“ Zur Vernachlässigung von Geschlechterdemokratie in der Debatte um die Zukunft der Arbeit. In: Demirović, Alex (Hg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken. Münster, 105–117.

Seibold, Bettina/**Stieler**, Sylvia, 2016: Digitalisierung der Bürotätigkeiten. Stuttgart.

Shade, Leslie Regan, 2014: Missing in Action: Gender in Canada's Digital Economy Agenda. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society. 39 (4), 887–896.

Sommavilla, Fabian, 2018: „Die Blitzmädchen“: Auf Like-Suche im Nazischick. In: Der Standard, 15.10.2018. Internet: <https://derstandard.at/2000088908198/Die-Blitzmaedchen-Auf-Like-Suche-im-Nazi-Schick> (17.2.2019).

Stalder, Felix, 2017: Algorithmen, die wir brauchen. Internet: netzpolitik.org/2017/algorithmen-die-wir-brauchen/ (25.1.2019).

Wajcman, Judy, 2010: Feminist theories of technology. In: Cambridge Journal of Economics. 34 (1), 143–152.

Erste Verbesserungen in der sozialen Absicherung selbständig Erwerbstätiger – eine Chance für Frauen in der digitalen Arbeitswelt?

LENA SCHÜRMAN. JEANNETTE TRENKMANN

Einleitung und Fragestellung

Die Digitalisierung gilt neben Prozessen der Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsmärkte als zentraler Treiber für die gegenwärtigen Veränderungen in der Arbeitswelt (Eurofound and the International Labour Office 2017). Zugleich zeichnet sich ab, dass der selbständigen Erwerbsarbeit eine wachsende Bedeutung in den Erwerbsverläufen von immer mehr Personen zukommt und erstens Wechsel zwischen abhängiger und selbständiger Erwerbsarbeit (hybride Erwerbsverläufe) und zweitens die zeitgleiche Ausübung von abhängiger Beschäftigung und selbständiger Erwerbsarbeit (hybrider Erwerbsstatus) immer häufiger werden (Kay et al. 2018). Beide Entwicklungen werden unter dem Schlagwort der Erwerbshybridisierung diskutiert (Welskop-Deffaa 2018) und charakterisieren neben der Erwerbsprekariarisierung und einer wachsenden Einkommensspreizung auch die neuen Formen der Selbständigkeit im digitalen Bereich (Bögenhold/Fachinger 2012).

Eine neuartige Form der Arbeitsorganisation im digitalen Zeitalter stellen die Vermittlungsplattformen dar. Hier konkurrieren die als so genannte crowd oder click worker bezeichneten Auftragnehmer_innen – in der Regel Solo-Selbständige, Freelancer_innen, Freiberufler_innen oder Nebenerwerbstätige – weltweit um die von Auftraggeberinnen – den Plattformen – ausgeschriebenen Arbeitsaufträge. Die platt-

formbasierte Erwerbsarbeit erscheint aufgrund der zeitlichen und räumlichen Ungebundenheit attraktiv und hat mittlerweile ein enormes ökonomisches Potential. Mrass und Peters (2017, 19) gehen von „rund 1 Million Crowdworkern“ in Deutschland und Umsätzen in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro aus.¹ Nach einem Bericht des Crowdfunding-Monitors erzielten 70 % der Auftragnehmer_innen der Internetökonomie ein Erwerbseinkommen, wenn auch mehrheitlich in Nebentätigkeit (Leimeister/Durward/Zogaj 2016, 48).

Arbeiten auf digitalen Plattformen ist jedoch in vielfacher Hinsicht problematisch. Plattformen als Auftraggeberinnen definieren sich nicht als Arbeitgeberinnen, sie umgehen die durch Arbeits- und Sozialrecht gesetzten Schutzrechte oftmals bewusst und klassifizieren Beschäftigte trotz großer Abhängigkeiten als Selbständige (Schneider-Dörr 2019). Die Arbeitsverhältnisse liegen jenseits des Normalarbeitsverhältnisses, sind intransparent, nicht tariflich reguliert und gesetzlich wenig geregelt. Aufgrund fehlender Arbeitsverträge sind Crowdworker_innen sozial nicht abgesichert. Die Bezahlung erfolgt projektbezogen auf Werkvertrags- bzw. Honorarbasis – oft werden „Mikrojobs“ an „digitale Tagelöhner“ vergeben (Gather/Schürmann/Trenkmann 2017, 28ff.; vgl. Kalkhake 2016). Frauen nutzen die plattformbasierte Arbeit besonders als Nebenerwerb und akzeptieren die prekären Konditionen, um beispielsweise neben der Kinderbetreuung erwerbstätig sein zu können (Bertschek/Ohnemus/Viete 2016).

Zur ökonomischen Lage selbständiger Frauen

Selbständige weisen nicht nur hinsichtlich ihrer Einkommen und Erwerbstätigkeit (z.B. Vollerwerbs-, Zuerwerbs- oder Teilzeitselbständigkeit) eine größere Vielfalt im Vergleich zu abhängig Erwerbstätigen auf. War der Begriff der Selbständigkeit noch in den 1990er Jahren mehrheitlich verbunden mit Unternehmern und Unternehmerinnen, die als Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen mit abhängig Beschäftigten arbeiteten (Mai/Marder-Puch 2013, 482), ist die Situation heute wesentlich heterogener. Die Mehrzahl der selbständig Erwerbstätigen bilden mittlerweile Solo-Selbständige ohne Beschäftigte. Ihr Anteil an den selbständig Erwerbstätigen liegt seit zehn Jahren fast unverändert bei 54% (Statistisches Bundesamt 2018b). Zwar verdienen Selbständige durchschnittlich mehr als abhängig Beschäftigte, doch die Einkommensunterschiede sind bei ihnen viel größer (Brenke 2013, 15).

Die berufliche Selbständigkeit von Frauen ist einerseits gekennzeichnet durch starke Zuwächse, insbesondere im Dienstleistungssektor, andererseits jedoch oftmals auch durch soziale und ökonomische Unsicherheit und Prekarität. Laut Mikrozensus waren im Jahr 2017 von den insgesamt rund 3,9 Mio. Personen aller Selbständigen in Deutschland 34% Frauen, 6,1% mehr als 2007 (Institut für Mittelstandsforschung Bonn 2018).² Weibliche Selbständige arbeiten deutlich häufiger als Männer ohne Beschäftigte und überwiegend in frauentypischen Branchen wie persönliche Dienstleistungen im Bereich Gesundheit, Pflege und Erziehung – also in Bereichen mit

geringen Ertragschancen und Einnahmen (Deutscher Bundestag 2016).³ Unter den Solo-Selbständigen ist der Anteil der Geringverdienenden besonders hoch. Ein Großteil der selbständigen Frauen erzielt Einkünfte, die dem Bereich prekärer Einkommen zuzurechnen sind (Mai/Marder-Puch 2013).⁴ Darüber hinaus sind Frauen häufiger im „Zuerwerb“ selbständig als Männer (Bliemeister 2015).⁵ So erzielten im Jahr 2017 insgesamt 21,2% aller Selbständigen monatliche Nettoeinkünfte von unter 1.500 Euro. Bei den Frauen ist es mit 46,5% nahezu die Hälfte aller Selbständigen. Unter den Solo-Selbständigen ist die Situation noch einmal deutlich schlechter – 41,6% von ihnen haben weniger als 1.500 Euro monatlich (fast ein Drittel der männlichen, aber gut 57% der weiblichen Solo-Selbständigen, vgl. Institut für Mittelstandsforschung 2018, Berechnungen auf Basis des Mikrozensus).

Für Selbständige auf digitalen Plattformen, die crowd oder click worker, gibt es bislang nur wenige verlässliche Zahlen hinsichtlich der Einkommenssituation oder soziodemographischer Merkmale. Studien basieren zudem häufig auf Selbstaussagen, wobei Mehrfachangaben der Plattformen auftreten. Angaben zu den erzielten Einkommen auf digitalen Plattformen weichen zum Teil stark voneinander ab. Während z.B. die Hans-Böckler-Stiftung das mittlere Einkommen der crowd worker im Hauptberuf auf rund 1.500 Euro, im Nebenberuf bei 326 Euro pro Monat ansetzt (Hans-Boeckler-Stiftung 2016), ermittelt der Freelancerkompass⁶ für IT-Freiberufler_innen ein durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen von 6.189 Euro (Freelancerkompass 2018, 19). Insgesamt ist von einer großen Spreizung der Einkommen auszugehen, ähnlich den Verhältnissen unter allen Solo-Selbständigen. Wenig Aussagen können auch über geschlechtsspezifische Unterschiede getroffen werden. Die Weltbankstudie (Kuek et al. 2015, 31) geht von einer leichten Überzahl der Männer unter Online-Arbeitenden aus (ca. 60%). In den deutschen Studien liegen die ermittelten Anteile der Männer zwischen 50% und 68% (Bertschek/Ohnemus/Viete 2016, 20). Diese Werte entsprechen in etwa dem Verhältnis der Geschlechter unter allen Solo-Selbständigen in Deutschland, mit einem Anteil der Frauen in Höhe von 38,1% im Jahr 2014 (Brenke/Beznoska 2016, 20).

Selbständige im System der sozialen Sicherung

Überblick

Die deutsche Sozialversicherung ist ausgerichtet auf die abhängige Beschäftigung im Normalarbeitsverhältnis. Sie sichert soziale Risiken wie Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Erwerbsminderung, Pflegebedürftigkeit etc. ab und wird in der Regel paritätisch von Arbeitgeber_innen und Beschäftigten finanziert. Selbständige tragen hingegen die Kosten für ihre Sozialversicherung allein, galt doch lange die Annahme, dass sie als Unternehmer_innen „nicht des kollektiven Schutzes der Solidargemeinschaft der Versicherten bedürfen“ (Schulze-Buschhoff 2018, 329). Ausnahmen bilden bestimmte Berufsgruppen wie Künstler_innen und Medienschaffende, welche über

die Künstlersozialkasse (KSK) versichert sind; zudem existieren verschiedene berufsspezifische Versorgungswerke. Lediglich ein Viertel der Solo-Selbständigen ist in ein obligatorisches System der Altersvorsorge einbezogen (Fachinger 2014). Erste Bemühungen um einheitliche Regelungen gab es mit der Einführung einer Krankenversicherungspflicht für Selbständige im Jahr 2007. Seitdem sind alle Selbständigen verpflichtet, sich gegen das Risiko der Krankheit abzusichern, wobei sie unabhängig von der Einkommenshöhe die Wahl zwischen einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung haben. Seit 2007 werden die Einkommensausfälle aufgrund von Erziehung und Betreuung von Kindern im ersten Lebensjahr durch das Elterngeld (BEEG) auch für Selbständige anteilig kompensiert. Zudem gibt es die Möglichkeit, bei bestimmten Voraussetzungen freiwillig Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einzuzahlen. Auch eine freiwillige Mitgliedschaft in der Gesetzlichen Rentenversicherung ist möglich. Davon machen jedoch nur wenige Gebrauch (Brenke/Beznoška 2016). Die Folge ist vermehrte Altersarmut (Ziegelmeier 2013). Schon heute sind ein Fünftel der Grundsicherungsempfänger_innen (ehemals) Selbständige (Bretschneider/Klammer 2016, 58). Während einige die mangelnde Sparbereitschaft als Ursache für ausbleibende Beitragszahlungen ansehen, wird von anderen die mangelnde Sparfähigkeit von Selbständigen aufgrund niedriger Einkünfte betont (vgl. zur Diskussion Rust/Lange 2017). Doch nicht nur bei der Alterssicherung zeigt sich: Es fehlt nach wie vor ein gleichberechtigter Zugang zur Sozialversicherung – solidarisch finanziert und ohne finanzielle Überlastung der Selbständigen (Deutscher Bundestag 2016). Denn viele Selbständige können sich aufgrund ihrer niedrigen Verdienste bereits die Krankenversicherungsbeiträge nicht leisten. Sie bilden bis heute eine Kerngruppe unter den Beitragsschuldner_innen in der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung (Haun/Jacobs 2016, 22).

Die Neuregelungen beim Mutterschutz

Das neugefasste Mutterschutzgesetz (MuschG) erfasst seit Anfang 2018 neben den abhängig Beschäftigten nun auch Studentinnen und Heimarbeiterinnen sowie Selbständige, die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbständigkeit als arbeitnehmerähnliche Selbständige gelten. Selbständige Frauen, die „arbeitnehmerähnlich“ für nur einen Auftraggeber arbeiten, erhalten für die Zeit des Mutterschutzes, d.h. sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt Mutterschaftsgeld. Für selbständige Frauen mit wechselnden Auftraggebern und privat versicherte Unternehmerinnen hingegen besteht immer noch keine Möglichkeit, sich gegen geburtsbedingte Einkommensausfälle zu versichern (Biermann/Gather 2016).

Zu einer Verbesserung der sozialen Absicherung maßgeblich beitragen dürfte jedoch erst die seit Januar 2019 geltende Absenkung der Einkommensbemessungsgrenzen für freiwillig versicherte Selbständige in der GKV (Bundesregierung 2018). Die Mindestbemessungsgrenze reduziert sich um mehr als die Hälfte von bisher 2.284 Euro auf 1.015 Euro.⁷ Ferner wird künftig auf die Unterscheidung zwischen haupt-

und nebenberuflicher Selbständigkeit verzichtet. Galt bisher die Mindestbemessungsgrenze nur für nebenberuflich Selbständige mit geringen Einkommen, profitieren nun alle selbständig Erwerbstätigen von der Neuregelung. Der Mindestbeitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung sinkt damit von 423 Euro auf 188 Euro (Lutz 2018). Zudem ist vorgesehen, dass Selbständige Kranken- und Mutterschutzgeld beitragsfrei erhalten. Während des Mutterschutzes müssen keine Krankenkassenbeiträge gezahlt werden – vorausgesetzt, dass in dieser Zeit nicht gearbeitet wird. Die eigenständige Mitgliedschaft in der GKV bildet die Voraussetzung dafür, überhaupt Mutterschaftsgeld zu erhalten.⁸ Insbesondere für die große Gruppe der selbständig erwerbstätigen Frauen mit Einkünften von unter 1.500 Euro monatlich schafft die Absenkung der Einkommensbemessungsgrenzen erst den Zugang zu derartigen Leistungen.

Elterngeld

Beim Elterngeld und der Elternzeit sind Selbständige weitgehend mit abhängig Beschäftigten gleichgestellt. Beide erhalten Leistungen, wenn sie nach der Geburt ihr Kind selbst betreuen und hierfür ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen oder diese reduzieren. Die Bundeselterngeldstatistik erfasst seit 2013, ob Eltern Einkommen aus nicht-selbständiger oder selbständiger Tätigkeit erhalten und welche Art von Elterngeldleistungen sie beziehen. Im dritten Quartal 2018 bezogen insgesamt 1.046.906 Personen Leistungen nach dem Bundeselterngeld-Gesetz, davon insgesamt 17.580 Personen (1,7%) mit vorgeburtlichem Einkommen aus ausschließlich selbständiger Arbeit. Diese Gruppe der Selbständigen wird im Folgenden näher beschrieben. Im Durchschnitt erhalten 73,2% der Selbständigen im Elterngeldbezug den Elterngeldsatz basierend auf ihrem Einkommen aus den zwölf Monaten vor der Geburt des Kindes. 25,8% aller selbständigen Eltern in der Statistik erhalten einen Geringverdienstzuschlag, da ihr vorgeburtliches Einkommen unterhalb von 1.000 Euro liegt. Dabei erhalten deutlich mehr Frauen (33,2%) als Männer (15,1%) den Geringverdienstzuschlag. Dieser Trend ist unter den abhängig erwerbstätigen Eltern noch ausgeprägter (31,8% Frauen und 5,6% der Männer) und spiegelt geschlechtsbezogene Lohnunterschiede wider. Lediglich den Mindestbetrag von 300 Euro (§ 2 Abs. 5 BEEG) erhalten durchschnittlich 17,3% der ausschließlich selbständig arbeitenden Eltern. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind hierbei gering: 18,1% der Frauen verglichen mit 16,1% der Männer. Deutlich fällt dagegen der Unterschied zu abhängig beschäftigten Eltern ins Gewicht, von diesen beziehen nur 4,3% mit einem vorgeburtlichen Erwerbseinkommen diesen Mindestbetrag.

Wer in der Elternzeit reduziert weiterarbeitet, bekommt ein angepasstes reduziertes Elterngeld (§ 2 Abs. 3 BEEG). Diese Regelung greift bei 20,6% der selbständigen Frauen, aber nur bei 1,1% der vor der Geburt abhängig beschäftigten Mütter (Statistisches Bundesamt 2018a, 20). Obwohl es unklar bleibt, ob die betroffenen Selbständigen im Elterngeldbezug weitergearbeitet haben, um ihren Geschäftsbetrieb

aufrechtzuerhalten oder ob die Reduzierung aufgrund von Rechnungseingängen erfolgte, mit denen vorgeburtlich erbrachte Leistungen vergütet wurden – eindeutig ist hier eine Schlechterstellung von Selbständigen gegenüber abhängig Beschäftigten. Diese betrifft immerhin jede fünfte Selbständige und geht darauf zurück, dass die Spezifika des selbständigen Erwerbs nicht angemessen berücksichtigt wurden.

Diskussion der Neuregelungen und Ausblick: Weitere Perspektiven für die soziale Sicherung selbständiger Frauen

Digitale Technologien machen Erwerbstätigen auf der ganzen Welt Kleinstaufträge zugänglich, die ohne hohe Eintrittsschwelle oder Qualifikationen erledigt werden können. Die formal ‚selbständigen‘ crowd und click worker, eine heterogene Gruppe globaler Auftragnehmer_innen im Internet, müssen flexibel und ständig einsatzbereit sein, verfügen aber über keinerlei soziale Absicherung (Gather/Schürmann/Trenkmann 2017). Frauen, die als Solo-Selbständige in ihren Tätigkeiten auf Plattformen häufig niedrige Einkommen erzielen und zudem höheren Risiken ausgesetzt sind, ist durch bestehende gesetzliche Regelungen und fehlende finanzielle Mittel der Zugang zu sozialer Sicherung oftmals verwehrt.

Die Änderungen in der GKV und beim Mutterschutz stellen insbesondere für selbständige Frauen wichtige erste Schritte zur Inklusion in die Systeme der sozialen Absicherung dar. Zwar stellte bereits das Elterngeld als steuerfinanzierte Leistung selbständig erwerbstätige Eltern mit abhängig erwerbstätigen Eltern weitestgehend gleich, anders als das MuschG erstreckte sich der damit eingeführte Anspruchszeitraum jedoch lediglich auf die Zeit nach der Geburt. Mit der Neuregelung des MuschG wird nun – zumindest für arbeitnehmerähnlich tätige – selbständige Frauen ein Schutz- und Leistungsanspruch für die gesamte Zeit des Mutterschutzes gesetzlich formuliert. Dies ist zu begrüßen, auch wenn die Schutzbedürftigkeit von selbständigen Frauen, die alleinselbständig für wechselnde Auftraggeber arbeiten – wie sie unter den digitalen crowd und click workern anzutreffen sind – damit bisher nicht anerkannt wurde.

In der Diskussion über die soziale Absicherung selbständig Erwerbstätiger wird auf die Spezifik des selbständigen Erwerbs gegenüber der abhängigen Beschäftigung verwiesen (Fachinger 2014; Schulze-Buschhoff 2016). Danach erstrecken sich die Ansprüche auf soziale Absicherung nicht nur auf Fragen des Ausgleichs von Einkommensausfällen, um die Sicherung des Lebensunterhalts zu gewährleisten, sondern auch auf den Erhalt des Unternehmens, wenn ‚die Chefin ausfällt‘ (Biermann/Gather 2014; Tresbach 2010; Knigge 2013, 29f.). Es wäre daher zu prüfen, wie Maßnahmen zur Sicherstellung des Fortbestehens des Unternehmens in den Leistungskatalog zur Absicherung geburtlich bedingter Risiken konkret aussehen könnten. Für die politisch wirksame Debatte müsste das Thema auch in Berufsverbänden und Kammern diskutiert werden.

Die Senkung der Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherungsbeiträge lässt auf eine substantielle Verbesserung der Absicherung selbständiger Frauen hoffen. Damit reagiert die Bundesregierung auf die Situation einkommensschwacher Selbständiger, die seit Einführung der Krankenversicherungspflicht im Jahr 2007 von einer unverhältnismäßig hohen Beitragsbelastung betroffen waren. Für den Verband der Gründer und Selbständigen in Deutschland (VGSD) ist diese Absenkung begrüßenswert, jedoch lediglich ein erster Schritt in die richtige Richtung. Der Verband fordert eine weitere Reduzierung der Bemessungsgrenze auf maximal 450 Euro, wie es bei Angestellten der Fall ist (Meyer 2018). Andere, so der DGB in einer Stellungnahme aus dem Jahr 2017, argumentieren mit dem „sozialpolitischen Dilemma, zum einen Selbständige mit einem geringen Einkommen zu schützen, andererseits die Solidargemeinschaft der GKV vor Überforderung zu schützen“ (DGB 2017, 3).

Selbständige Frauen mit Einkünften bis 450 Euro monatlich und in einer Ehe mit einer/m gesetzlich Versicherten sind über die GKV mitversichert. Diese Lösung ist aus einer Gleichstellungsperspektive jedoch problematisch, da sie langfristig den Aufbau einer eigenständigen Existenzsicherung blockiert. Die Absenkung der Einkommensbemessungsgrenzen in der GKV bietet dagegen – so die These – mehr Anreize zu einer eigenständigen Mitgliedschaft und zum langfristigen Ausbau der Selbständigkeit.

Auch nach den hier besprochenen Neuregelungen ist das Problem der sozialen Absicherung von (Solo-)Selbständigen mit geringen Einkünften nicht gelöst. So trifft nicht einmal die Hälfte der Solo-Selbständigen eine Altersvorsorge in Form regelmäßiger Versicherungszahlungen (Brenke/Beznoska 2016). In Hinblick auf die Gefahr künftig noch zunehmender Altersarmut rückt auch eine mögliche Auftraggeber_innenbeteiligung an der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) in den Blickpunkt, und wird bereits seit einiger Zeit kontrovers diskutiert. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil kündigte für 2019 die Einbeziehung der Selbständigen in die GRV an, um eine steuerfinanzierte Grundsicherung zu vermeiden (MDR aktuell 2018). Details zur Ausgestaltung einer Auftraggeber_innenbeteiligung, insbesondere für crowd worker, die alleinselbständig für wechselnde Auftraggeber_innen arbeiten, sind bis dato nicht bekannt. Dennoch erscheint es nicht nur für die Reform der Alterssicherung geboten, den Wandel der Erwerbsstruktur und die unter dem Stichwort der Erwerbshybridisierung diskutierte Veränderung von Erwerbsverläufen (neue Normalität von Statuswechseln) zum Anlass zu nehmen, um eine universelle und solidarische Bürger_innenversicherung zu realisieren, welche die bisherigen, auf dem Erwerbsstatus basierenden Differenzen im Zugang zur Sozialversicherung überwindet – was einem Systemwechsel und demzufolge einer politisch anspruchsvollen Umsetzung gleichkäme.

Forschungs- und Handlungsbedarf, der auf eine Institutionalisierung systematischer Sicherungsmaßnahmen und die geschlechtsbezogene Herstellung von Gleichheit in der Selbständigkeit abzielt, besteht für Politik, Wirtschaft und Ge-

sellschaft gleichermaßen. Da nach wie vor generelle Studien zu Formen der selbständigen Arbeit auf Plattformen fehlen, ist es bislang nicht möglich, Aussagen zu den Konsequenzen der Digitalisierung für selbständig erwerbstätige Frauen zu treffen. Die bereits jetzt sichtbaren Trends der fortschreitenden Flexibilisierung und Entgrenzung von Online-Arbeit und zunehmender Kontrolle durch auftraggebende Plattformen bei gleichzeitig niedriger gewerkschaftlicher Organisation deuten jedoch auf eine eher problematische Entwicklung hin (Gather/Schürmann/Trenkman, 2017).

Anmerkungen

- 1 Eine genaue Zahl der Plattformarbeitenden ist schwer zu erfassen, da Plattformen häufig keine Angaben über Beschäftigte und Arbeitsverhalten veröffentlichen und Befragungen Mehrfachanmeldungen einschließen, jedoch nutzen inzwischen mehr als ein Drittel der crowd worker diese Arbeit als Haupteinnahmequelle. Nutzungszahlen einzelner Marktplätze zufolge stammen ein Viertel der mehr als 700.000 Mitglieder von „Clickworker“ aus Deutschland; weitere 1.000 crowd worker aus Deutschland sind auch auf internationalen Marktplätzen registriert (Hans-Boeckler-Stiftung 2016; Pongratz/Bormann 2017; Mrass/Peters 2017; Serfling 2018).
- 2 Der Anteil der beruflich selbständigen Frauen war zum gleichen Zeitpunkt mit 7% der Erwerbstätigen dennoch nur etwa halb so hoch wie jener der erwerbstätigen Männer, von denen 12% selbständig waren.
- 3 Zwei Drittel der selbständigen Frauen arbeiten ohne Angestellte (bei Unternehmern sind es 50%). 51% der männlichen Selbständigen mit Beschäftigten stehen 46% weiblichen Selbständigen mit Beschäftigten gegenüber (Statistisches Bundesamt 2018). Männliche Selbständige sind generell in einkommensstärkeren Branchen anzutreffen und häufiger im Vollerwerb selbständig.
- 4 Prekarität ist nicht allgemeinverbindlich definiert. Indikatoren, die als Indizien für ein prekäres Erwerbsleben dienen, sind ein Niedriglohn (Einkommen aus dem Haupterwerb ist nicht existenzsichernd bzw. individueller Bruttostundenlohn weniger als zwei Drittel des Medianlohns) sowie mangelnde soziale Absicherung (z.B. keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Sozialversicherungen, Mitbestimmungsrechte, Kündigungsschutz) (Stuth et al. 2018, 27).
- 5 Haupterwerb indiziert die erste oder einzige Erwerbstätigkeit in Vollzeit, Zuerwerb die erste oder einzige Erwerbstätigkeit in Teilzeit und Nebenerwerb eine weitere Erwerbstätigkeit in Teilzeit. Wir folgen bei dieser Abgrenzung den gängigen Definitionen (Petermann/Piorkowsky 2013).
- 6 Datenbasis bildet eine Online-Befragung von rund 1.000 IT-Freiberufler_innen (Freelancerkompas 2018).
- 7 Dies entspricht dem Einkommen, das für freiwillig Versicherte herangezogen wird.
- 8 Über den Ehepartner mitversicherte Frauen erhalten hingegen kein Mutterschaftsgeld.

Literatur

Bertschek, Irene/Ohnemus, Jörg/Viete, Steffen, 2016: Befragung zum sozio-ökonomischen Hintergrund und zu den Motiven von Crowdworkern, Endbericht zur Kurzepertise. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) BMAS Forschungsbericht 462. Berlin, Mannheim.

Biermann, Ingrid/Gather, Claudia, 2016: Mutterschutz in der Selbständigkeit. Strukturelle Merkmale des nicht abhängigen Erwerbs und erste Vorschläge für bessere Schutzrechte. In: Rust, Ursula/ Lange, Joachim (Hg.): Mutterschutz für Selbständige? Umsetzungsbedarfe und -pers-

pektiven der EU-Richtlinie 2010/41/EU in Deutschland, Loccumer Protokoll 80/14, Rehburg-Loccum 2016, 69-93.

Biermann, Ingrid/Gather, Claudia, 2014: Die Mutterschutzregelung in der EU-Richtlinie 2010/41: Zur Problematik der Angleichung von sozialen Schutzrechten zwischen abhängiger und selbstständiger Erwerbsarbeit. In: Sozialer Fortschritt. 63 (7), 173-184.

Bliemeister, Patricia, 2015: Zuwachs und Verluste? Über die Einkommensfolgen einer ersten Mutterschaft – ein Vergleich selbständiger und abhängig beschäftigter Frauen auf der Grundlage der amtlichen Einkommensteuerstatistik. Berlin.

Bögenhold, Dieter/Fachinger, Uwe, 2012: Selbständigkeit im System der Erwerbstätigkeit. In: Sozialer Fortschritt. (61) 11-12, 277-287.

Brenke, Karl, 2013: Allein tätige Selbständige: starkes Beschäftigungswachstum, oft nur geringe Einkommen. DIW Wochenbericht. 80 (7), 3-6.

Brenke, Karl/Beznoska, Martin, 2016: Forschungsbericht. Solo-Selbständige in Deutschland – Strukturen und Erwerbsverläufe. Kurzexpertise für das BMAS.

Brettschneider, Antonio/Klammer, Ute, 2016: Lebenswege in die Altersarmut. Berlin.

Bundesregierung, 2018: Gesetzliche Krankenversicherung. Beschäftigte ab 2019 entlastet. Internet: www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/beschaeftigte-ab-2019-entlastet-1141468 (28.1.2019).

Deutscher Bundestag, 2016: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann (Zwickau), Herbert Behrens, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Soziale Lage und Absicherung von Solo-Selbstständigen. BT-Drucksache 18/8803 vom 22.12.2016.

Deutscher Gewerkschaftsbund, 2017: Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu Bundestagsdrucksache 18/9711 und 18/9712.

Eurofound and the International Labour Office, 2017: Working anytime, anywhere: The effects on the world of work, Publications Office of the European Union, Luxembourg, and the International Labour Office, Geneva. Internet: eurofound.link/ef1658EN (15.2.2019).

Fachinger, Uwe, 2014: Selbständige als Grenzgänger des Arbeitsmarktes. Fragen der sozialen Sicherung. In: Gather, Claudia/Biermann, Ingrid/Schürmann, Lena/Ulbricht, Susan/Zipprian, Heinz (Hg.): Die Vielfalt der Selbständigkeit. Sozialwissenschaftliche Beiträge zu einer Erwerbsform im Wandel. Berlin, 111-134.

Freelancermap GmbH, 2018: Freelancerkompass. Internet: www.freelancermap.de/marktstudie (14.2.2019).

Gather, Claudia/Schürmann, Lena/Trenkmann, Jeannette, 2017: [Solo]-Selbständigkeit als gleichstellungspolitische Herausforderung. Expertise für den 2. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Manuskript Berlin. Internet: www.gleichstellungsbericht.de/kontext/controllers/document.php/28.a/7/be3b34.pdf (29.1.2019).

Hans-Boeckler-Stiftung (Hg.), 2016: Crowdfunding. Die digitalen Tagelöhner. In: Boeckler-Impuls 06/2016.

Haun, Dietmer/Jacobs, Klaus, 2016: Die Krankenversicherung von Selbständigen: Reformbedarf unübersehbar. In: GGW 2016. 16 (1), 22-30.

Institut für Mittelstandsforschung Bonn, 2018: Statistik der Selbständigen. Internet: www.ifm-bonn.org/statistiken/selbststaendige/berufe/ (30.1.2019).

Kalkhake, Paulo, 2016: Plattformökonomie, in: BMAS (Hg.): Arbeiten 4.0. Werkheft 01, Berlin, 52-57.

Kay, Rosemarie/Schneck, Stefan/Suprinovic, Olga, 2018: Erwerbshybridisierung- Verbreitung und Entwicklung in Deutschland. In: Bührmann, Andrea/Fachinger, Uwe/Welskop-Deffaa, Eva (Hg.): Hybride Erwerbsformen. Digitalisierung, Diversität und sozialpolitische Gestaltungsoptionen. Wiesbaden, 15-50.

Knigge, Kirsten, 2013: Mutterschaftsleistungen für Selbständige: Umsetzung der Richtlinie 2010/41/EU. In: Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht (ZESAR). (1), 24-30.

Kuek, Siou Chew/**Paradi-Guilford**, Cecilia Maria/**Fayomi**, Toks/**Imaizumi**, Saori/**Ipeirotis**, Panos, 2015: The global opportunity in online outsourcing. Working Paper. Washington, D.C. World Bank Group. Internet: documents.worldbank.org/curated/en/138371468000900555/The-global-opportunity-in-online-outsourcing (14.2.2019).

Leimeister, Jan Marco/**Durward**, David/**Zogaj**, Shkodran, 2016: Crowd Worker in Deutschland: Eine empirische Studie zum Arbeitsumfeld auf externen Crowdsourcing-Plattformen. Band 323. Düsseldorf.

Lutz, Andreas, 2018: VGSD-Vorschläge angenommen: GKV-Mindestbeitrag wird von 423 auf 188 Euro pro Monat (- 56 Prozent) sinken! Internet: www.vgsd.de/beschlossen-gkv-mindestbeitraege-sinken-zum-1-1-19-um-56-bundestag-setzt-gleich-zwei-pragmatische-vorschlaege-von-uns-um/ (17.1.2019).

Mai, Christoph-Martin/**Marder-Puch**, Katharina, 2013: Selbstständigkeit in Deutschland. In: Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik. (7), 482-496.

Meyer, Annabell, 2018: Mindestbeitrag zur Krankenversicherung: Entlastung für Selbstständige. Internet: www.finanzen.de/news/18466/mindestbeitrag-zur-krankenversicherung-entlastung-fuer-selbststaendige (17.1.2019).

MDR aktuell, 2018: Heil will Grundrente für Geringverdiener ab 2019. Internet: www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/heil-will-grundrente-fuer-geringsverdiener-100.html (30.1.2019).

Mrass, Volkmar/**Peters**, Christoph, 2017: Crowdworking-Plattformen in Deutschland. In: Leimeister, Jan Marco (Hg.), Working Paper Series, Nr. 16. Kassel.

Petermann, Samantha/**Piorkowsky**, Michael-Burkhard, 2013: Selbständige in Deutschland 2008-2012 mit einem Exkurs über Haushalts-Unternehmen-Komplexe. Der Selbständigen-Monitor mit einem vollständigen Datensatz des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Bonn.

Pongratz, Hans J./**Bormann**, Sarah, 2017: Online-Arbeit auf Internet-Plattformen. Empirische Befunde zum ‚Crowdworking‘ in Deutschland. Arbeits- und Industriesoziologische Studien. (10), 2, 158-181.

Rust, Ursula/**Lange**, Joachim 2017: Editorial. Sozialer Fortschritt. (66), 12, 813-814.

Schneider-Dörr, Andreja, 2019: Erwerbsarbeit in der Plattformökonomie – Arbeitnehmerbegriff. Reihe: Forschungsförderung Working Paper, Nr. 116. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Schulze-Buschoff, Karin, 2018: Erwerbshybridisierung in Europa – sozialpolitische Herausforderungen. In: Bührmann, Andrea/Fachinger, Uwe/Welskop-Deffaa, Eva (Hg.): Hybride Erwerbsformen. Digitalisierung, Diversität und sozialpolitische Gestaltungsoptionen. Wiesbaden, 322-344.

Schulze-Buschoff, Karin, 2016: Solo-Selbstständigkeit in Deutschland. Aktuelle Reformoptionen. Policy Brief WSI Nr. 4. Düsseldorf. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Serfling, Oliver, 2018; Crowdworking Monitor. Internet: www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Meldungen/2018/crowdworking-monitor.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (19.02.2019)

Statistisches Bundesamt (destatis) (Hg.), 2018a: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung. Ergebnisse des Mikrozensus zum Arbeitsmarkt. Fachserie 1 Reihe 4.1, September 2018. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (destatis) (Hg.), 2018b: Statistisches Jahrbuch 2018. Deutschland und Internationales. Wiesbaden.

Stuth, Stefan/**Schels**, Brigitte/**Promberger**, Markus/**Jahn**, Kerstin/**Allmendinger**, Jutta, 2018: Prekarität in Deutschland?! Discussion Paper P 2018-004. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Tresbach, Almut, 2010: Mutterschutz für Selbständige. In: Legal Tribune Online. Internet: www.lto.de/recht/job-karriere/j/mutterschutz-fuer-selbststaendige-frauen (5.11.2015).

Welskop-Deffaa, Eva, 2018: Erwerbsverläufe digitaler Nomaden. In: In: Bührmann, Andrea/Fachinger, Uwe/Welskop-Deffaa, Eva (Hg.): *Hybride Erwerbsformen. Digitalisierung, Diversität und sozialpolitische Gestaltungsoptionen*. Wiesbaden, 107-130.

Ziegelmeier, Michael, 2013: Sind Selbständige von Altersarmut bedroht? Eine Analyse des Altersvorsorge-Verhalten von Selbständigen. In: Vogel, Claudia/Motel-Klingebiel, Andreas (Hg.): *Altern im sozialen Wandel. Die Rückkehr der Altersarmut?* Wiesbaden, 229-249.

Wider die Automatismen: Arbeit im digitalen Wandel¹

ALEXANDRA SCHEELE

Unter dem Label *Arbeit 4.0* wird seit längerem analysiert, wie sich die Entwicklung digitaler Technologien auf die Arbeitswelt auswirkt. Bei aller Varianz im Konkreten gehen Wissenschaft und Politik davon aus, dass der Wandel und die Zukunft von Arbeit in erster Linie durch die technischen Innovationen geprägt sind und die Digitalisierung die zentrale Triebkraft des gesellschaftlichen Wandels ist (vgl. Jürgens et al. 2017, 10). Diese Diagnose soll nun im Folgenden kritisch hinterfragt werden. Dabei geht es *erstens* um eine geschlechterkritische Reflexion des Gegenstandes ‚Digitalisierung‘. Zentrale Fragen dabei sind: Welche Entwicklungen werden im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs berücksichtigt und welche nicht? Auf welche Weise sind der Diskurs über den technologischen Wandel als auch die Entwicklung der Technologien selbst vergeschlechtlicht? Welche Bedeutung haben dort Konstruktionen und Normierungen von ‚Geschlecht‘, ‚Identität‘ und ‚Körpern‘ und inwiefern tragen sie zu einer Reproduktion von Ungleichheit bei? *Zweitens* soll der Blick von der technischen Machbarkeit weg hin zu ihren sozialen Folgen gerichtet werden. Schließlich verändern sich mit dem Bedeutungszuwachs digitaler Technologien in der Arbeitswelt nicht nur die Arbeitsmittel, sondern diese haben auch unterschiedliche Effekte für die mit ihnen arbeitenden Menschen. *Drittens* geht es darum, den Mythos der Eigenlogik und der Zwangsläufigkeit der technischen Entwicklungen zu durchbrechen und den Aspekt der Gestaltung von Arbeit und damit auch die Herstellung von Geschlechterdemokratie ins Zentrum zu stellen.

Dimensionen der Digitalisierung

In aller Kürze lassen sich vier unterschiedliche Dimensionen der so genannten „Digitalen Revolution“ für Arbeit und Wirtschaft identifizieren (vgl. z.B. Ittermann/Niehaus 2015; Rinne/Zimmermann 2016, Kutzner/Schnier 2017): (1) Die erste Dimension betrifft die veränderte Bedeutung und die veränderte Nutzung

von Informationen. Manuel Castells (2001, 83) beschreibt mit dem Begriff des „informationellen Kapitalismus“ eine Entwicklung, in der die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit „von ihrer Fähigkeit abhängig sind, auf effiziente Weise wissensbasierte Information hervorzubringen, zu verarbeiten und anzuwenden“. Die Bedeutung von *Big Data* für den Erfolg einzelner Unternehmen geht einher mit einer veränderten Nutzung der Ware Arbeitskraft. (2) Es findet eine Hybridisierung von Erwerbsformen statt. In einigen Branchen werden aus abhängig Beschäftigten so genannte „Arbeitnehmerselbständige“ (Rinne/Zimmermann 2016, 6). Merkmale dieser Arbeitnehmer_innengruppe ist, dass sie projektförmig und agil arbeitet, keinen festen Arbeitsort hat und/oder über Plattformen im Internet ihre Leistungen anbietet. Es handelt sich dabei um Personen mit unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen, die ihre Arbeitskraft unter unterschiedlich prekären Verkaufsbedingungen anbieten. Die Spannweite reicht von den so genannten „Click-Workern“ in der digitalen Mikroökonomie bis zu sehr spezialisierten Fachkräften. Während die einen in direkter Konkurrenz zueinander stehen und sich im Preis für ihr Produkt unterbieten – für Übersetzungen oder Transkriptionen bezahlen Auftraggeber_innen je nach Qualitätsstufe zwischen 1,3 bis 10 Cent pro Wort (www.clickworker.de/preise/) –, werden die hochqualifizierten und spezialisierten Selbständigen, die für feste Auftraggeber_innen die Projektsteuerung oder Planungsaufgaben übernehmen, in der Regel gut bezahlt (Leimeister/Durward/Zogai 2016). Berufliche Qualifikation spielt auch bei der Analyse der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle und leitet über zur dritten Dimension (3): Die Substitution von Beschäftigten durch Maschinen, Roboter und Computerprogramme. Die Arbeitsmarktforschung entwickelt regelmäßig Szenarien über wegfallende und neu entstehende Arbeitsplätze. Als Ausgangspunkt der Substitutionsdebatte identifiziert Oliveira (2017) die von Frey und Osborne im Jahr 2013 erschienene Studie, nach der innerhalb der nächsten zwanzig Jahre nahezu die Hälfte aller Arbeitsplätze in den USA automatisiert und damit von Computern bzw. Maschinen übernommen werden würden. Die analog zu dieser Untersuchung vom Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim/ZEW (Düll et al. 2016) angefertigte Studie für Deutschland kommt zu einem Automatisierungspotenzial von 42% aller Arbeitsplätze. In beiden Studien werden jedoch nur die wegfallenden Arbeitsplätze in den Blick genommen und nicht die im Zuge der Digitalisierung neu entstehenden Tätigkeitsfelder und Berufe.

Im Unterschied zu früheren Rationalisierungsmaßnahmen im Zuge technischer Entwicklungsschübe, die in erster Linie Menschen mit geringer und mittlerer Qualifikation betroffen haben, scheinen jetzt auch Beschäftigte mit höherer beruflicher Qualifikation von digitalen Automatisierungsprozessen betroffen zu sein. Es wird angenommen, dass Menschen insbesondere in jenen Berufen durch Maschinen bzw. Roboter ersetzt werden können, in denen es auf Präzision und Routine ankommt, während Berufe und Tätigkeiten, in denen es um soziale Intelligenz, Kreativität oder „unternehmerisches Denken“ geht – die Rede ist z.B. von Ärzt_innen, Lehrer_in-

nen, Psycholog_innen, Trainer_innen etc. –, auch in Zukunft von Menschen erbracht werden (vgl. Rinne/Zimmermann 2016, 4).

Daran schließt sich die Frage an, (4) in welchen Arbeitsfeldern die digitale Technik derzeit Anwendung findet und wie sich dadurch die Arbeitsprozesse, z.B. in Richtung Rationalisierung, Beschleunigung und Kontrolle, ändern. In einigen wirtschaftlichen Bereichen handelt es sich bei der Digitalisierung offensichtlich um eine Fortsetzung und Intensivierung einer Entwicklung, die bereits in den 1960er Jahren und mit dem Gebrauch der ersten Industrieroboter eingesetzt hat: Produktionsprozesse werden beschleunigt und – wie es heißt – ‚optimiert‘, indem Maschinen statt Menschen zur Übernahme von Steuerungs- und Regelungsaufgaben eingesetzt werden. Neu ist jedoch, dass die Maschinen nicht mehr nur standardisierten Abläufen folgen, sondern durch die Ausstattung mit künstlicher Intelligenz flexibler geworden sind. Produktionsabläufe werden so – auch jenseits der Unternehmensgrenzen – miteinander vernetzt und der Einbau von Mikroprozessoren ermöglicht Formen der Selbststeuerung und Selbstüberwachung der Systeme. Diese hier nur knapp skizzierten Dimensionen der Digitalisierung von Arbeit zeigen zunächst einmal die Breite des Gegenstandes.

Jenseits von Geschlecht?

Die gegenwärtige Debatte um die Digitalisierung von Arbeit evoziert Fragen danach, welche Arbeit überhaupt gemeint ist. Es entsteht der Eindruck, dass die Zukunft der digitalisierten Arbeit beinahe ausschließlich anhand traditionell männlicher Berufe und Branchen verhandelt wird – jedoch zugleich allgemeine Entwicklungen beschrieben werden. Zugespitzt formuliert: „Arbeit 4.0“ wird mit „Industrie 4.0“ gleichgesetzt. Dass Arbeit im Dienstleistungsbereich in der Regel andere Merkmale trägt als die Arbeit in der Industrie bzw. im Fertigungsbereich², gerät damit aus dem Blick, und es werden Veränderungen dort im Kontext der Digitalisierung nur am Rande analysiert.³ Damit bleibt die Produktion von Wissen über die so genannte Digitale Revolution überwiegend den bestehenden geschlechtlichen Trennungen und Hierarchisierungen verhaftet und trägt zu ihrer Reproduktion bei.

Deutlich wird dies bereits bei der bildlichen Darstellung der Veränderungen in der Arbeitswelt. Sucht man im Internet nach Abbildungen zum Thema Entwicklung von Assistenzsystemen, werden fast ausschließlich Arbeitssituationen gezeigt, in denen Männer mit den neuen technischen Assistenzsystemen – Datenbrille, Bildschirm, Tablet u.ä. – in überwiegend industrieller Produktion tätig sind. Die wenigen abgebildeten Frauen nutzen hingegen digitale Assistenzsysteme im Bereich der Pflege. Auch die Roboter, die menschliche Tätigkeiten übernehmen sollen, entsprechen nicht nur menschlichen Körpern, sondern sie entsprechen zugleich männlichen oder weiblichen Körpern samt den dazugehörigen Gender-Markern.

Der Grad der Digitalisierung unterscheidet sich zudem je nach Sektor und Tätigkeitsbereich deutlich. Digitale Techniken werden zu verschiedenen Zwecken, wie z.B. zur Entwicklung autonomer Systeme oder digitaler Assistenzsysteme, zur Vernet-

zung oder zur Überwachung eingesetzt. Dementsprechend ist anzunehmen, dass die Prozesse der Digitalisierung und der damit vielfach beschworene Wandel von Arbeit wahrscheinlich nicht automatisch mit einem Abbau bestehender Ungleichheiten und neuen Chancen für Gleichstellung, sondern mit widersprüchlichen Entwicklungen verbunden sind. Dieser Punkt ist insofern wichtig, als die Digitalisierung von Arbeit dort, wo Geschlecht berücksichtigt wird, häufig mit der Erwartung verbunden wird, dass diese zu veränderten Geschlechterarrangements und damit zu mehr Gendergerechtigkeit führt (z.B. Marrs/Bultemeier 2016). Zwei Argumente werden dabei meist herangezogen: Das erste Argument lautet, dass neue flexible Arbeitszeitmodelle und die verbesserten Möglichkeiten des home office im Zuge vernetzter Systeme die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Davon würden unter den gesellschaftlich weiterhin dominanten Mustern der privaten Arbeitsteilung besonders Frauen profitieren. Es stellt sich allerdings die Frage, inwiefern diese Hoffnung auf neue, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle nicht etwas verfrüht ist: Bislang ist es nur einem vergleichsweise geringen Anteil der Beschäftigten möglich, ihre Arbeit – zumindest zeitweise – außerhalb des Betriebes zu erledigen. Eine Studie des DIW von 2016 zeigte, dass nur 12% der abhängig Beschäftigten die Möglichkeit „Flexibler RaumZeiten“ (Marrs/Bultemeier 2016, 8) hatten. Dies kann als Hinweis daraus verstanden werden, dass die Möglichkeiten der Nutzung mobilen Arbeitens jenseits der technischen Machbarkeit auch von der jeweiligen Unternehmenskultur sowie von Qualifikationslevel, beruflicher Stellung und ohnehin schon vorhandenen flexiblen Arbeitszeitmodellen abhängen. Jenseits der bislang noch geringen Verbreitung und Nutzung mobilen Arbeitens ist zudem zu überlegen, ob damit automatisch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert wird. Zwar können Pendelzeiten reduziert werden oder spontane Betreuungslücken abgedeckt werden, aber die Vorstellung, dass die Erwerbsarbeit quasi parallel zur Sorgearbeit geleistet wird, übersieht nicht nur die unterschiedlichen Anforderungen, die an die Subjekte gestellt werden, sondern auch die zeitliche Unvereinbarkeit. Insofern schaffen flexible Arbeitszeitmodelle nicht immer neue Freiräume, sondern führen – wie aktuelle Studien zeigen – vielmehr zum Gefühl der Allzeitverfügbarkeit der Beschäftigten und zu Stress und Überforderung (vgl. Carstensen 2016).

Ein zweites Argument, mit dem die Vorteile der Digitalisierung für Frauen aufgezeigt werden, ist die Annahme, dass Digitalisierung mit kooperativen Führungsstilen verbunden sei und dadurch Frauen der Zugang zu Führungspositionen erleichtern würde. Dabei wird nicht nur von geschlechterstereotypen Vorstellungen ausgegangen, nach denen Frauen die besseren ‚Teamplayer‘ seien, sondern es werden auch die strukturellen, teils unsichtbaren Barrieren in Organisationen ignoriert.

Arbeitshandeln jenseits technischer Routinen

Auch die Wirkungen technischer Artefakte auf die sie nutzenden Subjekte müssen in den Blick genommen werden. Anschließend an den Ansatz des New Materialism

(vgl. z.B. Bath et al. 2017) kann davon ausgegangen werden, dass das Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt weniger dualistisch zu begreifen ist und dass die „Objekte“ nicht einfach existieren, sondern ein gewisses Eigenleben entwickeln und die menschliche Aktivität beeinflussen. Wie verändert also die technische Entwicklung die Wissensproduktion? Welche Kompetenzen werden verlangt und welche Kompetenzen verschwinden? Auch der mit der digitalen Vernetzung angestrebte verbesserte Informationsaustausch kann zu neuen Formen der normierenden Selbststeuerung führen, wie sie in den Gouvernementalitätsstudien (z.B. Bröckling/Krasmann/Lemke 2000) aufgezeigt wurden: Wenn in Unternehmen über soziale Medien tatsächlich mehr Informationen geteilt werden und die persönliche Anwesenheit nicht mehr Voraussetzung für die Teilhabe an Kommunikationsprozessen ist, kann dies als Ausdruck flacherer Hierarchien und größerer Transparenz interpretiert werden. Es ist allerdings zu fragen, ob die digitalisierte Kommunikation die gleiche Intensität besitzt wie die face-to-face Interaktion und zu einem befriedigenden Modus der Anerkennung werden kann. Zudem erfordern soziale Medien auch eine gewisse Reaktion, eine Teilnahme am virtuellen Gespräch. Eine Nicht-Kommentierung, ein Nicht-Teilen einer Information oder das Nicht-Abonnieren eines Tweets ist quasi nicht möglich, da die Aktivität im digitalen Raum messbar ist und auch entsprechend erwartet wird. Die Messbarkeit von Aktivität ist zudem der Punkt, wo die Möglichkeiten der Digitalisierung auch zur besseren Vermessung der Leistung und zur bereits angesprochenen Kontrolle und Überwachung von Arbeitsabläufen genutzt werden können (DGB 2017, 58).

Wider die Automatismen: Gestaltung von Arbeit

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, dass die Vorstellung einer eigengesetzlichen Technikentwicklung in Frage gestellt werden muss und vielmehr die Gemachtheit und damit auch die Gestaltbarkeit des technischen Wandels sowie seine soziale Bedingtheit in den Blick genommen werden müssen. Die Science & Technology Studies (für einen Überblick Weber 2006; Wajcman 2007) haben von Beginn an darauf hingewiesen, dass wir es nicht einfach mit technischen Entwicklungen zu tun haben, sondern Technik von Subjekten unter bestimmten Bedingungen mit bestimmten Interessen entwickelt *wird*. Das bedeutet, genauer hinzuschauen, *wer*; *was*, *wann*, *wie* und *warum* entwickelt. Neben der Diskussion über die Entwicklung von Software und von Algorithmen zur Bilderkennung, in denen sich z.B. rassistische und sexistische Muster finden lassen, stellt sich für den Bereich von Arbeit die Frage, warum sehr viel Geld in die Entwicklung eines digitalen Assistenzsystems gesteckt wird – aber die Bezahlung von Fachkräften in der Altenpflege unterdurchschnittlich bleibt. Ist alles das, was technisch machbar ist, auch gesellschaftlich gewünscht und sinnvoll?

Die Chancen und Risiken der Digitalisierung lassen sich nicht allein durch die Potenziale der neuen Technologien erklären, weshalb es von Bedeutung ist, einen Blick

auf den Wandel von Arbeit einzunehmen, der diesen als Ergebnis bestimmter „Triebkräfte“ (Kocka 2000, 479) begreift und damit den Aspekt der Gestaltbarkeit von Arbeit ins Zentrum stellt. Dazu habe ich an anderer Stelle vor einiger Zeit vorgeschlagen, „Arbeit als politisches Feld“ zu begreifen (Scheele 2008, 2010). Mit dieser Perspektive sollen die getrennten Sphären Wirtschaft und Politik zusammengeführt werden und der Vorstellung entgegengetreten werden, dass Auseinandersetzungen oder Entscheidungen im Bereich von Arbeit vorrangig als Ergebnis rationaler oder durch gleichberechtigte Verhandlungen getroffener Entscheidungen bzw. als zwangsläufige Erscheinung technischer Entwicklungen wahrgenommen werden. Im Unterschied zu Ansätzen, die ihren Gegenstand funktionalistisch in verschiedene Systeme aufsplittern, eröffnet dieses Verständnis die Chance, die (geschlechtszuschreibende) Organisation, Verteilung und Bewertung von Arbeit und die auch in ihrem Wandel wirksamen Geschlechterstereotypen und -hierarchien als soziale Konstruktionen erfassen zu können, die auch einer alternativen Gestaltung zugänglich gemacht werden können (vgl. Scheele 2010). Zentral ist in dieser Perspektive, immer wieder zu fragen: Welche spezifischen Interessen sorgen für bestimmte Organisationsformen und privilegierte bzw. sanktionierte Verhaltensweisen? Ähnlich formulierte es auch vor einiger Zeit die Arbeitssoziologin Sabine Pfeiffer (2015, 19ff., zit. n. Kutzner/Schnier 2017, 140): „Was sich in welchen Branchen und Unternehmen durchsetzen wird, hängt [...] von ganz unterschiedlichen Settings aus Automatisierungsgrad, Produktkomplexität, Wertschöpfungsketten, Produkttechnologien und vielem mehr ab. [...] Was morgen Realität werden könnte, (ist) [...] immer Ausdruck des Wollens entscheidender und gestaltender Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft“.

Aufgrund der strukturellen Trennung von Erwerbs- und Reproduktionssphäre, der Vergeschlechtlichungsprozesse in Organisationen und des *doing inequality* in der Entwicklung digitaler Technologien besteht die Herausforderung darin, Digitalisierungsprozesse dahingehend zu untersuchen, inwieweit diese bestehende Geschlechterhierarchien in der Arbeitswelt verstärken – oder doch zu einem Abbau beitragen können. In ihren konzeptuellen Überlegungen zur Analyse der Geschlechterverhältnisse im Zuge der Digitalisierung verweisen Edelgard Kutzner und Veronika Schnier (2017, 152) auf die von Judy Wajcman formulierte These, dass jede neue Technologie Anlass sein kann, „Geschlechterverhältnisse neu zu verhandeln, Machtverhältnisse, Rollenzuschreibungen, Arbeitsteilungen zu hinterfragen“. Dazu bedarf es jedoch eines Bewusstseins über die Reproduktion von Geschlechterungleichheiten, über androzentrische Strukturen und darüber, dass systematische Ignoranz kapitalistischer Produktionsweise gegenüber der Wiederherstellung ihrer (noch) notwendigen Arbeitskraft bislang nur möglich war, da diese mit der geschlechtlichen Arbeitsteilung verknüpft wurde. Eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse setzt deshalb voraus, sich von dem Leitbild eines Normalarbeitsverhältnisses zu verabschieden und die wechselseitige Abhängigkeit des Menschen in den Blick zu nehmen. Ansätze zur Gestaltung des digitalen Wandels, die diesen Zusammenhang nicht ausreichend in den Blick nehmen, werden kaum zu einem Abbau von Geschlechterungleichheiten

in der Arbeitswelt beitragen. Ob die Arbeitswelt in naher Zukunft gänzlich auf die menschliche Arbeitskraft und damit auch ihre Reproduktion verzichten kann, lässt sich derzeit nicht voraussagen – ob es wünschenswert wäre, ist eine andere Frage.

Anmerkungen

- 1 Es handelt sich um eine gekürzte und leicht überarbeitete Fassung meines Beitrages (Scheele 2018), der in dem Band „Wirtschaftsdemokratie neu denken“ von Alex Demirovic erschienen ist.
- 2 Merkmale der Dienstleistungsarbeit sind: a) Immaterialität des Gutes/der Leistung, b) un-actu-Prinzip, c) Kundenbeteiligung (vgl. Jacobsen 2013).
- 3 Ausnahmen sind z.B. das Projekt Prävention von Belastungen bei formalisierter Arbeit in Dienstleistung und technischer Entwicklung (PräFo) an der Universität Augsburg und dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in München, die Analyse industrienaher Dienstleistungen (Schmalzer/Ganz 2015) oder auch zur industriellen Einfacharbeit (Kutzner/Schnier 2017).

Literatur

Bath, Corinna/Meissner, Hanna/Trinkaus, Stephan/Völker, Susanne (Hg.), 2017: Verantwortung und Unverfügbarkeit. Impulse und Zugänge eines (neo)materialistischen Feminismus. Münster.

Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.), 2000: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M..

Carstensen, Tanja, 2016: Ambivalenzen digitaler Kommunikation am Arbeitsplatz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 18-19, 39-46.

Castells, Manuel, 2001: Netzwerkgesellschaft. Das Informationszeitalter: Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Opladen.

DGB, 2017: Verbreitung, Folgen und Gestaltungsaspekte der Digitalisierung in der Arbeitswelt. Institut DGB-Index Gute Arbeit. Berlin.

Düll, Nicola/Berschek, Irene/Dworschak, Bernd/Meil, Pamela/Niebel, Thomas/Ohnemus, Jörg/Vetter, Tim/Zaiser, Helmut, 2016: Arbeitsmarkt 2030. Digitalisierung der Arbeitswelt. Fachexperten zur Prognose 2016, Bundesministerium für Arbeit und Soziales. München.

Ittermann, Peter/Niehaus, Jonathan, 2015: Industrie 4.0 und Wandel von Industriearbeit. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Ittermann, Peter/Niehaus, Jonathan (Hg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen. Baden-Baden, 32-53.

Jacobsen, Heike, 2013: Dienstleistung und Dienstleistungsgesellschaft. In: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Wiesbaden, 184-198.

Jürgens, Kerstin/Hoffmann, Reiner/Schildmann, Christina, 2017: Arbeit transformieren! Denkanstöße der Kommission „Arbeit der Zukunft“. Bielefeld.

Kocka, Jürgen, 2000: Arbeit früher, heute, morgen: Zur Neuartigkeit der Gegenwart. In: Kocka, Jürgen/Offe, Claus (Hg.): Geschichte und Zukunft der Arbeit. Frankfurt/M., New York, 476-492.

Kutzner, Edelgard/Schnier, Victoria, 2017: Geschlechterverhältnisse in Digitalisierungsprozessen von Arbeit. In: Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik. 26 (1), 37-157.

Leimeister, Jan Marco/Durward, David/Zogai, Shkodran, 2016: Crowd Worker in Deutschland. Eine empirische Studie zum Arbeitsumfeld auf externen Crowdsourcing-Plattformen. Hans-Böckler-Stiftung Study Nr. 323. Düsseldorf.

- Marrs, Kira/Bultemeier, Anja** (Hg.), 2016: Frauen in der digitalen Arbeitswelt von morgen. München.
- Oliveira, Deborah**, 2017: Gender und Digitalisierung. Wie Technik alleine die Geschlechterfrage nicht lösen wird. HBS Working Paper Forschungsförderung 37.
- Rinne, Ulf/Zimmermann, Klaus F.**, 2016: Die digitale Arbeitswelt von heute und morgen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 18-19, 3-9.
- Scheele, Alexandra**, 2008: Arbeit als politisches Feld. Politikwissenschaftliche Perspektiven für die feministische Arbeitsforschung. Münster.
- Scheele, Alexandra**, 2010: Emanzipatorische Potentiale einer Zusammenführung von Arbeit und Politik. In: Frey, Michael/Heilmann, Andreas/Lohr, Karin/Manske, Alexandra/Völker, Susanne (Hg.): Perspektiven auf Arbeit und Geschlecht. Transformationen, Reflexionen, Interventionen. München/Mering, 119-134.
- Scheele, Alexandra**, 2018: Digital First – Gleichstellung Second? Perspektiven auf die Zukunft der Arbeit. In: Demirović, Alex (Hg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken. Münster, 105-117.
- Schnalzer, Kathrin/Ganz, Walter**, 2015: Herausforderungen der Arbeit industrienaher Dienstleistungen. In: Hirsch-Kreinsen, Hartmut/Ittermann, Peter/Niehaus, Jonathan (Hg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen. Baden-Baden, 87-108.
- Wajcman, Judy**, 2007: From Women and Technology to Gendered Technoscience. In: Information, Communication & Society. 10 (3), 287-298.
- Weber, Jutta**, 2016: From Science and Technology to Feminist Technoscience. In: Davis, Kathy/ Evans, Mary/Lorber, Judith (Hg.): Handbook of Gender and Women's Studies. London, 397-414.

„Wo bleibt euer Aufschrei?“¹ Rassistische Umdeutungen von #aufschrei und #metoo durch Identitäre Frauen

ALIA WIELENS

Einleitung

Instagram, Twitter, Facebook, YouTube, Blogs, Apps, Kampagnen, Crowd-Funding – diese und weitere (soziale) Medien nutzt insbesondere die *Identitäre Bewegung*² als Plattform zur Verstärkung ihrer Selbstdarstellung sowie als „politisches Influencing“ (Hinze 2019, 17) und damit zur Mobilisierung und Rekrutierung. Durch die verkürzte Darstellung politischer Inhalte in kurzen Videoclips betreiben Identitäre eine „YouTubifizierung der Politik“ (Keen 2008, 79 zit. n. Salzborn 2017, 130).

In den letzten zwei Jahren haben identitäre Frauen verstärkt den Versuch unternommen, ihre extrem rechte Propaganda in Form von Kampagnen und Hashtags durch soziale Medien in die Gesamtgesellschaft zu tragen und damit ihre Diskurse zu normalisieren und letztere weiter nach rechts zu verschieben. Dafür nutzen sie einerseits gesamtgesellschaftliche „Anschlussstellen“ bzw. „Gelegenheitsstrukturen“ (Benthin

2004, 49), an denen sie ihre Diskurse andocken und versuchen andererseits, feministische Diskurse umzudeuten, wenn nicht sogar zu kapern (Wielens 2017). Die am 19. Dezember 2016 von Kontrakultur Halle, einem identitären Ableger aus Halle, veröffentlichte „Botschaft an die Frauen“ auf YouTube, sowie der identitäre Hashtag 120dB (2018) sind zwei Beispiele, wie Identitäre versuchen, sich feministische Debatten wie #aufschrei und #metoo unter rassistischen Vorzeichen anzueignen. Dafür können sie an den bereits rassistisch geführten Diskurs, den zum Ereignis gewordenen Köln (vgl. Dietze 2016), anknüpfen. Der Diskurs identitärer Frauen geht dabei allerdings über eine *Ethnisierung von Sexismus* (vgl. Jäger 1996) hinaus: Ohne die diskurstragende Kategorie Volk lässt sich die identitäre Propaganda nicht verstehen. Zuerst wird dazu ein kurzer Überblick über die Einordnung der Identitären Bewegung gegeben, bevor anhand der beiden Kampagnen die Aneignungsversuche aufgezeigt werden.

Extrem rechtes Netz: Eine ‚Kriegserklärung‘ der Identitären

Die zur Nouvelle Droite und Neuen Rechten³ zählende extrem rechte Génération identitaire (Identitäre Generation) hat in ihrer Entstehungsgeschichte von Beginn an die Verknüpfung realer und virtueller Räume gesucht und öffentlichkeitswirksam gearbeitet. Nach der Besetzung einer Moschee in Poitiers (Frankreich) im Oktober 2012 veröffentlichten sie das Video „Déclaration de guerre“ – „die Kriegserklärung“ an die 68er Bewegung (vgl. MarineNotreEspoir 2012). Seither versuchen Identitäre, sich online und offline Räume anzueignen, ihre extrem rechten Weltbilder in einen demokratischen Diskurs zu tragen und die Deutungshoheit über bestimmte Diskurse zu erlangen. Online sind sie auf individuell oder gemeinsam betriebenen YouTube-Kanälen, wie z.B. Laut gedacht, Facebook-Gruppen, Instagram und Twitter-Accounts oder großangelegten Kampagnen wie Defend Europe⁴ und 120 dB aktiv.

Die Génération identitaire entstand aus extrem rechten Gruppierungen und Parteien in Frankreich, genauer gesagt einerseits aus der Jugendabteilung des bloc identitaire im Jahr 2002, der sich dann im Jahr 2009 in die politische Partei Nouvelle Résistance umwandelte – und andererseits der Jeunesse identitaire (vgl. Camus 2017, 239). Sie verbreitete sich unter dem Lambda Symbol als gemeinsame Marke bzw. „Corporate Identity“ (Bruns/Glösl/Strobl 2016, 68) agierend bald in bis zu mindestens sieben weiteren europäischen Ländern.⁵ Erklärtes Ziel ist es, sowohl ‚kulturelle Hegemonie‘ herzustellen als auch Deutungshoheit über Diskurse zu erlangen. Eingebunden in ein extrem rechtes Netzwerk unterhalten Identitäre in Deutschland und Österreich sowohl Verbindungen in neonazistische und neurechte Kreise, wie die Kameradschaftsszene, Burschen- und Damenschaften, sowie zur Alternative für Deutschland (AfD) und zur Jungen Alternative (vgl. Ayyadi 2017, o. S.; Karig 2016, o. S.; vgl. Wielens 2017, 22, vgl. Wielens/Klieme/Inowlocki i. E.).⁶

Das identitäre Weltbild baut auf einem völkisch-rassistischen Ethnopluralismus als „Konstruktion kulturell homogener und identischer partikularer Abstammungsge-

meinschaften“ (Globisch 2011, 204) auf, in welchem dem Individuum nicht viel Wert zukommt. Während sich der Ethnopluralismus vordergründig auf (ahistorische, statische) Kulturen beruft, werden diese letztendlich zu einem biologistischen Verständnis von so genannter ‚Rasse‘ oder Volk gewendet (vgl. Wielens 2017, 27). Das Phantasma des ‚Großen Austauschs‘ spielt eine besondere Rolle: die von Identitären imaginierte homogene Volksgemeinschaft sehen die Identitären durch eine von Jüd*innen gesteuerte Einwanderung von Migrant*innen bedroht (vgl. Wielens 2017, 82). Antisemitische Figuren und Verschwörungstheorien sind Teil des Ethnopluralismus und grundlegend für das Verständnis des Großen Austauschs (vgl. ebd.). Während Jüd*innen als „Antivolk ohne Identität“ (Bergmann 2005, o. S.) verunglimpft werden, welches die ethnische Homogenität der eigenen „Volksgemeinschaft“ bedrohe (BpB 2016, o. S.), werden sie zu den eigentlichen Täter*innen erklärt, die für den gefühlten Verlust der eigenen nationalen Identität verantwortlich gemacht werden (Täter-Opfer-Umkehr).⁷

Geflüchtete und insbesondere muslimische Menschen sind für Identitäre äußere Feindbilder, während Liberale, Linke, Feminist*innen und Jüd*innen als innere Feinde markiert werden, welche für den *kulturellen Niedergang* verantwortlich gemacht werden (vgl. Bruns et al 2016, 61, Wielens 2017, 89). Diesen phantasierten Niedergang sehen die Identitären in der „Vermischung“ von „vermeintlich homogenen Kulturen und [...] in der Auflösung traditioneller Geschlechtervorstellungen“ (Bruns et al 2016, 61.). Der Aspekt der ‚Frauenrechte‘ ist gerade nach den sexuellen Übergriffen in Köln 2015/2016 zu einem der großen Themen der Identitären geworden (vgl. ebd.; vgl. Wielens 2017, 25). Dies zeigt sich anhand der beiden Kampagnen „Eine Botschaft an die Frauen“ und „120dB“, auf die folgend eingegangen wird.

Identitäre im Netz: Die Kampagnen Eine Botschaft an die Frauen und #120dB

Anhand der identitären Kampagnen „Botschaft an die Frauen“ und „#120dB“ soll aufgezeigt werden, wie sich identitäre Frauen Anschlussmöglichkeiten um das Ereignis Köln bedienen, um ihren extrem rechten Diskurs in die Gesellschaft zu tragen. Dabei wird argumentiert, dass identitäre Frauen feministische Kampagnen wie #aufschrei und #metoo nutzen, um diese zu delegitimieren und rassistisch für sich zu wenden. Dies geht über eine Ethnisierung von Sexismus hinaus. Denn der Diskurs Identitärer ist nur anhand der diskurstragenden Kategorie Volk und des Konzepts des Großen Austauschs zu verstehen.

Eine Botschaft an die Frauen – Rekrutierung auf YouTube

Das 2016 qualitativ professionell produzierte, schwarz-weiß Video der Kontrakultur Halle, ein identitärer Ableger in Halle, zeigt in Portraitperspektive drei junge selbstbewusste und entschlossene Sprecherinnen vor schwarzem Hintergrund, hinterlegt

mit populärkultureller Filmmusik (Zack Hemsey). Die drei identitären Frauen, die in der Reihenfolge abwechselnd sprechen, sind mit ihrem alternativen Auftreten nicht direkt einer (extrem) rechten Gruppierung zuzuordnen.⁸ Stattdessen stellen sie drei verschiedene Charaktere dar, die sich in ihrer Wirkmächtigkeit von sanft bis aggressiv zeigen: Person Eins mit braunen Haaren und Pony eröffnet das Video. Während Person zwei mit langen blonden Zöpfchen sanft präsentiert, tritt Person Drei mit Piercing und Pony am professionellsten, aber auch aggressivsten auf (vgl. Wielens 2017, 69). Insgesamt hatte das Video allein auf YouTube bis Dezember 2017 80.314 Aufrufe (vgl. ebd., 70). Während die visuelle Ebene drei individuell starke Frauen portraitiert, fokussiert die textliche Ebene auf eine nicht-private, unpersönliche Ebene und argumentiert nicht auf Grundlage eigener Erfahrungen, sondern verallgemeinernd für alle (weißen deutschen) Frauen in Deutschland. Im Video mobilisieren identitäre Frauen für ihren „Aufschrei“ gegen importierte Gewalt und gegen die als schuldig befundenen Volksverräter*innen: Liberale, Linke und vor allem Feminist*innen.⁹

Doch erst das Anknüpfen an „Gelegenheitsstrukturen“ (Benthin 2004, 10) ermöglicht Identitären die Aneignung und Verschiebung von Diskursen. Das beste Beispiel dafür stellt der Diskurs um die Vorfälle der Silvesternacht 2015/16, das zum *Ereignis* gewordene *Köln* (vgl. Dietze 2016), dar. Öffentlich wurde Köln zu einem Wendepunkt im Diskurs zu sexistischer und sexualisierter Gewalt mit rassistischen Vorzeichen. An dieser Gelegenheitsstruktur heften sich identitäre Frauen mit dem Video „Botschaft an die Frauen“ an. Sie machen sich die bereits eröffneten Diskursfelder zu eigen und schaffen es „ideologische Konstrukte und ein spezifisches Deutungswissen in der Öffentlichkeit wirksam werden zu lassen“ (Benthin 2004, 10). Köln als Symbol oder Chiffre dient den Identitären als Kristallisationspunkt, in welchem der *Import von Sexismus* und damit letztlich der imaginierte *Große Austausch* sichtbar wurde:

Die Silvesternacht von Köln hat das Leben der Frauen in unserem Land verändert. Über eintausend Männer, so genannte Flüchtlinge, versammelten sich, um Frauen zu demütigen, zu entehren und zu berauben. Fast ein Jahr ist das jetzt her. Noch immer sind 22 Vergewaltigungen und unzählige Nötigungen und sexuelle Übergriffe nicht aufgeklärt. Seitdem vergeht kaum ein Tag, an dem es nicht zu Gewalt von Einwanderern gegen Frauen kommt (Kontrakultur Halle 2016, #00:00:26-6#).

Die Videosequenz zeigt, wie Identitäre Köln als Anfang einer Kette von Ereignissen konstruieren, die als Beweisführung dazu dienen soll, Migranten und Geflüchtete des Imports von Sexismus und der Gewalt an deutschen Frauen schuldig zu sprechen. Statt Sexismus als ein strukturelles gesamtgesellschaftliches Herrschaftssystem zu begreifen, wird es durch die Verbindung zum Einwanderungsdiskurs als ein Problem *der Anderen* konstruiert. Identitäre gehen allerdings über die von Margret Jäger (1996) beschriebene Ethnisierung von Sexismus hinaus. Im Großen Austausch imaginieren sich Identitäre und das ‚Volk‘ als Opfer eines Krieges, aus-

gelöst durch Einwanderung, ursächlich inszeniert aber durch die zum Feindbild erklärten Feminist*innen und (links)liberale Politik. Um ihren Großen Austausch zu konstruieren, reihen identitäre Frauen Fälle sexualisierter Gewalt aneinander, die eine Systematik erzeugen, welche letztlich bis zum „Krieg gegen unsere Kultur“ (Kontrakultur Halle 2016, #00:02:58-1#) ‚Krieg gegen das deutsche ‚Volk‘ weitersponnen wird. Die Frauenbewegung zählen Identitäre strategisch zur Kultur dazu, wenn sie Sexismus als einen „Angriff auf alles, was sich Frauen in einem Jahrhundert erkämpft haben“ (ebd.), begreifen. So sehen Identitäre die „Waffe“ der Täter dieses imaginierten Krieges in der „Demütigung der Frau“ (ebd.). Angeklagt und als „Volksverräter*innen“ verurteilt, werden jedoch diejenigen, die hinter dem systematischen Großen Austausch identifiziert werden: Einerseits Linke, Liberale und Jüd*innen, da sie im identitären Denken durch Migration an der „Fragmentierung des deutschen Volks“ (Sellner 2016, #00:06:35-9#) arbeiten. Und andererseits Feminist*innen, angerufen als kollektives „ihr“, weil sie die deutsche Männlichkeit „verweichlichen“ (Manescu nach Sellner 2017, #00:25:25-8#). Denn erst durch die Schwächung deutscher Männlichkeit werde es möglich, dass „dieses Männliche aus de(r) fremdländische(n), eben nicht europäische(n) Kultur“ (ebd.) sich „so breitmachen kann“ (ebd.). Stattdessen wollten Feminist*innen Identitären „weismachen“, „(d)as machen Deutsche auch“ (Kontrakultur Halle 2016, #00:02:07-0#) und „Fremden Schutz gewähren, doch die Frauen schützt ihr nicht“ (ebd., #00:02:21-1#).¹⁰

Die Empörung konstruieren identitäre Frauen durch die Parallelisierung der #aufschrei Debatte mit systematisierten Fällen von Mord und Vergewaltigung durch Migranten und Geflüchtete: „Ihr habt einen Shitstorm losgetreten, weil Rainer Brüderle eine Journalistin angebaggert hat, aber ihr schweigt, wenn es um Mord und Vergewaltigung geht“ (ebd., #00:02:21-1#). Gleichzeitig versuchen sie einerseits, feministische Politiken und die #aufschrei Debatte über diese Parallelisierung zu entkräften, zu delegitimieren und als Verrat am Volk zu konstruieren. Andererseits inszenieren sie sich als die wahren „Frauenrechtler“ (Compact Magazin 2017, 15), wenn sie namentlich anknüpfend an die #aufschrei Debatte, (deutsche weiße) Frauen fragen: „Wo bleibt euer Aufschrei?“ (ebd., #00:02:54-9#) und ‚ihr‘ Volk proklamieren (vgl. ebd. #00:03:03-0#“). Für die Empörung, den *Aufschrei*, auf welchen Identitäre hinarbeiten, welche sich auch als „Affektmobilisierung und Verstandes-suspendierung“ (Salzborn 2017, 128) begreifen lässt, bedienen sie sich technischer Spezifika des Internets (vgl. ebd.). Auf der Textebene adressieren und rekrutieren sie deutsche Frauen gegen einen konstruierten Krieg, in welchem sie sich als Opfer imaginieren können. Diese Inszenierung als Opfer potenziert sich in der Kampagne um 120 Dezibel, wie wir folgend sehen werden.

120dB

2018 veröffentlichen identitäre Frauen eine neue Homepage unter dem Namen „120 Dezibel. Der wahre Austausch“:

120 Dezibel ist die Lautstärke eines handelsüblichen Taschenalarms, den heute viele Frauen bei sich tragen. 120 Dezibel ist der Name unseres Aufschreis gegen importierte Gewalt. Mach mit und erzähle unter #120db von deinen Erfahrungen mit Überfremdung, Gewalt und Missbrauch (120dB 2018).

Der Flyer, der im IB-Onlineshop¹¹ bestellt werden kann, titelt „Den Opfern importierter Gewalt eine Stimme geben“ (120db 2018, Material). Damit schließt er einerseits an das Video „Botschaft an die Frauen“ an, in welchem eine vorgeblich importierte Gewalt als Normalität bereits hergestellt wurde. Andererseits instrumentalisiert 120dB #metoo, indem z.B. der Aufbau der #metoo Debatte u.a. als Tweet auf Twitter übernommen wird. Frauen können mit Angabe ihres Namens und Orts von Erlebnissen „importierter“ sexistischer und sexualisierter Gewalt berichten:

Hattest du auch schon Erlebnisse mit importierter Gewalt oder sexueller Belästigung durch Merkels Lieblinge und wärest zudem bereit darüber zu sprechen? Reiche uns deinen Erlebnisbericht ein, damit auch dein Fall nicht verschwiegen bleibt (120db 2018).

Mit 120dB knüpfen Identitäre an Diskursstrategien aus der „Botschaft an die Frauen“ wie den Großen Austausch und Volksverrat an, indem sie u.a. rechte Synonyme für Geflüchtete, „Merkels Lieblinge“ (ebd.), verwenden.

Identitäre (Frauen) positionieren sich mit beiden Kampagnen gegen verschwimmende Grenzen – zwischen Geschlechtern und ‚Völkern‘. Die Verschränkung zwischen beiden resultiert aus einer Volksideologie, in welcher Frauen(*körper*) als *Grenzkörper* zum *Volk* imaginiert werden. Deutsche Frauen als Grenzkörper zum *Volk* werden durch die importierte sexualisierte Gewalt bedroht, und deutsche Männer können dieses *Volk* aufgrund ihrer geschwächten Männlichkeit nicht mehr verteidigen.¹²

Identitäre versuchen durch die Verschränkung verschiedener Diskursstränge, vornehmlich der Diskurse zu Frauenrechten mit Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus, feministische Diskurse zu kapern und sich selbst als den „wahren(n) Aufschrei“ (120dB) zu konstruieren.

Soziale Medien als Mittel zur Normalisierung rechter Diskurse

Identitäre Kampagnen arbeiten vermehrt mit sozialen Medien, die als „Multiplikations-, Resonanz- und Mobilisierungsraum“ (Salzborn 2017, 127) und damit als Rekrutierungsinstrument fungieren. Die Eroberung der sozialen Medien muss einerseits als „neu-rechte Reaktion auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse in Form einer spezifischen politisch-kulturellen Kommunikations- und Interventionspraxis“ (Benthin 2004, 49) verstanden werden und andererseits als strategisches Handeln, welches „mit den kommunikativen Mitteln moderner (Medien-)Gesellschaften strategisch versucht, eine breitere Öffentlichkeit für Themen und Ziele der radikalen Rechten zu sensibilisieren und zu mobilisieren“ (ebd.).

Beide Kampagnen fügen sich in ein identitäres und völkisches Bild von Geschlecht ein, welches auf einem biologistischen und nationalsozialistischen Verständnis und

Frauenbild von Mutterschaft beruht, in welchem beide Geschlechter als komplementär, („gleich-wertig“), aber nicht „gleichartig“ begriffen werden (vgl. u.a. Bruns/Glösl/Strobl 2016, 201ff). Die Familie stellt in diesem Kontext die ‚Zelle des Volks‘ dar. Frauen kommt die Funktion zu, das Volk zu erhalten und zu reproduzieren, der eingeforderten soldatischen Männlichkeit der Schutz der Grenzen (vgl. ebd.). Für die Differenz der *Geschlechter* und der *Völker* setzen sich identitäre Frauen als die wahren „Frauenrechtler“ (sic!) (Compact 2017, 15) und Schützer*innen des (deutschen) Volks ein (vgl. Wielens 2017, 89).

Das Anknüpfen an den Diskurs um Köln zeigt, dass sich identitäre Frauen gesamtgesellschaftlicher Anschlussstellen bedienen, um ihre extrem rechte Ideologie in den Gesamtdiskurs zu transportieren und Diskurse weiter zu radikalieren (vgl. ebd., 7). Identitäre, wie Neue Rechte allgemein, müssen verstärkt in ihrer Strategie, politisch-ideologisch rechte Normalisierung und Radikalisierung von Diskursen (vgl. Benthin 2004, 43) zu betreiben, in den Blick genommen werden. Denn durch ihre Strategie der „Entgrenzung“ (ebd.) wird Unsagbares sagbar und die Akzeptanz für extrem rechte Positionen in die hegemoniale politische Öffentlichkeit getragen (vgl. ebd.) und unter dem Deckmantel der „Meinungsfreiheit“ legitimiert.

Identitäre eignen sich virtuelle und reale Räume an. Die Auseinandersetzung mit extrem rechten Akteur*innen, ob auf der Buchmesse, an den Universitäten oder im Netz hat von wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Seite viel zu lange auf sich warten lassen, sodass es ihnen teilweise gelungen ist Diskurse zu verschieben. Samuel Salzborn (2017, 132) sieht daher den einzigen „Ausweg aus diesem Dilemma“ in der „konsequenten Ausgrenzung völkischer Positionen aus den öffentlichen Debatten“:

Denn diametral zu der von Noelle-Neumann (1980) beschriebenen ‚Schweigespирale‘, bei der Menschen aufgrund ihrer Annahme, ihre Position sei nicht mehrheitsfähig, mit ihr öffentlich zurückhaltend umgehen, agieren die völkischen Rebell(inn)en: sie folgen einer permanent raunenden Gerüchtespirale, bei der sie sich durch die wahrheitswidrige Unterstellung, ausgegrenzt zu sein, permanent Gehör für ihre antidemokratischen Positionen verschaffen und sie dadurch verbreiten können.

Digitale Medien sind sowohl als Verstärkerfunktion (vgl. Salzborn 2017, 127) sowie als Rahmen, über den eine Modernisierung rechter Diskurse stattfindet, zu betrachten (vgl. Wielens/Klieme/Inowlocki 2019). Zwar sind Frauenthemen in der extremen Rechten kein neues Terrain und Thema, die versuchte Aneignung explizit feministischer Kampagnen aber schon. Das bedeutet Anknüpfungen an Mainstream-Diskurse einerseits und Kontinuitäten „klassischer“ Themen der Rechten zum Nationalsozialismus wie zum Beispiel der Täter-Opfer-Umkehr andererseits (vgl. ebd.). Die (digitalen) Medien stützen das Projekt des Kampfes um rechte Hegemonie der Identitären. Das fehlende Bewusstsein für das instrumentell-strategische Verhältnis der Rechten zur oft bemühten Meinungsfreiheit (vgl. Salzborn 2017, 17), verkürt extrem rechte Ideologien zu „Meinungen“, denen mit einem besseren Argument zu

begegnen sei. Tatsächlich erscheint dies als Ausdruck einer „Phantomsouveränität“ (Wielen/Klieme/Inowlocki 2019), und trägt damit zur Verrohung demokratischer Diskurse bei (vgl. ebd.).

Anmerkungen

- 1 Kontrakultur Halle, 2016, o. S.
- 2 Identitäre nutzen insbesondere soziale Medien, um ihre Wirkmächtigkeit zu verstärken. Die tatsächliche Größe Identitärer in Deutschland beruft sich ca. auf 400 Personen (vgl. Glösel 2018, o. S.). Hentges/Kököran/Nottbohm (2014, 20) haben die Identitäre Bewegung (IB) aus bewegungstheoretischer Sicht analysiert und kommen zu dem Fazit, dass es sich um keine Bewegung im engeren Sinne handelt, sie am ehesten als kulturorientierte und identitätsorientierte ‚Bewegung‘ zu charakterisieren sei. Gleichzeitig plädieren sie dafür, den vermeintlichen Widerspruch zwischen virtueller und realer Ebene aufzulösen, um dadurch den ideologisierenden und mobilisierenden Einfluss Identitärer auf Jugendliche in den Blick zu nehmen (vgl. ebd., 1).
- 3 Die Nouvelle Droite (Frankreich) entstand in den 1960er Jahren aus antidemokratisch-antegalitären Rechten in Frankreich und erklärte die Kulturrevolution von rechts (vgl. Schmid 2009, 5ff). In den gegründeten elitären Think-Tanks wie GRECE und dem Club d’Horloge diskutieren vor allem Akademiker*innen und Intellektuelle die notwendige Vorarbeit zum „Kampf um die Neugewinnung ideologischen und kulturellen Terrains“ (ebd., 7). Im Fokus stand die „nationale Identität“ (vgl. Hentges et al, 2014, 1). Die Zusammenarbeit zwischen Hennig Eichberg und Alain de Benoist zeigen Synergien zwischen der Nouvelle Droite und Neuen Rechten auf (vgl. Weiß 2017, 32). Dabei wird insbesondere auch versucht ideologische Anleihen bei Linken zu finden, um sich in keine eindeutige Denkrichtung einordnen zu lassen (vgl. ebd., 33). Trotz der Synergien sind Kontexte und theoretische Bezüge teils andere.
- 4 Im Sommer 2017 charterten Identitäre ein Schiff (C-Star) und im April 2018 einen Helikopter, um in ihrer menschenverachtenden Kampagne ‚Defend Europe‘ Menschen aktiv von der Flucht abzuhalten.
- 5 Die Génération identitaire (GI) dient zwar allen anderen identitären Gruppen in Europa als gemeinsamer Rahmen vereinernd unter dem gelben Lambda-Symbol, doch unterscheiden sie sich kontextspezifisch. Dieses Feld bedarf allerdings weiterer Forschung. Aufgrund der europäischen Ausrichtung und Ausbreitung der IB ist es auch wichtig Parallelen, Anknüpfungspunkte, aber auch Unterschiede der IB in unterschiedlichen Ländern herauszuarbeiten, um verstehen zu können aus welchen Kontexten und gesellschaftlichen (Herrschafts-) Verhältnissen Identitäre ihre Annahmen produzieren. Jean-Yves Camus (vgl. 2017, 245ff) beschreibt diese Unterschiede und Kontexte anhand der französischen Génération Identitaire. Sie nehme starken Bezug auf einen einheitlichen jakobinischen Staat und suche die Verbindung zwischen französischem Regionalismus, Nationalismus und einer ethno-kulturellen Einheit Europas (vgl. ebd., 245), während in Deutschland der Bezug auf die Strömung der Konservativen Revolution sehr ausgeprägt ist (vgl. TheNocturnalTimes 2017, o. S.).
- 6 Die Überschneidungen werden insbesondere im identitären Haus in Halle sichtbar (vgl. Redaktion 2017, o. S.; vgl. TheNocturnalTimes 2017, o. S.).
- 7 Holz (2004) beschreibt diese Figur als die Gefahr des „inneren Feindes“ oder als „die Figur des Dritten“, in welcher argumentiert werde, dass In- und Ausländer deutlich voneinander abgrenzbare Identitäten markieren, wohingegen „‚der Jude‘ weder das eine noch das andere sei und damit den Dritten in der Unterscheidung zwischen der eigenen und der anderen Nation“ (Salzborn 2010, 184) darstellt. Während die andere Nation lediglich eine andere Identität habe als die eigene, symbolisieren Jüd*innen in antisemitischen Phantasien die „Nicht- Identität“ (ebd.) und stellen eine Gefahr für die eigene nationale Ordnung dar (vgl. ebd.).
- 8 Die drei Sprecherinnen sind sowohl in verschiedenen identitären Regionalgruppen als auch in anderen extrem rechten Netzwerken (z.B. Damenschaften) organisiert.

- 9 In einer kritischen Diskursanalyse wurden Videos und publizierte Interviews identitärer Frauen untersucht. Die beiden Kampagnen werden als Beispiele herausgegriffen. Die Strategien der identitären Frauen lassen sich aufgrund dieser Analyse aber auch verallgemeinern.
- 10 Auf die verschiedenen antisemitischen Figuren, die Identitäre anrufen, kann im Rahmen dieses Artikels nicht näher eingegangen werden.
- 11 Auf ibladen.de verkaufen Identitäre unter dem Motto „Deutschlands größter patriotischer Materialversand“ ihre Merchandise-Produkte, von Bekleidung, Flugblättern, Büchern bis hin zu „identitärem“ Bier und orientieren sich an antifaschistischen und linken Onlineshops.
- 12 Es sei angemerkt, dass zu spekulieren bleibt, inwiefern die hergestellte Hypersexualität von migrantischen Männern von Identitären ersehnt wird und bereits auf kolonial-rassistische Fantasien aufbauen kann (vgl. Wielens 2017, 66).

Literaturverzeichnis

- Ayyadi**, Kira, 2017: „Kontrakultur“ Halle: Eine rechtsextreme Marketing-Agentur. Internet: www.belltower.news/artikel/„kontrakultur“-halle-eine-rechtsextreme-marketing-agentur-11973 (27.10.2017).
- Benthin**, Rainer, 2004: Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten. Frankfurt am Main, New York.
- Bergmann**, Werner, 2005: Antisemitismus im Rechtsextremismus. Internet: www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37964/rechtsextremismus (30.11.2017).
- Bruns**, Julian/**Glösel**, Kathrin/**Strobl**, Natascha, 2016: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Münster.
- Bundeszentrale für politische Bildung** (BPB), 2016: Wesensmerkmale Rechtsextremismus. Internet: www.bpb.de/lernen/themen-im-unterricht/224198/wesensmerkmale-rechtsextremismus (21.11.2017).
- Camus**, Jean-Yves, 2017: Die Identitäre Bewegung oder die Konstruktion eines Mythos europäischer Ursprünge. In: Hentges, Gudrun/Nottbohm, Kristina/Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog. Wiesbaden, 233-247.
- Dietze**, Gabriele, 2016: Das ‚Ereignis Köln‘. In: *Femina Politica* 2016. 25 (1), 93-102.
- Globisch**, Claudia, 2011: „Deutschland den Deutschen, Türkei den Türken, Israelis raus aus Palästina“. Zum Verhältnis von Ethnopluralismus und Antisemitismus, in: Globisch, Claudia/Pufelska, Agnieszka/Weiß, Volker (Hg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel. Wiesbaden, 203-225.
- Glösel**, Kathrin, 2018: Die Identitären: wie rechtsextreme Ideologie popularisiert wird. Vortrag am 12.10.18, Club Voltaire, Frankfurt. Unpublizierter Vortragstext.
- Hentges**, Gudrun/**Kökgiran**, Gürcan/**Nottbohm**, Kristina, 2014: Die identitäre Bewegung Deutschland (IBD) – Bewegung oder virtuelles Phänomen? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegung – Plus*. Supplement zu Heft 3/2014, 1-26.
- Hinze**, Nora, 2019: Politisches Influencing. Die Identitären bei Instagram. In: *Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen*. 2018/19 (73), 17-19.
- Holz**, Klaus, 2004: Die antisemitische Konstruktion des Dritten und die nationale Ordnung der Welt. In: von Braun, Christa/Ziege, Eva-Maria (Hg.): Das bewegliche Vorurteil. Aspekte des internationalen Antisemitismus. Würzburg, 43-61.
- Jäger**, Margret, 1996: Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. Duisburg.

Karig, Friedemann, 2016: Die ‚Identitäre Bewegung‘ hetzt im Hipstergewand. Ihre Frauen mischen Propaganda in hübsche Instagram-Feeds. Internet: www.jetzt.de/mischen/die-identitaere-bewegung-hetzt-im-hipstergewand (22.1.2017).

Redaktion, 2017: Ein identitäres Haus für die Kontrakultur Halle. Kubitschek Traum vom Nazikiez. Internet: lsa-rechtsausen.net/Ein-Identitaeres-Haus-Fuer-Die-Kontrakultur-Halle/ (24.01.2019).

Schmid, Bernard, 2009: Die Neue Rechte in Frankreich. Münster.

Salzborn, Samuel, 2010: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt am Main.

Salzborn, Samuel, 2017: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim, Basel.

TheNokturnalTimes, 2017: „Von nichts gewusst“: Realität und Selbstbild der Identitären (Bewegung). Internet: www.youtube.com/watch?v=QiCxYmSz_mU (16.11.2017).

Weiß, Volker, 2017: Die autoritäre Revolte. Stuttgart.

Wielens, Alia, 2017: „Wo bleibt euer Aufschrei?“ „Feministische Rebellion von Rechts?“ Eine kritische Analyse und Rekonstruktion der Diskursverschränkung von Rassismus und (Anti-)Sexismus unter Identitären Frauen. Unveröffentlichte Masterarbeit Universität Frankfurt.

Wielens, Alia/Klieme, Matti-Léon/Inowlocki, Lena, 2019 (im Erscheinen): Diskursmodernisierung durch „Identitäre Bewegung“ und „Junge Alternative“ im Verhältnis zu früheren extrem rechten Gruppen. In: Reinprecht, Christoph/Kranebitter, Andreas (Hg): Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich. Bielefeld.

Eigendarstellungen in Videos, Interviews und auf Homepages

120 Dezibel, 2018: 120 Dezibel. Der wahre Aufschrei. Internet: www.120-db.info (26.1.2019).

Compact Magazin, 2017: „Jung wild, patriotisch – Marc Dassen im Gespräch mit Mädels der Identitären Bewegung (IB)“ in: Compact 02/2017, 14-16.

Kontrakultur Halle, 2016: „Identitäre Bewegung: Eine Botschaft an die Frauen“. Internet: www.youtube.com/watch?v=sTMoGod5d6o (30.10.2017), 71.819 Aufrufe.

MarineNotreEspoir, 2012: Génération identitaire “clip integral” et presentation choisie par les medias. Internet: www.youtube.com/watch?v=lwCq_lNmwko (26.1.2019), 79.222 Aufrufe.

Sellner, Martin, 2016: Frauen – Was ist mit los mit euch? Internet: www.youtube.com/watch?v=GRHk09qHxo4 (28.7.2017, 20.10.2017 Video aufgrund von Hatespeech gelöscht), 77.739 Aufrufe.

Sellner, Martin, 2017: Im Gespräch mit Aline – Aktivismus, Frauen und Europa, live auf YouTube übertragen am 16.4.2017: www.youtube.com/watch?v=StRjSxP4kNI (28.7.2017), 28.568 Aufrufe.

Feministisch Streiken. Ein Bericht über den Frauen*streik 2019

FRIEDERIKE BEIER

„Strike while the iron is hot“, hieß es auf einem Plakat der Lohn für Hausarbeit-Bewegung in den 1970er Jahren. Beim Frauen*streik 2019 sprangen wohl die wenigsten Frauen von ihrem Bügeleisen auf. Vielmehr verließen sie Bibliotheken, Co-Working-Spaces, geteilte Büros, WG-Tische und andere mobile Arbeitsplätze. Fast 50 Jahre nach der „Lohn für Hausarbeitsbewegung“, die durch Streiks und andere Aktionsformen eine Anerkennung der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit erwirken wollte, sind Frauen größtenteils in bezahlten Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Jedoch arbeiten Frauen nach wie vor zu geringeren Löhnen, oftmals in Teilzeit und zu einem größeren Teil als Männer in prekären Beschäftigungen. Trotz der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen besteht die ungleiche Verteilung der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit fort. Die Kategorie Geschlecht ist nach wie vor einer der wichtigsten gesellschaftlichen und ökonomischen Platzanweiser in Deutschland. Diesen und anderen diskriminierenden Inhalten und Praxen wollte der Frauen*streik¹ 2019 etwas entgegensetzen. Damit knüpfte der Streik an die Tradition von Frauen*streiks und Frauenkämpfen rund um den 8. März an. Vorbild des internationalen Frauentags waren die großflächigen Streiks der Textilarbeiterinnen von 1858 und 1909/10 in New York (Waldinger 1985). Auf Initiative von Clara Zetkin und Käthe Duncker wurde 1910 auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz die weltweite Einführung des internationalen Frauentages beschlossen. Zetkins und Duncckers Anliegen war es, Frauenrechte nicht innerhalb des Kapitalismus zu erreichen, sondern sie verstanden dessen Überwindung als Voraussetzung für Gleichberechtigung: „Die Frage der vollen Emanzipation der Frau erweist sich also in letzter und entscheidender als eine ökonomische Frage“ (Zetkin 1884).

Frauenpolitisch geht es auch heute noch um ökonomische Fragen, wie der Frauen*streik 2019 gezeigt hat. Im Zentrum standen die gleichberechtigte Verteilung der Verantwortung und der Zeit für Haus- und Sorgearbeit, die Überwindung ökonomischer und sozialer Ungleichheit, aber auch körperliche Selbstbestimmung und die Abschaffung von sexualisierter Gewalt und Sexismus.

Dementsprechend breit aufgestellt war auch der Forderungskatalog des Streikaufrufes vom Bundesweiten Frauen*streikbündnis (2018), der am 11.11.2018 von etwa vierhundert Frauen* und Queers in Göttingen beschlossen worden war und beim Vernetzungstreffen am 17.02.2019 in Berlin erweitert wurde.

Die Forderungen betrafen die Wertschätzung von jeglicher Arbeit, die Benachteiligung bei sozialer Absicherung, die Abschaffung von Ausbeutung in Lohnarbeit und Haushalt sowie körperliche Selbstbestimmung. Sie richteten sich gegen heteronormative Zweigeschlechtlichkeit, Schönheitsnormen, Gewalt, Kriegseinsätze, Lagerunterbringung von Geflüchteten, kapitalistische Naturzerstörung und vieles mehr. So gesehen las sich der Streikaufruf wie ein Sammelaufruf der Forderungen fast aller sozialen Bewegungen in den letzten Jahrzehnten. Dabei unterscheidet sich der Frauen*streik deutlich von anderen frauenpolitischen Diskursen der letzten Jahre, wie etwa die Debatte um #metoo. Feministischen Bewegungen wurde des Öfteren (neo)liberale Anschlussfähigkeit und Individualismus vorgeworfen (z.B. Fraser 2009, Lila 2018). Dahinter steckt ein vermeintlicher Widerspruch zwischen Identitäts- und Klassenpolitik oder zwischen Anerkennung und Umverteilung (Fraser/Honneth 2003), der davon ausgeht, dass sich feministische Bewegungen auf kulturelle Anerkennung fokussieren und dabei sozio-ökonomische Themen außer Acht gelassen haben. Der Frauen*streik macht hingegen deutlich, wie sehr das Geschlechterverhältnis mit sozialen und ökonomischen Verhältnissen verwoben ist. Neben der Anerkennung von Arbeit, weiblichen und queeren Identitäten stehen die ganz materiellen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse im Zentrum des Frauen*streiks. Die aufgeführten Forderungen des Frauen*streikbündnisses weichen von klassischen Streiks ab, indem sie den Arbeitsbegriff ausdehnen bzw. infrage stellen. Bei betrieblichen Streiks geht es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die zumeist auf eine Erhöhung des relativen Stundenlohns, entweder durch Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung, hinausläuft. Im Falle des Frauen*streiks stand die Anerkennung von Arbeit, die gesellschaftlich qualitativ und quantitativ abgewertet und nicht als Arbeit gesehen wird, im Zentrum der Auseinandersetzung.

Bei der Frage nach konkreten Formen/ Möglichkeiten feministischer Streiks und Aktionen an dem Tag orientierte sich das Frauen*streikbündnis sowie andere lokale und regionale Streikkomitees an internationalen Vorbildern. Sie bezogen sich etwa auf den Streik in Spanien, an dem am 8. März 2018 über fünf Millionen Frauen an einem landesweiten Streik beteiligt waren. Dort legten Frauen für zwei Stunden oder länger ihre Arbeit nieder und machten unbezahlte und unsichtbare Arbeit durch Aktionen im öffentlichen Raum, wie etwa Topfschlagen, sichtbar.

Doch auch auf die Proteste in Polen und Argentinien 2017 (Gago et al. 2018) nahm der Frauen*streik in Deutschland Bezug. Damit besteht ein enger Zusammenhang zu transnationalen feministischen Bewegungen auf der ganzen Welt. Die Verbindung des Frauen*streiks mit globalen Ereignissen und die Verknüpfung von Fragen der Klasse, Geschlecht, ethnischer und geographischer Herkunft machte ihn gleichzeitig zu einem intersektionalen wie transversalen Kampf (Lorey 2018: 20).

Es ging beim Frauen*streik nicht nur um Lohnungleichheit im deutschsprachigen Raum,² sondern um die strukturelle Diskriminierung von Frauen auf der ganzen Welt. Obgleich diese Diskriminierung regional doch sehr unterschiedliche Ausprägungen und Qualitäten hat, ähnelt sie gleichwohl in der Hartnäckigkeit patriarchaler

Strukturen, insbesondere vor dem Hintergrund eines antifeministischen, rechtspopulistischen und autoritären weltweiten Backlash.

Doch wie kann ein Streik patriarchale und ökonomische Strukturen gleichermaßen angreifen und infrage stellen? Und ist die Streikform überhaupt geeignet, die Unsichtbarkeit von sozialer Reproduktionsarbeit und prekären Beschäftigungsformen, die sich zeitlicher und örtlicher Organisation entziehen, sichtbar zu machen? Boykottieren sich streikende Frauen nicht selbst, wenn sie etwa die Arbeit an anderen Tagen nachholen? Und sollte Carearbeit überhaupt boykottiert werden? Dies stellten zentrale Fragen dar, die in unterschiedlicher Form in lokalen, regionalen und bundesweiten Frauen*streiktreffen diskutiert wurden.

So vielfältig wie die Forderungen, Themen und Fragen waren auch die Organisations- und Aktionsformen des Frauen*streiks. So gesehen bot der Frauen*streik eine überparteiliche Plattform, mit der sich unterschiedliche Initiativen und Gruppen von Gewerkschaften über Parteijugendlichen bis zu autonomen Frauengruppen verknüpfen konnten. Die Frauen*streikversammlungen zur Vorbereitung und Koordinierung des Streiks fanden in den meisten größeren Städten regelmäßig statt und waren offen für Einzelpersonen und Gruppen mit und ohne politischen Erfahrungshintergrund. In Berlin gab es zudem einen Koordinierungskreis sowie zahlreiche Arbeitsgruppen, die etwa für Mobilisierung, betriebliche Kämpfe, Protestformen, bundesweite und internationale Vernetzung zuständig waren.

Daraus entstanden unzählige Gruppen und Streikkomitees, die bundesweit neben den klassischen Frauen*kampftags-Demonstrationen für vielfältige dezentrale Aktionen rund um den 8. März sorgten. In Berlin nahmen Frauen* durch die Initiative von #ichstreike8M fünf vor zwölf Uhr auf öffentlichen Plätzen auf Stühlen Platz und verliehen ihren Streikforderungen durch Schilder mit Gründen zum Streiken einen Ausdruck. Etwa 300 besetzten kurzfristig den Robert-Koch-Platz, der in unmittelbarer Nähe des Berliner Charité Krankenhauses liegt und Solidarität mit den dort Streikenden ausdrücken sollte. Da in Berlin der 8. März 2019 erstmals ein Feiertag war, dehnten sich die Frauen*streik-Aktionen auch auf den 7. März aus. Es wurde ein Care-Catwalk veranstaltet, Statuen auf öffentlichen Plätzen feministisch umgestaltet, mit Kleiderbügeln gegen den §218 und §219a vor dem Gesundheitsministerium protestiert und automatische Abwesenheitsmails mit Streikbezug eingerichtet. Das Jobcenter bekam Kettenbriefe und Faxe mit Streikforderungen und es fanden Assembles am Oranienplatz oder im Foyer des Neuen Deutschland-Hauses in Berlin statt. Das Gorki-Theater verlegte die Theaterpremiere des Stücks „Third Generation – Next Generation“, Journalistinnen streikten und riefen öffentlich zum Frauen*streik auf. So blieben etwa in der Zeitung Neues Deutschland große Teile leer, um auf die fehlenden Artikel von streikenden Frauen hinzuweisen. Solidarische Männer unterstützten den Streik mit der Verrichtung von Care-Tätigkeiten. Einige von ihnen organisierten Kinderbetreuung rund um die Streiktage, versorgten Demonstrationsteilnehmer*innen mit belegten Brötchen oder bekochten müde Aktivist*innen. Die größten Aktionen stellten jedoch nach wie vor die Demonstra-

tionen dar: Bundesweit waren etwa hunderttausend Menschen auf der Straße: 25.000 in Berlin, 10.000 in Hamburg, 4.000 in Leipzig, und Tausende weitere in anderen Städten Deutschlands.

Die intensiven Vorbereitungen, Organisierungen, Vernetzungen und inhaltlichen Auseinandersetzungen haben gezeigt, dass das Anliegen des Frauen*streiks weit über das Datum des 8. März hinausging oder in den Worten von Verónica Gago:

Der Streik unterbricht also die ihm eigene Zeitlichkeit im Sinne eines „Datums“. Er begann in der Phantasie, diese so nahen Wände der maquila aufzuweichen. Er setzte sich fort in den Häusern, schwitzte in den Versammlungen, diskutierte in den Gewerkschaften und den Gemeinschaftsküchen, er wurde zu einem kollektiven Atem in den Straßen, braute sich, in alte Erinnerungen gefaltet, schon seit den Zeiten der Sabotage zusammen. (Gago 2018, 39)

Anmerkungen

- 1 Aus dem Aufruf zum Frauen*streik: „* Das Sternchen soll verdeutlichen, dass es sich bei Geschlecht um ein Spektrum vielfältigster Geschlechtsidentitäten, Körperlichkeiten und Ausdrucksweisen handelt. [...] Das Sternchen dient der Inklusion diverser Geschlechtsidentitäten, welche jedoch als »Frauen« behandelt werden.“
- 2 Auch in Österreich und der Schweiz bilden sich viele regionale Streikkomitees, die für Lohn-gleichheit und für eine Entschädigung der Betreuungsarbeit und andere Themen kämpfen.

Literatur

Bundesweites Frauen*streikbündnis, 2018: Aufruf zum Streik! Göttingen 11.11.2018: <https://frauenstreik.org/aufruf/> (19.1.2019)

Fraser, Nancy, 2009. Feminism, capitalism and the cunning of history. In: *New Left Review* (56), 97-117.

Gago, Verónica, 2018: #NosotrasParamos. Notizen zu einer politischen Theorie des feministischen Streiks. In: Gago, Verónica/Gutiérrez Aguilar, Raquel/Draper, Susana/ Menéndez Díaz, Mariana/Montanelli, Marina/Bardet, Marie/ Rolnik, Suely (Hg.): 8M - Der große feministische Streik Konstellationen des 8. März. Wien, Linz et al., 25-41.

Lorey, Isabell, 2018: Einleitung. In: Gago, Verónica/Gutiérrez Aguilar, Raquel/Draper, Susana/ Menéndez Díaz, Mariana/Montanelli, Marina/Bardet, Marie/ Rolnik, Suely (Hg.): 8M - Der große feministische Streik Konstellationen des 8. März. Wien, Linz et al., 9-22.

Fraser Nancy/Honneth Axel, 2003: Umverteilung oder Anerkennung, Frankfurt am Main.

Waldinger, Roger, 1985: Another look at the International Ladies' Garment Workers' Union: Women, industry structure and collective action. In: Milkman, Ruth (Hg.): *Women, Work and Protest: Century of United States Women's Labor History*. London, 86-109.

Lilla, Mark, 2018: *The once and future liberal: After identity politics*. Oxford.

Zetkin, Clara, 1884: *Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart*. Berlin.

Profitable Wohnungspolitik und die Reproduktionskrise der ‚Anderen‘ – das Hamburger Bündnis für das Wohnen

EVA KUSCHINSKI

Die Wohnungsfrage ist vielerorts wieder auf die politische Agenda gerückt. Aus feministischer Perspektive kann die Wohnung¹ als Reproduktionsort und Wohnungspolitik im Zusammenhang mit der Reorganisation sozialer Reproduktion betrachtet werden. Anhand der aktuellen Hamburger Wohnungsbaustrategie möchte ich in diesem Text zeigen, wie Wohnungspolitik ungleiche Reproduktionsbedingungen entlang gesellschaftlicher Machtverhältnisse vertiefen kann.

Hamburg gehört zu jenen Städten, in denen leistbarer Wohnraum für viele immer knapper wird. 2011 hat die regierende Hamburger SPD mit dem Bündnis für das Wohnen eine wohnungspolitische Plattform geschaffen, die eine enge Kooperation zwischen der Wohnungswirtschaft sowie der lokalen Politik und Verwaltung erlaubt.² In einer 2016 aktualisierten Vereinbarung verpflichtet sich die Freie Hansestadt Hamburg (FHH), durch Bauförderung, Flächenerschließung sowie schnellere Entscheidungen über Bauanträge eine investitionsfreundliche Stadt zu sein. Im Gegenzug soll die Wohnungswirtschaft jährlich 10.000 Bauanträge zur Genehmigung bringen, wovon ein Drittel gefördert und damit zeitlich begrenzt mietpreisgebunden sein soll (FHH 2016). Tatsächlich hat sich in Hamburg das Neubauvolumen seit 2011 verdoppelt, während jedoch die Angebotsmieten seither um 21% gestiegen sind (JLL o.J.), der Sozialwohnungsbestand sinkt (FHH 2018) und über 150.000 leistbare Wohnungen fehlen (Holm et al. 2018).

Während sich die FHH auf die Fahnen schreibt, durch ihre Wohnungsbaupolitik eine wachsende „Stadt für Alle“ zu gestalten (FHH 2017), verschärfen sich die Lebensbedingungen besonders für Haushalte, die von der durch das Bündnis imaginierten Norm der Hamburger*innen abweichen. Darüber, wer diese ‚Anderen‘ sind, gibt das Bündnis in seiner Erklärung unter dem Punkt „Integrative Wohnungspolitik“ Aufschluss: Zu jenen, die es aufgrund erfahrener Benachteiligung am Wohnungsmarkt schwer haben bzw. integriert werden sollen, zählen „neben obdachlosen und wohnungslosen Menschen auch Menschen mit psychischen Erkrankungen, geistigen und mehrfachen Behinderungen, aber auch Alleinerziehende und andere Haushalte“ (FHH 2016, 20). Zudem sollen Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund durch ein im Bündnis zu entwickelndes „Leitbild gute Nachbarschaft“ integriert werden (ebd., 21).³ Durch diese hier zu den ‚Anderen‘ der Hamburger Wohnungspolitik Gemachten kann zwar deutlich gemacht werden, dass sich der ungleiche Zugang zu Wohnraum in der aktuellen Situation noch verschärft. Gleichzeitig stellen sie einen bedeutenden Teil der Hamburger Bevölkerung und keineswegs Ausnahmefälle dar. Auffällig ist jedoch, dass hinsichtlich der Wohnraumversorgung der hier genannten Zielgruppen, die großangelegte Neubaustrategie nicht als Lösungsansatz angepriesen wird, vielmehr wird auf kleinmaßstäbliche Absichtserklärungen oder

sozialpolitische Maßnahmen jenseits der Bündnispolitik verwiesen (ebd., 20f.). Es liegt auf der Hand, dass die neuen, größtenteils hochpreisigen Miet- und Eigentumswohnungen für Hunderttausende von Hamburger*innen nicht leistbar sind. Dabei handelt es sich um ein strukturelles Problem. Denn allgemeiner betrachtet, geht die Hamburger Wohnungspolitik mit der zunehmend marktförmigen Organisierung öffentlicher Daseinsfürsorge, also des Teils (wohlfahrts-)staatlicher Leistungen, die zur sozialen Reproduktion beitragen, einher. Aus feministischer Sicht werden solche neoliberalen Restrukturierungen des Zugangs zu Reproduktionsmitteln – zu denen ich auch Wohnraum zähle – im Zusammenhang mit vergeschlechtlichten Ungleichheiten diskutiert. Gerade in der Wohnung und Wohnungspolitik kristallisiert sich der Widerspruch zwischen Reproduktion und Verwertbarkeit, der mit seinen ungleichen sozialen Konsequenzen emblematisch für Neoliberalisierungsprozesse ist. Unter krisenhaften Bedingungen, wie der aktuellen Wohnungsnot in Hamburg, wird dieser Widerspruch besonders deutlich.

Die Wohnungsfrage: Reproduktion und Verwertbarkeit

Meines Erachtens besteht der Widerspruch in der Wohnungsfrage zwischen der Wohnung als Ort der alltäglichen Reproduktion(-arbeit) und ihrer warenförmigen Vermittlung. Die Wohnung, die seit dem 19. Jahrhundert zunehmend als Privatsphäre konzeptualisiert wurde, hat sich – durchaus umkämpft – zum Ort der (bezahlten oder unbezahlten) Reproduktionsarbeit durch vornehmlich Frauen* entwickelt. In ihr zeichnet sich ab, wie Reproduktionsarbeit organisiert wurde und wird. Die Wohnung, wie wir sie kennen, ist darüber hinaus räumlich, also bezüglich ihrer Grundrisse und in ihrer gesellschaftlichen Imagination als das Private im Gegensatz zur Öffentlichkeit, eine zutiefst vergeschlechtlichte Konstruktion.

Unterdessen – und auch das ist historisch umkämpft – wird die Wohnraumversorgung vornehmlich marktförmig organisiert. Als Immobilie hat die Wohnung jedoch besondere Wareneigenschaften: So bindet sie Kapital sehr lange, was zwar Überakkumulationskrisen verschieben kann, ihren Bau jedoch für einzelne Kapitalist*innen weniger attraktiv macht, da zunächst viel Kapital aufgebracht werden muss und die Amortisationszeiten sehr lang sind. Das ist einer der Gründe, warum staatliche Wohnungsbauförderprogramme und -politiken sowie investitionsfreundliche Regulierungen für die Bauwirtschaft so wichtig sind. Des Weiteren wird die Wohnung durch Finanzialisierungsprozesse eingebunden in (globale) Kapitalkreisläufe.

Die Wohnung kann also als eine Verräumlichung des Widerspruchs zwischen Reproduktion und Verwertung angesehen werden. Die Wohnungsfrage entsteht, wenn sich dieser Widerspruch zuspitzt, wenn also Staat und Kapital weniger für die Reproduktion der Bevölkerung ausgeben und mehr Menschen in ungleichem Maße von prekarierten Wohnverhältnissen betroffen sind. Im Anschluss an materialistische Staatstheorien kann man sagen, dass Wohnungspolitik diesen Widerspruch prozessiert und die sozialen Kräfteverhältnisse in Bezug auf die Wohnungsfrage institutionalisiert.

Gerade in der BRD hat sich Wohnungspolitik als Sozial- und Wirtschaftspolitik zugleich institutionalisiert, der Widerspruch verstetigt sich also auch hier.⁴

Als Sozialpolitik hat Wohnungspolitik neben der historischen und zielgruppenspezifischen Milderung der Wohnungsnot auch einen stark disziplinierenden Charakter. So ist sie in der Genese der Sozialpolitik (in Deutschland) eng an Fragen der („Sozial“-)Hygiene ausgerichtet und dien(t)e der Erziehung der Arbeiter*innenschaft und dem Ausschluss von ‚Anderen‘. Ebenso wird im (Sozial-)Wohnungsbau bspw. durch die Frankfurter Küche, in welcher Hausfrauen alleine und effizient ihre Arbeit verrichten sollten, die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung buchstäblich zementiert. Gleiches gilt für die Eigenheimförderung, die auch in Deutschland vor allem mit Suburbanisierung und einer Verbannung der dort wohnenden Frauen* aus dem innerstädtischen Alltag einhergeht. Zugleich wirkt sie durch die Verschuldung der Privathaushalte disziplinierend. Beide wohnungspolitischen Förderformen weisen eine klare Ausrichtung am heterosexistischen Kleinfamilienideal auf.

Als Wirtschaftspolitik hilft Wohnungspolitik Kapital in die gebaute Umwelt zu verschieben, in diesem Zusammenhang kann die im Nachgang der Finanzkrise verstärkte Investition in sogenanntes Betongold und ebenso der politisch begünstigte Bauboom in Hamburg gesehen werden. Weil die größtenteils freifinanzierten Wohnungen möglichst gewinnbringend produziert werden, entsprechen sie nicht unbedingt den Bedarfen in der Stadt. So werden beispielsweise viele Wohnungen mit hohem Quadratmeterpreis, aber geringer Größe gebaut, weil die Gesamtmiete dann für Einzelpersonen noch bezahlbar ist und sich trotzdem Gewinne erzielen lassen. Die stark maskulinisierte Bauwirtschaft gilt der deutschen Politik zudem als Schlüsselindustrie und ihre Lage als zentraler volkswirtschaftlicher Indikator und auch für die Steuereinkassen kann sich ein Bauboom kurzfristig lohnen.

Wirtschaftspolitische Institutionalisierung durch das Bündnis für das Wohnen

Das Hamburger Bündnis für das Wohnen steht mit seinem Fokus auf Neubau für eine klar wirtschaftspolitische Ausrichtung von Wohnungspolitik. Die Schaffung von vornehmlich teurem Wohnraum für Singles und Familien geht Hand in Hand mit einer deutlichen Mittel- und Oberschichtorientierung. Dadurch wird jedoch vielen, z.B. den in der Bündnisvereinbarung unter dem Punkt „Integrative Wohnungspolitik“ versammelten ‚Anderen‘, ihre alltägliche Reproduktion in Hamburg erschwert. Die wohnungs- und bauwirtschaftlichen Interessen der Bündnispartner können nicht erfüllt werden, wenn Ungleichheiten auf dem Wohnungsmarkt ausgeglichen werden sollen, auch das angestrebte Drittel geförderter Neubauwohnungen ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Blick auf die ‚Anderen‘ kann als diskursive Strategie gelesen werden, die dem Bündnis erlaubt, deren soziale Lage zum Spezialgebiet jenseits von wohnungspolitischen Handlungsmöglichkeiten zu machen. Dabei sind die krisenhaften Reproduktionsbedingungen von hunderttausenden Hamburger

Haushalten im sozialen Widerspruch zwischen Reproduktion und Verwertbarkeit, der sich in der Wohnung ausdrückt und der in dieser Gesellschaft vergeschlechtlicht ist, sich je nach Klassenlage und rassistischen Ausschlussmechanismen verschärft, begründet.

Erst der massenhaft prekarisierte Zugang zum Reproduktionsmittel Wohnung ermöglicht es der Bau- und Wohnungswirtschaft, daraus Profite zu generieren und zwar vermittelt über die Hamburger Bündnispolitik. Das Bündnis für das Wohnen lässt sich als institutionalisierter Zugriff der Wohnungswirtschaft auf kommunale Ressourcen (Flächen, Administration, Planung, Förderung) und die Reproduktionsweisen der Bevölkerung deuten. Das Lippenbekenntnis der „Stadt für Alle“ verdeutlicht den Versuch, eine stark wirtschaftspolitisch ausgerichtete Wohnungspolitik zumindest rhetorisch mit mildernder Sozialpolitik in Einklang zu bringen. Faktisch bleibt der erläuterte Widerspruch jedoch bestehen: Die Reproduktionsbedingungen eines erheblichen Teils der Bevölkerung verschlechtern sich, während die Wohnungs- und Baubranche boomt.

Anmerkungen

- 1 Die Wohnung steht, analog zum englischen housing, nicht für eine bestimmte Typologie oder Eigentumsform. Es ist egal ob es sich um ein Einfamilienhaus im Eigentum oder eine Einzimmerwohnung zur Miete handelt. Es geht um das Verhältnis zwischen Immobilie und der Praxis des Wohnens, die dort stattfindet.
- 2 Derartige Bündnisse haben als policy-Modell Schule gemacht. So werden 2016 86 lokale Bündnisse gezählt und auch auf Bundesebene hat sich seit 2014 dieser wohnungspolitische Modus durchgesetzt (BBSR 2017).
- 3 Zum Zusammenhang von Ideologien sozialer Mischung in der guten Nachbarschaft, rassistischer Ausgrenzung und Strategien der Verbürgerlichung siehe Rinn 2018.
- 4 Im historischen Block des Fordismus wurde dieser Widerspruch in Form des sozialen Wohnungsbaus zunächst abgemildert, da ein Großteil der (privat finanzierten) Wohnungen jedoch nur temporär eine Sozialbindung hatten, war dieses Projekt der Sozialen Marktwirtschaft von vorneherein ein Spiel auf Zeit.

Literatur

BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2017: Lokale Bündnisse für bezahlbares Wohnen und Bauen in ausgewählten Handlungsfeldern. Bonn.

JLL, o. J: Entwicklung der Angebotsmieten für Wohnungen in Hamburg vom 1. Halbjahr 2009 bis zum 1. Halbjahr 2018 [in Euro pro Quadratmeter]. Statista. Internet: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/252775/umfrage/durchschnittliche-mietpreise-fuer-wohnungen-in-hamburg/> (21.12.2018).

FHH, Freie Hansestadt Hamburg, 2016: Bündnis für das Wohnen. Hamburg.

FHH, Freie Hansestadt Hamburg, 2017: Eine Stadt für alle. Wie wollen wir wohnen? Wo können wir bauen? Hamburg.

FHH, Freie Hansestadt Hamburg, 2018: Wohnungsbaubericht Hamburg 2017. Hamburg.

Holm, Andrej/Lebuhn, Hendrik/Junker, Stephan/Neitzel, Kevin, 2018: Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Working Paper Forschungsförderung 063, Hans-Böckler-Stiftung.

Rinn, Moritz, 2018: Ein Urbanismus der Ungleichheit. ‚Neue soziale Stadtpolitik‘ in Hamburg als Strategie der Verbürgerlichung. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung. 6(1), 9-28.

Doing Art & Feminisms: Künstlerische Interventionen in Felder des Sozialen und Politischen

KATHARINA KOCH

Als Vehikel von Handlungswissen kann künstlerisches Schaffen eine radikale Verbindung mit der Realität eingehen (...) und zu einem Überlebenswerkzeug werden. Künstlerische Arbeit kann aber auch ein an sich politischer Akt der Selbstverwirklichung und des Empowerments sein, dessen Funktion weit über die eines Multiplikations- und Vermittlungstools hinausgeht. Dazu gehört auch die Fähigkeit von Kunst, Visionen vorstellbar oder gar erfahrbar zu machen, sie in einen Kompass für aktivistische Ziele zu verwandeln und Utopien als mögliche Realität zu setzen. (Micossé-Aikins 2015, 37)

In ihrem Text, dem das Zitat entnommen ist, diskutiert die Kuratorin und Kunstwissenschaftlerin Sandrine Micossé-Aikins die Verschränkung von Kunst und Aktivismus im Hinblick auf Strategien insbesondere Schwarzer Kulturschaffender und solcher of Color, strukturellen Rassismen im Kunstbereich aktiv entgegenzuwirken. Das Zitat zeigt eindrücklich, dass Kunst verschiedene wirkmächtige Ebenen vereint und immer im Kontext ihrer Produktionsbedingungen sowie der Positionierung ihrer Schöpfer*innen untersucht und gelesen werden muss. Wenn nach den Potenzialen von Kunst gefragt wird, in gesellschaftliche Felder und Prozesse zu intervenieren, so geraten nicht nur Möglichkeiten und Grenzen politischer Subversion künstlerischer Positionen in den Blick, sondern vor allem das Kunstfeld als sozialer und politischer Handlungsraum, aus dem heraus agiert wird. In diesem Artikel möchte ich anhand des Projekts Prekäre Kunst (2015-2018), initiiert vom Berliner Kunstraum alpha nova & galerie futura in Kollaboration mit Stacie CC Graham, verschiedene Potenziale, aber auch Konfliktlinien künstlerischer Praxen als feministische Interventionen in herrschende gesellschaftliche Strukturen und Narrative diskutieren. Prinzipiell sind Letztere durch strukturellen Rassismus, Sexismus und Klassismus bestimmt, die zu Ausschlüssen, Ungleichheit und Marginalisierung führen.

Mit Pierre Bourdieu lässt sich der Kunstbereich als machtdurchzogenes Feld verstehen, in dem die Akteur*innen je nach Ressourcenausstattung unterschiedliche Positionen einnehmen (Bourdieu 1999). (Queer-)feministische Theoretiker*innen wie Marion von Osten (2005), Barbara Paul und Johanna Schaffer (2009) sowie

Renate Lorenz (2012) haben Bourdieus Ansatz um die Perspektive auf Geschlecht und race (bell hooks 2000) sowie auf agency erweitert und den Kunstbereich damit als politisches Handlungsfeld konzeptualisiert. So geschehen, indem sie zum einen die verschiedenen sozialen Dimensionen und Subjektpositionen als in hegemoniale Diskurse des Kunstbereichs eingelagerte untersuchen. Zum anderen nehmen sie die Potenziale künstlerischen Arbeitens als potentiell Normativitäten unterlaufend und herrschaftsverändernd und damit als Formen kritisch-reflexiver Wissensproduktion sowie die Akteur*innen als politisch handelnde Subjekte in den Blick.

Statt komplexe Alternativentwürfe zu hegemonialen Gesellschaftsstrukturen zu entwickeln, geht es vielmehr darum, mit bestimmten Bild- und Repräsentationspraxen „einflussreiche Normalitäts- und Normativitätsdiskurse (...) nachhaltig anfechten, verschieben und umarbeiten zu können“ (Paul/Schaffer 2009, 9) sowie andere denkbare Räume und Lebensformen zu imaginieren (Rancière 2008). Gleichzeitig müssen künstlerische Praxen mit ihren Brüchen und Eingebundenheiten in machtvollen Strukturen reflektiert werden. Es gilt, den herrschaftskritischen Blick auch auf das eigene Handeln in dieser Hinsicht zu richten (Paul/Schaffer 2009; Wenzel 2011).

Dies verlangt eine stetige Auseinandersetzung mit den Vereinnahmungslogiken des Kunstbetriebs hinsichtlich kritisch-politischer Werke und der eigenen Position als kunstschaffende*r Akteur*in. Antikapitalistische, feministische oder dekoloniale Positionen stellen keinen Widerspruch dar zu ihrer Repräsentation in Museen, auf Biennalen o.ä.. Im Gegenteil, sie werden zu Aushängeschildern für eine angeblich progressive Praxis von Kunstinstitutionen. In Anbetracht von parallel dazu meist weiter bestehenden hierarchischen Entscheidungs- und Repräsentationspolitiken scheinen sie jedoch – neben ihrer fortgeführten Exotisierung – eher einer öffentlichkeitswirksamen Befriedung von politischen Forderungen und Kämpfen zu dienen (Bayer/Kazeem-Kamiński/Sternfeld 2017).

Aber auch nicht-institutionelle Kunstprojekte, die z.B. sozioökonomische Missstände fokussieren wollen und dazu mit sozial unterprivilegierten Gruppen zusammenarbeiten, nehmen oft (ungewollt) eine paternalistische Rolle ein, wenn sie versuchen, die Erfahrungen der Teilnehmenden zu repräsentieren. Bereits vor über 20 Jahren problematisierte Miwon Kwon, dass der/die „Andere“ als solche her(aus)gestellt und auf die Funktion als Artikulationsmedium der einen Identität einer spezifischen Gruppe reduziert wird (Kwon 1996). Auch problematisch, da strukturelle Ungleichheit meist verschleiern, ist der Versuch, mit den Teilnehmenden Strategien zur Verbesserung ihrer Lebenssituation zu entwickeln. Anstatt das Empowerment von Gruppen zu stärken, kanalisieren und befrieden solche Praktiken politisches Engagement – im Sinne staatlicher Sozialpolitik (Frohne/Katti 2008; Kwon 1996). Diese Ambivalenzen, die die Durchführung von Kunstprojekten begleiten – insbesondere auch solche, die kritische Perspektiven auf soziale und politische Prozesse sichtbar und gesellschaftliche Visionen erlebbar machen wollen –, verlangen unweigerlich nach einer kritischen Analyse der Produktionsbedingungen und des Arbeitskontextes, in dem die Projekte entwickelt und präsentiert werden. Dabei stellt sich

eine zentrale Frage, die längst zu einem wesentlichen Ausgangspunkt postkolonialer und feministischer Debatten geworden ist: Wer gibt wem den Raum zu sprechen, wie und unter welchen Bedingungen laufen Prozesse von (Re)präsentation ab? (Rajana-yagam 2015, 50).

Räume und Kontexte zu schaffen, in denen die Auseinandersetzung mit dieser Frage immanent ist und in denen situiertes Wissen und Repräsentationspraxen kollaborativ hergestellt und reflektiert werden, bildet – so meine Argumentation – die Basis feministisch-künstlerischer Interventionen in gesellschaftliche Strukturen.

Anhand der Ausstellungs- und Veranstaltungsreihe *Prekäre Kunst* (2015–2018) möchte ich das verdeutlichen. Das Projekt setzte sich in künstlerischen Formaten und Gesprächen unter Berücksichtigung intersektionaler Fragestellungen mit Rassismen und Sexismen im Kunstbetrieb auseinander. Dieser ist ein von weißen, meist männlichen Akteur*innen dominiertes Handlungsfeld. Kulturschaffende Schwarze Frauen und solche of Color sind hier, mit wenigen Ausnahmen, weder Entscheidungsträger*innen, noch gibt es eine gewichtige Anzahl von selbstgestalteten Räumen, in denen sie sich präsentieren können bzw. sich repräsentiert fühlen. Die Kernfragen des Projekts bezogen sich auf Möglichkeiten der Aneignung von Räumen oder dem Produzieren alternativer Kontexte, in denen hegemoniale Repräsentationspolitiken und (Geschichts-)Narrative durchkreuzt werden. Mit den teilnehmenden Künstler*innen, Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen entstand ein Austausch über verschiedene Strategien, wie kulturschaffende Schwarze Frauen und Frauen of Color strukturellem und Alltagsrassismus, Sexismus und den Erfahrungen von Marginalisierung im weißen Kunstbetrieb entgegenwirken können. Gleichzeitig wurde darüber beraten, inwiefern (Kunst-)Räume wirkliche Inklusion ermöglichen können und welche solidarischen Praxen dafür Voraussetzung sind. Das beinhaltete auch eine kritische Reflexion weißer Akteur*innen des Kunstbereichs – so auch der Leiter*innen von *alpha nova & galerie futura* – nach realen Perspektiven, „ihre“ Räume und somit ihre Privilegien zur Disposition zu stellen.

Im Rahmen des Projekts entwickelten die Künstler*innen Melody LaVerne Bettencourt, Karina Griffith und Lerato Shadi die Arbeit *The Company We Keep*. Für diese haben die Künstler*innen den Galerieraum schwarz gestrichen und eine Wand mit den Namen von Schwarzen Frauen und solchen of Color aus Geschichte und Gegenwart beschrieben: Frauen, die sie als Künstler*innen inspiriert haben oder die in anderer Hinsicht eine essentielle Rolle für ihre Biografie spielen. In über 100 Namen fanden sich sowohl solche wie Angela Davis als auch die ihrer Großmütter oder bestimmter Kolleg*innen. Die Frauen erhielten mit der Arbeit eine persönliche Würdigung, die sie im realen Leben größtenteils nie erhalten haben.

Im Hinblick auf das Eingangszitat zeigt sich Kunst hier auf verschiedenen, miteinander verschränkten Ebenen als in herrschende Strukturen intervenierende Praxis: Zum einen wird hegemonialer Geschichtsschreibung, die auf Ausschlüssen und identitätspolitischen Zuweisungen basiert, mit dem Sichtbarmachen weitgehend marginalisierter Frauenbiographien begegnet. Die Namen der Frauen auf der

Wand stellen eine Öffentlichkeit her und gleichzeitig eine andere Form der Narration dar. Die Oral History-Praktiken, wie sie im performativen Akt des Schreibens und gegenseitigen Erzählens der Künstler*innen über die einzelnen Biographien praktiziert wurden, setzen herrschenden Geschichts- und Wissensproduktionen dekoloniale Erzählungen und Erzählweisen entgegen. Die grellblauen Namen auf der schwarzen Wand wirken in ihrer Fülle zudem wie Signale einer Zukunft jenseits von Ungleichheiten und Ausschlüssen. Hier entwickelt die Arbeit ihre visionäre Kraft im Hinblick auf die Mitgestaltung und Durchsetzung anderer gesellschaftlicher Realitäten. Zum anderen kann das kollaborative Schreiben und Erzählen als Akt des Empowerments verstanden werden, unsichtbar gemachte, kollektive wie eigene Geschichte(n) und Wissen, erfahrbar werden zu lassen. Zudem interveniert die Arbeit explizit in weiße Strukturen eines feministischen Kunstraums und stellt die Privilegien seiner weißen Akteur*innen zur Disposition: Das Schwarzfärben der zuvor weißen Wände ist sowohl eine Aneignungs- und Dekonstruktionspraxis, die durch ihre Ästhetik eine unmittelbare Wirkung erzielt, als auch symbolischer Akt.

Künstlerische Praxen vermögen durchaus in gesellschaftliche Strukturen und Narrative zu intervenieren. Ihr herrschaftsveränderndes Potenzial liegt dabei nicht in einer Funktion als Sprachrohr sozialer und politischer Anliegen, sondern darin, Fragen zu stellen, herkömmliche Blick- und Erzählregimes zu brechen und visionäre Perspektiven aufzuzeigen. Ihre besondere Kraft entwickeln sie im Zusammenspiel von Ästhetik und Inhalt, welches eine mehrdimensionale, sinnliche Auseinandersetzung verlangt. Um jedoch zum Stachel in hegemonialen Prozessen zu werden, müssen sie an und mit ihren Produktionsbedingungen arbeiten und ihre Sprecher*innenpositionen stetig überprüfen, um einer (Selbst-)Instrumentalisierung entgegenzuwirken. Erst mit dem Wissen um die eigene Widersprüchlichkeit kann an den „Bedingungen der Teilnahme an politischen Gestaltungsprozessen“ (Paul/Schaffer 2009, 9) gearbeitet werden, um Handlungsräume verändern und eigene wie kollektive Vorstellungen um- und durchsetzen zu können (ebd.).

Literatur

Bayer, Natalie/Kazeem-Kamiński, Belinda/Sternfeld, Nora, 2017: Wo ist hier die Contact-Zone?! Eine Konversation. In: Bayer, Natalie/Kazeem-Kamiński, Belinda/Sternfeld, Nora (Hg.): Kuratieren als antirassistische Praxis. Berlin/Boston, 23-47.

bell hooks, 2000: *Feminism is for Everybody: Passionate Politics*. Cambridge.

Bourdieu, Pierre, 1999: *Die Regeln der Kunst: Genese und Struktur des literarischen Feldes*. Frankfurt/M.

Frohne, Ursula/Katti, Christian, 2008: Einführung: Bruchlinien und Bündnisse zwischen Kunst und Politik. In: Frohne, Ursula/Held, Jutta (Hg.): *Kunst und Politik. Jahrbuch der Guernica-Gesellschaft* (9). Göttingen, 15-26.

Kwon, Miwon, 1996: Im Interesse der Öffentlichkeit... In: Bonk, Ecke/Reder, Christian/Siegle, Rudolf (Hg.): *Öffentlichkeiten*, Springer – Hefte für Gegenwartskunst II (4). Wien, 30-35.

Lorenz, Renate, 2012: *Queer Art. A Freaky Theory*. Bielefeld.

Micossé-Aikins, Sandrine, 2015: Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit – Protest und Widerstand. In: Graham, Stacie CC/Koch, Katharina/Kohl, Marie-Anne (Hg.): Prekäre Kunst: Protest & Widerstand. Berlin, 34-38.

Osten, Marion von, 2005: Producing Publics – Making Worlds! Zum Verhältnis von Kunstöffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit. In: Raunig, Gerald/Wuggenig, Ulf (Hg.): Publicum. Theorien der Öffentlichkeit. Wien, 124-139.

Paul, Barbara/**Schaffer**, Johanna, 2009: Einleitung: Queer als visuelle politische Praxis. In: Paul, Barbara/Schaffer, Johanna (Hg.): Mehr(wert) queer. Visuelle Kultur, Kunst und Gender-Politiken. Bielefeld, 7-19.

Rajanayagam, Iris, 2015: Weiße Räume öffnen?! – Möglichkeiten und Grenzen. In: Graham, Stacie CC/Koch, Katharina/Kohl, Marie-Anne (Hg.): Prekäre Kunst: Protest & Widerstand. Berlin, 48-52.

Rancière, Jacques, 2008: Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien. Berlin.

Wenzel, Anna-Lena, 2011: Grenzüberschreitungen in der Gegenwartskunst. Ästhetische und Philosophische Positionen. Bielefeld.

NEUES AUS LEHRE UND FORSCHUNG

Kurznachrichten

Forschungsprojekt „Migrant_innen in der Kleinkindbetreuung in Deutschland und Frankreich“

Bis Dezember 2018 untersuchte das Projekt des Cornelia Goethe Centrums an der Universität Frankfurt a.M. Arbeits- und Qualifikationsbedingungen im Rahmen einer vergleichenden biographischen Policy-Analyse. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage nach Chancen zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit. Besonderes Augenmerk lag auch auf der Bewertung und Aushandlung von Mehrsprachigkeit und kulturellem Kapital in der Beziehung zwischen Eltern und Kinderbetreuer_innen.

Link: http://www.cgc.uni-frankfurt.de/17708/migrant_innen-in-der-kleinkindbetreuung-in-deutschland-und-frankreich/

Deutsches Jugendinstitut veröffentlicht Studie zu Inklusions- und Exklusionserfahrungen von LSBTIQ*-Jugendlichen

Unter dem Titel „Queere Freizeit“ befasst sich die Studie mit Erfahrungen junger Menschen in den Bereichen Freizeit und Sport. Die Publikation dokumentiert ineinandergreifende Mechanismen der Inklusion und Exklusion und kommt zu dem Schluss, dass Diskriminierungserfahrungen unter den Befragten häufiger aufgrund des Geschlechts als aufgrund der sexuellen Orientierung auftreten. Sie vereint qualitative und quantitative Zugänge und baut auf dem vorangegangenen Projekt „Coming out – und dann...?!“ auf, welches sich mit Lebenssituationen von LSBTIQ*-Jugendlichen befasste.

Link: <https://www.dji.de/medien-und-kommunikation/publikationen/detailansicht/literatur/26869-queere-freizeit.html>

Policy Brief Series: Gender issues in Horizon Europe

Das Projekt Gender Action dokumentiert und analysiert Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Geschlechtergleichstellung. Angefangen mit dem Titel „Gender in Horizon Europe – An Unfinished Business“ veröffentlichte die Initiative eine Reihe von Policy Briefs zu Schlüsselthemen aus dem Bereich Gender.

Link: <http://genderaction.eu/horizon-europe>

Einrichtung LAGEN-Publikationsstipendium für Dissertationen aus der Frauen- und Geschlechterforschung

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Einrichtungen für Frauen- und Geschlechterforschung in Niedersachsen (LAGEN) schreibt im Frühjahr 2019 erstmals ein Nachwuchsstipendium für herausragende Dissertationen im Bereich der Genderforschung aus. Dotiert ist das Stipendium mit einem Druckkostenzuschuss von 2.000 Euro für die Erstpublikation der Dissertationsschrift in der LAGEN-Publikationsreihe „L'AGENDA“ im Barbara Budrich Verlag.

Link: <https://www.nds-lagen.de/nachwuchsfoerderung/publikationsstipendium/>

Neues Landesprogramm chancengerechte Hochschulen NRW

Das Programm „Chancen ergreifen, Forschung und Familie fördern – Programm für chancengerechte Hochschulen in Nordrhein-Westfalen“ (FF-Hochschulen) unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit und der Vereinbarkeit von Wissenschaftskarriere und Familie an den Hochschulen. Jede Hochschule soll in den nächsten drei Jahren einen Sockelbetrag für Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit und der Vereinbarkeit von Wissenschaftskarriere und Familie erhalten.

Link: <https://www.land.nrw.de/pressemitteilung/neues-landesprogramm-fuer-chancengerechte-hochschulen-45-millionen-euro-pro-jahr>

Stellungnahmen zur BAföG-Reform aus der studentischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz und seine Novellierung sind unverzichtbar, dennoch sind einige wichtige Reformen noch nicht realisiert worden, d.h. wesentliche Reformen zur Bekämpfung bestimmter Selektionsmechanismen bleiben weiterhin ein gesellschaftliches Problem. Beispielsweise wurde die Förderfähigkeit von Teilzeitstudent*innen noch nicht ausgebaut bzw. umgesetzt, Studieninteressierte und Student*innen ohne akademischen Hintergrund müssten zudem besser informiert und gefördert sowie finanzielle Härten noch stärker abgebaut werden. Die Bedarfssätze und Wohnpauschalen müssten zudem realistisch an tatsächliche Lebenshaltungs- und Mietkosten angepasst werden.

Links: <https://www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailseite/neuigkeiten/gew-ein-bisschen-besser-ist-nicht-gut-genug/>

https://www.fzs.de/wordpress/wp-content/uploads/2019/01/2019-01-22_Stellungnahme_BAf%C3%B6G-%C3%84nderung.pdf

Anhörung im Europäischen Parlament zur Lage der Geschlechterforschung in Ungarn und Europa

Die Nichtwiederzulassung des Studiengangs Gender Studies in Ungarn Ende 2018 hatte die International Association for Institutions of Advanced Gender Studies (RINGS) zum Anlass genommen, sich mit einem Protestschreiben an den Ausschuss für die Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments zu wenden. Mitglieder des RINGS waren daraufhin zu einer öffentlichen Sitzung des Komitees geladen, in welcher neben dem auslösenden Fall weitere Angriffe der politischen Rechten auf die wissenschaftliche Forschung, Gender Studies als Fach und LGBTIQ Leben in Europa thematisiert wurden. Eine vollständige Aufzeichnung der Sitzung ist als Video und in Übersetzung online verfügbar.

Link: <http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/committees/video?event=20181108-1000-COMMITTEE-FEMM.Eine>

bukof-Handreichung Sexualisierter Diskriminierung und Gewalt an Hochschulen

Die Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen veröffentlicht auf ihrer Website Informationen, Hilfestellung und Materialien zum Umgang mit sexualisierter Diskriminierung und Gewalt. Die Aufstellung umfasst rechtliche Grundlagen, Ideen für präventive Maßnahmen sowie einschlägige Literatur.

Link: <https://bukof.de/online-handreichung-sdg/>

Kartenspiel „Wegbereiter_innen der Gender und Queer Studies“ für Lehre und Selbststudium

Die spielerische Aufbereitung theoretischer Eckpfeiler der Geschlechterstudien erscheint im Verlag Barbara Budrich. Auf 39 Wissenskarten werden Schlagwörter, zentrale Werke und Autor_innen, die das Selbstverständnis der Geschlechter- und Queerforschung maßgeblich begründet und beeinflusst haben, zusammengetragen. Alle Themen sind in einem Begleitheft aufbereitet und kontextualisiert.

Link: https://shop.budrich-academic.de/produkt/wegbereiter_innen-der-gender-und-queer-studies/?v=3a52f3c22ed6

Identitätenlotto: Spiel für die Thematisierung von Gender & Diversitymerkmalen in der Lehre

Ein weiteres Spiel zum Einsatz in der Hochschullehre erscheint im Spielecht-Verlag. Das Identitätenlotto ermöglicht die Thematisierung von sozialer Ungleichheit und Gleichberechtigung und regt zur Reflexion über Identität und Toleranz ein. Über die u.g. Website sind darüber hinaus Anwendungskonzepte für verschiedene Fachkontexte sowie Informationen zur Weiterbildung abrufbar.

Link: <https://identitaetenlotto.de/lehr-lern-spiel/>

Factsheet zu Mehrfachdiskriminierung. Rechtliche Grundlagen und Empfehlungen für die Praxis

Zusammengestellt vom Bereich Geschlechterpolitik des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte gibt die Publikation einen Überblick über die Thematik der Mehrfachdiskriminierung und weist auf rechtliche Möglichkeiten und Lücken hin. Der Text umfasst Anwendungsbeispiele und geht insbesondere auf internationales und schweizerisches Recht ein.

Link: <https://www.gendercampus.ch/de/aktuelles/neuigkeiten/factsheet-zu-mehrfachdiskriminierung/>

TH Köln: Impulse für eine trans*gerechte Hochschule und Lehre

Aufbauend auf einem Vortrag von René_ Hornstein, Gründungsmitglied der AG trans*emanzipatorische Hochschulpolitik und aktiv im Inter_Trans_Wissenschaftsnetzwerk, stellt die TH Köln verschiedene Materialien zum Thema trans*gerechte Hochschule und Lehre zum kostenlosen Download bereit.

Link: https://www.th-koeln.de/hochschule/impulse-fuer-eine-transgerechte-hochschule-und-lehre_60991.php

Antifeminismus in Deutschland: Entwicklungen in verschiedenen Praxisfeldern

ANNETTE HENNINGER

Antifeministische Mobilisierungen nutzen Gender als Sammelbegriff, um Geschlechterforschung und -politik sowie Politiken zur Liberalisierung von Sexualität als gefährliche Ideologie zu brandmarken. Damit ist der Vorwurf verbunden, ‚Genderismus‘ bzw. ‚gender ideology‘ ziele auf die systematische Bevorzugung von Frauen und sexuellen Minderheiten, bedrohe die vermeintlich natürliche Geschlechterbinarität, die traditionelle Familie und damit das Fundament der Gesellschaft. Europaweit werden diese Mobilisierungen vor allem vom christlich-fundamentalistischen und rechten Spektrum vorangetrieben (Kuhar/Paternotte 2017). Über die Funktion von Antifeminismus als ‚symbolischer Kitt‘ (Kováts/Pöim 2015) zwischen diesen Akteur*innen sowie über ihre (trans-)nationale Vernetzung ist inzwischen einiges bekannt. Als zentrale diskursive Strategien wurden neben der Gleichsetzung von Geschlechterforschung und -politik und dem Ideologie-Vorwurf gegenüber den Gender Studies die Konstruktion von Bedrohungsszenarien, das Operieren mit ‚fake news‘ und Verschwörungstheorien, eine starke Polarisierung und Othering-Strategien herausgearbeitet (z.B. Hark/Villa 2015, Mayer/Ajanociv/Sauer 2018). Dies ermöglicht Anschlüsse an Rassismus, Antisemitismus und rechtes Denken und legitimiert Polemiken und persönliche Angriffe gegen Feminist*innen.

In Deutschland wird der Start einer medialen ‚Genderismus‘-Debatte auf 2006 datiert, als Volker Zastrow erstmals in der FAZ gegen Gender Mainstreaming und Gender Studies polemisierte. Wissenschaftliche Beobachter*innen konstatieren eine zunehmende öffentliche Sichtbarkeit dieser Debatte seit ca. 2012/2013. Die AfD greift das Thema seit ihrem Einzug in die Kreis- und Landtage zunehmend auf. Die „Demo für alle“ mobilisiert seit 2014 unter anderem gegen die Reform der schulischen sexuellen Bildung.

Zwei Forschungsprojekte an der Universität Marburg untersuchen Diskursverschiebungen in Mainstream-Printmedien sowie Entwicklungen in verschiedenen Praxisfeldern, die im Fokus antifeministischer Mobilisierungen stehen. Erste Befunde werden nachfolgend vorgestellt.

Das Projekt „*‚Genderismus‘ in der medialen Debatte. Themenkonjunkturen 2006 bis 2016*“¹ untersucht mediale Diskursverschiebungen über einen Zeitraum von 10 Jahren. Analysiert wurden zwei konservative (FAZ, Welt) und zwei liberale politische Leitmedien (Spiegel Online, Süddeutsche Zeitung). Gefragt wurde nach Thematisierungskonjunkturen und deren Rückbindung an externe Ereignisse sowie nach den Deutungen von Geschlechter- und Gleichstellungspolitiken, Gender Mainstreaming und Geschlechterforschung in Medientexten und Leser*innen-Kommentaren.

Zunächst wurde die Häufigkeit von Komposita mit Gender* (z.B. Gender Studies, Gender Mainstreaming, Gender-Ideologie) ausgezählt. Gender wird oft ohne thematische Einbettung erwähnt und verweist als ‚leerer Signifikant‘ auf Themen rund um die Liberalisierung gesellschaftlicher Geschlechterverhältnisse. In die weitere Analyse einbezogen wurden nur inhaltliche Thematisierungen. Diese erfolgten am häufigsten in der FAZ (412), gefolgt von der Welt (304); in SPON (196) und SZ (155) waren es erheblich weniger. Der erste Thematisierungshöhepunkt 2006/07 korrespondiert mit der von Zastrow initiierten Debatte. Nach kurzem Abflauen geht der Trend ab 2011/12 wieder leicht nach oben, bei den konservativen Medien folgt ein starker Anstieg von 2013 bis 2016. Externe Ereignisse, die solche Thematisierungen auslösen oder befeuern, ließen sich aus den Texten nicht rekonstruieren: Meist wird das Thema durch die Redaktion bzw. den/die Verfasser*in gesetzt. Vor allem konservative Medien scheinen Debatten über Gender selbst aktiv voranzutreiben.

Bei der Frame-Analyse ausgewählter Texte zeigte sich, dass medienübergreifend kritisch bis abwertend über Gender Studies berichtet wird. Dabei wird eine als experimentell-analytisch und damit als objektiv konzipierte Biologie einer ideologischen Geschlechterforschung gegenübergestellt. Ähnlich abwertend-polemische Diskurse gibt es zu geschlechterbewusster Sprache. Im Textkorpus, der bis 2006 zurückreicht, bestätigte sich der von Scheele (2015) beschriebene Shift vom männerzentrierten zum familienzentrierten Antifeminismus. Männerzentrierung macht sich an antifeministisch gerahmten Thematisierungen etwa von Männergesundheit, Vaterschaftsfragen und Jungen als Bildungsverlierer fest. Familienzentrierung korrespondiert mit Thematisierungen von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in pädagogischen Kontexten oder mit der Ethnisierung von Sexismus v.a. nach den Übergriffen von Köln zu Silvester 2015/16. Gerahmt werden solche Beiträge als Bedrohung für Kinder und Jugendliche durch Frühsexualisierung, Missbrauch und Pornografie. Oder es wird eine ‚normale‘ (heterosexuelle, deutsche) Mehrheitsgesellschaft imaginiert, die den Machtansprüchen einer LGBTI-Avantgarde unterworfen werden soll. Solche Thematisierungen finden sich mit unterschiedlichen Perspektiven in allen vier Medien. Wertschätzend wird geschlechtliche und sexuelle Vielfalt fast ausschließlich in den liberalen Medien thematisiert, und zwar in Features über Einzelschicksale sowie in Ausstellungs-, Musik-, Film- und Theaterkritiken, wobei homosexuelle oder Trans-Männer die Hauptrolle spielen.

Das Projekt *„REVERSE – Krise der Geschlechterverhältnisse? Anti-Feminismus als Krisenphänomen mit gesellschaftsspaltendem Potenzial“*² untersucht antifeministische Diskurse, deren Akteur*innen, Zielgruppen und Wirkungen in fünf Fallstudien. Dabei verstehen wir Feminismus als intersektionales Projekt, das auf die Aufhebung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse zielt und für eine gesellschaftspolitische Liberalisierung und Entnormierung der Geschlechterverhältnisse eintritt. Antifeminismus bezeichnet eine entgegengesetzte weltanschauliche Position, die auf die Aufrechterhaltung heteronormativer, klassistischer und rassistischer Herrschaftsverhältnisse zielt (Fritzsche/Lang 2018).

Die erste Fallstudie zur „Ehe für alle“ fragt, inwiefern sich in Gegnerschaft hierzu ein rechtes Hegemonieprojekt formiert, das Mobilisierungspotenzial gegen eine Liberalisierung der Geschlechter- und Familienpolitik entfaltet und in Abgrenzung zu konservativen Vorstellungen dezidiert antifeministische Züge trägt. Zunächst wurden das Akteur*innenspektrum und Netzwerkstrukturen rechter Gegner*innen der „Ehe für alle“ untersucht. Derzeit erfolgt eine Diskursanalyse zentraler Medien (kath.net, Charismatismus, Junge Freiheit, Freie Welt). Interviews mit parlamentarischen Akteur*innen sollen helfen, die Reichweite dieser Diskurse einzuschätzen und potenzielle Zielgruppen zu identifizieren.

Die zweite Fallstudie zu antifeministischen Argumentationen in der Wissenschaft basiert auf einer Diskursanalyse der Publikationen von zehn prominenten akademischen Gender-Kritiker*innen. Diese vertreten ein christlich orientiertes oder positivistisches Wissenschaftsverständnis, das innerwissenschaftlich zwar in die Defensive geraten ist, aber außerwissenschaftlich großen Anklang findet. Aus dieser Sicht erscheinen Gender Studies als Symptom einer Krise von Wissenschaft. Zwar sind die Gender-Kritiker*innen innerhalb ihrer eigenen Profession randständig. In antifeministischen Netzwerken gilt ihre wissenschaftliche Autorität jedoch als ‚Beweis‘ für die Richtigkeit der vorgebrachten Positionen.

Eine dritte Fallstudie analysiert die Effekte der diskursiven Ethnisierung von Sexismus auf Integrationskurse für Geflüchtete. Dieser Diskurs wird keineswegs direkt in die Kurse ‚durchgereicht‘ – nicht zuletzt, weil sich die Kursleiter*innen dagegen verwehren. Deutlich wurde aber auch, dass die Kurse Geschlechtergleichstellung in erster Linie als Arbeitsmarktintegration von Frauen ausbuchstabieren, ohne die individuellen wie gesellschaftlichen Voraussetzungen hierfür zu reflektieren. Dies deutet auf eine verkürztes, mit neoliberalen Strategien der Arbeitsmarktaktivierung kompatibles Verständnis von Gleichstellung hin.

Die von der vierten Fallstudie zu sexueller Bildung befragten Expert*innen äußerten erhebliche Zweifel, dass die neuen Bildungspläne zur ‚(Sexual-)Pädagogik der Vielfalt‘ flächendeckend umgesetzt werden. Das Thema scheint zudem für die Lehramtsausbildung nach wie vor irrelevant zu sein. Während sexualpädagogische Angebote durch den Diskurs über Frühsexualisierung unter ‚Generalverdacht‘ gerieten, berichten Akteur*innen aus der Geschlecht reflektierenden Pädagogik bzw. aus der Antidiskriminierungsarbeit von verstärktem Interesse an ihren Angeboten. Dies spiegelt die ohnehin schwache Stellung der (außerschulischen) Sexualpädagogik gegenüber der Schule und anderen genderorientierten Jugendbildungskonzepten.

Die fünfte Fallstudie zu Mutterschaft und beruflicher Vereinbarkeit arbeitete anhand einer Diskursanalyse von Elternzeitschriften die Persistenz eines naturalisierten Verständnisses von Mütterlichkeit und (heterosexueller) Mutterschaft heraus, das allenfalls mit neoliberalen Selbstoptimierungsstrategien ‚aufgepeppt‘ wird. Dieser ungebrochene Geschlechterkonservatismus von Diskursen über Elternschaft bereitet einen fruchtbaren Boden für Versuche zur Retraditionalisierung und Renaturali-

sierung von Mutterschaft und Familie, die einen zentralen Ankerpunkt des rechten und christlich-fundamentalistischen Antifeminismus darstellen.

Die Befunde zu Diskursverschiebungen in den Medien zeugen von einer Intensivierung der Debatte über Gender, wobei insbesondere die Kritik an der Geschlechterforschung im Fokus steht. Dies stimmt skeptisch über die Chancen, über die Printmedien antifeministischen Angriffen auf die Gender Studies entgegenzutreten. Die Befunde des REVERSE-Projekts zeigen aber auch, dass antifeministische Diskurse auf feldspezifische Problem- und Konfliktkonstellationen treffen, die vielfältige Anknüpfungspunkte für feministische Gegenmobilisierungen bieten.

Anmerkungen

- 1 Das Projekt wird vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) finanziert und von Dorothee Beck bearbeitet (Laufzeit: 01.08.17-31.01.19), vgl. <https://www.uni-marburg.de/de/genderzukunft/forschung/genderismus>.
- 2 Das Projekt wird vom BMBF finanziert (Laufzeit: 01.10.2017-30.09.2019). Beteiligt sind 12 Wissenschaftler*innen, zwei Wissenschaftliche und fünf studentische Hilfskräfte (vgl. <https://www.uni-marburg.de/de/genderzukunft/forschung/reverse>).

Literatur

Fritzsche, Christopher/**Lang**, Juliane, 2018: Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? Ein Versuch zur begrifflichen Fassung aktueller Angriffe auf Geschlechterpolitiken und Geschlechterforschung. In: *Feministische Studien*. 36 (2), 335-346.

Hark, Sabine/**Villa**, Paula-Irene (Hg.), 2015: *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld.

Kováts, Eszter/**Pöim**, Maari (Hg.), 2015: *Gender as Symbolic Glue. The Position and Role of Conservative and Far Right Parties in the Anti-gender mobilizations in Europe*. Budapest: Foundation for European Progressive Studies/Friedrich-Ebert-Stiftung (<http://library.fes.de/pdf-files/bue-ros/budapest/11382.pdf>, letzter Zugriff: 18.1.19)

Kuhar, Roman/**Paternotte**, David (Hg.), 2017: *Anti-gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality*. London/New York.

Mayer, Stefanie/**Ajanovic**, Edma/**Sauer**, Birgit, 2018: *Kampfbegriff ‚Gender-Ideologie‘. Zur Anatomie eines diskursiven Knotens. Das Beispiel Österreich*. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hg.): *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*. Hamburg, 37-59.

Scheele, Sebastian, 2015: *Das trojanische Zombie-Pferd. Fünf Thesen zu einer diskursiven Verschiebung im gegenwärtigen Antifeminismus*. In: Burschel, Friedrich (Hg.): *Aufstand der ‚Wutbürger‘. AfD, christlicher Fundamentalismus, Pegida und ihre gefährlichen Netzwerke*. Berlin, 32-46.

Rechtsextremismus und völkischer Autoritarismus an Hochschulen

CHRISTIANE LEIDINGER, HEIKE RADVAN

Rechtsextremismus und völkischer Autoritarismus¹ werden in der Regel als kritisch zu thematisierende Inhalte in Seminaren verschiedener Fachrichtungen verortet und vermutet, insbesondere in den Politikwissenschaften. Dass jedoch entsprechende Erscheinungsformen und AkteurInnen in Deutschland Lehrkräfte, Studierende, Verwaltungsmitarbeitende sowie externe Dienstleistende der Hochschule vor Probleme und Herausforderungen stellen, wird kaum thematisiert.

Bislang finden sich nur einzelne unverbundene Spuren von akademischen Thematisierungen² (vgl. z.B. Kurth 1995); in den verschiedenen Disziplinen liegt kein umfangreicher Forschungsstand vor. Auf den ersten Blick mag es überraschen, dass die Fachdebatte im Studiengang Soziale Arbeit startete: Albert Scherr legt 2006 ein internes Arbeitspapier zur Situation in Ostdeutschland vor, dessen Relevanz von Peter Rieker (2006) u.a. bezogen auf die Ostspezifik bezweifelt wird. In diesem Zusammenhang werfen Scherr und Renate Bitzan die Frage auf, welche Erfahrungen es mit Studierenden Sozialer Arbeit gibt, die sich rechtsextrem orientieren. Sie fragen, welche Strategien im Umgang damit bestehen, und problematisieren, dass über die Existenz extrem rechter Studierender in der Sozialen Arbeit geschwiegen wird, obwohl es diese in einem „begrenzten aber relevanten Ausmaß“ (Scherr/Bitzan 2007, 9) gibt. Anwürfe gegen die Autor*innen blieben nicht aus. In der sich entwickelnden Debatte war verharmlosende Abwehr verbreitet. Esther Lehnert und Heike Radvan (2016, 59-120) diskutieren Beispiele, die zeigen, dass rechtsextrem eingestellte Personen Soziale Arbeit studieren und in der Praxis tätig sind, obwohl sie Einstellungen und Ziele vertreten, die den professionsethischen Grundsätzen diametral entgegenstehen.³ Angesichts des Verständnisses als Menschenrechtsprofession ist der Start der Debatte in der Sozialen Arbeit weniger überraschend.

Nicht zuletzt in Zeiten, in denen der öffentliche Diskurs verstärkt durch völkisch-autoritaristische und extrem rechte, insbesondere antisemitische, rassistische, antifeministische und geschichtsrevisionsistische Aussagen geprägt ist und die Grenzen des Sagbaren verschoben sind, wird ein entsprechendes Spektrum an politischen Positionen in Seminaren verschiedener Wissenschaftsdisziplinen hörbar und durch fortschreitende Normalisierung unterstützt. Lehrkräfte sind herausgefordert, solche Aussagen mit ihren diskriminierenden, demokratiefeindlichen Inhalten zu erkennen und in der Studierendengruppe als Lerngegenstand kritisch zu thematisieren. Hier stellt sich die Frage, wie Student*innen für demokratische Werte und Haltungen interessiert und bei deren Ausprägung weiter unterstützt werden können. Zu der hochschuldidaktischen Aufgabe gehört hierbei auch, Anschlussmöglichkeiten und Anschlüsse von extrem rechts oder völkisch-autoritär etwa an (anti-)feministische Positionen und die sogenannte Mitte aufzudecken und zu kritisieren.

Gleichzeitig ist es notwendig, überhöhte Wirkungserwartungen an das Studium (Sozialer Arbeit) – und damit auch an Lehrtätigkeit – auf habituelle Veränderungen der Studierenden kritisch zu hinterfragen (vgl. Radvan/Schäuble 2019). Erfahrungen aus der Rechtsextremismusprävention (vgl. Radvan 2013) legen nahe, hinsichtlich der pädagogischen Erreichbarkeit zu unterscheiden, ob Personen eher als rechtsextrem *orientiert* oder bereits als manifest rechtsextrem einzuschätzen sind (vgl. VDK/MBR 2012). Während überzeugte, habituell gefestigte Personen (organisierte AktivistInnen und/oder FunktionärInnen) kaum erreichbar sind, können in ihrer Meinung noch irritierbare, rechtsorientierte Personen sich im Zuge von längerfristigen Prozessen der Wissensaneignung und Selbstreflexion im Rahmen eines Studiums potentiell neu orientieren.

Bei extrem rechts organisierten Studierenden lassen sich derzeit auf Basis von Recherchen, kollegialen Informationen sowie der Beratungsarbeit der Fachstelle Gender und Rechtsextremismus zwei Gestaltungsweisen des Studiums rekonstruieren, die als Strategien interpretiert werden können: Erstens verhalten sich diese Studierenden unauffällig und mischen sich nicht mit Aussagen in Seminare ein, die Ideologien der Ungleichwertigkeit zugeordnet werden können. Ziel scheint es primär zu sein, das Studium abzuschließen. Diese Zurückhaltung kontrastiert auffällig mit dem politisch rechten Aktivismus, dem sie außerhalb der Hochschule nachgehen. Zweitens positionieren sich seit etwa 2017 Studierende in den Kommunikationswissenschaften der Uni Halle in Seminaren explizit als Mitglieder der sogenannten Identitären Bewegung und vertreten ihre Ideologie. Über diese zwei strategischen Verhaltensweisen hinaus sind als weitere Aspekte der Problematik zu nennen: rechtsextremer Aktivismus auf dem Campus, an dem sich naheliegenderweise auch StudentInnen beteiligen (vgl. Leidinger 2018), extrem rechte und völkisch-autoritaristische studentische Selbstorganisationen, von denen die traditionsreichen Burschenschaften nur ein Teil sind (vgl. Kurth 1995) sowie direkte körperliche Gewalt gegen einen Kommilitonen der Uni Mainz, die erst nach der Verurteilung und auf medialen Druck hin zur Exmatrikulation führte (vgl. Pauli 2014).

Extrem rechte StudentInnen⁴ können durch ihre Präsenz auf dem Campus und durch ihre Seminarteilnahme dazu beitragen, dass ein Teil der Studierenden die Hochschule als unsicheren Ort erlebt und sich womöglich bedroht fühlt. Ängste vor Diskriminierung und Diskriminierungserfahrungen verursachen Stress und können gesundheitliche Auswirkungen nach sich ziehen (vgl. Ziegler/Beelmann 2009). Es liegt nahe, dass sich das Lernklima verschlechtert und sich damit Bildungsmöglichkeiten der Betroffenen verringern. Dies gilt insbesondere in kleineren Städten oder im ländlichen Raum, in denen Wohnadressen und Alltagswege von Kommiliton*innen bekannt sind oder einfach herausgefunden werden können und dies zu berechtigten Sorgen um die eigene Sicherheit führt. Für den Umgang mit diesem Problem – insbesondere für die Frage nach einer etwaigen Notwendigkeit des allerletzten Mittels der Exmatrikulation – gilt es abzuwägen zwischen dem Bildungsanspruch diskriminierungsbetroffener Studierender und ihrem Recht auf Schutz und Unversehrtheit

sowie dem grundgesetzlich gesicherten Bildungsanspruch rechtsextremer StudentInnen (vgl. Schäuble/Radvan 2019; ähnlich: Borstel/Luzar 2014). Lehnert und Radvan (2016, 113) plädieren hier zuvorderst, den „bestmöglichen Schutz für potentiell Betroffene rechter Gewalt“ sicher zu stellen.⁵ Fraglos handelt es sich um ein ethisches Dilemma, das (trans-)disziplinär und hochschulpolitisch diskutiert werden müsste.

Informationen über die Studienorte von extrem rechten Studierende sind bislang u.W. nur vereinzelt öffentlich zugänglich. Zu vermuten sind eine Unsicherheit und ein damit verbundenes Beschweigen in Kollegien. Kolleg*innen und Hochschulleitungen befürchten rechtliche Konsequenzen bzw. als Hochschulstandort nicht mehr attraktiv zu sein. Das Beschweigen geht damit einher, dass die Existenz von Rechtsextremismus an Hochschulen wenig wahrgenommen wird und ein kollegialer Austausch kaum stattfindet. Hervorzuheben ist hingegen die Universität Halle, wo Mitglieder der sog. Identitären Bewegung studieren, weshalb dort als Reaktion kritische Veranstaltungen und Seminarinhalte zu dieser Organisation stattfanden und sich Hochschulverantwortliche und -angehörige in Medieninterviews öffentlich dazu äußerten und deutlich positionierten (vgl. Richter 2017; Hendrischke 2018).

Aus unserer Sicht ist es wichtig, das Problem nicht zu verengen auf rechtsextrem organisierte Studierende. Vielmehr geht es darum, jegliche Form von Diskriminierung und problematische Äußerungen frühzeitig zu erkennen und zu intervenieren. Dies trägt nicht zuletzt dazu bei, mögliche Anschlussstellen für rechtsextreme Ideologie zu unterlaufen. Werden jedoch studentische Aussagen – wir beziehen uns hier auf eigene und geschilderte Lehrsituationen – wie etwa „Wir sterben aus“, „Gender Studies haben oft so etwas Wahnhafes“, „Merkel muss weg. Wir brauchen Widerstand“ nicht erkannt und bleibt eine Intervention aus, etabliert sich eine Atmosphäre, in der diskriminierende wie auch geschichtsrevisionistische Äußerungen weiter normalisiert und von Diskriminierung Adressierte nicht geschützt werden. Kritisch zu denken ist auch an Sprachverwendungen wie Soziale Arbeit mit „SA“ abzukürzen, Sommersemester mit „SS“.

Für den Umgang mit (extrem) rechten Erscheinungsformen unter Studierenden plädieren Barbara Schäuble und Heike Radvan im Sinne einer Primärprävention für die Bewahrung eines demokratischen und menschenrechtlichen Profils der Hochschulen, für Wissensvermittlung, Selbstreflexion und Diskussion mit dem Ziel, der Wahrnehmungssensibilisierung sowie für eine Beschwerdeinfrastruktur. Proaktive Reaktionen bestehen darüber hinaus in der verstärkten Thematisierung von Rechtsextremismus sowie Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Bezogen auf die Soziale Arbeit können sich Fachbereiche/Institute sowie Studierende mit der Immatrikulation auf die Berufsethik Sozialer Arbeit selbst verpflichten (vgl. Schäuble/Radvan 2019). Für andere Disziplinen schlagen wir entsprechende Selbstverpflichtungen auf Antidiskriminierung und auf (entsprechend modifizierte) Ethik-Kodizes von Fachgesellschaften (z.B. Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft) vor. Einige Hochschulen haben mit Regelungen in ihren Hausordnungen (z.B. Alice Salomon

Hochschule Berlin, Technische Universität Dresden) dafür gesorgt, dass sie gegen die Zurschaustellung von rechtsextremen Symbolen vorgehen und auf rechts-extreme VeranstaltungsbesucherInnen reagieren können (vgl. Schäuble/Radvan 2019). Hier ist auch an die Hausrechteklausel zu erinnern. An der Fachhochschule für Polizei (FHPol) in Oranienburg wurden zwei Polizeianwärter entlassen, die ein Online-Portal mit der FHPol verlinkten, auf dem böartige Witze geteilt wurden. Der Rektor – so schildert Christoph Kopke – machte deutlich, dieses „Menschenbild“ nicht mitzutragen (zit.n. Hr2 2018, 12:45min). Ein Student klagte sich erfolgreich wieder ein.⁶ In NRW hielten ähnliche Urteile gegen Studenten in Aachen (2014) und in Münster (2015) stand. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Frage nach der charakterlichen Eignung für den Polizeidienst vor dem Hintergrund rechtsextremer Grundhaltungen, die sich auch in Verhaltensweisen ohne strafrechtliche Relevanz äußern können.⁷

Während partiell Wissen über rechtsextreme Studierende und den Umgang an Hochschulen vorliegt, lässt sich für den Bereich der Lehrkräfte von einer Leerstelle sprechen. Dennoch finden sich auch hier mündlich überlieferte sowie journalistische Berichte. Neben wissenschaftlichem Personal ist der Blick auf Mitarbeitende aus der Verwaltung und externe Dienstleistende etwa im Bereich Sicherheit zu richten. Hierzu liegen bislang kaum Informationen vor; Studien zur Situation in der Akademie fehlen wie erwähnt völlig.

Ein erster wissenschaftlicher Austausch zu den angesprochenen Themenbereichen wird im März 2019 als kooperative Arbeitstagung der Fachgruppen Gender und Migration, Rassismus- und Antisemitismuskritik in der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg stattfinden. Davon versprechen wir uns insbesondere Impulse für eine weitere Demokratisierung von Hochschulen und ein Zurückdrängen von extrem rechts für ein offenes, diskriminierungsfreies Lehr-, Lern- und Forschungsklima an Hochschulen.

Anmerkungen

- 1 Zu Begriff und Phänomenen vgl. Virchow 2018; Häusler 2018.
- 2 Insbesondere Hochschul- und Studierendenzeitschriften wären hier wertvolle Quellen, die dazu systematisch ausgewertet werden müssten.
- 3 Internationale und länderspezifische Ethik-Kodizes verpflichten Sozialarbeitende auf diskriminierungsfreies Verhalten und Intervention gegen Diskriminierung (IFSW/DBSH 2014).
- 4 Rechtsextreme Studentinnen werden oftmals mit ihren Einstellungen übersehen oder unterschätzt, wozu möglicherweise Bilder von Friedfertigkeit und Unpolitisch-Sein von Frauen beitragen (vgl. Lehnert/Radvan 2016, 23-28, 109-120; Leidinger 2018).
- 5 Sie kritisieren damit eine Betrachtung, die vornehmlich auf die Folgen für rechtsextreme Studierende verengt ist, wie sie Borstel und Luzar (2014) formulieren.
- 6 Mehr Informationen ließen sich bis zum Redaktionsschluss leider nicht recherchieren.
- 7 VG Aachen 1 L 710/14, Entscheidung 21.11.2014, OVG Münster 6 B 326/15, Beschluss 5.6.2017.

Literatur

Borstel, Dierk/Luzar, Claudia, 2014: Umgang mit rechtsextremen Studierenden an Hochschulen, in: IG Metall/Verdi (Hg.): DENK-doch-MAL. Das online-Magazin. Internet: denk-doch-mal.de/wp/dierkborstel-claudia-luzar-umgang-mit-rechtsextrem-studierenden-an-hochschulen (31.10.2018).

IFSW/DBSH, 2014: International Federation of Social Workers: Ethische Grundlagen der Sozialarbeit – Prinzipien und Standards des IFSW, verabschiedet 10/2004. Berufsethische Prinzipien des DBSH. In: Forum sozial. Die berufliche soziale Arbeit 4, 30f.; 33f. Internet: <https://www.dbsh.de/fileadmin/downloads/DBSH-Berufsethik-2015-02-08.pdf> (20.1.2019).

Häusler, Alexander (Hg.), 2018: Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD. Hamburg.

Hendrichske, Maria, 2018: Neue Rechte Wie die Uni Halle mit Identitären Studenten umgeht. 10.10.2018. Internet: <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/halle/halle/umgang-neue-rechte-identitaere-uni-halle-100.html> (19.1.2019).

Hr2, 2018: Rechte Netzwerke? Polizei unter Verdacht. Der Tag. Barbara Pierroth im Gespräch u.a. mit Prof. Dr. Christoph Kopke (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin). Podcast 19.12.2018 (54:08min). Internet: https://www.hr2.de/gespraech/der-tag/der-tag--rechte-netzwerke-polizei-unter-verdacht_id-dertag-896.html (29.1.2019).

Kurth, Alexandra, 1995: „Einigkeit und rechts und Freiheit [...]“ – Rechte Studierende an Hochschulen, in: AIESEC/ D.I.R./el&a/Projekt „Konservatismus und Wissenschaft“ e.V. (Hg.): Dokumentation des Kongresses Rassismus und Menschenrechte – Gesellschaftlicher Auftrag der Hochschulen. Marburg, 37-39.

Lehnert, Esther/Radvan, Heike, 2016: Rechtsextreme Frauen-Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen et al.

Leidinger, Christiane, 2018: Anschlussfähig – eine antifeministische Kampagne zu Gewalt gegen Frauen von (extrem) rechts. unv. Vortrag. Geschlecht – Erziehung – Wissenschaft! Gesellschaftliche Debatten um Geschlechterverhältnisse. FrauenZukunftsKonferenz der GEW, 29.9.2018, Berlin.

OVG Münster 6 B 326/15, Beschluss 5.6.2015: Keller, jurisPR-ITR 18/2015 Anm. 4 (8.2.2019).

Pauli, Ralf, 2014: Mein Kommilitone, der Nazi. Zeit online 16.7.2014. Internet: [zeit.de/studium/hochschule/2014-07/rechtsextremismus-uni-bochum/komplettansicht](https://www.zeit.de/studium/hochschule/2014-07/rechtsextremismus-uni-bochum/komplettansicht) (9.2.2019).

Radvan, Heike, 2013: Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention. Eine Leerstelle in Theorie und Praxis. In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin, 9-36.

Radvan, Heike/Schäuble, Barbara, 2019: Rechtsextrem orientierte und organisierte Studierende. Umgangsweisen in Hochschulen Sozialer Arbeit. In: Köttig, Michaela/Röh, Dieter (Hg.): Soziale Arbeit und Demokratie. Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit. Bd. 18. Opladen et al. (i.E.).

Rieker, Peter, 2006: „Rechtsextreme Studierende der Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Ostdeutschland“. In: Sozial Extra 12, 32-34.

Richter, Christoph, 2017: Umgang mit Identitären. Der Kampf um den Campus in Halle. 29.11.2017. Internet: https://www.deutschlandfunk.de/umgang-mit-identitaeren-der-kampf-um-den-campus-in-halle.680.de.html?dram:article_id=401911 (19.1.2019).

Scherr, Albert/Bitzan, Renate, 2007: Rechtsextreme Studierende und JugendarbeiterInnen. In: Sozial Extra 1/2, 8-10.

VDK/MBR, 2012: Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V., Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (Hg.), 2012: Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen. Internet: https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2012/08/MBR_HR_Jugendarbeit_Web.pdf (31.10.2018).

VG Aachen 1 L 710/14, Entscheidung 21.11.2014: Internet: <https://www.juris.de/perma?d=MWRE140003342> (8.2.2019).

Virchow, Fabian, 2018: AfD, Pegida & Co. Entstehung und Aufstieg einer völkisch-autoritären Massenbewegung. Dossier 87. Beilage zu *Wissenschaft & Frieden* 4.

Ziegler, Petra/**Beelmann**, Andreas, 2009: Diskriminierung und Gesundheit. In: Beelmann, Andreas/Jonas, Kai J. (Hg.): *Diskriminierung und Toleranz*. Wiesbaden, 357-378.

REZENSIONEN

Brigitte Bargetz, Eva Kreisky, Gundula Ludwig (Hg.)

Dauerkämpfe. Feministische Zeitdiagnosen und Strategien

JUTTA HERGENHAN

Zum 60. Geburtstag von Birgit Sauer haben *Brigitte Bargetz*, *Eva Kreisky* und *Gundula Ludwig* einen Sammelband vorgelegt, in dem zahlreiche Weggefährtinnen ihre Analysen aktueller geschlechterpolitischer Entwicklungen vorstellen. „Ich habe das Gefühl, ich befinde mich in einem Dauerkampf“ (14) lautet ein Zitat Sauers, das dem Band den Titel gibt und als roter Faden durch die Beiträge führt. In sechs thematischen Schwerpunkten – „Staat“, „Demokratie“, „Körperpolitiken“, „Bewegte Kämpfe“, „Rechte Politiken“, „Wie weiter?“ – greifen 26 Autorinnen Arbeiten Sauers aus den Jahren 1995 bis 2017 auf und stellen davon ausgehend eigene Forschung vor. Dadurch entsteht ein spannender Rückblick auf eine Geschichte feministischer Kämpfe, theoretischer Entwicklungen und Erkenntnisse empirischer Forschung wie auch ein höchst informativer Einblick in aktuelle Forschungsfelder und feministische Zeitdiagnosen. Weit entfernt erscheinen heute die geschlechterpolitischen Debatten um politische Partizipation und Repräsentation von Frauen angesichts der männerbündischen Organisation von Staat und Politik, in deren Kontext Birgit Sauer und Eva Kreisky in den 1990er Jahren die Fundamente feministischer Staatstheorie formulierten. *Amy G. Mazur* und *Dorothy E. McBride* ziehen in ihrem Beitrag zu Staatsfeminismus eine Bilanz der Wirksamkeit von Instrumenten und Strategien im Kampf um Geschlechtergleichstellung in der Politik (im Sinne von *polity*) und durch Politik (im Sinne von *policy*) in westlichen Demokratien ab den 1970er Jahren. Die Erkenntnis, dass Allianzen von Frauenrechtsorganisationen mit linken, insbesondere sozialdemokratischen Regierungen gleichstellungspolitisch am zielführendsten sind, zeigt sich ab den 2000er Jahren nicht mehr im gleichen Maße als zutreffend (37-42). Klassische staatsfeministische Instrumente wie geschlechtliche Quotenregelungen büßen an Gleichstellungswirksamkeit ein, wenn politische Entscheidungen nicht mehr in den Parlamenten, sondern in ausgelagerten Gremien, zunehmend informell oder aber nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene getroffen werden. Diese ab den 2000er Jahren verstärkt wahrnehmbaren Phänomene der Postdemokratie beschäftigt Sauer, die sich in ihren Arbeiten mit den Auswirkungen der Globalisierung, neoliberaler Governance und der Transnationalisierung von Politik, etwa im Mehr-Ebenen-System der Europäischen Union befasste (15, 46). Dass die Neoliberalisierung von Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und damit die Prekarisierung praktisch aller Lebensbereiche sowie die sozio-ökonomische De-

klassierung breiter Bevölkerungsteile zum massiven Einzug rechter und rechtspopulistischer Kräfte in Parlamente, Regierungen und höchste Staatsämter führen würde, war während der Debatten um Postdemokratie in diesem Ausmaß kaum vorhersehbar. Neu am weltweit beobachtbaren maskulinistischen Rückschlag ist, dass feministische Belange nicht mehr nur beschwiegen oder desavouiert werden, sondern dass wichtige Errungenschaften frontal angegriffen werden. Der sexistische Backlash manifestiert sich in den unverhohlenen Äußerungen eines Donald Trump oder Jair Bolsonaro ebenso wie in den Aktivitäten von Abtreibungsgegner/innen, Verteidiger/innen eines heteronormativen, auf geschlechtlicher Arbeitsteilung beruhenden Familienkonzepts, sowie in paternalistischen und rassistisch konnotierten Diskursen zu Körperbedeckungspolitiken, mit denen rechte Akteur/innen ihre eigenen Vorstellungen von Geschlechter(un)gleichstellung vorbringen. Der vorliegende Band bietet mit den Beiträgen von *Elisabeth Holzleithner* (Rechtspolitik, Vollverschleierungsverbot), *Marion Löffler* (Anti-Feminismus, Anti-Genderismus), *Edma Ajanovic* und *Stefanie Mayer* (hegemoniale Männlichkeiten und rechte Diskurse), *Karin Liebhart* (Identitäre Bewegung) sowie *Katja Chmielewski* und *Katharina Hajeck* (rechte Mobilisierungen im Hinblick auf Familien- und Geschlechterpolitiken) aufschlussreiche Beiträge zu verschiedensten Dimensionen dieser „Remaskulinisierung des Politischen und des Staates“ in Zeiten der „Autoritarisierung des Neoliberalismus“ (Bargetz/Kreisky/Ludwig, 11).

Die Autorinnen des Bandes befassen sich jedoch keineswegs nur mit Rückschritten in den Geschlechterverhältnissen und -politiken, sondern auch mit dem – häufig auf nationaler Ebene organisierten – Widerstand gegen den Abbau von Rechten, ebenso wie mit den – häufig auch transnational gedachten – Kämpfen für eine umfassende ökologische, sozio-ökonomische und geschlechterkulturelle Umgestaltung des Lebens. Dazu gehören auch gänzlich neue Auffassungen von Demokratie und Praxen politischen Handelns. *Isabell Lorey* verweist in ihrem Beitrag auf Sauers Konzept der „affektiven Gouvernementalität“, mit dem „Demokratie als sorgende Praxis oder als ‚affektive Demokratie‘ gefasst werden kann“ (91f.). Für Lorey sind dementsprechend die „aktuellen Kämpfe für eine andere Form von Demokratie und auch Ökonomie (...) Kämpfe der heterogenen Prekären für neue Weisen sozialer Reproduktion“ (94). Demokratie stellt in diesem Verständnis eine „Sorge-Praxis“ dar, die bereits im Moment des Protests und der geäußerten Forderungen durch wechselseitige Verbundenheit in der Gegenwart gekennzeichnet ist. Lorey nennt sie daher „präsentische Demokratie“ (94).

Einen weiteren wichtigen Themenkomplex stellen die Entstehens- und Bestehensbedingungen von Wissen dar. Dazu zählt die Bedeutung der Wissensproduktion im globalen Süden für transnationale Geschlechterpolitik und feministische Wissenschaft, auf die *Uta Ruppert* (147-152) hinweist und die sie an Beispielen illustriert. In diesem Zusammenhang ist auch der Begriff der ‚epistemischen Gewalt‘ als der Gewalt, die dem Wissen selbst innewohnt, zentral. *Claudia Brunner* bezieht sich auf Sauers geschlechtssensiblen politikwissenschaftlichen Gewaltbegriff (264), wenn

sie darauf aufmerksam macht, dass „Wissen (...) für die Funktionalität der *colonial condition* – das Anhalten von Kolonialität über den formalen politischen Prozess der Dekolonisierung hinaus – eine zentrale Rolle (spielt)“ (265). Wissenschaftliches Schaffen ist jedoch unter den Bedingungen der neoliberalen Hochschule auch im globalen Norden hochgradig von symbolischer Gewalt geprägt, wie an der kritischen Reflexion des Systems der quantifizierten Steuerung und metrisierten Leistungsbeurteilung für Wissenschaftsarbeit durch *Sabine Hark* und *Johanna Hofbauer* deutlich wird (163-169).

Ein Band zu feministischen Zeitdiagnosen kann selbstredend nicht auf alle Bereiche geschlechterpolitischer Auseinandersetzungen und nicht auf alle Arten anti-feministischer Manifestationen eingehen. Angesichts der zunehmenden Angriffe auf Frauen- und LSBTI*-Rechte sowie auf bestehende Geschlechterpolitiken und geschlechterbezogene Wissensproduktion durch maskulinistische und traditionalistische Kräfte erscheinen anti-feministische Phänomene, die als generationell oder popkulturell betrachtet werden, möglicherweise als weniger bedrohlich und damit als zweitrangig. Dennoch hätte eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Postfeminismus, welcher nur kurz in der Einleitung angesprochen wird (18), insofern gewinnbringend sein können, als damit auch innere Widersprüche und unerwartete Auswirkungen des Erfolgs feministischer Politiken hätten beleuchtet werden können.

Brigitte Bargetz, Eva Kreisky, Gundula Ludwig (Hg.), 2017: *Dauerkämpfe. Feministische Zeitdiagnosen und Strategien*. Frankfurt/M., New York: Campus. 310 S., ISBN 978-3-593-50804-7.

Myra Marx Ferree

Feminismen. Die deutsche Frauenbewegung in globaler Perspektive

HENRIKE KNAPPE

Das nun ins Deutsche übersetzte Buch von *Myra Marx Ferree* „Feminismen. Die deutsche Frauenbewegung in globaler Perspektive“ zeichnet feministische Praktiken und Bewegungsströmungen in Deutschland seit der ersten Welle der Frauenbewegung im 19. Jahrhundert nach. Der analytische Zugriff erfolgt über eine intersektionale Perspektive, die eingebettet ist in ein relational-realistisches Verständnis von Feminismen. Relationaler Realismus basiert hierbei auf der Annahme, dass Geschlechterverhältnisse immer Gegenstand sozialer Kämpfe sind, diverse Formen annehmen und vor allem verschränkt sind mit anderen Kategorien der Ungleichheit.

Der Fokus liegt also nicht auf Individuen, sondern auf „den Beziehungen zwischen Personen, Institutionen und Konzepten, auf Relationen also, die sich als Machtverhältnisse in historisch verwirklichten sozialen Interaktionen immer wieder neu konstituieren“ (29).

Beginnend mit dem Prozess der Nationenbildung in Deutschland und den USA im 18. und 19. Jahrhundert arbeitet Marx Ferree heraus, wie ungleiche Geschlechterbeziehungen jeweils intersektional verwoben sind mit Ungleichheiten in Bezug auf *race* („Rasse“) in den USA bzw. Klassenunterschiede in Deutschland. Darauf folgend werden die einzelnen Phasen der Frauenbewegung im 20. Jahrhundert untersucht. Kapitel 3 fokussiert auf die Entstehung des autonomen Feminismus seit 1968, der sich in antihierarchischen, basisdemokratischen Formen organisierte und auf autonome Lebensführung und Unabhängigkeit von den paternalistischen staatlichen Institutionen abzielte. In den späten 1970er und 1980er Jahren wiederum folgte eine Institutionalisierung dieses Autonomiestrebens in sogenannten Projekten, welche sich oft ausschließlich an Frauen wandten und vor allem auf den Gebieten Recht auf Abtreibung, Gewalt gegen Frauen/Frauenhäuser und Antimilitarismus (DDR) aktiv waren. Hier verweist die Autorin auf die Einbettung dieser Entwicklung in die Gelegenheitsstrukturen, die sich in Deutschland boten: So wurde einerseits die finanzielle Förderung durch den Staat als kritisch und autonomiegefährdend angesehen. Andererseits förderte die stärkere Verschränkung mit staatlichen Institutionen auch eine kollektive Repräsentation von Frauen in politischen Institutionen, wie sie beispielsweise in den USA mit einem liberalen System individueller Freiheit kaum möglich war (Kapitel 4). Diese Interessenvertretung manifestierte sich – so Marx Ferree – noch stärker bis zur Wiedervereinigung und finde Ausdruck in der Institutionalisierung von Frauenbeauftragten und staatlicher Frauenpolitik. Frauen in der DDR hingegen agierten laut der Autorin in einem Staat, der schon viel früher die Emanzipation der Frau als Staatsaufgabe erkannt hatte, was DDR-Frauen mehr Freiheit in der Berufsausübung und größere wirtschaftliche Unabhängigkeit bescherte, sie aber trotzdem unter dem paternalistischen System des Staates stehen ließ. Durch diese verschiedenen Gelegenheitsstrukturen wandten sich DDR-Frauen zu ganz anderen Themen hin, was besonders deutlich während der Wiedervereinigung wurde. Während BRD-Feministinnen stärker noch auf eine Autonomie der Frauen pochten, waren DDR-Feministinnen gemeinsam mit Männern aktiv und vertraten eher einen Ansatz, der auf eine Gleichberechtigung der Geschlechter fokussierte anstatt auf die besondere Situation von Frauen als Benachteiligte und Bevormundete, wie sie z.B. durch ein gesellschaftlich sehr traditionelles Mutterbild, eine strikte Abtreibungsgesetzgebung oder den fehlenden Zugang zum Arbeitsmarkt ihren Ausdruck fand. All diese Differenzerfahrungen waren für DDR-Frauen weniger spürbar gewesen als für Frauen in der BRD (Kapitel 6). Mit der Zunahme an transnationalem Einfluss auf die deutsche Frauenbewegung in den 1990er Jahren stieg auch die Hinwendung zu liberalen Prinzipien, die basierend auf der Vorstellung universeller Menschenrechte und freier individueller Entfaltungsmöglichkeiten eher auf Gleichberechtigungs-

und Antidiskriminierungspolitik abzielten. Dies stand im Gegensatz zu der bisher eher kollektiv verstandenen Frauenpolitik, die Frauen als „ein Geschlecht für sich“ betonte (Kapitel 7).

Besonders interessant wird dieses Buch, wenn es die unterschiedlichen Diskurse und Praktiken zwischen den USA und Deutschland herausarbeitet und die spezifischen Kontexte von beiden feministischen Bewegungen herausstellt. Dadurch wird der Ansatz des relationalen Realismus sehr produktiv und erkenntnisreich. So wird im letzten Kapitel der durchaus schwierige Umgang deutscher Feministinnen mit muslimischen Frauen in Deutschland aus intersektionaler Perspektive thematisiert. Die Exklusion und Stigmatisierung Kopftuch tragender Frauen – auch durch Feministinnen – baue in Deutschland sehr stark auf einen Diskurs auf, der das scheinbar moderne gleichberechtigte Familienmodell in Deutschland dem scheinbar traditionellen patriarchalen Modell in Einwandererfamilien gegenüberstelle. Dahingegen kontrastiert Marx Ferree die Situation liberaler Feministinnen in den USA mit ihrem Fokus auf Antidiskriminierung, einer diskursiven Parallelisierung und Solidarisierung von „Rassen“- und Geschlechterkonflikten sowie einer generellen Opposition gegenüber dem gesamtgesellschaftlich eher traditionellen Familienmodell. In diesem US-amerikanischen Kontext ist also eine Exklusion und Stigmatisierung von ethnischen Minderheiten durch Feministinnen kaum denkbar.

Allerdings werden diese intersektionalen Problematiken erst sehr spät im Buch ausführlicher behandelt. So bleibt die Analyse der feministischen Praktiken über weite Strecken des Buches doch meist in den elitären, gut gebildeten Kreisen der Frauenbewegung stehen und widmet sich eben eher selten den Klassenunterschieden und deren Konsequenzen für Frauen in BRD und DDR oder den Exklusionen von Frauen aus migrantischen Milieus. Die Kämpfe und Exklusionen dieser Frauen, seien es muslimische Frauen, Frauen jenseits der Mittelschicht oder Frauen der ehemaligen DDR, bleiben doch irgendwie das ‚Andere‘, das eher randständig thematisiert wird. Sie könnten mehr Aufmerksamkeit erfahren in dieser durchaus vielschichtigen und tiefgehenden Analyse intersektionaler Feminismen in Deutschland. Die Übersetzung ins Deutsche ist gut gelungen; allerdings bleibt es verwunderlich, warum in der deutschen Übersetzung keine gendersensible Sprache verwendet wird.

Myra Marx Ferree, 2018: *Feminismen. Die deutsche Frauenbewegung in globaler Perspektive*. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag. 368 S., ISBN 978-3593502922.

Sammelrezension: Aktuelle Forschungen zu Mutterschaft und Elternschaft

STEFANIE VISEL

Elternschaft befindet sich im Wandel. Die klassische Kleinfamilie bestehend aus Mutter-Vater-Kind wird um vielfache Formen des Zusammenlebens mit Kindern ergänzt. Damit einhergehend verändern sich auch Werte und Normen bezüglich der Frage, was gute Eltern sind und wie eine Arbeitsteilung innerhalb der Partnerschaft zum Wohle der Familie auszusehen hat. Konstruktionen von Mutterschaft und Elternschaft sowie die Einflüsse staatlicher Politiken auf die Arbeitsteilung und Geschlechterdifferenzierung von Eltern sind Gegenstand von zwei, aus Dissertationen hervorgegangenen, neu erschienenen Monografien. Beide Arbeiten erweitern die Perspektiven auf Mutterschaft, Elternschaft und fürsorgliche Praxis jenseits der öffentlichen Diskussionen um Vereinbarkeit. Ein Sammelband ergänzt zudem das Themenfeld Mutterschaft, Elternschaft und Politik um internationale und vergleichende Perspektiven.

Mutterschaft stellt derzeit im sozialwissenschaftlich orientierten Feminismus im deutschsprachigen Raum ein randständiges Thema dar. Diese Beobachtung ist Ausgangspunkt von *Marie Reuschs* Monografie „Emanzipation undenkbar? Mutterschaft und Feminismus“. Wenn Mutterschaft im feministischen Diskurs behandelt wird, so die Autorin, dann mit einem deutlichen Bias auf ihre herrschaftlichen Funktionen. Die scheinbare Unvereinbarkeit von Emanzipation und Mutterschaft bewertet sie als grundsätzliche Schwäche des feministischen Projekts. Ziel ihrer Arbeit ist es daher, im Spannungsfeld von Herrschaft und Emanzipation auch das Potential von Mutterschaft herauszuarbeiten und damit den Gegenstand zu erweitern.

In einer historischen Rekonstruktion zeichnet Reusch Veränderungen gesellschaftlicher „Bedingungen und Möglichkeiten des Mutterseins“ (68) in (West-)Deutschland von der Nachkriegszeit bis heute nach. In einer präzisen Beschreibung wird anhand der Felder Arbeit und Anforderungsprofil an Mutterschaft herausgearbeitet, wie die Bedingungen und Möglichkeiten von Mutterschaft zwischen Öffnung und Eigensinn einerseits und Einschränkungen andererseits pendeln. Daraus wird ein Analyseraster entwickelt, mit dem die Komplexität des Gegenstandes im Spannungsfeld von Herrschaft und Emanzipation eingeholt werden kann, indem Perspektiven von Subjekt, Struktur, Materialität und symbolischer Ordnung und deren Verflechtungen einbezogen werden. Reusch gelingt es damit, neben der Institution Mutterschaft alltägliche Praxen und Erfahrungen zu integrieren. Letzte eignen sich dazu, die „herrschaftliche Überformung von Mutterschaft“ zu irritieren, „widerspenstige Praktiken und alternative Deutungsmuster“ zu probieren, so die Autorin (145). Reuschs Arbeit bietet damit vielfältige Anknüpfungspunkte und Anregungen, den Zusammenhang von Emanzipation und Mutterschaft nachzuvollziehen und denkbar zu machen, denn

„(d)ie Kritik an der patriarchalen *Institution Mutterschaft* erübrigt nicht ein feministisches Konzept des *Mutterseins*“ (164).

Lisa Yashodhara Haller untersucht in ihrer Monografie „Elternschaft im Kapitalismus: Staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung junger Eltern“ den Einfluss staatlicher Steuerungsinstrumente auf die partnerschaftliche Arbeitsteilung. Der dabei im Zentrum stehenden Frage, inwiefern sich Paare nach der Familiengründung bei ihren Arrangements der Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit an staatlichen Strukturen orientieren und wie sie diese für sich deuten, nähert sie sich konzeptionell sowie empirisch. Konkret untersucht Haller die staatlichen Steuerungsmechanismen der Familienpolitik und die institutionellen Interventionen der Arbeitsmarktpolitik. Die Zusammenhänge zwischen der Mikroebene der Paarbeziehung und der Makroebene politischer Leistungen und Interventionen werden mit einer Mehr-Ebenen-Politikfeldanalyse in den Blick genommen und zuvor formulierte steuerungspolitische Annahmen mit den Ergebnissen aus den Paarinterviews abgeglichen. In ihren Gesetzesanalysen gelingt es der Autorin, die Ambivalenzen und die Selektivität der jüngsten familienpolitischen Reformen deutlich herauszuarbeiten. Während z.B. für Bedarfsgemeinschaften Leistungen reduziert werden, profitieren vor allem einkommensstarke Familien von Lohnersatzleistungen und Steuerfreibeträgen.

Die qualitative Analyse, wie gerade einkommensschwache Familien die verbleibenden Leistungen deuten, zeigt, dass die befragten Paare *trotz* der verringerten Leistungsansprüche familienpolitische Leistungen bei der Begründung ihrer Arbeitsarrangements gezielt heranziehen, diese nutzen und umdeuten. Dabei wählen alle Paare die komplementäre Arbeitsteilung des männlichen Ernährersmodells und begründen dies mit ökonomischen Zwängen. Zugleich verstärken arbeitsmarktpolitische Akteur_innen aus Betrieben und Jobcentern diese Wahl. Erhellend ist auch das Ergebnis, dass die befragten Mütter ihre Erfahrungen mit teilweise offenen Diskriminierungen am Arbeitsmarkt nicht etwa skandalisieren, sondern für sich anders interpretieren. So beschreiben die Interviewten die Freistellung vom Arbeitsmarkt für sich als ein Privileg. Durch diese Ausblendung struktureller Faktoren von Ungleichheit, so Haller, „bleiben die Hauptursachen, die eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen am öffentlichen Leben verhindern, unberücksichtigt“ (232). Ein empfehlenswerter Überblick zu dem Themenfeld Mutterschaft, Elternschaft und Politik gelingt schließlich dem von *Melanee Thomas* und *Amanda Bittner* herausgegebenen Sammelband „*Mothers and Others. The Role of Parenthood in Politics*“. Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass Elternschaft als vergeschlechtlichte Kategorie einen Einfluss darauf hat, wie, warum und in welchem Umfang sich vor allem Frauen politisch engagieren. In ihrer Einleitung identifizieren die Herausgeberinnen drei Felder, in denen den Zusammenhängen von Elternschaft, Geschlecht und Politik nachgegangen wird: der Einfluss von Elternschaft auf politische Karrieren; der Einfluss von Elternschaft auf politische Kampagnen und Kommunikationsstrategien von Kandidat_innen und Berufspolitiker_innen; sowie der Einfluss

von Elternschaft auf politische Partizipation und Einstellungen individueller Wähler_innen. Hinsichtlich des Einflusses von Elternschaft auf Berufspolitiker_innen überrascht es kaum, dass sich die Rolle und Wahrnehmung von Elternschaft auf eine politische Karriere zwischen den Geschlechtern stark unterscheidet. Während Vaterschaft für Berufspolitiker als ein positives Merkmal bewertet wird, sehen sich Politikerinnen mit der Frage nach der Versorgung der Kinder vs. der Tauglichkeit für ein politisches Amt neben eben diesen Fürsorgeverpflichtungen konfrontiert. Gleichzeitig wird kinderlosen Politikerinnen mitunter die Fähigkeit abgesprochen, bestimmte Politikfelder zu verstehen. Die Herausgeberinnen nennen dieses Dilemma das „Mommy Problem (...) damned if you do, damned if you don't“ (3).

Barbara Arneil untersucht in ihrem Beitrag praktische Fragen zu der Vereinbarkeit eines politischen Amtes mit dem Muttersein von Kleinkindern. Diese scheitert oftmals an institutionellen Vorgaben, wie z.B. dem Verbot von fremden Personen in Plenarsälen und den mangelnden Möglichkeiten, in diesem formellen Setting ein Kleinkind zu füttern oder zu stillen, da dies parlamentarische Hausordnungen nicht vorsehen. Auch fehlende Mutterschutzregelungen für Berufspolitiker_innen stellen eine solche institutionelle Barriere der Vereinbarkeit von Elternschaft und politischem Amt dar.

Wie Mutterschaft von Politikerinnen medial betrachtet sowie in Wahlkämpfen eingesetzt wird, ist Gegenstand mehrerer Beiträge. *Melissa K. Millers* analysiert die Berichterstattung im Vorfeld der US-Präsidentschaftswahlen 2008, in denen Hillary Clintons und Sarah Palins Wahlkämpfe im Mittelpunkt standen, sowie deren Einflüsse auf Wähler_innen. Interessant ist, dass Clintons Kampagne ihre Mutterschaft wenig thematisierte, während Palin diese offensiv herausstellte. Die negativen wie positiven Reaktionen in Presse und in Umfragen sowie die Anpassung der Kandidatinnen an diese zeigt: „(T)here is no clear agreement on the strategic advantage or disadvantage for women in politics of displaying their parental status“ (173).

Der Band stellt durch seinen Fokus auf „citizen(s) engagements with the political system“ (6) eine bereichernde Ergänzung zu Politikfeldanalysen dar und besticht vor allem durch seine empirische und methodische Vielfalt. Die teils komparativen Beiträge beziehen sich überwiegend auf englischsprachige Länder, vor allem auf die USA und Kanada. Gleichwohl sind die Ergebnisse zur Verortung von Elternschaft in der politischen Sphäre auch für den deutschsprachigen Raum erhellend.

Die Analysen des Sammelbandes zeigen deutlich, dass Elternschaft eher für Mütter als für Väter eine Herausforderung für politische Karrieren darstellt. Folglich konzentrieren sich die Beiträge auf Mütter – wünschenswert wären kontrastive weitere Analysen zur Verhandlung und Rolle von Vaterschaft in der Politik gewesen. Ergänzend wären zudem in Reuschs Studie an einigen Stellen konkrete Illustrationen emanzipatorischer Praktiken der Mutterschaft von Interesse gewesen. Dafür jedoch legt Reusch ein theoretisches Analyseraster vor, auf das weitergehende empirische Forschungen aufbauen können. Hallers Studie wiederum besticht durch empirische und analytische Dichte; lediglich tauchen bedingt durch das komplexe Forschungs-

design der Mehr-Ebenen-Analyse einige Redundanzen auf, die der Relevanz der Arbeit jedoch keinen Abbruch tun.

Marie Reusch, 2018: Emanzipation undenkbar? Mutterschaft und Feminismus. Münster: Westfälisches Dampfboot. 206 S., ISBN 978-3-89691-291-6.

Lisa Yashodhara Haller, 2018: Elternschaft im Kapitalismus: Staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung junger Eltern. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag. 250 S., ISBN 978-359350-777-4.

Melanee Thomas, Amanda Bittner (Hg.), 2017: Mothers and Others. The Role of Parenthood in Politics. Vancouver: UBC Press. 372 S., ISBN 978-0-7748-3458-2.

Ulrike Schultz, Anja Böning, Ilka Peppmeier, Silke Schröder

De jure und de facto: Professorinnen in der Rechtswissenschaft. Geschlecht und Wissenschaftskarriere im Recht

SABINE BERGHAHN

Ausgangspunkt für das Forschungsprojekt „Jurpro“, dessen Ergebnisse in diesem Buch unter dem Titel „De jure und de facto: Professorinnen in der Rechtswissenschaft. Geschlecht und Wissenschaftskarriere im Recht“ zusammengefasst sind, war die empirische Beobachtung, dass es in Deutschland im Fach Rechtswissenschaft besonders wenige Professorinnen gibt. So betrug der Frauenanteil an den universitären Professuren für Jura 2014 15,8%, der Frauenanteil an Universitätsprofessuren aller Fächer im selben Jahr dagegen immerhin 22,6%.

Die Autorinnen – hauptsächlich an der Fernuniversität Hagen tätig – haben 70 Interviews mit Rechtswissenschaftler*innen und 20 Interviews mit Praktikerinnen und Expertinnen geführt. Die Empirie erschöpft sich jedoch nicht in O-Tönen und Statistik zur Gläsernen Decke im Fach Rechtswissenschaft, sondern geht tiefer in die historische und gegenwärtige qualitative Ursachen- und Wirkungsforschung. Mit dem Buch ist eine einzigartige Zusammenstellung von rechtshistorischen, soziologischen, psychologischen und juristischen Analysen gelungen, die die Fachkultur der Rechtswissenschaft porträtieren und dabei ihre vergeschlechtlichte Struktur aufzeigen.

Jurist*innen erfahren durch ihre spezifische Ausbildung gewöhnlich eine enorme fachliche und persönliche Prägung. Bis zum ersten juristischen Staatsexamen findet die akademische Ausbildung an den Universitäten statt, das zweite juristische Staatsexamen folgt am Ende des Referendardienstes, der in staatlicher Regie durch-

geführt wird und aus wechselnden Stationen besteht. Spezifisch wissenschaftliches Arbeiten findet in der Regel erst im Rahmen von Promotion und Habilitation statt, also nach dem ersten Staatsexamen. Mit dem zweiten Staatsexamen sind die Absolvent*innen ‚Volljuristen‘, was vor allem bedeutet, dass sie in den Richterdienst oder die höhere Verwaltungslaufbahn eintreten, als Rechtsanwält*innen zugelassen werden oder in die Wirtschaft bzw. zu Verbänden gehen können. Sollen dann für die Professorenlaufbahn noch eine Promotion und eine Habilitation dazukommen, verlängert dies die Ausbildungsphase und damit auch die berufliche und finanzielle Unsicherheit beträchtlich.

Eine solch lange Berufsausbildung zur/zum Professor*in fällt zudem zentral in die Zeit der Familiengründung. Das ist für Frauen und Männer belastend, für Frauen aber umso mehr, wenn die ‚biologische Uhr‘ tickt, sie die Zeit zum Kinderkriegen nutzen wollen und oft damit rechnen müssen, mehr Betreuungs- und Erziehungsarbeit als der andere Elternteil zu leisten. Die Autorinnen sehen in den günstigen und relativ familienfreundlichen Beschäftigungsalternativen, die sich examinierten Kandidatinnen mit guten Noten im Richterdienst, bei der Staatsanwaltschaft und in der Rechtsanwaltschaft bieten, eine fachspezifische Ursache dafür, dass sich gerade diejenigen häufig gegen eine wissenschaftliche Laufbahn entscheiden, die die notwendigen anspruchsvollen Voraussetzungen dafür mitbringen (467). So sind die Frauenanteile in den klassischen juristischen Tätigkeitsbereichen durchweg höher (2015: 42,15% im Richterdienst, 43,85% bei der Staatsanwaltschaft, 33,58% in der Rechtsanwaltschaft) als in der Professorenschaft.

Welche Anforderungen stellt eine Wissenschaftskarriere im Recht und wie geht die Fachkultur mit Frauen um? Hierzu liefert das Buch viel Material: Nach der Einleitung in Kapitel 1 charakterisiert Kapitel 2 das Setting von Wissenschaftskarrieren im Fach Jura bereits im theoretisierten Vorgriff. Für die Fragestellung „Wo sind all die promovierten Wissenschaftlerinnen hin?“ (25) werden Erklärungsansätze für die Unterrepräsentanz auf dem Weg zur Professur präsentiert und die typischen Erwartungen an die Profession skizziert („Wissenschaft als professorale Lebensform“, 29). Zugleich wird auch das „Drama der wissenschaftlichen Objektivität“ (33) als eine mögliche Stolperfalle vorgestellt. Dieses Idealbild des streng neutralen und objektiven Wissenschaftlers ist männlich konnotiert. Frauen müssen erkennen, dass „Wissenschaft als kontextuelle Geschlechterpraxis“ (35) keineswegs geschlechterblind ist, dürfen aber in der Regel ihre eigene ‚weibliche‘ Wahrnehmung, sofern sie abweicht, nicht zur Sprache bringen; es käme einer Selbstmarginalisierung gleich. Mit Recht und spezifischen Rechtskonstruktionen ist Macht verbunden; in dem Machtfeld der staatlich-politischen Sphäre, die auf gesellschaftliche Legitimität angewiesen ist, „ist die Rechtswissenschaft tendenziell dazu disponiert, Kritik und Selbstreflexivität abzuwehren und in Subfelder wie die Rechtstheorie (...) und die Rechtssoziologie auszulagern. Geschlechterstudien zum Recht sind am Rande der Rechtswissenschaft angesiedelt und etablieren sich nur allmählich“ (38). Im vermittelten „Geschlechterkontext der Rechtswissenschaft“ (38) muss die Studentin oder

angehende Wissenschaftlerin versuchen, die stereotypen Fallbeispiele im Studium, die Verhaltenskontexte im Hörsaal oder Kollegenkreis, die oft unfreundlichen Signale und die intellektuelle Geringschätzung erst einmal zu ignorieren.

Kapitel 3 erläutert das methodische Vorgehen, in Kapitel 4 und 5 werden die historisch bedingten Spezifika des Fachs Jura beschrieben, das als prestigeträchtige Leitdisziplin fungierte und heute zum Teil noch fungiert, aber es wird auch die Geschichte des Eindringens von Frauen nachvollzogen. Aus einem männlich dominierten Fach – in den frühen 1960er Jahren betrug der Frauenanteil an den Jura-Studierenden 10 bis 15%, 2014 betrug er bereits 54,6% – ist ein überwiegend von Frauen studiertes Fach geworden, in dem trotzdem kaum Professorinnen tätig sind. Bis 1980 konnte man die Jura-Professorinnen in der Bundesrepublik Deutschland an zwei Händen abzählen, mittlerweile ist das Feld besser besetzt, aber dennoch überschaubar. Kapitel 6 führt aggregierte Daten zur Personalsituation von Frauen an, nicht nur als Professorinnen an Universitäten, sondern auch auf dem Weg dorthin, als Fachhochschulprofessorinnen und in den weiteren juristischen Berufen. Kapitel 7 beschreibt die typische juristische Ausbildung „Wie wird man Jurist/in?“ (189), Kapitel 8 porträtiert die „Fakultäten und ihre Fachkultur“ (239), Kapitel 9 geht den formalen Schritten nach, die den Erwerb der geforderten „Qualifikation für die Wissenschaft“ (297) dokumentieren, und Kapitel 10 stellt die „Steigbügel und Stolpersteine“ (342) für Karrieren in der Rechtswissenschaft zusammen. Hier kommen die Probleme gebündelt zum Ausdruck: Neben der Notenfixierung, dem Konkurrenzdruck und dem „Trauma“ (349) der (vermeintlich) unzureichenden Leistungen kommt als Kernfaktor der Karriere der professorale (wohl zwangsläufig männliche) Mentor ins Spiel, der in einem Netzwerk agiert und Renommee besitzt. Das Fach funktioniert als ‚familiäres Gebilde‘, es sind aber viele Vorausleistungen erforderlich, z.B. Ghostwriting für Professor*innen. Der Umgang mit Karriereunsicherheiten ist auch bei erfolgreicher Habilitation, die Bedingung sine qua non bleibt, stets eine Hauptfähigkeit. Es gibt Ermutigungs- und Entmutigungsstrukturen, weder Passivität noch Unerschrockenheit ist angebracht, denn es besteht in beiden Fällen das Risiko, negative Vorurteile zu bestätigen.

Die so facettenreiche, anschauliche wie schonungslose Beschreibung der Karriereunsicherheiten von Frauen in der Laufbahn zur Professorin wird im Kapitel 11 ergänzt durch Überlegungen zu Gleichstellungsmaßnahmen, mit denen die Frauenanteile in der Rechtswissenschaft erhöht werden könnten. So gibt es auch in der Rechtswissenschaft Bemühungen und kleine Erfolge, mehr Karrieren von Frauen in diesem nach wie vor sehr konservativen Fach zum Durchbruch zu verhelfen. Gleichwohl lassen sich aus den Analysen der Studie allenthalben Zweifel herauslesen, ob es genügend Veränderungswillen und Anstrengungen geben wird, die Binnenstrukturen in frauen- und familienfreundlicher Weise zu verändern und die bislang geschlechterpolitisch exklusiven Anforderungen in inklusive zu verwandeln.

Ulrike Schultz, Anja Böning, Ilka Peppmeier, Silke Schröder, 2018: *De jure und de facto: Professorinnen in der Rechtswissenschaft. Geschlecht und Wissenschaftskarriere im Recht*. Baden-Baden: Nomos Verlag. 531 S., ISBN 978-3-8487-4477-0.

Gesine Fuchs

Gleichstellungspolitik in der Schweiz. Einführung in ein umstrittenes Politikfeld

NATHALIE AMSTUTZ

Gesine Fuchs rückt in ihrer Monografie zwei wesentliche Voraussetzungen schweizerischer Gleichstellungspolitik in den Blick: die Differenzen der verschiedenen politischen Akteur_innen in ihrem Verständnis von Gleichstellung zum einen und zum anderen den hohen Druck, diese Differenzen in der Konsensdemokratie zu harmonisieren. Das Buch bietet damit eine höchst aufschlussreiche Sicht auf gleichstellungspolitische Prozesse und Ergebnisse in der Schweiz; ein Politikfeld, das bisher nicht in dieser umfassenden Weise beleuchtet wurde. Nicht nur für Adressat_innen in der Schweiz ist es sehr zu empfehlen. Doch immer der Reihe nach: Das Ziel des Buchs ist es, eine Analyse der „Entwicklung und Steuerung schweizerischer Gleichstellungspolitik vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Tendenzen“ (12) im Kontext politikwissenschaftlicher und historischer Erklärungsansätze für das Gelingen und Stagnieren von Gleichstellungspolitiken vorzustellen. Die Analyse von Gleichstellungspolitiken ist ein voraussetzungsreiches Unterfangen, das macht Fuchs im zweiten Kapitel deutlich. Hier werden einführend grundlegende theoretische Errungenschaften der Geschlechterforschung dargelegt, zentral u.a. eine konstruktivistische Perspektive (die Geschlecht als Strukturierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen versteht) und die Vergeschlechtlichung von staatlichen Strukturen (23). Zweitens werden die Spezifika des politischen Systems der Schweiz dargestellt: die Konkordanzdemokratie mit ihren direktdemokratischen Instrumenten und deren Bedeutung für den oben benannten Harmonisierungsdruck. Drittens werden Analysekonzepte vorgestellt, auf die im Lauf des Buchs Bezug genommen wird: eine konflikttheoretische Perspektive, die gerade jene Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse ins Licht rücken soll, die im Bemühen um Konsens tendenziell tabuisiert werden. Ansätze zum Geschlechterregime, die einen produktiven Rahmen zur Analyse wohlfahrtsstaatlicher Sozialpolitiken und arbeitsmarktlicher Maßnahmen bieten, komplettieren den theoretischen Rahmen von Fuchs' Untersuchung. Das dritte Kapitel unternimmt denn auch eine Analyse des Geschlechterregimes der Schweiz mit Schwerpunkt Erwerbsarbeit und Sorgearbeit und zeigt Konsequenzen auf, wenn der Leistungsanspruch der Sozialpolitik weitgehend an Erwerbsarbeit geknüpft ist. Gepaart mit steuer- und bildungspolitischen Elementen wird so das modernisierte traditionelle Modell gefördert, das aus einem Ernährer in Vollzeit und weiblicher Erwerbsarbeit in Teilzeit mit Zuständigkeit von Frauen für Sorgearbeit besteht. Dies führt zu ungleichem Zugang der Geschlechter zu Sozialleistungen und maßgeblichen finanziellen Einbußen vor allem für teilzeitarbeitende Frauen im Niedriglohnbereich. Den Kern politischer Prozesse beschreibt das vierte Kapitel

zum gleichstellungspolitischen Agenda-Setting. Werden Probleme als „relevant und lösungsbedürftig“ (30) definiert, so schaffen sie es unter Umständen auf die politische Agenda. Das Gelingen dieser Politisierung bzw. das Verschwinden von Themen von der politischen Agenda wird beispielhaft in den darauffolgenden Kapiteln anhand der parlamentarischen Arbeit zu zentralen gleichstellungspolitischen Themen wie Mutterschaftsversicherung und Lohngleichheit nachgezeichnet. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhält in der schweizerischen Gleichstellungspolitik am meisten Aufmerksamkeit, gefolgt von Erwerbsarbeit und institutioneller Politik (92-97). Entsprechend sinnvoll ist die Fokussierung des Buchs auf die berufliche Gleichstellungspolitik, deren Steuerungsinstrument, das Gleichstellungsgesetz (GIG), und auf die Lohngleichheitspolitik. Fuchs arbeitet das für die Schweiz typische Seilziehen um ein Verständnis von Gleichstellungspolitik als Bearbeitung struktureller Problemlagen versus Gleichstellung als Unterstützung individueller Problemlösung heraus (178).

Von Anfang an wird deutlich gemacht, dass das Buch auf einem normativen Verständnis von Gleichstellungspolitik basiert. Die Autorin bezieht sich auf Nancy Frasers Forderung, gleichstellungspolitische Effekte aller wohlfahrtsstaatlichen Politikentscheide auf die Ausgestaltung von Erwerbs- und Sorgearbeit sowie Freizeit zwischen Frauen und Männern zu prüfen. Gleichstellungspolitik müsste „die Grundsatzzfragen zur Arbeitsteilung, über Bewertung und über Zuweisung der Geschlechter zu bezahlter und unbezahlter Arbeit stellen“ (17) und sich androzentrismus- und machtkritisch positionieren. In ihrer idealtypischen Ausgestaltung ist Gleichstellungspolitik kohärent und konsistent, d.h. ihre Steuerungselemente, Maßnahmen und Anreize sind auf ihre Ziele hin abgestimmt (27). Diese Normativität bietet einen Bezugspunkt für Fuchs' kritische Beurteilung und das Ausmessen der Widersprüchlichkeiten schweizerischer Gleichstellungspolitik. Dazu gehört auch deren schwache institutionelle Verankerung. Fuchs verweist hier auf einen weiteren wichtigen Trend: Das über Jahre erarbeitete gleichstellungspolitische Wissen aus Forschung und politischer Praxis wird nur unsystematisch weitergegeben und gesichert. Dazu schafft das Buch einen Kontrapunkt mit einer überaus reichhaltigen und anregenden Zusammenführung von älteren und aktuellen Studien, Daten, Auswertungen und Befunden und interpretiert sie neu mit Blick auf eine wirkungsvollere Gleichstellungspolitik in der Schweiz. Ein wichtiger Beitrag zu einem Archiv gleichstellungspolitischen Wissens – der Politik wie der Forschung sehr zu empfehlen.

Gesine Fuchs, 2018: Gleichstellungspolitik in der Schweiz. Einführung in ein umstrittenes Politikfeld. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich. 263 S., ISBN 978-3-8474-0654-9.

Gabriele Wilde, Annette Zimmer, Katharina Obuch, Isabelle-Christine Panreck (Hg.)

Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybrid Regimes. New Theoretical Approaches and Empirical Case Studies

NORA PISTOR

Der von *Gabriele Wilde, Annette Zimmer, Katharina Obuch* und *Isabelle-Christine Panreck* herausgegebene Sammelband „Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybrid Regimes. New Theoretical Approaches and Empirical Case Studies“ schlägt einen systematischen Ansatz zur Analyse von Geschlechterverhältnissen in autoritären und hybriden Regimen vor und exemplifiziert diesen anhand von fünf Länderstudien mit unterschiedlichen politischen Systemen.

Der Einleitungsartikel analysiert – an aktuellen global-politischen Entwicklungen orientiert – die Begrifflichkeiten und die theoretische Verortung der Themen Zivilgesellschaft und Geschlechterverhältnisse in nicht-demokratischen Staatsformen. Zudem wird das Ziel des Bandes dargestellt, die existierenden theoretischen Ansätze zu überprüfen, konzeptionelle Rahmenbedingungen zu überdenken und zu einer Neuformulierung von Schlüsselkonzepten und -kategorien im Nexus dieser Forschungsthemen beizutragen. Insbesondere nicht-institutionelle und informelle Formen der Dominanz, wie beispielsweise „hierarchische Geschlechterordnungen“ und „traditionell-religiöse Geschlechterrollen“ (15, Übers. NP) oder generell der „soziale Raum“ (132, Übers. NP), sollen in die Untersuchung miteinbezogen werden.

Das erste Kapitel im theoretischen Teil von *Eva Maria Hinterhuber* und *Silke Schneider* stellt anhand von über 200 Forschungsbeiträgen der letzten zwei Dekaden die Ambivalenz und Multifunktionalität von Zivilgesellschaft für das Thema Gleichberechtigung in autoritären Regimen dar. Einerseits kann die Zivilgesellschaft von diesen Regimen genutzt werden, um die Diskriminierung von Frauen zu zementieren, andererseits bietet sie aber auch einen Möglichkeitsraum für Frauenbewegungen bzw. ist „der Ort, an dem der Kampf für Gleichberechtigung der Geschlechter stattfindet“ (31, Übers. NP). Zivilgesellschaft hat also gegenüber autoritären und hybriden Regimen sowohl stabilisierende als auch verändernde Wirkung.

Das folgende Kapitel von Zimmer beschäftigt sich instruktiv mit Akteur_innen, Funktionen und Formen von Zivilgesellschaft im Allgemeinen und in autoritären Regimen im Besonderen. Während eine aktive Zivilgesellschaft häufig als Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Beteiligung gesehen wird, zeigt Zimmer, dass dies auch unter den nicht-demokratischen Bedingungen eines autoritären Regimes möglich ist, wie im Falle des Deutschen Reiches oder Chinas. Hier wird die Frage aufgeworfen, inwieweit zivilgesellschaftliche Akteur_innen die soziale

Integration und Harmonisierung im Regime fördern. Eher vage bleibt der Beitrag in Bezug auf das Verhältnis zur Kategorie „Gender“ und die Bedeutung für Geschlechterverhältnisse.

Wildes Kapitel schlägt angelehnt an post-strukturalistische Blickwinkel vor, den Fokus auf nicht-institutionelle Mechanismen der Dominanz und Macht in autoritären Systemen zu richten. Die Autorin entwickelt eine neue Kategorisierung für die Analyse von Ungleichheit und Exklusion, die sich an den vier Bereichen der organisierten Zivilgesellschaft, dem öffentlichen Raum, dem privaten Raum und spezifischen Wissensdiskursen orientiert. Die Herleitung, Abgrenzung und Interrelation der Kategorien ist gelungen und regt durch ihre theoriegeleitete Struktur zur Anwendung in Forschung und Praxisprojekten an, zum Beispiel als vertieftes Instrument einer Gender-Analyse in Projekten der Entwicklungszusammenarbeit. Lediglich der übergreifende Charakter der Wissensdiskurse könnte noch deutlicher herausgestellt werden.

Gerade diese Kritik und den Bedarf weiterer Konkretisierung greift der Beitrag von Panreck auf. Die Autorin benennt drei Dimensionen der feministischen Analyse des Autoritarismus: Zunächst wird der Ansatz des „Framing“ beschrieben sowie in einem zweiten Schritt die Anwendung der post-strukturellen „Framing-Analyse“ auf Autoritarismus. In der letzten Dimension werden die theoretischen Ausführungen auf den Fall Serbiens angewandt. Hier zeigt die Autorin auf, wie beispielsweise durch die „Mutter der Nation“ (126, Übers. NP) strategisch-diskursive Geschlechterhierarchien geschaffen werden und wie diese Diskurse politisch instrumentalisiert werden. Zwar schlägt Panreck die Entwicklung einer „Toolbox“ (124) vor, um Wildes Konzept der Wissensdiskurse zu operationalisieren. Der gezeichnete Rahmen bleibt hierfür jedoch analytisch eng, weil er sich auf die „soziale Ebene“ (132, Übers. NP) konzentriert, dabei aber die Verflechtung mit institutionellen Wissensdiskursen, etwa in Bezug auf staatlich produzierte Geschlechterverhältnisse und -rollen vernachlässigt. Der zweite Teil des Buches präsentiert Fallstudien aus den Ländern Nicaragua (*Katharina Obuch*), Tunesien (*Gabriele Wilde* und *Jasmin Sandhaus*), Türkei (*Joyce Marie Mushaben*), China (*Stephanie Bräuer*) und Chile (*Patricia Graf*). Obuchs Kapitel zu Nicaragua ist eine Darstellung des kontrastierenden Dreiecks zwischen Frauenbewegung, traditionellen Genderrollen und institutionalisiertem Geschlechterverständnis. Die Rolle der Zivilgesellschaft wird hier zum einen beschrieben als „Motor der Veränderung“ (19, Übers. NP) und „demokratischer Wachhund“ (19, Übers. NP). Zum anderen fungiere Zivilgesellschaft auch umgekehrt als Verstärkung der traditionellen und antifeministischen Bewegungen: Sie könne auch unpolitisch Dienstleistungen erbringen oder sogar in enger, häufig undurchsichtiger Beziehung zur Regierung stehen und dieser zuarbeiten.

Wilde und Sandhaus stellen am Beispiel Tunesiens eine Analyse des Verhältnisses der Zivilgesellschaft (mit Fokus auf Frauenrechtsorganisationen) zur Staatsverfassung vor und beleuchten die Wichtigkeit, aber auch die im Ergebnis mangelnde Berücksichtigung der Forderungen nach Geschlechtergleichberechtigung. Methodisch

wird eine Untersuchung anhand des Verfassungstextes und des verfassungsgebenden Prozesses vorgenommen. Informelle Handlungen, namentlich Demonstrationen und die Nutzung sozialer Netzwerke, werden nur am Rande und in Bezug auf Zivilgesellschaft, nicht aber in Zusammenhang mit der Frauenrechtsbewegung erwähnt.

Ein innovativer Blickwinkel wird von Graf am Fallbeispiel Chiles eingenommen, der sich auf die Prozesse von zivilgesellschaftlicher Gender- und Frauenbewegung im Rahmen staatlicher Instrumentalisierung und politischer Institutionalisierung traditioneller Rollenbilder bis hin zu antifeministischen Narrativen in Chiles Transitionsprozess konzentriert. Die Autorin geht der Frage nach, wie Prozesse ermöglicht wurden, die feministische Forderungen geschwächt und zu deren Vereinnahmung durch staatliche Institutionen geführt haben. Der Beitrag beantwortet, warum eine feministische Bewegung nicht zur unmittelbaren Verbesserung der Frauenrechtssituation oder auch nur zu vermehrtem Dialog zwischen Zivilgesellschaft und Staat führen muss und lenkt das Auge auf prozessinhärente Risiken – Erkenntnisse, die sich Frauenrechtsaktivistinnen zunutze machen können.

Insgesamt wird der Sammelband seinen selbst gesteckten Zielsetzungen nicht vollständig gerecht. Die zu Beginn entwickelte Kategorisierung von vier Bereichen für die systematische Analyse von Ungleichheit und Exklusion wird nur selektiv in den Länderstudien herangezogen.

Während Wert auf die Darstellung der Zivilgesellschaft in den theoretischen Konzeptionalisierungen und in der Empirie der Fallstudien gelegt wird, kommen Ausführungen zu nicht-institutionellen und informellen Strukturen der vergeschlechtlichten Machtverhältnisse zu kurz. Welche übergeordnete Bedeutung die Kategorie Gender in autoritären und hybriden Regimen hat, und welche Möglichkeiten zur Erreichung von Geschlechtergleichheit in welchen Prozessen von welchen Akteur_innen gesehen und genutzt werden können, bleibt in dieser Umfänglichkeit leider unbeantwortet, wenn die einzelnen Beiträge auch kontextspezifische Antworten zu liefern suchen. Vielleicht kann die Frage des „Warum“ fortbestehender ungleicher Geschlechterverhältnisse eben doch nur unter Berücksichtigung eines Vergleichs mit demokratischen Systemen beantwortet werden.

Gabriele Wilde, Annette Zimmer, Katharina Obuch, Isabelle-Christine Panreck (Hg.), 2018: *Civil Society and Gender Relations in Authoritarian and Hybrid Regimes. New Theoretical Approaches and Empirical Case Studies*. Leverkusen: Barbara Budrich Verlag. 269 S., ISBN 978-3-8474-0729-4.

Katharina Volk

Von der Gesellschaftsanalyse zur Utopie. Ein historischer Rückblick auf materialistisch-feministische Theorien

ANNA STEENBLOCK

Über den Zusammenhang von (Haus-)Arbeit, Liebe und Kapitalismus ist viel geschrieben worden. Selten wurde jedoch die Dialektik der Liebe als integraler Bestandteil einer materialistischen Gesellschaftstheorie untersucht. *Katharina Volk* macht es sich zur Aufgabe, eine materialistische Lesart von Liebe zu entwickeln, die neben der Herrschaftsseite auch die subversive Kraft von Liebe betont. Liebe wird zusammen mit der Neuorganisation gesellschaftlich notwendiger Arbeit zur wichtigen Grundlage eines solidarischen Zusammenlebens und einer feministischen Gesellschaftsutopie. Vier Themen leiten als roter Faden durch die Analyse ausgewählter Theorien, um „Impulse (zu sammeln) für ein neues Verständnis von Lebens- und Produktionsweisen, die nicht auf Ausbeutung basieren“ (17): die Verhältnisbestimmung von Erwerbs- und Familien-/Hausarbeit, die Bestimmung von Familien-/Hausarbeit, die Bedeutung von Liebe sowie die Utopie einer neuen Gesellschaftsordnung. Mit der kritischen Re-Lektüre der Werke von Charles Fourier, August Bebel, Clara Zetkin, Alexandra Kollontai soll einerseits die Bedeutung der sogenannten Frauenfrage für die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion in der Entwicklungsgeschichte kapitalistischer Produktionsweise in Europa nachvollzogen werden. Andererseits wird eine Verhältnisbestimmung von Patriarchat und Kapitalismus anhand der Arbeiten von Veronika Bennholdt-Thomsen, Maria Mies, Claudia von Werlhof, Ursula Beer und Frigga Haug vorgenommen.

Wie Volk zeigt, sind die Theorien zu Unrecht in Vergessenheit geraten. Die Kritik des Frühsozialisten Fourier an familialer Lebensweise und isolierten Einzelhausen ist anschlussfähig an heutige Überlegungen zu gemeinschaftlichem Wohnen. In seinem utopischen Entwurf der „Phalanstères“ verbinden sich Arbeit und Wohnen, Produktion und Reproduktion mit dem Ziel, die Grenzen aufzuheben und die Tätigkeiten zu vergemeinschaften. Von Bebel entnimmt Volk wichtige Impulse für eine feministische Perspektive auf Arbeit; Nützlichkeit im Sinne einer Befriedigung der Lebensbedürfnisse steht hier im Zentrum. Die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung stellt er jedoch nicht in Frage, anders als Zetkin, die darin einen Schlüssel zur Lösung der Frauenfrage sieht und eine Neuorganisation gesamtgesellschaftlich notwendiger Arbeit fordert. Zetkins stärkstes „Vermächtnis an die Gegenwart“ (159) bleibt jedoch ihr Liebesbegriff: als Solidarität erstreckt er sich über die gesamte Gesellschaft. Auch bei Kollontai ist die radikale Befreiung der Liebe aus dem Korsett von Ausschließlichkeit, Ehe und Besitzanspruch zentral. Liebe und Sexualität wirken auf gesellschaftliche Verhältnisse und werden von diesen hervorgebracht, so Kollontai. In diesem materialistischen Sinne ist es konsequent, die Überwindung

von Eigentumsverhältnissen auch auf die Liebe und familiäre Lebensweisen anzuwenden, nicht nur auf die Produktionsmittel.

In Auseinandersetzung mit der virulent diskutierten Verhältnisbestimmung von Patriarchat und Kapitalismus in den 1980er Jahren entwickelt Volk mit Bezug auf Beer ein feministisches Materialismus-Postulat als Grundverständnis einer materialistisch-feministischen Gesellschaftstheorie. Das von der marxistischen Theorie „Ausgenommene“ (252), d.h. die gesellschaftliche Organisation unentgeltlicher Arbeit und Generativität, müsse genauso berücksichtigt werden, wie die Produktion von Waren. Außerdem schlägt sich in dem Postulat eine Kritik an der Totalität des Kapitalismus nieder, indem mit dem Begriff des „kapitalistischen Patriarchats“ (304) die historisch längere Existenz patriarchaler Strukturen betont wird. Volk plädiert dafür, nicht länger von *Reproduktion* zu sprechen, sondern begrifflich anzuerkennen, dass es sich auch bei unentgeltlichen, nicht der Akkumulationslogik folgenden Tätigkeiten um *Produktionen* handelt, indem sie „Produktion des Lebens“ (ebd.) als umfassendes Konzept einbringt. Die Existenz von zwei Produktionsweisen, nämlich der von Lebensmitteln und des Lebens, herauszustellen, die in einem Trennungszusammenhang zueinander stehen, sieht sie mit Blick auf die aktuelle Diskussion um die Bedeutung von Care innerhalb der Gesamtökonomie als gewinnbringend. Unter Rückgriff auf die Subsistenzperspektive denkt Volk diese global und bezieht vom Standpunkt des Lebens, der Bedürfnisbefriedigung und der Natur auch die Frage der Fortpflanzung mit ein. Überzeugend entwickelt sie eine materialistische Lesart der Gebärfähigkeit, die sich in Abhängigkeit von gesellschaftlichen Verhältnissen historisch entwickelt und verändert. Generativität liest Volk, angelehnt an Beer, als ein soziales Verhältnis, in dem der Zusammenhang zwischen weiblichem Körper und Gebärfähigkeit zu einem umkämpften Ergebnis historischer Entwicklungen wird. Darin eingelagert sind neben den herrschenden patriarchalen und kapitalistischen Verhältnissen auch rassistische Dimensionen. Volks feministisch-materialistische Gesellschaftstheorie positioniert sich dezidiert antirassistisch, die Frage nach der Gewordenheit nicht-weißer weiblicher Subjektivität und ihrer Bedeutung für Theorie und Praxis wird in dem ansonsten beeindruckend materialreichen Buch jedoch überraschend wenig gestellt.

Resümierend sammelt Volk zahlreiche Impulse für die in der Reproduktionskrise drängende Frage „Wer sorgt unter welchen Bedingungen für wen?“ (187) und verweist auf die notwendige Neuorganisation gesamtgesellschaftlicher Arbeit. Besonders hervorzuheben sind ihre Bezüge zur „Bedeutung konkreter Praxen, in denen die Subjekte Erfahrungen kollektiver Lebensweise“ (337) in gegenhegemonialen Lebensmodellen machen. Sie denkt dabei an kollektive Strukturen wie Wohnprojekte oder Produktionskollektive, wo die Produktion des Lebens jenseits von familiärer Lebensweise erprobt und gemeinschaftlich organisiert wird. Aber auch an die ukrainischen Subsistenzproduzent*innen, die ihre geernteten Walnüsse und Kartoffeln als Liebesbeweis an die in Österreich arbeitenden Frauen aus ihren Familien schicken. Volk sieht darin einen produktiven Zusammenhang von Liebe und Arbeit, in der

die Bedürfnisbefriedigung nicht über die Warenproduktion, sondern den Produktionsprozess jenseits von Profit und Akkumulation funktioniert. Mit solchen Beispielen widerständiger Praxen überzeugt Volk die Leser*innen, dass der unnachgiebige Kampf zur Überwindung der gesellschaftlichen Widersprüche „ohne die Liebe nicht funktioniert“ (338).

Katharina Volk, 2018: Von der Gesellschaftsanalyse zur Utopie. Ein historischer Rückblick auf materialistisch-feministische Theorien. Münster: Westfälisches Dampfboot. 378 S., ISBN 978-3-89691-295-4.

ANKÜNDIGUNGEN UND INFOS

Call for Papers

Heft 1/2020 der Femina Politica: Feministische Perspektiven auf Militärorganisation und Sicherheitspolitik in Zeiten transnationaler Kriegsführung (Arbeitstitel)

Die Thematik Krieg und Konflikt gewinnt aktuell politisch wie wissenschaftlich an Brisanz und Relevanz. Im Zuge der sogenannten ‚neuen Kriege‘ – wie sie seit den 1990er Jahren ausgemacht werden und sich beispielsweise im Kosovo, in Syrien, Afghanistan oder der Ukraine manifestieren – haben sich einerseits die Art der Kriegsführung, der militärischen Organisation sowie die Konfliktparteien verändert. Andererseits sind zentrale Mechanismen und Strukturen spezifischen staatlich und patriarchal organisierten Mustern verhaftet geblieben, was sich etwa bei Entscheidungen zu Kriegseinsätzen, aber auch in Friedensverhandlungen, Wehrdienstdebatten oder an Militäretats zeigt.

Diese Diskrepanz zwischen neuen Anforderungen und damit auch neuen Problemen, neuen trans- und supranationalen Politiken der Gewaltausübung, der Grenzbildung und des Grenzschutzes sowie der Militär(re)organisation hat zivil- und gesamtgesellschaftliche Auswirkungen. Tradierte Praktiken und die Persistenz von nationalstaatlich verfassten, vergeschlechtlichten Makrostrukturen in einer kapitalistisch und neoliberal organisierten Weltordnung verstärken diese noch.

Die genannten Effekte sind sowohl vergeschlechtlicht als auch Geschlechterbilder transformierend. Gleichwohl ist die Querschnittskategorie Geschlecht in Standardwerken zu Krieg und Sicherheit meist ein blinder Fleck; feministische Perspektiven erst recht.

Das Themenheft widmet sich diesem Spektrum von Kontinuitäten und Brüchen in Bezug auf militärische Gewalt, Sicherheitsforschung und Geschlecht im 21. Jahrhundert. Folgende Fragen sollen den Schwerpunkt umreißen:

- ▶ Wie kann eine feministische bzw. auf Geschlechterverhältnisse bezogene Auseinandersetzung bzw. (Re-)Formulierung des begrifflichen Instrumentariums (Militär, Krieg, Sicherheit) aussehen?
- ▶ Welche vergeschlechtlichten Zuschreibungen, Strukturen und Praktiken sind in Zusammenhang mit Militärorganisation, Sicherheitspolitik, Gewalt und Krieg wirkmächtig?
- ▶ Welche Themenfelder fokussieren feministische Forschungen im Bereich Militär- und Sicherheitspolitik?

- ▶ Welche je spezifischen Erkenntnisgewinne erbringen dekonstruktivistische, postkoloniale, queerfeministische, intersektionale theoretische Zugänge in Bezug auf Militärorganisation und Sicherheitspolitik in Zeiten transnationaler Kriegsführung?

Von besonderem Interesse sind (theoriegeleitete) empirische sowie theoretische Beiträge unter Einbeziehung der Geschlechterperspektive zu folgenden Themenbereichen:

- ▶ Militär und Geschlecht sowie Industrie
- ▶ Einflussnahmen auf Bildung und Forschung (z.B. EU-Fördermaßnahmen zu Sicherheitspolitik; militärische Forschung an Universitäten)
- ▶ Transformation von Militärorganisation (z.B. Folgen der Professionalisierung der Bundeswehr: Rekrutierung von jungen Erwachsenen mit neuem Fokus auf Frauen; Gleichstellung und bzw. versus ‚geschlechtsneutrale‘ Wehrpflicht; LGBTQI* und Militär u.a.)
- ▶ sexualisierte Gewalt im/durch Militär bzw. Krieg
- ▶ Kriegsauswirkungen auf lokale und Diaspora-Gesellschaften
- ▶ Verhältnis von patriarchalen und rassifizierten bzw. xenophoben Kriegs- und Konfliktstrategien
- ▶ Kriegsbilder und Mediendiskurse
- ▶ Human Security, Securitization, Krieg und Gender; Verhältnis von Innen- und Außenpolitiken in Bezug auf Geschlecht
- ▶ Sicherheits- versus/als Friedenspolitik
- ▶ Militärische Sozialisation, Gegenentwürfe und -bewegungen

Abstracts und Kontakt

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Jana Günther, Eva Maria Hinterhuber und Antonia Schmid betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts bis zum 30. April 2019 an jana.guenther@tu-berlin.de, eva-maria.hinterhuber@hochschule-rhein-waal.de, Antonia.Schmid@fu-berlin.de oder redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen* in und außerhalb der Hochschule. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen* bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **22. Mai 2019** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **15. September 2019**. Die

Angaben zu den Autor*innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer-Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied aus dem Herausgeberinnenteam. Ggf. kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis spätestens **15. November 2019**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen. Der Abgabetermin für die Endfassung des Beitrags ist der **15. Januar 2020**.

Offene Rubrik Forum

Neben dem Schwerpunktthema bietet die Rubrik Forum die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft (Beiträge im Umfang von max. 20.000 Zeichen), die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen Abstracts erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.

Neuerscheinungen

Alasti, Dania, 2018: Frauen der Novemberrevolution. Kontinuitäten des Vergessens. Münster: Unrast.

Anderson, Siwan/**Beaman**, Lori/**Platteau**, Jean-Philippe (Hg.), 2018: Towards Gender Equity in Development. Oxford: Oxford University Press.

Bakhshizadeh, Marziyeh, 2018: Changing Gender Norms in Islam Between Reason und Revelation. Opladen: Barbara Budrich.

Ball, Jennifer, 2019: Women, Development and Peacebuilding in Africa. Stories from Uganda. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Beier, Frank, 2018: Politisch inhaftierte Frauen in der DDR: Eine biographieanalytische Studie zur Genese von Flucht- und Ausreiseentscheidungen. Opladen: Barbara Budrich.

Beier, Friederike/**Haller**, Lisa Yashodhara/**Haneberg**, Lea (Hg.), 2018: materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität. Münster: Unrast.

Bellavitis, Anna, 2018: Women's Work and Rights in Early Modern Urban Europe. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Breitenbach, Eva/**Rieske**, Thomas Viola/**Toppe**, Sabine (Hg.), 2018: Migration, Geschlecht und Religion. Opladen: Barbara Budrich.

Carlton, Bree/**Russell**, Emma K., 2018: Resisting Carceral Violence. Women's Imprisonment and the Politics of Abolition. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Diewald, Irmgard, 2018: Männlichkeit im Wandel. Zur Regierung von Geschlecht in der deutschen und schwedischen Debatte um „Männer in Kitas“. Bielefeld: transcript.

Dittmar, Kelly/**Sanbonmatsu**, Kira/**Carroll**, Susan J., 2018: A Seat at the Table. Congresswomen's Perspectives on Why their Presence Matters. Oxford: Oxford University Press.

Dustin, Moira/**Ferreira**, Nuno/**Millns**, Susan (Hg.), 2019: Gender and Queer Perspectives on Brexit. London: Palgrave Macmillan.

Emejulu, Akwugo/**Sobande**, Francesca (Hg.), 2019: To Exist is to Resist: Black Feminism in Europe. London: Pluto Press.

Eyssen, Susanne, 2019: Der Aufbruch der Frauen in der SPD: Die Entwicklung der Frauenerbeitsgemeinschaft (ASF) während der 1970er und 1980er Jahre. Opladen: Barbara Budrich.

Falk, Francesca, 2019: Gender Innovation and Migration in Switzerland. Basingstoke: Palgrave Pivot.

Flowers, Prudence, 2019: The Right-to-Life Movement, the Reagan Administration, and the Politics of Abortion. Basingstoke: Palgrave Pivot.

Franceschet, Susan/**Krook**, Mona Lena/**Tan**, Netina (Hg.), 2018: The Palgrave Handbook of Women's Political Rights. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Franzway, Suzanne/**Moulding**, Nicole/**Wendt**, Sarah/**Zufferey**, Carole/**Chung**, Donna, 2018: The sexual politics of gendered violence and women's citizenship. Bristol: Bristol University Press.

Fütty, Tamas Jules Joshua, 2019: Gender und Biopolitik. Normative und intersektionale Gewalt gegen Trans* Menschen. Bielefeld: transcript.

Gerster, Daniel/**Krüggeler**, Michael (Hg.), 2018: God's Own Gender? Masculinities in World Religions. Baden-Baden: Nomos.

Ghosh, Swati, 2018: The Gendered Proletariat. Sex Workers' Movement, and Agency. Oxford University Press.

Gosh, Rajashi/**McLean**, Gary N. (Hg.), 2018: Indian Women in Leadership. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Grabska, Katarzyna/**de Regt**, Marina/**del Franco**, Nicoletta, 2019: Adolescent Girls' Migration in The Global South: Transitions into Adulthood. London: Palgrave Macmillan.

Günther, Jana, 2019: Fragile Solidaritäten. Klasse und Geschlecht in der britischen und deutschen Frauenbewegung. Hamburg: Marta Press.

Hartigan-O'Connor, Ellen/**Materson**, Lisa G. (Hg.), 2018: The Oxford Handbook of American Women's and Gender History. Oxford: Oxford University Press.

- Hartley, Christie/Watson, Lori**, 2018: Equal Citizenship and Public Reason. A Feminist Political Liberalism. Oxford: Oxford University Press.
- Jenichen, Anne/Liebert, Ulrike** (Hg.), 2018: Europeanisation and Renationalisation: Learning from Crises for Innovation and Development. Opladen: Barbara Budrich.
- Kastein, Mara**, 2019: Gleichstellungsorientierte Männerpolitik unter Legitimationsdruck. Eine wissenssoziologische Diskursanalyse in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Opladen: Barbara Budrich.
- Klein, Uta/Steinfeldt-Mehrtens, Eddi** (Hg.), 2018: Wegbereiter_innen der Gender und Queer Studies. Kartenspiel mit Begleitheft. Opladen: Barbara Budrich.
- Krishnamurthy, Aki**, 2018: Scham Macht Geschlecht: Körperdialoge in Südindien. Opladen: Barbara Budrich.
- Langer, Antje/Mahs, Claudia/Rendtorff, Barbara**, 2018: Weiblichkeit – Ansätze zur Theoretisierung. Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft (FGFE), Bd. 14. Opladen: Barbara Budrich.
- Léime, Áine Ní/Street, Debra/Vickerstaff, Sarah/Krekula, Clary/Loretto, Wendy** (Hg.), 2019: Gender, ageing and extended working life: Cross-national perspectives. Bristol: Bristol University Press.
- Lewis, Patricia/Benschop, Yvonne/Simpson, Ruth** (Hg.), 2018: Postfeminism and Organization. London: Routledge.
- Lobasz, Jennifer K.**, 2019: Constructing Human Trafficking. Evangelicals, Feminist, and an Unexpected Alliance. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Lóránd, Zsófia**, 2018: The Feminist Challenge to the Socialist State in Yugoslavia. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Lutz-Kluge, Andrea/Brensell, Ariane** (Hg.), 2019: Partizipative Forschung in Gender-Kontexten: Emanzipatorische Forschungsansätze weiterdenken. Opladen: Barbara Budrich.
- Maj, Jolanta**, 2017: Gender Equality in the European Union. A Comparative Study of Poland and Germany. Baden-Baden: Nomos.
- Malik, Inshah**, 2019: Muslim Women, Agency and Resistance Politics. The Case of Kashmir. Basingstoke: Palgrave Pivot.
- Mauer, Heike**, 2018: Intersektionalität und Gouvernementalität. Die Regierung von Prostitution in Luxemburg. Opladen: Barbara Budrich.
- Mayer, Stefanie**, 2018: Politik der Differenzen: Ethnisierung, Rassismen und Antirassismus im weißen feministischen Aktivismus in Wien. Opladen: Barbara Budrich.
- Ogawa, Reiko/Chan, Ramond Kwok Hong/Oishi, Akiko/Wang, Lih-Rong** (Hg.), 2018: Gender, Care and Migration in East Asia. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Parry, Diana/Johnson W. Corey/Fullagar, Simone** (Hg.), 2019: Digital Dilemmas. Transforming Gender Identities and Power Relations in Everyday Life. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Parson, Laura**, 2019: Polygamy, Women, and Higher Education. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Patrovic, Jelena**, 2019: Women's Authorship in Interwar Yugoslavia. The Politics of Love and Struggle. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Rai, Shirin M./Spary, Carole**, 2019: Performing Representation. Women Members in the Indian Parliament. Oxford: Oxford University Press.
- Rubin, Yvonne**, 2018: Freiwilliges Engagement in 'sorgenden Gemeinschaften'. Eine geschlechterkritische Analyse ehrenamtlicher Care-Arbeit für ältere Menschen. Opladen: Barbara Budrich.
- Rubio-Marín, Ruth/Kymlicka, Will** (Hg.), 2018: Gender Parity and Multicultural Feminism. Towards a New Synthesis. Oxford: Oxford University Press.
- Schäfer, Reinhild/Dackweiler, Regina-Maria/Rau, Alexandra** (Hg.), 2019: Frauen und Armut – Feministische Perspektiven. Opladen: Barbara Budrich.
- Schulze, Heidrun/Höblich, Davina/Mayer, Marion** (Hg.), 2018: Macht – Diversität – Ethik in der Beratung: Wie Beratung Gesellschaft macht. Opladen: Barbara Budrich.
- Seiler, Nina**, 2018: Privatisierte Weiblichkeit. Genealogie und Einbettungsstrategien feministischer Kritik im postsozialistischen Polen. Bielefeld: transcript.
- Shackel, Rita/Fiske, Lucy** (Hg.), 2019: Rethinking Transitional Gender Justice. Transforma-

tive Approches in Post-Conflict Settings. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Silva, Adrian de, 2018: Negotiating the Borders of the Gender Regime. Developments and Debates on Trans(sexuality) in the Federal Republic of Germany. Bielefeld: transcript.

Thanailaki, Polly, 2018: Gender inequalities in rural European communities during 19th and early 20th century. A historical perspective. Cham: Springer.

Ukockis, Gail, 2019: Misogyny. The New Activism. Oxford: Oxford University Press.

Volkman, Constanze, 2019: Muslim Women in Austria and Germany Doing and Undoing Gender. Making Gender Differences and Hierarchies Relevant or Irrelevant. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Wéber, Júlia, 2018: Zugehörigkeit und Teilhabe junger Frauen im Übergang in die Arbeitswelt: Institutionelle Interventionen der Jugendhilfe und Arbeitsvermittlung aus Adressatinnen-Sicht. Opladen: Barbara Budrich.

Wright, Katie, 2018: Gender, Migration and the Intergenerational Transfer of Human Well-being. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Zamfira, Andreea/Montlibert, Christian de/Radu, Daniela (Hg.), 2018: Gender in Focus: Identities, Codes, Stereotypes and Politics. Opladen: Barbara Budrich.

Aus Zeitschriften und Sammelbänden

Abdelwahed, Inas/Abla, Ruba/Afifi, Rima, 2018: Recent News Coverage of Sexual and Reproductive Health in Lebanon. In: Journal of Middle East Women's Studies. 14 (3), 390-393.

Aggestam, Karin/Bergman Rosamond, Annika/Kronsell, Annica, 2018: Theorising feminist foreign policy. In: International Relations. 17 (1). Internet: <https://doi.org/10.1177/0047117818811892>.

Ahrens, Petra, 2018: Anti-feministische Politiker*innen im Frauenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments. In: Feministische Studien. 36 (2), 403-415.

Ahrens, Petra, 2019: The birth, life, and death of policy instruments: 35 years of EU gender equality policy programmes. West European Politics, 42(1): 45-66.

Ahrens, Petra/Celis, Karen/Childs, Sarah/Engeli, Isabelle/Evans, Elizabeth/Mügge, Liza, 2018: Contemporary Crises in European Politics: Gender Equality+ Under Threat. Special Issue European Journal of Politics and Gender. Internet: <https://doi.org/10.1332/251510818X15395099754994>.

Aldrich, Andrea S., 2018: Party organization and gender in European elections. In: Party Politics. Internet: <https://doi.org/10.1177/1354068818806630>.

Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), 2018: Frauen wählen. 68 (42).

Bailey, Moya/Mobley, Izetta Autumn, 2018: Work in the Intersections: A Black Feminist Disability Framework. In: Gender & Society. Internet: <https://doi.org/10.1177/0891243218801523>.

Ballington, Julie, 2018: Turning the tide on Violence against Women in Politics: How Are We Measuring Up? In: Politics & Gender, 14 (3), 695-701.

Bargetz, Brigitte, 2018: Longing for Agency: New Materialisms' Wrestling with Despair. In: European Journal of Women's Studies. Internet: <https://doi.org/10.1177/1350506818802474>.

Bargetz, Brigitte, 2018: Affective Matters. Toxische Politiken und der Kampf um reproduktive Heteronormativität und nationale Souveränität. In: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hg.): Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse: Queer-feministische Beiträge zu kapitalismuskritischer Gesellschaftstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 160-177.

Bargetz, Brigitte, 2018: „In der Unzufriedenheit liegt der Fortschritt der Menschheit“: Stimmung machen für die Stimme. Eine affektive Lektüre. In: Messner, Elena/Schörkhuber, Eva/Sturm, Petra (Hg.): Warum feiern? Beiträge zu 100 Jahren Frauenwahlrecht. Wien: edition atelier, 43-59.

Bergmann, Nadja/Scheele, Alexandra/Sorger, Claudia, 2018: Variations of the same? A sectoral analysis of the Gender Pay Gap in Germany and Austria. Special Issue Gender, Work & Organization. Internet: <https://doi.org/10.1111/gwao.12299>.

Best, Rebecca H./Shair-Rosenfield, Sarah/Wood, Reed M., 2019: Legislative Gender Diversity and the Resolution of Civil Conflict. In: Political Research Quarterly 72 (1), 215-228.

- Biroli**, Flavia, 2018: Violence against Women and Reactions to Gender Equality in Politics. In: *Politics & Gender*. 14 (4), 681-685.
- Bjarnegard**, Elin, 2018: Making Gender Visible in Election Violence: Strategies for Data Collection. In: *Politics & Gender*. 14 (4), 690-695.
- Blome**, Agnes/**Lloren**, Anouk/**Rosset**, Jan, 2019: The Politicisation of Abortion, Voters' Stereotypes and the Electoral Success of Women Candidates. In: *Parliamentary Affairs*. Internet: <https://doi.org/10.1093/pa/gy044>
- Borgkyist**, Ashlee/**Moore**, Vivienne/**Elliott**, Jaklin/**Crabb**, Shona, 2018: 'I might be a bit of a front runner': An analysis of men's uptake of flexible work arrangements and masculine identity. In: *Gender, Work & Organization*. 25 (6), 703-717.
- Brady**, David/**Blome**, Agnes/**Kmec**, Julie A., 2019: Work-family reconciliation policies and women's and mothers' labor market outcomes in rich democracies. In: *Socio-Economic Review*. Internet: <https://doi.org/10.1093/ser/mwy045>
- Burack**, Cynthia, 2018: Sexual Orientation and Gender Identity (SOGI) Human Rights Assistance in the Time of Trump. In: *Politics & Gender*. 14 (4), 561-580.
- Burgess**, Susan R./**Brettschneider**, Marla/**Keating**, Christine (Cricket), 2018: Staying Tuned: LGBTQIA Politics in the Trump Era. In: *Politics & Gender*. 14 (4), 553-560.
- Byfield**, Judith A., 2018: African Women in Colonial Economies. In: Shanguhya, Martin/Falola, Toyin (Hg.): *The Palgrave Handbook of African Colonial and Postcolonial History*. London: Palgrave Macmillan, 145-170.
- Caroll**, Ross, 2019: Wollstonecraft and the political value of contempt. In: *European Journal of Political Theory*. 18 (1), 26-46.
- Catalano Weeks**, Ana, 2018: Quotas and Party Priorities: Direct and Indirect Effects of Quota Laws. In: *Political Research Quarterly*. Internet: <https://doi.org/10.1177/1065912918809493>.
- Clark**, Lindsay C., 2018: Grim reapers: ghostly narratives of masculinity and killing in drone warfare. In: *International Feminist Journal of Politics*. 20 (4), 602-623.
- Connell**, Raewyn, 2019: New maps of struggle for gender justice: Rethinking feminist research on organizations and work. In: *Gender, Work & Organization*. 26 (1), 54-63.
- Cottingham**, Marci D., 2018: The missing and needed male nurse: Discursive hybridization in professional nursing texts. In: *Gender, Work, & Organization*, <https://doi.org/10.1111/gwao.12333>.
- Decker**, Alicia C., 2018: African Women and the Postcolonial State. In: Shanguhya, Martin/Falola, Toyin (Hg.): *The Palgrave Handbook of African Colonial and Postcolonial History*. London: Palgrave Macmillan, 1137-1154.
- Devroe**, Robin/**Wauters**, Bram, 2018: Political Gender Stereotypes in a List-PR System with a High Share of Women MPs: Competent Men versus Leftist Women? In: *Political Research Quarterly*. Internet: <https://doi.org/10.1177/1065912918761009>.
- Durnová**, Anna P./**Hejzlarová**, Eva M., 2018: Framing policy designs through contradictory emotions: The case of Czech single mothers. In: *Public Policy and Administration*. 33 (4), 409-427.
- Eichler**, Matthew A./**Bernate**, Racidon P., 2018: Queering Transformative Learning: The Unfolding of Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intersex, and Ally Lives. In: Milana, Marcella/Webb, Sue/Holford, John/Walker, Richard/Jarvis, Peter (Hg.): *The Palgrave International Handbook on Adult and Lifelong Education and Learning*, London: Palgrave Macmillan, 899-916.
- Fodor**, Eva/**Glass**, Christy, 2018: Negotiating for entitlement: Accessing parental leave in Hungarian firms. In: *Gender, Work & Organization*. 25 (6), 687-702.
- Gander**, Michelle, 2018: Let the right one in: A Bourdieusian analysis of gender inequality in universities' senior management. In: *Gender, Work & Organization*, <https://doi.org/10.1111/gwao.12327>.
- Gender & Society**, 2019: Themenheft „Gender, Disability, and Intersectionality“. 33 (1).
- Gowayed**, Heba, 2019: Diverging by Gender: Syrian Refugees' Divisions of Labor and Formation of Human Capital in the United States. In: *Gender & Society*. Internet: <https://doi.org/10.1177/0891243218819753>.
- Henninger**, Annette/**von Wahl**, Angelika, 2018: This Train Has Left the Station: The German Gender Equality Regime on Course Towards a Social Democratic Model

(2013-2017). In: German Politics. Internet: 10.1080/09644008.2018.1551484.

Heywood, Leslie, 2018: Third-Wave Feminism and Representation. In: Mansfield, Louise/Caudwell, Jayne/Wheaton, Belinda/Watson, Becca (Hg.): *The Palgrave Handbook of Feminism and Sport*. London: Palgrave Macmillan, 463-477.

Jacob, Wilson Chacko, 2018: Getting to the Party on Time: Revolution, Gender, and Sexuality as Global Historical Problematics. In: *Journal of Middle East Women's Studies*. 14 (3), 338-342.

Knights, David, 2019: Gender still at work: Interrogating identity in discourses and practices of masculinity. In: *Gender, Work & Organization*. 26 (1), 18-30.

Krause, Skadi Siiri, 2018: Die Saint-Simonistinnen: Eine vergessene politische Bewegung und ein verdrängter feministischer Ansatz. In: *Zeitschrift für Politische Theorie*. 9 (1), 73-87.

Krook, Mona Lena, 2018: Violence against Women in Politics: A Rising Global Trend. In: *Politics & Gender*. 14 (4), 673-675.

Kuperberg, Rebecca, 2018: Intersectional Violence against Women in Politics. In: *Politics & Gender*. 14 (4), 685-690.

Lang, Juliane/**Fritzsche**, Christopher, 2018: Backlash, neoreaktionäre Politiken oder Antifeminismus? Forschende Perspektiven auf aktuelle Debatten um Geschlecht. In: *Feministische Studien*. 36 (2), 335-346.

Lovenduski, Joni, 2019: Feminist Reflections on Representative Democracy. In: *The Political Quarterly*. 90 (1), 18-35.

Mayer, Sefanie/**Šori**, Iztol/**Sauer**, Birgit/**Ajanović**, Edma, 2018: Mann, Frau, Volk. Familienidylle, Heteronormativität und Femonationalismus im europäischen rechten Populismus. In: *Feministische Studien*. 36 (2), 269-285.

Maxwell, Nicola/**Connolly**, Linda/**Ní Laoire**, Caitríona, 2018: Informality, emotion and gendered career paths: The hidden toll of maternity leave on female academics and researchers. In: *Gender, Work & Organization*, <https://doi.org/10.1111/gwao.12306>.

McIntosh, Kimberly, 2018: Anything but equal. In: *IPPR Progressive Review*. 25 (3), 279-286.

Tariq, Memoona/**Syed**, Jawad, 2018: An intersectional perspective on Muslim women's

issues and experiences in employment. In: *Gender, Work & Organization*. 25 (5), 495-513.

Moreau, Julie, 2018: Trump in Transnational Perspective: Insights from Global LGBT Politics. In: *Politics & Gender*. 14 (4), 619-648.

Motakef Mona/**Bringmann**, Julia/**Wimbauer**, Christine, 2018: Gerechtigkeitsvorstellungen im Lebenszusammenhang – eine geschlechtersoziologische Perspektivenerweiterung am Beispiel von Für- und Selbstorgearrangements prekär Beschäftigter. In: *Gender*. 10 (3), 101-117.

Murib, Zein, 2018: Trumpism, Citizenship, and the Future of the LGBTQ Movement. In: *Politics & Gender*. 14 (4), 649-672.

Nève, Dorothee de/**Ferch**, Niklas, 2018: LGBTIQ*-Wähler*innen in Berlin und Wien. Politische Präferenzen, Parteienwettbewerb und elektoraler Resonanz. In: *Gender*. 10 (3), 118-135.

Pfanzelt, Hannah/**Spies**, Dennis C., 2019: The Gender Gap in Youth Political Participation: Evidence from Germany. In: *Political Research Quarterly*. 72 (1), 34-48.

Price, Kimala, 2018: Queering Reproductive Justice in the Trump Era: A Note on Political Intersectionality. In: *Politics & Gender*. 14 (4), 581-560.

Rasheed, Madawie Al, 2018: Modern Women in the Kingdom of Saudi Arabia: Rights, Challenges, and Achievements. In: *Journal of Middle East Women's Studies*. 14 (3), 351-353.

Rifai, Ayesha Al, 2018: Abortion as a Contested Right in Occupied Palastine. In: *Journal of Middle East Women's Studies*. 14 (3), 384-389.

Sandberg, Paula Koskinen/**Saari**, Milja 2018: Sisters (can't) unite! Wages as macro-political and the gendered power orders of corporatism. In: *Gender, Work & Organization*. Internet: <https://doi.org/10.1111/gwao.12300>

Sapiro, Virginia, 2018: Sexual Harassment: Performances of Gender, Sexuality, and Power. In: *Perspectives on Politics*. 16 (4), 1053-1066.

Scheele, Alexandra, 2018: Digital First – Gleichstellung Second? Perspektiven auf die Zukunft der Arbeit. In: Demirović, Alex (Hg.): *Wirtschaftsdemokratie neu denken*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 105-117.

- Schulz, Philipp**, 2018: The "ethical loneliness" of male sexual violence survivors in Northern Uganda: gendered reflections on silencing. In: *International Feminist Journal of Politics*. 20 (4), 583-601.
- Stockemer, Daniel/Sundström, Aksel**, 2018: Women in cabinets: The role of party ideology and government turnover. In: *Party Politics*. 24 (6), 663-673.
- Stockemer, Daniel/Sundström, Aksel**, 2019: Corruption and women in cabinets: Informal barriers to recruitment in the executive. In: *Governance*. 32 (1), 83-102.
- Swimelar, Safia**, 2018: Nationalism and Europeanization in LGBT Rights and Politics: A Comparative Study of Croatia and Serbia. *East European Politics and Societies*. Internet: <https://doi.org/10.1177/0888325418805135>.
- Távora, Isabel/Rodríguez-Modroño, Paula**, 2018: The impact of the crisis and austerity on low educated working women: The cases of Spain and Portugal. In: *Gender, Work & Organization*. 25 (6), 621-636.
- Téllez, Michelle/Simmons, William Paul/Hierro, Mariana del**, 2018: Border crossings and sexual conquest on the age of neoliberalism in the Sonoran Desert. In: *International Feminist Journal of Politics*. 20 (4), 524-541.
- True, Jacqui/Riveros-Morales, Yolanda**, 2018: Towards inclusive peace: Analysing gender-sensitive peace agreements 2000-2016. In: *International Political Science Review*. Internet: <https://doi.org/10.1177/0192512118808608>.
- Verge, Tània/Astudillo, Javier**, 2018: The gender politics of executive candidate selection and Reselection, *European Journal of Political Research*. Internet: <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12312>.
- Volden, Craig/Wiseman, Alan E./Wittmer, Dana E.**, 2018: Women's Issues and Their Fates in the US Congress. In: *Political Science Research and Methods*. 6 (4), 670-696.
- Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management (ZDfm)**, 2018: Zum Verhältnis von Diversität und Intersektionalität – Heterogenität beobachten und gestalten. 3 (1).
- Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management (ZDfm)**, 2018: Diversität und Transdisziplinarität. 3 (2).

AUTOR_INNEN DIESES HEFTES

Amstutz, Nathalie, Prof. Dr., Dozentin am Institut für Personalmanagement der Hochschule für Wirtschaft, Fachhochschule Nordwestschweiz, Leitung eines Weiterbildungsgangs (CAS) zu Gleichstellung und Diversität sowie Engagement in der Vermittlung von Geschlechterforschung in (Hochschul-)Politik und Gesellschaft. Arbeitsschwerpunkte: Geschlecht und Diversität in Organisationen, Organisationskulturen, personalpolitische Aspekte mit Blick auf Geschlecht und Diversität sowie organisationale Diversitätspolitiken, deren Ausdeutung und Umsetzung. nathalie.amstutz@fhnw.ch.

Beier, Friederike, Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, Research Affiliate an der Berlin Graduate School for Global and Transregional Studies (BGTS), von März bis Juli 2019 Gastwissenschaftlerin an der New York University. Arbeitsschwerpunkte: Soziale Reproduktion, feministische Staatstheorie, Gender in Global Governance. friederike.beier@fu-berlin.de.

Berghahn, Sabine, PD Dr. iur., Juristin und Politikwissenschaftlerin, langjährig am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, aber auch an anderen Hochschulen tätig, jetzt Rechtsanwältin und freischaffende Sozialwissenschaftlerin. Arbeitsschwerpunkte: Entwicklung rechtlicher und politischer Geschlechterverhältnisse, Antidiskriminierungsrecht, Verfassungsrecht, Arbeits- und Sozialrecht. berghahn@zedat.fu-berlin.de.

Daniel, Antje, Dr.in phil., derzeit Gastprofessorin für Entwicklungsforschung aus politikwissenschaftlicher Perspektive am Institut für Internationale Entwicklung, Universität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterforschung, Protest- und Bewegungsforschung, Utopie, Entwicklungspolitik. antje.daniel@univie.ac.at.

Dornick, Sahra, Dr.in phil., wissenschaftliche Mitarbeiter_in am Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, TU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Feministische und postkoloniale Theorie, queer_feministische Epistemologie, Hochschul- und Wissenschaftsforschung. sahra.dornick@tu-berlin.de.

Fink, Dagmar, ‚freie‘ Literatur- und Kulturwissenschaftlerin, Lehrbeauftragte an verschiedenen Hochschulen sowie (Theorie-)Übersetzer_in im queer_feministischen Kollektiv gender et alia, Wien. Arbeitsschwerpunkte: Repräsentationskritik, Feminist Cultural Studies of Science and Technology, Populärkulturen insbesondere Science Fiction, queere Weiblichkeiten. dagmar.fink@univie.ac.at.

Fuchs, Gesine, PD Dr., Politikwissenschaftlerin an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Mitherausgeberin der Femina Politica. Forschungsschwerpunkte politische Partizipation und Repräsentation, soziale Bewegungen sowie Politik und Recht. Arbeitet aktuell in einem interdisziplinären Projekt zu Digitalisierung und Wissensarbeit. www.gesine-fuchs.net.

Graf, Patricia, Dr.in, Politikwissenschaftlerin, Professorin für Forschungsmethodik an der Business School Berlin. Mitherausgeberin der Femina Politica. Arbeitsschwerpunkte: Innovationspolitik, subnationaler Vergleich, Wissen und Geschlecht, Politik und Entwicklung in Lateinamerika. patricia.graf@businessschool-berlin.de.

Henninger, Annette, Dr. phil.; seit 2009 Professorin für Politik und Geschlechterverhältnisse mit Schwerpunkt Sozial- und Arbeitspolitik an der Philipps-Universität Marburg. Arbeits- und Lehrschwerpunkte: Politik und Geschlechterverhältnisse, Politische Ökonomie, Demokratie und Geschlecht.

Hergenhan, Jutta, Dr., Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Geschäftsführerin des Zentrums für Medien- und Interaktivität der Justus-Liebig-Universität Gießen und Sprecherin der Forschungssektion „Medien und Gender“. Forschungsschwerpunkte: Geschlechterforschung, Frankreich, Politische Bildung. jutta.hergenhan@zmi.uni-giessen.de

Klapeer, Christine M., Dr.in phil., Gastprofessorin für Geschlechterpolitik am Fachbereich für Sozialwissenschaften der Universität Kassel. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorien sowie (transnationale) sexuelle Politiken aus queer_feministischer, post- und dekolonialer Perspektive. christine.klapeer@uni-kassel.de.

Knappe, Henrike, Dr., Politikwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Soziologie internationaler Beziehungen, wissenschaftliche Projektleiterin des Projekts „Futurisierung von Politik“ am IASS in Potsdam. Arbeitsschwerpunkte: politische Repräsentation, ungleiche Zukünfte in internationaler Umweltpolitik, feministische Theorien, Praxistheorien. henrike.knappe@iass-potsdam.de.

Koch, Katharina, Dr., Kulturanthropologie/Genderwissenschaften; Kuratorin, Künstlerische Leiterin und Projektleiterin des Kunstraums alpha nova & galerie futura (Berlin). Arbeitsschwerpunkte: Kunst, Feminismen, Intersektionalität. koch@alpha-nova-kulturwerkstatt.de.

Kuschinski, Eva, M.A., sozialwissenschaftliche Stadtforscherin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsgebiet Geschichte und Theorie der Stadt an der HafenCity Universität Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Analyse und Erforschung der Wohnungsfrage aus feministischer Sicht, prekäre Arbeitsverhältnisse im akademischen Bereich. Eva.kuschinski@hcu-hamburg.de.

Leidinger, Christiane, Prof. Dr., Politik- und Sozialwissenschaftlerin, Professorin für Soziologie mit besonderem Schwerpunkt Geschlechtersoziologie an der Hochschule Düsseldorf. Arbeitsschwerpunkte: Historiographie und Politische Soziologie Alter und Neuer Soziale Bewegungen und Protestforschung, (Anti-)Diskriminierung, Empowerment-Theorien und Praxen.

Meisterhans, Nadja, Dr.in phil., Senior Lecturer/Postdoc am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik an der JKU Linz sowie Dozent_in an der Karlshochschule. Arbeitsschwerpunkte: Kritische Theorien, Global Law and Governance, postkoloniale und feministische Psychoanalyse, Ideologiekritik. nadja.meisterhans@jku.at.

Pistor, Nora, M.A., Politikwissenschaftlerin, Gender-Beraterin in Projekten der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit, derzeit tätig in Projekten der Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung sowie der finanziellen Inklusion und des wirtschaftlichen Empowerments. Arbeitsschwerpunkte: Gender, Ethnizität und Konflikt mit Schwerpunkt Myanmar und ASEAN. norapistor@yahoo.de.

Radvan, Heike, Prof. Dr., Soziale Arbeit/Sozialpädagogik, Erziehungswissenschaften, Professorin an der BTU Cottbus; Mitbegründerin und ehemalige Leiterin der Fachstelle Gender und Rechts-extremismus der Amadeu Antonio Stiftung. Arbeitsschwerpunkte: (geschlechterreflektierende) Rechtsextremismusprävention, Antisemitismus, DDR-Geschichte.

Scheele, Alexandra, PD Dr., derzeit Vertretungsprofessur für Arbeits- und Wirtschaftssoziologie an der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld. Arbeitsschwerpunkte: Soziologie der Arbeit und Geschlechterverhältnisse, Krisendynamiken und soziale Ungleichheiten in Europa. Mitherausgeberin der Femina Politica. alexandra.scheele@uni-bielefeld.de.

Schmitz, Luki Sarah, MA., Soziolog_in, wissenschaftliche Mitarbeiter_in am Institut für Soziologie der Goethe Universität Frankfurt am Main. Aktuelle Arbeitsschwerpunkte sind alternative Ökonomien, kritische Gesellschaftstheorien und materialistische Feminismen. sschmitz@em.uni-frankfurt.de.

Schürmann, Lena, Dr., Lehrbeauftragte an HU und FU Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Geschlechterforschung, soziale Ungleichheit, interpretative Methoden, Selbständigkeit und prekäre Erwerbsarbeit. lena.schuermann@posteo.de.

Steenblock, Anna, Politikwissenschaftlerin, Aktivistin, Frankfurt/M., Mitglied der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa, Vorbereitung einer Promotion im Projekt „Krise und Demokratie in Europa“ zur Reproduktionskrise in Frankreich. Schwerpunkte: Materialistische Feminismen, Staatstheorie, Soziale Kämpfe. anna@steenblock.info.

Trenkmann, Jeannette, Professorin für Allgemeine BWL an der BSP Business School Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Organisations- und Diversitätsforschung, Arbeit 4.0. jeannette.trenkmann@businessschool-berlin.de.

Visel, Stefanie, Mag. Politikwissenschaftlerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim im Forschungsprojekt „Sichere Orte? Schutzkonzepte in Pflegeheimen für Demenzkranke“. Arbeitsschwerpunkte: (transnationale) Care-Arbeit, Migration und Altern, Arbeitsmigrationsforschung, Migrantisches Unternehmertum. stefanie.visel@uni-hildesheim.de.

Wielens, Alia, Soziologin und Bildungsreferentin. Arbeitsschwerpunkte: Verschränkung verschiedener Diskriminierungen; Extreme Rechte, sowie Postkoloniale Theorie und Feminismen.



Helga Krüger-Kirn
Laura Wolf (Hrsg.)

Mutterschaft zwischen Konstruktion und Erfahrung

Aktuelle Studien und Standpunkte

Verlag Barbara Budrich



Helga Krüger-Kirn
Laura Wolf (Hrsg.)

Mutterschaft zwischen Konstruktion und Erfahrung

Aktuelle Studien und Standpunkte

Die hier versammelten Beiträge gehen der Frage nach, in welcher Form soziokulturelle Deutungsmuster sowohl Körperwissen als auch subjektive Aneignungspraxen bestimmen. Um ein möglichst vielfältiges Forschungsspektrum abzubilden, beleuchtet das Buch Mutterschaft aus verschiedenen theoretischen Positionen wie auch methodischen Zugängen (Hermeneutik, Grounded Theory, diskursanalytische und medienwissenschaftlich basierte Analysen).

2018 • 174 S. • Kart. • 26,00 € (D) • 26,80 € (A)

ISBN 978-3-8474-2112-2 • eISBN 978-3-8474-1096-6



Mariam Irene Tazi-Preve

Das Versagen der Kleinfamilie

Kapitalismus, Liebe und der Staat
2. Auflage

Verlag Barbara Budrich



Mariam Irene Tazi-Preve

Das Versagen der Kleinfamilie

Kapitalismus, Liebe und
der Staat

Die Autorin legt die Ursachen des Dilemmas der Kleinfamilie dar und fordert ein radikales Umdenken des Privaten. Sie greift alle relevanten Themen (Drama der Mutterschaft, neue Vaterschaftsdebatte, Vereinbarkeitsfrage) pointiert und fachkundig auf, analysiert die Politik und deren Interesse an der „kleinsten Zelle des Staates“ und zeigt auf, wie das Wirtschaftssystem die Kleinfamilie für sich nutzt und sie an die Grenzen der Belastbarkeit bringt.

2., durchgesehene Auflage

2018 • 225 S. • Kart. • 22,90 € (D) • 23,60 € (A)

ISBN 978-3-8474-2196-2 • eISBN 978-3-8474-1244-1



Yvonne Haffner
Lena Loge (Hrsg.)

Frauen in Naturwissenschaft und Technik: Eine Frage der Passung

Aktuelle Erkenntnisse und Einblicke in Orientierungsprojekte

Frauen fehlen in Technik und Naturwissenschaft – diese Erkenntnis ist nicht neu. Neu ist allerdings die Fragestellung dieses Sammelbands: Inwiefern sind Entscheidungen von Frauen für technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge und Berufe Ausdruck von Passungsverhältnissen und welche Anknüpfungspunkte ergeben sich daraus für geschlechtsspezifisch konzipierte MINT-Orientierungs- und Motivationsprojekte?

2019 • 240 S. • Kart. • 29,90 € (D) • 30,80 € (A)
ISBN 978-3-8474-2207-5 • eISBN 978-3-8474-1233-5



Michaela Schulze

Die IG Metall und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die IG Metall ist ein zentraler sozialpolitischer Akteur der Bundesrepublik. Sie bestimmt wesentliche Diskurse und setzt auch innergewerkschaftlich neue sozialpolitische Akzente. Dazu zählt auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dieses Thema wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, des Fachkräftemangels und anderer gesellschaftlicher Veränderungen zu einem Schlüsselthema.

2018 • 166 S. • Kart. • 24,90 € (D) • 25,60 € (A)
ISBN 978-3-8474-2137-5 • eISBN 978-3-8474-1128-4

Uta Klein
Eddi Steinfeldt-Mehrtens (Hrsg.)

Wegbereiter_innen
der Gender
und Queer Studies
Kartenspiel
mit Begleitheft

Verlag Barbara Budrich



Prof. Dr. Uta Klein (†)
Eddi Steinfeldt-Mehrtens (Hrsg.)

**Wegbereiter_innen der
Gender und Queer Studies**
Kartenspiel mit Begleitheft

2018. 170 Seiten. Kart.
19,90 € (D), 20,50 € (A)
ISBN 978-3-8474-2200-6

www.shop.budrich.de